



Beteiligungsbericht des Freistaats Bayern 2024

Staatliche Beteiligungen
an Unternehmen zum 31. Dezember 2023





Albert Füracker, MdL
Bayerischer Staatsminister
der Finanzen und für Heimat



Martin Schöffel, MdL
Staatssekretär
im Bayerischen Staatsministerium
der Finanzen und für Heimat

Die bayerische Seenschifffahrt, die Staatsbäder, die zwei größten Flughäfen Bayerns sowie die Messen in München und Nürnberg sind nur einige interessante Unternehmen, die zum Beteiligungsportfolio des Freistaats Bayern zählen. Alle unsere Beteiligungen sorgen für attraktive Rahmenbedingungen und machen damit, ganz im Sinn des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat, quasi als „Heimatbeteiligungen“ unsere Heimat stark und zukunftsfähig. In der 26. Ausgabe des Beteiligungsberichts erhalten die Leserinnen und Leser einen Überblick über die wesentlichen Kerndaten dieser und weiterer bayerischer Beteiligungen sowie über deren Geschäftsentwicklung in 2023.

Besonders bemerkenswert war in 2023 die wirtschaftliche Entwicklung der Messe München GmbH. Hatte diese während der Pandemie-Jahre noch mit massiven Umsatzeinbußen zu kämpfen, konnte sie bereits 2023 wieder Zahlen auf Rekordniveau erwirtschaften. Der Konzernumsatz von 441 Millionen Euro war der zweithöchste ihrer Unternehmenshistorie. Nur im bauma-Jahr 2019 war der Umsatz mit 474 Millionen Euro etwas höher. Erwähnenswert ist auch die mit der NürnbergMesse GmbH in 2023 gestartete Kooperation zur Zusammenführung der europäischen Leitmesse BrauBeviale der Nürnberger Messe und der Weltleitmesse drinktec der Messe München. Die beiden Getränketechnologie-Fachmessen bleiben weiterhin eigenständige Marken, während sie unter dem gemeinsamen Dach von „Yontex“ von Synergieeffekten profitieren und ihre Führungsrolle auf dem Weltmarkt der Getränke- und Liquid-Food-Industrie gemeinsam ausbauen.

Erfreulich ist auch die Vergrößerung der Flächen der WERK1.Bayern GmbH nach Eröffnung des neuen WERK1.4 im Münchener Werksviertel in 2023. Mit dem Erweiterungsbau stehen jungen Tech-Unternehmen nun nicht nur insgesamt rund 10.000 Quadratmeter an günstiger Bürofläche zur Verfügung, sondern auch eine zeitlich begrenzte Wohnmöglichkeit für die Beschäftigten. Die WERK1.Bayern GmbH bietet durch die Bereitstellung gewerblicher Flächen zu gründerfreundlichen Voraussetzungen sowie durch Netzwerk- und Community-Angebote seit mittlerweile zehn Jahren ideale Bedingungen für neu gegründete Unternehmen der Digitalwirtschaft.

Der diesjährige Bericht zum Stichtag 31. Dezember 2023 enthält neben allgemeinen Erläuterungen zur bayerischen Beteiligungspolitik Informationen über die 58 Unternehmen in privater Rechtsform sowie die zwölf Unternehmen in sonstiger Rechtsform, welche dem Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat zuzuordnen sind.

Mein herzlicher Dank gilt allen Beschäftigten der Gesellschaften, Geschäftsleitungen und Mitgliedern der Aufsichtsgremien, die mit Ihrer engagierten Arbeit zum Erfolg der bayerischen Beteiligungsunternehmen beitragen.

Handwritten signature of Albert Füracker in black ink.

Albert Füracker, MdL
Bayerischer Staatsminister der Finanzen
und für Heimat

Banken und Kreditinstitute	65
BayernLB Holding AG	66
Bayerische Landesbank	69
Industrie- und sonstige Gewerbeunternehmen	74
E.ON SE	75
Abwicklungsgesellschaft LH AG	78
Bau- und Grundstücksgesellschaften, Bayerngrund	80
Bayerngrund Grundstücksbeschaffungs- und -erschließungs Gesellschaft mbH	81
BayernHeim GmbH	84
Siedlungswerk Nürnberg GmbH	87
Sonstige Dienstleistungsunternehmen	90
Wirtschaftsvereinigung der Münchner Brauereien GmbH	91
Nicht erwerbswirtschaftliche Unternehmen	93
Verkehrseinrichtungen	93
Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH	94
Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH (MVV)	98
Sonstige Infrastruktureinrichtungen	102
Bayerische Finanzagentur GmbH	103
Bayerische Landeskraftwerke GmbH	105
Bayerisches Staatsbad Bad Kissingen GmbH	108
Bayer. Staatsbad Bad Reichenhall/Bayer. Gmain GmbH	110
Bayerisches Staatsbad Bad Steben GmbH	112
GRB – Sammelstelle Bayern für radioaktive Stoffe GmbH	114
WIGES Wasserbauliche Infrastrukturgesellschaft mbH	117
Bau- und Grundstücksgesellschaften	120
Stadibau Gesellschaft für den Staatsbedienstetenwohnungsbau in Bayern mbH	121
U-Bahn Martinsried Projektmanagement GmbH & Co. KG	125
U-Bahn Martinsried Projektmanagement Verwaltungs GmbH	128
Förderung von Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie	131
Bayerische Gesellschaft für Internationale Wirtschaftsbeziehungen mbH Bayern International	132
bifa Umweltinstitut GmbH	136

Betriebsgesellschaft Umweltforschungsstation Schneefernerhaus GmbH _____	140
Bio ^M AG Munich Biotech Development i. L. _____	144
BUGA Besitzgesellschaft des Umwelttechnologischen Gründerzentrums in Augsburg mbH _____	146
Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung GmbH _____	149
Fördergesellschaft IZB – Innovations- und Gründerzentrum Biotechnologie mbH _____	152
fortiss GmbH _____	155
Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) gGmbH _____	159
Helmholtz Zentrum für Infektionsforschung (GmbH) _____	163
Helmholtz Zentrum München Deutsches Forschungszentrum für Gesundheit und Umwelt (GmbH) _____	167
Neue Materialien Bayreuth GmbH _____	171
Neue Materialien Fürth GmbH _____	174
Werk1.Bayern GmbH _____	177
Medien und Kunst _____	180
Bayerisches Filmzentrum Geiselgasteig Wirtschaftsförderungs-GmbH i.L. _____	181
Bayreuther Festspiele GmbH _____	183
FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht gemeinnützige GmbH _____	186
FilmFernsehFonds Bayern GmbH _____	189
Internationale Münchner Filmwochen GmbH _____	193
Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH _____	197
Stiftung Haus der Kunst München, gemeinnützige Betriebsgesellschaft mbH _____	201
Sonstige Dienstleistungsunternehmen _____	205
Berufsförderungswerk München gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung _____	206
byte - Bayerische Agentur für Digitales GmbH _____	210
Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH (DAkkS) _____	213
DRM Datenraum Mobilität GmbH _____	218
Gemeinnützige Gesellschaft zur Förderung und Durchführung der Bayerisch-Tschechischen Freundschaftswochen Selb 2023 mbH i. L. (Selb 2023 gGmbH i.L.) _____	222

Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern mbH (GAB) _____	225
Sicherheitsgesellschaft am Flughafen München mbH _____	230
Sicherheitsgesellschaft am Flughafen Nürnberg mbH _____	233
Stiftung Bayerisches Amerikahaus gemeinnützige GmbH – Bavarian Center for Transatlantic Relations _____	235
ZESAR – Zentrale Stelle zur Abrechnung von Arzneimittelrabatten GmbH _____	237

Sonstige Unternehmen (der Einzelpläne 06 und 13) 240

Anstalten des öffentlichen Rechts _____	240
LfA Förderbank Bayern _____	241
KfW Bankengruppe, Anstalt des öffentlichen Rechts _____	246
GKL – Gemeinsame Klassenlotterie der Länder _____	252
Staatsbetriebe _____	255
Bayerische Staatsbrauerei Weihenstephan _____	256
Bayerisches Hauptmünzamt _____	260
Bayerisches Staatsbad Bad Brückenau _____	263
Staatliche Lotterie- und Spielbankverwaltung _____	265
Staatliches Hofbräuhaus in München _____	270
Staatsbetriebe (mit Beschränkung auf Besitzverwaltung) _____	273
Bayerische Landeshafenverwaltung _____	274
Bayerische Landeskraftwerke _____	276
Zentrum Staatsbäder Bayern Bad Steben _____	278
Besitzverwaltung Staatliche Seenschifffahrt _____	280

Allgemeine Erläuterungen

Der Beteiligungsbericht 2024 ist in die Teile A und B gegliedert.

Im Teil A sind allgemein die Grundlagen der Beteiligungspolitik des Freistaats Bayern einschließlich der Privatisierungen und Neugründungen seit dem Jahr 2000 dargestellt. Weiterhin informiert dieser Teil über Aktuelles aus der Beteiligungsverwaltung.

Im Teil B sind alle unmittelbaren Beteiligungen des privaten Rechts, unterteilt nach erwerbswirtschaftlich und nicht erwerbswirtschaftlich tätigen Unternehmen, die Unternehmen des öffentlichen Rechts und die Staatsbetriebe im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat (Einzelpläne 06 und 13) jeweils zum Stichtag 31. Dezember 2023 aufgeführt. Darüber hinaus wird hinsichtlich der Zusammensetzung der Geschäftsführung beziehungsweise Aufsichtsgremien zum Stand 30. Juni 2024 berichtet.

Seit der Umsetzung des bayerischen Landesbank-Modells in 2002 ist der Freistaat Bayern an der Bayerischen Landesbank (BayernLB) nur noch mittelbar über die BayernLB Holding AG beteiligt. Zur Gewährleistung des Informationsbedarfs erfolgt zusätzlich eine Einzeldarstellung der BayernLB.

Die Einzeldarstellungen basieren auf den Kennzahlen der testierten Jahresabschlüsse für die Geschäftsjahre 2021 bis 2023. In den Unternehmensdarstellungen werden insbesondere folgende Kennzahlen abgebildet:

Eigenkapitalquote (in %)	Anteil des Eigenkapitals (gegebenenfalls zuzüglich wirtschaftlich zum Eigenkapital zu rechnender Positionen) an der Bilanzsumme eines Unternehmens
EBITDA	Gewinn vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen
Umsatzrentabilität (in %)	Verhältnis von Gewinn zu Umsatz
Eigenkapitalrentabilität (in %)	Verhältnis von Gewinn zum Eigenkapital eines Unternehmens
Operativer Cash-Flow	Summe aller Ein- und Auszahlungen innerhalb des operativen Bereichs eines Unternehmens
Zahl der Beschäftigten	stichtagsgenaue Darstellung der Beschäftigten (nach Köpfen) einschließlich der Aufteilung nach Männern und Frauen

A. Die Beteiligung des Staats an wirtschaftlichen Unternehmen

1. Grundlagen staatlicher Beteiligungen

Rechtliche Grundlagen

Für die Beteiligung des Freistaats Bayern an Unternehmen ergeben sich rechtliche Vorgaben aus dem Grundgesetz, der Bayerischen Verfassung, dem Unionsrecht und einfachgesetzlichen Regelungen.

Die Bedingungen, unter welchen sich der Freistaat Bayern an der Gründung eines Unternehmens oder an einem bestehenden Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts beteiligen darf, sind in Art. 65 Abs. 1 Bayerische Haushaltsordnung (BayHO) normiert. Es wird im Wesentlichen vorausgesetzt,

- dass ein unmittelbares, wichtiges Interesse des Staats vorliegt und dass der angestrebte Zweck sich nicht ebenso gut oder besser auf andere Weise erreichen lässt,
- dass die Einzahlungsverpflichtung des Staats (auf einen bestimmten Betrag) begrenzt wird und
- dass der Staat einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan erhält.

Zielsetzungen

Nach Art. 65 BayHO ist eine Beteiligung des Staats an einem Unternehmen in privater Rechtsform grundsätzlich nur zur Verfolgung eines wichtigen staatlichen Interesses zulässig. Der Freistaat Bayern ist gesetzlich verpflichtet, zu überprüfen, ob die hierfür erforderlichen Voraussetzungen gemäß Art. 65 BayHO vorliegen und dies nicht nur einmalig bei Eingehen einer Unternehmensbeteiligung. Vielmehr ist gemäß Art. 7 Abs. 1 Satz 2 BayHO laufend zu überprüfen, ob staatliche Beteiligungen aufzugeben oder zu reduzieren sind.

Beteiligungen des Freistaats Bayern werden nicht gehalten, um dem Staat als Unternehmer ein wirtschaftliches Betätigungsfeld zu eröffnen, sie bilden vielmehr ein Instrument zur Umsetzung verschiedenster politischer Ziele. Diese Ziele finden sich in den Bereichen

- Wirtschaftspolitik,
- Infrastruktur,
- Umwelt- und Klimaschutz,
- Wohnungspolitik,
- Kunst und Kultur,
- Forschung, Wissenschaft und Technologie.

Die wirtschaftspolitischen Aufgaben umfassen strukturpolitische Ziele und die Förderung der bayerischen Wirtschaft. Hierbei stehen Initiativen im Vordergrund, die

- Arbeitsplätze schaffen und sichern,
- den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Bayern stärken und
- neue Märkte erschließen.

Grundsatz der Wirtschaftlichkeit

Jeder Beteiligung des Staats an einem Unternehmen geht die Beurteilung der Opportunität voraus. Den haushaltsrechtlichen Vorgaben gemäß sollte der Staat als Unternehmer die Ausnahme sein. Für jede Beteiligungsgesellschaft gilt das Prinzip, nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu handeln, verlustbringende Geschäfte – soweit es die Aufgabenstellung zulässt – zu vermeiden und weitgehend kostendeckend zu arbeiten.

Beteiligungscontrolling

Die Realisierung eines effektiven Beteiligungscontrollings ist ein vorrangiges Anliegen der Bayerischen Staatsregierung. Diese Aufgabe obliegt nach ihrer Geschäftsverteilung dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat, das gegebenenfalls mit Unterstützung des zuständigen Fachressorts zentral die Gesellschafterrechte des Freistaats Bayern für sämtliche Beteiligungen wahrnimmt.

Das Beteiligungscontrolling stellt sich im Wesentlichen wie folgt dar:

1. Nach Art. 65 Abs. 1 Nr. 3 BayHO ist der Freistaat Bayern verpflichtet, einen seinem Anteil an der Gesellschaft gemäßen Einfluss im Aufsichtsgremium sicherzustellen. Dies erfolgt durch die Entsendung staatlicher Vertreterinnen oder Vertreter in die Aufsichtsgremien. Ein funktionierender Informationsfluss zwischen Aufsichtsgremium und Beteiligungsverwaltung wird hierdurch gewährleistet.
2. Grundlage der Geschäftsführung bei den Unternehmen ist der jeweils vor Beginn des Wirtschaftsjahres aufgestellte und dem Aufsichtsrat vorgelegte Wirtschaftsplan. Bei kleineren Gesellschaften, bei denen von der Bestellung eines Aufsichtsrats abgesehen worden ist, übernimmt die Gesellschafterversammlung diese Aufgabe. Der Wirtschaftsplan ist in der Regel in einen Erfolgs-, Finanz-, Investitions- und Personalplan gegliedert, der es dem Aufsichtsorgan ermöglicht, die Rahmenbedingungen für das nächste Geschäftsjahr festzulegen.
3. Die Beteiligungsunternehmen sind unterjährig in der Regel monats- oder quartalsweise zur Abgabe von Berichten über die laufende Geschäftsentwicklung verpflichtet. In den Berichten wird auf Abweichungen der tatsächlichen Entwicklung von dem für das Wirtschaftsjahr aufgestellten Wirtschaftsplan eingegangen. Zudem werden in regelmäßigen Abständen die finanzielle Lage, die Umsetzung der Investitionsplanung und die aktuelle Personalsituation dargestellt.
4. Die Gesellschaftsverträge, Satzungen oder Geschäftsordnungen der Organe der Unternehmen bestimmen regelmäßig, dass bestimmte Arten von Geschäften von der Geschäftsführung beziehungsweise dem Vorstand nur mit der Zustimmung des Aufsichtsorgans vorgenommen werden dürfen. Je nach Größe des Unternehmens beziehungsweise nach Unternehmensgegenstand werden die Genehmigungspflichten individuell bestimmt.

5. Ein weiteres wichtiges Instrument bei der Kontrolle der Unternehmen stellen die Berichte der Wirtschaftsprüfungsgesellschaften dar. Nach Art. 65 Abs. 1 Nr. 4 BayHO gelten für alle Beteiligungen des Freistaats Bayern – unabhängig von ihrer Größe – die Vorschriften des Dritten Buchs des Handelsgesetzbuchs für große Kapitalgesellschaften, so dass alle Gesellschaften zur Aufstellung eines Lageberichts (§ 264 HGB) sowie zur Prüfung der Jahresabschlüsse und Lageberichte nach § 316 HGB verpflichtet sind. Die Geschäftsführung hat im Lagebericht die voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken darzustellen (§ 289 Abs. 1 HGB). Hauptgesichtspunkt der Abschlussprüfung ist die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses sowie die Prüfung der Plausibilität des Lageberichts.
6. Nach § 53 Abs. 1 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) verlangt der Freistaat Bayern bei Gesellschaften, an denen er mit mindestens einem Viertel beteiligt ist, sowie zusätzlich bei Staatsbetrieben über die übliche Abschlussprüfung hinaus grundsätzlich auch die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung sowie insbesondere eine Darstellung
 - der Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage sowie der Liquidität und Rentabilität der Gesellschaft,
 - verlustbringender Geschäfte und deren maßgebliche Ursachen, wenn die Geschäfte und die Ursachen für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren sowie
 - der Ursachen eines in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresfehlbetrags.
7. Die Geschäftsführung beziehungsweise der Vorstand haben den Jahresabschluss, den Lagebericht des Unternehmens sowie den Prüfungsbericht dem Aufsichtsrat beziehungsweise den Gesellschaftern vorzulegen. Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag der Geschäftsführung zur Verwendung des Bilanzgewinns zu prüfen und über das Ergebnis den Gesellschaftervertreterinnen und Gesellschaftervertretern beziehungsweise der Hauptversammlung zu berichten. Bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung entscheiden die Gesellschafter beziehungsweise bei Aktiengesellschaften entscheidet grundsätzlich die Hauptversammlung über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses.
8. Die Beteiligungsverwaltung ihrerseits wird durch den Bayerischen Landtag beziehungsweise durch den von ihm beauftragten Bayerischen Obersten Rechnungshof kontrolliert. Beim Eintreten besonders kritischer Unternehmensentwicklungen berichtet die Staatsregierung dem Bayerischen Landtag.

Leitlinien für die Tätigkeit staatlicher Vertreter in Aufsichtsgremien

Den vom Freistaat Bayern in die Aufsichtsräte entsandten Vertreterinnen und Vertretern obliegt die Überwachung der Geschäftsführung des jeweiligen Unternehmens (§ 52 Abs. 1 GmbHG i. V. m. § 111 Abs. 1 AktG). Die Gremienmitglieder haben ihr Amt entsprechend der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters auszuüben (§ 52 Abs. 1 GmbHG i. V. m. § 116 AktG).

Um sicherzustellen, dass jedem Gremienmitglied ausreichend Zeit für die Ausübung seines Mandats zur Verfügung steht, ist für staatliche Vertreterinnen und Vertreter die Anzahl der Mandate in erwerbswirtschaftlichen Unternehmen durch die „Leitlinien für die Tätigkeit staatlicher Vertreter in Aufsichtsgremien“ grundsätzlich auf maximal fünf begrenzt worden.

Gleichzeitig ist durch die Leitlinien die Amtszeit für Mandate bei erwerbswirtschaftlichen Unternehmen grundsätzlich auf maximal zwei volle Amtsperioden beschränkt. Ausnahmen bestehen für den Fall, dass Mandate nach Gesetz oder Satzung funktionsgebunden sind. Die Leitlinien normieren zudem auch Berichtspflichten des Gremienmitglieds unter anderem bei kritischen Unternehmensentwicklungen.

Risikomanagement und Compliance

Eine besondere Bedeutung kommt der Installierung eines effektiven Risikomanagements bei den staatlichen Beteiligungsunternehmen zu.

§ 91 Abs. 2 AktG verpflichtet den Vorstand von Aktiengesellschaften, geeignete Maßnahmen zu treffen und ein Überwachungssystem zur Früherkennung von Entwicklungen, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten, zu installieren. Obwohl sich primär die gesetzliche Verpflichtung des § 91 Abs. 2 AktG zur Schaffung eines Risikomanagementsystems nur an die Vorstände von Aktiengesellschaften richtet und nicht unmittelbar für die Geschäftsführung von GmbHs gilt, bildet diese auch hier ein wichtiges Instrument zur Früherkennung unternehmensgefährdender Risiken.

Mit dem im Jahr 2009 in Kraft getretenen Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts (BilMoG) sind die Überwachungsaufgaben des Aufsichtsrats bezüglich des Risikomanagementsystems konkretisiert worden (§ 107 Abs. 3 S. 2 AktG). Im Rahmen seiner allgemeinen Überwachungspflicht muss der Aufsichtsrat sich nicht

nur allgemein, sondern explizit u. a. mit der Überwachung des Risikomanagementsystems, der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems sowie der Überwachung des internen Revisionssystems befassen. Die Aufsichtsgremien müssen sich aus eigener Kenntnis ein Urteil über die Wirksamkeit der eingerichteten Systeme bilden und eine risikoorientierte Steuerung des Unternehmens durch den Vorstand beziehungsweise durch die Geschäftsführung sicherstellen.

Als Teil des Risikomanagementsystems hat auch die Frage nach der „Compliance“, das heißt der Regeltreue eines Unternehmens, weiter an Bedeutung gewonnen. Unter Compliance wird das Einhalten und Befolgen von Gesetzen und Richtlinien, vertraglichen Verpflichtungen und freiwilligen Selbstverpflichtungen durch ein Unternehmen und seine Organmitglieder, Führungskräfte und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bezeichnet.

Bei Nichteinhaltung von Regeln kann es zu Haftungsfällen, Unternehmensstrafen sowie Bußgeldern kommen. Durch Installation eines Compliance Management Systems sollen Risiken für wesentliche Regelverstöße rechtzeitig erkannt und gleichzeitig verhindert werden.

Art und Umfang des Compliance Management Systems, das heißt unter anderem der Einrichtung einer Compliance-Organisation sowie von Compliance-Prozessen bei Unternehmen, sind wesentlich abhängig von der Größe des jeweiligen Unternehmens und dem mit dem Unternehmensgegenstand verbundenen Risiko.

Die durch § 107 Abs. 3 S. 2 AktG insbesondere hinsichtlich des Risikomanagementsystems konkretisierten Überwachungspflichten des Aufsichtsrats finden bei allen Unternehmen in der Rechtsform einer GmbH mit mehr als 500 Beschäftigten über das Drittelbeteiligungsgesetz (§ 1 Abs. 1 Nr. 3 DrittelbG) beziehungsweise mit mehr als 2.000 Beschäftigten über das Mitbestimmungsgesetz (§ 25 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 MitbestG) Anwendung.

Das Risikofrüherkennungssystem der staatlichen Beteiligungen wird zudem jährlich im Rahmen der Prüfung nach § 53 Abs. 1 Haushaltsgrundsätzegesetz einer gesonderten Prüfung unterzogen: Gegenstand der Prüfung ist unter anderem, ob Art und Umfang der festgelegten Frühwarnsignale sich für ein effektives Risikomanagement eignen und ob eine Fortentwicklung des Risikofrüherkennungssystems entsprechend der sich ändernden Rahmenbedingungen erfolgt.

2. Grundprinzipien der Beteiligungspolitik

Ziele der bayerischen Beteiligungspolitik

„Nicht besitzen, sondern gestalten“ ist seit Jahren das oberste Grundprinzip der Bayerischen Beteiligungspolitik. Beginnend in den 90er Jahren hatte sich die Bayerische Staatsregierung im Rahmen der „Offensiven Zukunft Bayern“ von zahlreichen Beteiligungen getrennt. Insbesondere aus Industriebeteiligungen hat sich der Freistaat Bayern zurückgezogen. Die Veräußerungserlöse wurden in Höhe von 7 Milliarden Euro im Rahmen der „Offensive Zukunft Bayern“ und weiteren Programmen, wie „Bayern 2020 plus“ und „Aufbruch Bayern“, verwendet.

Eine wichtige Aufgabe der bayerischen Beteiligungspolitik ist es, die Qualität des Standorts Bayern für Investorinnen und Investoren sowie Existenzgründende zu erhalten und zu verbessern. Die bayerischen Beteiligungsunternehmen besetzen strategische Felder und unterstützen so die Innovationskraft und die internationale Ausrichtung der bayerischen Wirtschaft.

Die Infrastruktur in Bayern zu erhalten, zu verbessern und auszubauen, ist die mit den Beteiligungen an den Flughäfen, Messen und Häfen verbundene Zielsetzung.

Mit den drei staatlichen Wohnungsbaugesellschaften BayernHeim GmbH, Siedlungswerk Nürnberg GmbH und Stadibau GmbH setzt der Freistaat Bayern ein starkes Signal für neuen, bezahlbaren Wohnraum in ganz Bayern. Gerade in der Phase eines Rückgangs beim privaten Wohnungsneubau verstetigen und verstärken die staatlichen Wohnungsbaugesellschaften ihre Aktivitäten zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.

Aufgabe einer Reihe staatlicher Beteiligungen ist die Förderung von Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie (z. B. Bayerische Gesellschaft für Internationale Wirtschaftsbeziehungen mbH oder Fördergesellschaft IZB - Innovations- und Gründerzentrum Biotechnologie mbH).

Ein weiterer Schwerpunkt liegt bei Unternehmen, die sich umweltrelevanten Themen widmen (z. B. bifa Umweltinstitut GmbH oder Betriebsgesellschaft Umweltforschungsstation Schneefernerhaus mbH). Diese – für die erfolgreiche Zukunft Bayerns wichtigen - Wirtschaftsfelder können mit den bayerischen Beteiligungsunternehmen unmittelbar und effektiv gefördert werden.

Die weichen Standortfaktoren Medien und Kunst sind ebenfalls Gegenstand der bayerischen Beteiligungspolitik, die damit nicht nur dem Kulturstaatsauftrag gerecht wird, sondern auch für eine nachhaltige Attraktivität des Standorts Bayern sorgt.

Traditionsunternehmen, wie die staatlichen Brauereien, verkörpern ein Stück Bayern und sind identitätsstiftend; sie haben einen festen Platz im bayerischen Beteiligungsportfolio.

Grundsätzlicher Maßstab für jede neue Beteiligung beziehungsweise für die Beibehaltung einer bereits bestehenden Beteiligung sind folgende Kernfragen:

- Ist die mit der Beteiligung verbundene Zielsetzung beziehungsweise Aufgabe bereits erfüllt?
- Kann das angestrebte Ziel auch ohne die staatliche Beteiligung erreicht werden?

Umwelt- und Klimaschutz in Beteiligungsunternehmen

Das Nachhaltigkeitsprinzip gehört zum Kern der bayerischen Politik. Die Bewahrung von Bayerns einzigartiger Natur und eine intakte Umwelt sind Grundlage für ein lebenswertes Bayern. Gleichzeitig gilt es, Arbeitsplätze und Wohlstand langfristig zu sichern. Wesentlicher Bestandteil einer nachhaltigen Entwicklung in Bayern ist ein umwelt- und klimaverträgliches Wirtschaftswachstum. Auch die bayerischen Unternehmensbeteiligungen sind sich ihrer Verantwortung für ein nachhaltiges Wirtschaften bewusst.

Bayerische Seenschifffahrt GmbH: Am Königssee werden die Gäste bereits seit dem Jahr 1909 emissionsfrei mit elektrischem Antrieb befördert. Seit dem Jahr 2021 ist auch auf dem Starnberger See ein vollelektrisch betriebenes Schiff im Einsatz. Außerdem werden seit 2019 die Schiffe mit Verbrennungsmotor mit GTL betrieben, einem synthetisch hergestellten und emissionsärmeren Kraftstoff. Bei künftigen Schiffsneubauten ist vorgesehen, auch diese mit energieeffizienten und emissionsfreien Antrieben auszustatten.

Bayernhafen GmbH & Co. KG: bayernhafen bündelt Güterströme und verlagert Langstreckenverkehre auf Binnenschiff und Bahn. 2023 wurden in den sechs bayernhafen-Standorten insgesamt 8,23 Millionen Tonnen Güter per Schiff und Bahn umgeschlagen und dadurch rund 476.000 Lkw-Fahrten eingespart. Seit 2023 stellt bayernhafen die Umschlaggeräte sukzessive auf HVO 100 um. Die Basis für HVO 100 sind Pflanzenöle und pflanzliche Fette, die dann mit Wasserstoff synthetisiert

werden. Durch die Nutzung von HVO 100 werden die gesamten Schadstoffemissionen im Lebenszyklus einer Maschine um rund 75% reduziert. Der reine CO₂-Ausstoß beträgt nur rund die Hälfte.

Flughafen München GmbH: Die Flughafen München GmbH (FMG) geht bei ihren Klimazielen über externe Vorgaben hinaus und will bis zum Jahr 2035 die selbst beeinflussbaren CO₂-Emissionen – in der Fachsprache Scope 1 und 2 – um 90 Prozent reduzieren und die verbleibenden Restemissionen aktiv und dauerhaft aus der Atmosphäre entziehen, was in der CO₂-Bilanz netto Null bedeutet (Net-Zero-Strategie). Mit jährlichen Zielvorgaben verpflichtet sich die FMG, wie viel CO₂ sie auf dem Weg zu netto Null im jeweiligen Jahr einsparen muss und sie hat 2023 ihre Zielvorgabe übertroffen. Die umfassenden, geplanten und realisierten Maßnahmen der FMG für ihr Net-Zero-Ziel können Besucher des Flughafens seit Mai 2024 auf der „Erlebnisfläche Net Zero“ im Terminal 2 erleben, womit die Klimaschutzaktivitäten der FMG bei flughafentechnischen Anlagen, beim eigenen Fuhrpark, beim Bau von Immobilien und bei der eigenen, grünen Energieversorgung für jeden Besucher transparent sind.

Flughafen Nürnberg GmbH: Die Flughafen Nürnberg GmbH (FNG) teilt ihr Klimaziel mit allen im Flughafenverband ADV zusammengeschlossenen Flughäfen, wonach bis 2030 eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes um 65 Prozent und bis 2045 ein klimaneutralen Flughafenbetrieb zu erreichen ist. Auf Basis einer von der FNG beauftragten Studie der Hochschule Amberg zur Erreichung eines CO₂-neutralen Flughafenbetriebs in Nürnberg treibt der Flughafen sein Klimaschutzprogramm konsequent voran. Neben der bereits 2018 erfolgten Umstellung des gesamten Strombezugs auf Ökostrom wird in den kommenden Jahren die Kapazität zur Photovoltaikstromerzeugung und -speicherung weiter ausgebaut.

GSB – Sonderabfall-Entsorgung Bayern GmbH: Die sichere, wirtschaftliche und umweltschonende Entsorgung der bayerischen Industrieabfälle ist das oberste Ziel der GSB. Die technischen Anlagen entsprechen dem 'state of the art', Investitionen von circa 80 Millionen Euro seit 2013 gewährleisten das hohe Niveau im Schutz von Umwelt und Nachbarn. Eine ressourcenschonende Betriebsführung und die effiziente Nutzung der thermischen Energie, die bei der Sonderabfall-Verbrennung (SAV) freigesetzt wird, begründen den Anspruch auf nachhaltiges Tun. Die SAV ist eine CO₂-Senke und unverzichtbar für eine zukunftsorientierte Kreislaufwirtschaft. Das Unternehmen ist zertifizierter Entsorgungsfachbetrieb (EfB) und erfüllt die ISO 14001.

Messe München GmbH: Die Messe München GmbH (MMG) hat sich im Rahmen ihrer Nachhaltigkeitsstrategie zum Ziel gesetzt, bis 2030 CO₂-neutral zu sein und

erstrebt Nachhaltigkeit insgesamt in den Clustern Energie, Abfall, Gastronomie, Logistik, Beschaffung und Mobilität. Als erste Messegesellschaft weltweit setzte die MMG früh schon auf Wärmeversorgung aus regenerativen Energien, seit 2020 wird ausschließlich regenerativ erzeugter Strom bezogen und 2025 wird die zweite Hallenspanne mit Solarzellen ausgestattet. Die MMG verwendet zudem ein zirkuläres Standbausystem für Eigenstandflächen auf ihren Messen und hat gemeinsam mit Circulaze das branchen- und messeübergreifende B2B-Nachhaltigkeitsnetzwerk „bgreen leaders“ gestartet, um für Entscheider Austausch, Vernetzung und gemeinsame Lösungsfindung zu erleichtern und so eine Circular Economy voranzutreiben.

NürnbergMesse GmbH: Die Nürnberg Messe GmbH (NMG) hat das Ziel einer CO₂-neutralen Energieversorgung des Messegeländes bis 2028 und verfolgt weitere Nachhaltigkeitsziele mit dem breitem Ansatz der Vereinten Nationen (UN Sustainable Development Goals) in zehn Handlungsfeldern, worüber die NMG freiwillig seit 2021 im Lagebericht Auskunft gibt. Bereits 2020 erfolgte die Umstellung der Stromversorgung auf 100 Prozent Ökostrom und die weitgehende Nutzung von Fernwärme, wodurch der Treibhausgasausstoß bei der Erzeugung des Energieträgermixes um circa 90 Prozent reduziert werden konnte. Mit Fertigstellung einer Photovoltaikanlage mit Batteriespeichern auf etwa der Hälfte der Dachflächen des Messegeländes bis Sommer 2025 wird die NMG einen signifikanten Teil ihres Strombedarfs selbst decken.

Bayerische Landesbank: In der BayernLB-Gruppe ist Nachhaltigkeit ein wesentlicher Bestandteil des Geschäftsmodells. Dies gilt sowohl für die Finanzaktivitäten als auch für den eigenen Betrieb sowie beim Umgang mit Mitarbeitenden. Für das Nachhaltigkeitsverständnis der BayernLB sind folgende Ziele maßgeblich: Die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele der UN-Agenda 2030, die Klimaziele des Pariser Abkommens, die Ziele der EU-Taxonomie, die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung, sowie die in der Deutschen Sustainable Finance Strategie beschriebenen Ziele und auch die Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie. Im Rahmen der Geschäftsaktivitäten hat die BayernLB sich zwei wesentliche, übergreifende Ziele gesetzt. Der ESG-konforme Anteil des Portfolios soll weiterführend erhöht und der Beitrag zum Klimaschutz weiter vorangetrieben werden, indem ein klimaneutrales Portfolio vor 2050 angestrebt wird. Vor diesem Hintergrund wurden für ausgewählte Sektoren Dekarbonisierungspfade entwickelt. Darüber hinaus bietet die BayernLB u.a. mit nachhaltigen Finanzierungen und Schuldverschreibungen ein nachhaltiges Produkt- und Dienstleistungsportfolio an.

Für den eigenen Betrieb stellt die BayernLB sicher, dass negative Umweltauswirkungen minimiert werden, und sie lässt diese Erfolge jährlich extern im Rahmen einer EMAS-Zertifizierung validieren.

BayernHeim GmbH: Der Baustandard der BayernHeim beinhaltet umfassende Maßnahmen der Nachhaltigkeit von der Errichtung von PV-Anlagen über den Einsatz nachwachsender bzw. recycelter Baustoffe bis hin zur Dach- und Fassadenbegrünung. Sämtliche Bestandsobjekte der BayernHeim erfüllen mindestens den KfW 50 Standard – das gilt auch für alle Objekte in der Planungs- bzw. Bauphase. Auch die von der BayernHeim genutzte Bürofläche ist nach DGNB zertifiziert und hat einen „Gold“-Standard. Zudem ist der überwiegende Teil der Firmenfahrzeuge vollelektrisch oder ein Hybridfahrzeug.

Siedlungswerk Nürnberg GmbH: Die Siedlungswerk Nürnberg GmbH hat seit 2006 76 Photovoltaik-Anlagen errichtet, die bisher insgesamt 22.896 Megawattstunden Ökostrom erzeugt haben (Stand 31.12.2023). Sie legt im Bereich des Klimaschutzes hohen Wert auf klimaoptimierte Bauweise und die energetische Sanierung der Gebäude – dies führt zu einem sehr günstigen CO₂-Verbrauchswert, der circa 35 Prozent unter den Benchmarkwerten des GdW (Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V.) liegt, für das GdW Zwischenziel 2030 sind weitere 5 Prozent einzusparen.

Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH: Die Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH beteiligt sich an zukunftsorientierten Projekten wie zum Beispiel Planungen für Elektrifizierungen derzeit noch dieselbetriebener Strecken oder Konzepten für alternative emissionsfreie Antriebe. Eine klimafreundliche Erneuerung von Fahrzeugflotten zum Ersatz dieselgetriebener Fahrzeuge wird von der Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH bei neuen Ausschreibungsprojekten grundsätzlich berücksichtigt.

Bayerische Landeskraftwerke GmbH: Stromerzeugung aus Wasserkraft genießt als erneuerbare Energiequelle überragendes öffentliches Interesse und schont aufgrund entbehrlichen Treibstoffs und sehr langlebiger Bauwerke den Ressourcenverbrauch sowie das Klima. Die überwiegend seit mehreren Jahrzehnten bestehenden Wasserkraftanlagen der Bayerische Landeskraftwerke GmbH werden fortlaufend optimiert, um die Effizienz zu steigern und zusätzliche Strommengen ohne weiteren CO₂-Ausstoß und Umwelteingriff zu gewinnen. Im speziell eingerichteten „Entwicklungsschwerpunkt innovative Fischwandersysteme“ erforscht das Unternehmen an Vorzeigevorhaben die Weiterentwicklung von Fischschutz und Gewässerdurchgängigkeit.

Staatsbad Bad Steben GmbH: Die Belange des Umwelt- und Klimaschutzes werden durch den Einsatz einer PV-Anlage und den Einsatz von Bechern aus Biomaisstärke im Rahmen des Heilwasserausschanks gestärkt. Für die Pflege und Bewirtschaftung des Kurparkes – mit einer Fläche von 40 Hektar – sind sechs E-Mobile

im Einsatz. Hierbei werden torffreie Substrate und biologische Nützlinge sowie biologischer Dünger verwendet. Durch das Sammeln von Regenwasser, den Einsatz von automatisierten Lüftungssteuerungen sowie die Umstellung von motorbetriebenen zu akkubetriebenen Kleingeräten wird auch in der Kurgärtnerei auf Nachhaltigkeit gesetzt.

GRB – Sammelstelle für radioaktive Stoffe GmbH: Das Bestreben der Gesellschaft ist es, im Rahmen von Kundenbesuchen auf eine Verbesserung der „Abfallqualität“ hinzuwirken, zum Beispiel durch Trennung in langlebige und kurzlebige radioaktive Abfälle und sortenreine Verpackung der Abfälle. Der Wiederverwertung von radioaktiven Reststoffen kommt oberste Priorität zu. Bei umweltbedeutsamen Aufträgen zur Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen gilt es vorab zu klären, welche umweltfreundlichen Lösungen angeboten werden. Dabei ist auch auf die im Bayerischen Abfallwirtschaftsgesetz enthaltene Verpflichtung zu achten, möglichst Erzeugnisse zu berücksichtigen, die sich durch Langlebigkeit, Reparaturfreundlichkeit und Wiederverwendung auszeichnen. In den vergangenen Jahren wurde die Beleuchtung auf moderne, energiesparende LED-Technik umgestellt.

WIGES Wasserbauliche Infrastrukturgesellschaft mbH: Im Rahmen des Projekts Donauausbau werden für ökologische Maßnahmen über 300 Millionen Euro investiert. In einer hausinternen Studie werden die Förderung und die Potenziale eines ressourcenschonenden Bauens im Rahmen des Donauausbaus sowie die Berücksichtigung der Belange des Klimaschutzes bei Planung und Umsetzung von wasserbaulichen Projekten untersucht. Zu den von der WIGES GmbH im Jahr 2023 eingeführten Energiesparmaßnahmen zählen die Reduzierung des Stromverbrauchs durch ein neues Beleuchtungskonzept, die Verringerung des Energieverbrauchs unter anderem durch Nacht-, Wochenend- und Feiertagsabsenkung der Raumtemperatur sowie die Trennung der Warmwasserversorgung von der Zentralheizung am Standort Deggendorf. Des Weiteren wurde die Installation von zwei Ladestationen für Elektro-Kfz am Standort München initiiert.

Stadibau Gesellschaft für den Staatsbedienstetenwohnungsbau in Bayern GmbH: Die Stadibau GmbH hat sich mit einem 10-Punkte-Programm das Ziel gesetzt, Nachhaltigkeit und Klimaschutz in allen Unternehmensbereichen verstärkt zu berücksichtigen und konkrete Maßnahmen umzusetzen. Neben einem verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien gehören hierzu auch die Umsetzung klimafreundlicher Effizienzhaus-Standards bei Neubauten sowie die kontinuierliche energetische Modernisierung von Bestandsgebäuden. Diese Modernisierungen im Rahmen des Klimapfads sind wichtige Voraussetzung dafür, das Ziel, bis 2040 klimaneutral zu sein, zu erreichen.

bifa Umweltinstitut GmbH: Das Unternehmen ist schon gemäß Gesellschaftszweck in den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz tätig. Hinsichtlich der operativen Tätigkeit des Unternehmens selbst ist aktuell die Erneuerung der Steuerung der Lüftungsanlage im Gebäude zur Steigerung der Energieeffizienz hervorzuheben.

Betriebsgesellschaft Umweltforschungsstation Schneefernerhaus GmbH: Mit der Beteiligung fördert der Freistaat Bayern den Umwelt- und Klimaschutz unmittelbar: Der Umgang der mit dem Klimawandel verbundenen Folgen für Mensch und Natur stellt den Freistaat Bayern vor große Herausforderungen. Wichtige Erkenntnisse und Impulse für eine Bewältigung des Klimawandels liefert dabei die Klima- und Umweltforschung. Die Beteiligung an der Betriebsgesellschaft Umweltforschungsstation Schneefernerhaus erlaubt es dem Freistaat, die Bedeutung dieser Forschung zu unterstreichen und die dort auf höchstem Niveau betriebene Klima- und Umweltforschung aktiv zu unterstützen und zu begleiten.

BUGA Besitzgesellschaft des Umwelttechnologischen Gründerzentrums in Augsburg mbH: Die Gesellschaft hat im Rahmen der Gebäudesanierung eine energetische Fassadensanierung realisiert, um die Energieeffizienz der UTG-Gebäude zu verbessern. Darüber hinaus wurden Grünflächen mit Streublumenwiesen angelegt.

Fördergesellschaft IZB – Innovations- und Gründerzentrum Biotechnologie mbH: Die Fördergesellschaft IZB rüstet seit 2023 alle Leuchtmittel in den Gebäuden auf LED um. Die IZB hat in 2023 bei allen Mietern die Laufzeiten der Lüftungsanlagen sowie die Luftwechselraten pro Gebäude abfragt und dadurch die Lüftungsanlagen optimiert.

Fortiss GmbH: Im Rahmen des Kompetenzfelds „Architectures and Services for Critical Infrastructures“ treibt fortiss die Entwicklung neuartiger Konzepte für die Energieplanung und das optimierte Energiemanagement voran und trägt so dazu bei, dass die Effizienz und Nachhaltigkeit im Energiebereich gesteigert werden kann und dabei eine Brücke zwischen Forschung und praktischer Anwendung geschlagen wird.

Neue Materialien Bayreuth GmbH: Das Unternehmen baut derzeit eine Photovoltaikanlage mit 175 kWp Leistung auf den Dachflächen des Technikums zur Eigenversorgung, die jährlich mindestens 169.000 kWh Strom erzeugen soll, was einen bedeutenden Beitrag zur nachhaltigen Energieversorgung und CO₂-Reduktion des Unternehmens darstellt. Parallel dazu werden kontinuierlich Maßnahmen zur Reduzierung des Energieverbrauchs umgesetzt, um die Gesamteffizienz zu steigern und den ökologischen Fußabdruck des Unternehmens zu verkleinern. In den lau-

fenden Forschungsprojekten in den Bereichen Kunststoffe, Metalle und Future Solutions wird ein besonderer Fokus auf Nachhaltigkeitsaspekte gelegt, um innovative und umweltfreundliche Lösungen zu entwickeln und damit aktiv zum Umwelt- und Klimaschutz beizutragen.

Neue Materialien Fürth GmbH: Seit Januar 2020 wird NMF von der infra Fürth mit Ökostrom – TÜV Nord zertifiziert – beliefert. Die Stromlieferung stammt zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien. Bei der Erzeugung entstehen keine klimaschädlichen CO₂-Emissionen. Noch in 2024 sollen auf den technologischen Hallen 2, 3 und 4 Photovoltaik-Anlagen als alternative Energiequellen zum Betrieb der Forschungsanlagen installiert werden. Für eine wirkungsvolle Umsetzung der Klimastrategie durch betriebliche Transformation hin zu Emissionseinsparungen und nachhaltigem Handeln wurde 2024 eine Mitarbeiterin über die IHK als zertifizierte Klimamanagerin ausgebildet.

FilmFernsehFonds Bayern GmbH: Es wurde ein gemeinschaftlich nutzbares Dienstrad angeschafft, um Dienstgänge innerhalb Münchens CO₂-neutral vornehmen zu können. Der neu eingeführte digitale Workflow reduziert das Arbeiten in Papierform schrittweise bis auf fast Null. In der Fördertätigkeit des FilmFernsehFonds wurden für die audiovisuelle Produktion einheitliche ökologische Standards eingeführt. Um diesen Standards zu entsprechen, müssen in allen Produktionsschritten geförderter Projekte konkrete Vorgaben mit dem Ziel eingehalten werden, unter anderem CO₂-Emissionen und Ressourcenverbrauch zu reduzieren.

Stiftung Haus der Kunst München, gemeinnützige Betriebsgesellschaft mbH: Nach Übergabe des Gebäudes, inklusive aller Haustechnik wie Beleuchtung und Klimaanlage, an den Nutzer im Jahr 1994 ist die Haustechnik im Haus der Kunst auf einem entsprechend überalterten Stand nach 30 Jahren massiver Nutzung. Angesichts der geplanten Gesamtanierung können kaum Aufwände zur Erneuerung und der damit verbundenen Energieeinsparung getätigt werden. Dennoch möchte das Haus der Kunst im Sinne der Nachhaltigkeit seinen Beitrag leisten und im Rahmen der Möglichkeit den Energieeinsatz verbessern, unter anderem mit einer programmatischen Neuausrichtung des Hauses im Sinne der Klimaneutralität (Produktion vor Ort und Verzicht auf sensible und klimatechnisch anspruchsvolle Leihgaben), sukzessive Umrüstung auf LED-Beleuchtung und Umstellung der Regelung und Steuerung der Klimaanlage auf IP Technik.

byte - Bayerische Agentur für Digitales GmbH: Bei der Auswahl der Büroflächen wurde bewusst eine verkehrsgünstige und zentrale Lage am Ostbahnhof gewählt, die den Beschäftigten die Anreise mit dem öffentlichen Nahverkehr oder dem Fahrrad ermöglicht. Die benötigte Bürofläche wird durch Maßnahmen wie u.a. eine

Shared-Desk-Policy und dem Einsatz von Telefonzellen statt Meeting-Räumen bewusst auf das notwendige Minimum reduziert und der Leerstand von Flächen vermieden. Die byte praktiziert das "papierlose Büro" (Digitalisierung aller internen Prozesse sowie der ein- und ausgehenden Dokumente). Die Organisation plant die Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie bis Ende 2024, anhand derer Nachhaltigkeitsaspekte konsequent in den Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden können.

Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern mbH (GAB): Grundlage der gesamten Tätigkeit der GAB in ihren drei Geschäftsbereichen ist das Engagement im Umweltschutz, mit den konkreten Zielen, aus Altlasten resultierende mögliche Gefahren für Mensch und Umwelt zu erkennen, wo nötig abzuwehren und so die Lebens- und Wirtschaftsgrundlagen auch für die folgenden Generationen zu sichern. Darüber hinaus tragen die Projekte der GAB innerhalb der Altlastensanierung und des Flächenrecyclings dazu bei, Planungs- und Investitionshemmnisse zu beseitigen, die Entwicklung kostengünstiger Sanierungstechnologien in Bayern voranzutreiben und die Nachnutzung von belasteten Flächen zu ermöglichen, um damit den Verbrauch neuer Flächen zu reduzieren. Neben den drei genannten Geschäftsbereichen bietet die GAB Kommunen und Unternehmen der öffentlichen Hand Beratungs- und Projektsteuerungsleistungen zur Bewältigung der Probleme in der Altlastenbearbeitung an und unterstützt das Landesamt für Umwelt im Zulassungsverfahren für Sachverständige.

Stiftung Bayerisches Amerikahaus gemeinnützige GmbH – Bavarian Center for Transatlantic Relations: Die Stiftung Amerikahaus leistet durch diverse Maßnahmen einen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz. So verfügt das energetisch generalsanierte Gebäude der Stiftung Amerikahaus zum Beispiel über Heiz- und Kühldecken, die zur Heizung und Kühlung der Räume eingesetzt werden und besonders energiesparend arbeiten. Auch bei der Durchführung von Veranstaltungen achtet die Stiftung Amerikahaus auf die Umwelt. So werden Druckprodukte aus umweltschonendem Recyclingpapier hergestellt und regionale Speisen, zum Großteil vegetarisch, angeboten.

LfA Förderbank Bayern: Die LfA unterstützt gewerbliche Unternehmen und Freiberufler mit geeigneten Finanzierungslösungen bei Investitionen in Umwelt- und Klimaschutz, Energieeinsparung, erneuerbare Energien und Anpassung an den Klimawandel. In der LfA selbst werden jährlich Nachhaltigkeitsziele definiert und konkrete Maßnahmen (zum Beispiel weitere Digitalisierung von Geschäftsprozessen, Ausbau der Fernkälte, Installation von Photovoltaikanlagen) umgesetzt. Transparente Reportings, wie die Erklärung gemäß Deutschen Nachhaltigkeitskodex, die Umwelterklärung sowie der Beitritt zum UN Global Compact zeigen, wie dies im

Einzelnen gelebt wird. Für ihr Engagement in den Nachhaltigkeitsthemen Umwelt, Soziales und verantwortungsvolle Unternehmensführung (Governance) wurde der LfA 2023 von der renommierten Ratingagentur ISS ESG ein erstklassiges Nachhaltigkeitsrating verliehen.

Bayerische Staatsbrauerei Weihenstephan: Die Bayerische Staatsbrauerei ist seit 2021 EMAS-zertifiziert und die konsolidierte EMAS-Umwelterklärung wurde zuletzt 2023 validiert. Ziel ist, eine CO₂-neutrale Produktion zu erreichen und bis dahin unvermeidbare Emissionen zu kompensieren. Der Umwelt- und Klimaschutz findet insbesondere bei Planung und Ausführung von Investitionen besondere Beachtung. Die Staatsbrauerei Weihenstephan verzichtet unter anderem beim neuen Logistikzentrum auf fossile Brennstoffe und hat Photovoltaikanlagen installiert. Ferner werden regionale Umweltprojekte unterstützt.

Bayerisches Hauptmünzamt: Das Bayerische Hauptmünzamt (BHMA) als umwelt-zertifiziertes Unternehmen, zertifiziert nach der internationalen ISO 14001 Norm, wird weiterhin Priorität auf eine die Ressourcen schonende Produktion legen, um die bayern- und bundesweit geforderten Ziele zur Reduzierung der Verbräuche zu erreichen. Neben den laufenden Bemühungen um eine nachhaltige Produktion investiert das BHMA in die energetische Sanierung des Betriebsgebäudes um den gesamten Produktionsprozess möglichst klimaschonend abzuwickeln.

Staatsbad Bad Brückenau: Der Umwelt- und Klimaschutz ist ein wichtiger Bestandteil der Unternehmensziele. In Kooperation mit externen Betreibern werden Ladesäulen für Elektrofahrzeuge eingerichtet, im Immobilienbestand finden fortlaufend energetische Sanierungen in Abstimmung mit dem Denkmalschutz statt. Für das bestehende Nahwärmenetz wird an einer zukunftsweisenden Fortentwicklung gearbeitet, die Bewirtschaftung der über 40 Hektar erfolgt in Sinne der Biodiversität.

Staatliche Lotterie- und Spielbankverwaltung: Durch die geplante Einführung des Umweltmanagementsystems EMAS (Eco Management and Audit Scheme) zeigt die Staatliche Lotterie- und Spielbankverwaltung (SLSV), welche Bedeutung der Umwelt- und Klimaschutz für das Unternehmen hat. EMAS geprüfte Organisationen leisten einen wirksamen Beitrag zum Umweltschutz, sparen Kosten und zeigen gesellschaftliche Verantwortung.

Staatliches Hofbräuhaus in München: Das Staatliche Hofbräuhaus in München verfolgt mit der Strategie „Vermeiden, Verringern und Kompensieren“ seit mehr als 20 Jahren das Ziel, die Biere CO₂-neutral und nachhaltig zu produzieren. 2001 wurde ein umfassendes Umweltmanagementsystems nach EMAS eingeführt, die Umwelt-

leistung wird seither regelmäßig durch externe Umweltprüfungen sowie ein Umweltaudit überwacht. Die Validierung der konsolidierten EMAS-Umwelterklärung wurde im Juni 2024 erfolgreich abgeschlossen und wird 2026 wiederholt. Neben kontinuierlichen Modernisierungsmaßnahmen und der Mitgliedschaft im Umwelt- und Klimapakt Bayern sollen zukünftige Projekte wie der Einsatz von Photovoltaikanlagen, eine Biogasgewinnung aus dem Brauereiabwasser und die Unterstützung der CO₂-Kompensation durch Humusaufbau zur Steigerung der Nachhaltigkeit beitragen.

Zentrum Staatsbäder / Besitzverwaltung Staatliche Seenschifffahrt: Um die bayern- und bundesweit geforderten Ziele zur Reduzierung der Energieverbräuche und CO₂-Einsparung zu erreichen, priorisieren die Staatsbetriebe weiterhin alle Maßnahmen eines ressourcenschonenden Betriebs. Die Versorgung der umfangreichen Immobilien der Staatsbetriebe mit regenerativen Energiearten und Ausstattung mit zukunftsweisenden Betriebslösungen in allen Versorgungssparten wird insbesondere in Abstimmung mit den kommunalen Wärmeversorgungsstrategien fortentwickelt. Bis zum Jahr 2028 wird eine Strategie entwickelt, deren stufen- und schrittweise Umsetzung in den Folgejahren zu einer Netto-Treibhausgasneutralität im Jahr 2040 führen soll.

Privatisierungsaktionen seit dem Jahr 2000

Der Freistaat Bayern hat seit dem Jahr 2000 Anteile an 37 Beteiligungsunternehmen und Staatsbetrieben des Einzelplans 13 ganz oder zum Teil veräußert, aufgelöst, ausgegliedert oder liquidiert.

Eine Aufgabe der Beteiligung erfolgte immer dann, wenn aus ordnungspolitischen Gründen eine staatliche Beteiligung nicht mehr für erforderlich gehalten wurde.

Zudem wurden Anteile an Unternehmen abgegeben, an denen nur eine minimale Beteiligung bestand, wenn deren Aufrechterhaltung nicht für sinnvoll erachtet wurde. Seit dem Jahr 2013 wurden im Rahmen von Privatisierungsaktionen folgende Beteiligungen veräußert, aufgelöst, ausgegliedert oder liquidiert:

- Kompetenzzentrum Neue Materialien Nordbayern GmbH i. L. (2013)
- HIS Hochschul-Informationssystem GmbH (Umwandlung der Rechtsform in 2014)
- Weißachau-Grundstücksankaufs- und Verwaltungsgesellschaft mbH (2015)
- Bewerbungsgesellschaft München 2018 GmbH i. L. (2015)
- IWF Wissen und Medien gGmbH i. L. (2016)
- Uniper SE (2016)

- Bayerisches Filmzentrum Geiseltal Wirtschaftsförderungs-GmbH i.L. (2024)

Neue Beteiligungsgesellschaften

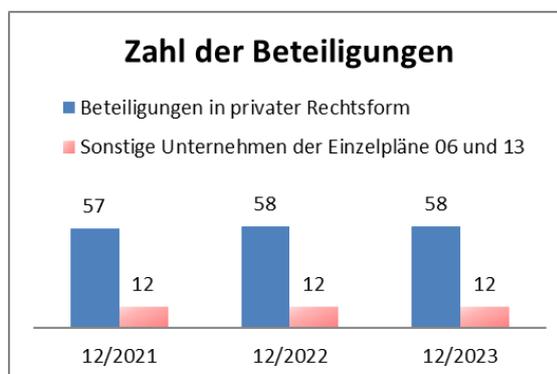
Zur Umsetzung der politischen Ziele der Bayerischen Staatsregierung, zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Bayern und zur Schaffung neuer zukunftsfähiger Arbeitsplätze wurden seit dem Jahr 2000 27 Unternehmen gegründet bzw. Anteile daran erworben. Die Anteile an sechs Unternehmen wurden zwischenzeitlich bereits wieder abgegeben. Seit 2013 wurden erworben:

- Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung GmbH (Abspaltung aus HIS Hochschul-Informationssystem GmbH (HIS) in 2013)
- Stiftung Bayerisches Amerikahaus gGmbH – Bavarian Center for Transatlantic Relations (2013)
- fortiss GmbH (2015)
- Uniper SE (2016)
- Gemeinnützige Gesellschaft zur Förderung und Durchführung der Bayerisch-Tschechischen Freundschaftswochen Selb 2023 mbH (2017)
- U-Bahn Martinsried Projektmanagement GmbH & Co. KG (2017)
- U-Bahn Martinsried Projektmanagement Verwaltungs GmbH (2017)
- BayernHeim GmbH (2018)
- Helmholtz Zentrum für Infektionsforschung GmbH (2018)
- WIGES Wasserbauliche Infrastrukturgesellschaft mbH (2020)
- Bayerische Finanzagentur GmbH (2020)
- byte – Bayerische Agentur für Digitales GmbH (2021)
- DRM – Datenraum Mobilität GmbH (2022)

3. Aktuelles aus der Beteiligungsverwaltung

Veränderung der Zahl der Beteiligungen

Zum 31. Dezember 2023 war der Freistaat Bayern unmittelbar an 58 Unternehmen in privater Rechtsform sowie an 12 Unternehmen in sonstiger Rechtsform im Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat (Haushaltseinzelpläne 06 und 13) beteiligt. Das Beteiligungsportfolio umfasste damit 70 Beteiligungen.

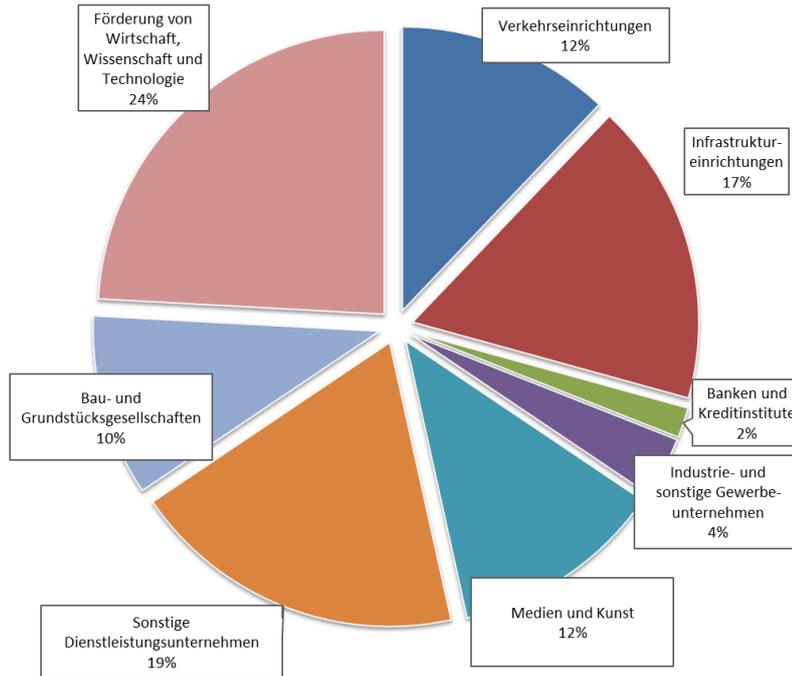


Die 12 Unternehmen in sonstiger Rechtsform setzen sich aus drei Anstalten des öffentlichen Rechts und neun Staatsbetrieben zusammen.

Die überwiegende Rechtsform der insgesamt 70 staatlichen Beteiligungen wird durch die 52 Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) abgebildet.

Von den 58 Beteiligungen des Freistaats Bayern in privater Rechtsform waren 15 Unternehmen erwerbswirtschaftlich und 43 Unternehmen nicht erwerbswirtschaftlich tätig.

Die Beteiligungsunternehmen in privater Rechtsform sind in folgenden Bereichen tätig:

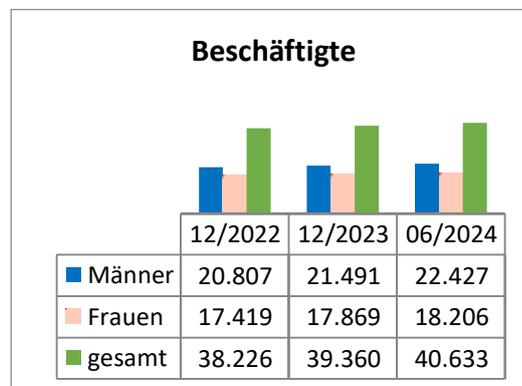


Bayerisches Filmzentrum Geiselgasteig Wirtschaftsförderungs-GmbH

Die Liquidation der Bayerisches Filmzentrum Geiselgasteig Wirtschaftsförderungs-GmbH konnte im Frühjahr 2024 abgeschlossen werden. Das Nennkapital der Gesellschaft wurde an die Gesellschafter Bavaria Film GmbH und Freistaat Bayern gemäß ihrem Anteil am Stammkapital ausbezahlt. Den darüber hinaus verbleibenden Liquidationserlös in Höhe von rund 25 Tausend Euro erhielt der Freistaat Bayern. Die Gesellschaft wurde aus dem Handelsregister gelöscht.

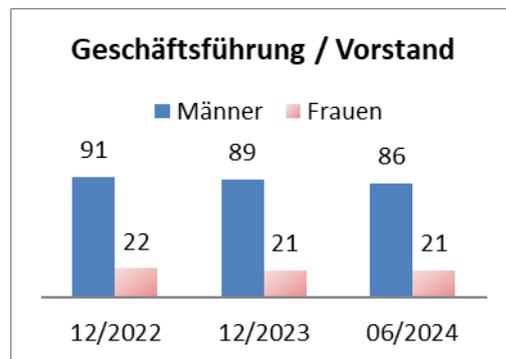
Beschäftigte in den Beteiligungsunternehmen des Freistaats Bayern

Neben der Entwicklung des Anteils von Frauen und Männern bei der Besetzung von Vorstands- und Geschäftsführungspositionen wird auch im diesjährigen Bericht wieder die Entwicklung des Anteils von Frauen und Männern innerhalb der Gesamtbelegschaft der bayerischen Beteiligungsunternehmen aufgezeigt. Der Anteil von Frauen an der Gesamtbelegschaft der bayerischen Beteiligungsunternehmen betrug zum Stichtag 31. Dezember 2023 45,4 Prozent.



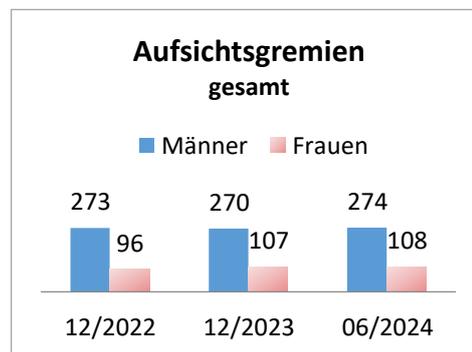
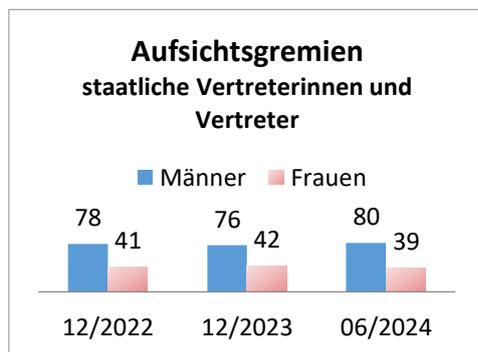
Besetzung der Geschäftsführungs- und Vorstandspositionen sowie der Aufsichtsgremien

Zum Stichtag 31. Dezember 2023 waren 21 von insgesamt 110 Vorstands- und Geschäftsführungspositionen bei den Beteiligungsunternehmen des Freistaats Bayern mit Frauen besetzt. Die Frauenquote betrug somit 19,1 Prozent (30.06.2024: 19,6 Prozent).



Der Freistaat Bayern hat zum 31. Dezember 2023 118 staatliche Vertreterinnen und Vertreter in die Aufsichtsgremien der Beteiligungsunternehmen entsandt. Der Anteil von Frauen betrug dabei 35,6 Prozent (30.06.2024: 32,8 Prozent).

Zum Stichtag 31. Dezember 2023 wurden insgesamt 107 Frauen in die Aufsichtsgremien bayerischer Beteiligungsunternehmen entsandt, was einer Frauenquote von 28,4 Prozent entspricht (30.06.2024: 28,3 Prozent).



B. Beteiligungen des Freistaats Bayern zum 31. Dezember 2023

1. Erwerbswirtschaftliche Unternehmen

Verkehrseinrichtungen
Sonstige Infrastruktureinrichtungen
Banken und Kreditinstitute
Industrie- und sonstige Gewerbeunternehmen
Bau- und Grundstücksgesellschaften
Sonstige Dienstleistungsunternehmen

2. Nicht erwerbswirtschaftliche Unternehmen

Verkehrseinrichtungen
Sonstige Infrastruktureinrichtungen
Bau- und Grundstücksgesellschaften
Förderung von Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie
Medien und Kunst
Sonstige Dienstleistungsunternehmen

3. Sonstige Unternehmen (der Einzelpläne 06 und 13)

Anstalten des öffentlichen Rechts
Staatsbetriebe
Staatsbetriebe (mit Beschränkung auf Besitzverwaltung)

Erwerbswirtschaftliche Unternehmen

Verkehrseinrichtungen



Bayerische Seenschifffahrt GmbH, Schönau am Königssee
Bayernhafen GmbH & Co. KG, Regensburg
Bayernhafen Verwaltungs GmbH, Regensburg
Flughafen München GmbH, München
Flughafen Nürnberg GmbH, Nürnberg

**Bayerische
Seenschiffahrt GmbH**

Seestraße 55
83471 Schönau am Königssee
Telefon 08652 9636-0
Telefax 08652 9636-10
zentrale@seenschiffahrt.de
www.seenschiffahrt.de
Gründungsjahr: 1996
Beteiligung seit: Gründung



Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Besitzverwaltung Staatliche Seenschiffahrt	1.200,00	100,00 %
Gesamt	1.200,00	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Schifffahrt im Linien- und Gelegenheitsverkehr auf dem Königssee, Tegernsee, Starnberger See und Ammersee und die Vermietung von Wasserfahrzeugen, insbesondere von Ruderbooten auf dem Königssee sowie sonstige dazu passende wirtschaftliche und traditionell im Bereich der Seenschiffahrt angesiedelte Betätigungen, insbesondere - durch zugelassene Dritte oder selbst - Schiffsgastronomie, Durchführung von Veranstaltungen aller Art, Vermietung von Kiosken und Ähnliches.

Mit der Beteiligung kommt der Freistaat Bayern seiner historischen Verantwortung im Nachgang zur Privatisierung der Staatlichen Seenschiffahrt nach. So wurden in den letzten 20 Jahren insbesondere am Ammersee der Raddampfer HERRSCHING im historischen Stil neu gebaut und Bayerns ältester Raddampfer DIESSEN generalsaniert. Zudem wird sichergestellt, dass alle Seegemeinden angefahren werden. An der Beteiligung liegt weiterhin ein unmittelbares, wichtiges Interesse des Staates vor. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht ebenso gut oder besser auf andere Weise erreichen.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	23.130	19.994	18.939
Bilanzsumme	28.592	25.594	24.787
Eigenkapitalquote (in %)	80,90	78,10	76,41
Umsatzerlöse	22.728	18.410	11.734
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3.274	1.067	-2.615
EBITDA	5.727	2.907	-927
Umsatzrentabilität (in %)	14,40	5,80	-22,28
Eigenkapitalrentabilität (in %)	14,15	5,34	-13,80
operativer Cash-Flow	6.112	3.463	188
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	202	189	178
- davon Männer	167	162	154
- davon Frauen	35	27	24

Geschäftsverlauf 2023

Im Geschäftsjahr 2023 betragen die Umsatzerlöse aus dem Schifffahrtsbetrieb 22.128 Tausend Euro. Damit ergibt sich ein Anstieg von 4.151 Tausend Euro gegenüber dem Vorjahr (17.977 Tausend Euro). Nach den Einschnitten durch die Corona-Pandemie in den Jahren 2020 und 2021 setzte sich der Aufwärtstrend aus dem Jahr 2022 auch im Jahr 2023 fort. Steigende Fahrgastzahlen und eine Fahrpreisanhebung aufgrund der Inflation führten zu einer weiteren positiven Entwicklung der Umsatzzahlen im Jahr 2023.

Die Erlöse aus Linienfahrten betragen 21.289 Tausend Euro und erhöhten sich damit um 24,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr (17.077 Tausend Euro). Bei den Erlösen aus Charterfahrten (meist Firmenveranstaltungen) kam es wegen des Pächterwechsels bei der Schiffsgastronomie Tegernsee und auf technischen Problemen basierenden Schiffsausfällen am Starnberger See zu Umsatzeinbußen. Da im Chartersegment ein langer Vorlauf herrscht, sorgte dies für Unsicherheit bei der Anmietung von Schiffen. Insgesamt ergab sich im Chartersegment ein Minus um 32 Tausend Euro von 683 Tausend Euro auf 651 Tausend Euro. Im Bereich Erlebnisfahrten konnte ein Umsatz von 100 Tausend Euro erzielt werden, was eine Umsatzsteigerung um 20 Tausend Euro bedeutet.

Der Einzelvergleich der Umsatzerlöse aus dem Schifffahrtsbetrieb der vier Betriebs-teile mit dem Vorjahr sieht dabei wie folgt aus: Prozentual gesehen schneidet der Königssee mit einem Plus von 31,5 Prozent am besten ab. Es folgen der Ammersee mit einem Plus von 19,9 und der Tegernsee mit einem Plus von 14,9 Prozent. Am Starnberger See ergab sich, bedingt durch die genannten technischen Probleme, ein Minus von 6,8 Prozent.

Im Gesamtbetrieb konnte ein Anstieg der Fahrgastzahlen gegenüber dem Vorjahr um 130 Tausend Fahrgäste oder 9,7 Prozent erreicht werden. Mit insgesamt 1.477 Tausend beförderten Personen wurden die Werte von 2019 (1.564 Tausend), dem Jahr vor der Pandemie, nur knapp unterschritten. Im Durchschnittsvergleich der letzten 5 Jahre ergibt sich eine Steigerung von 17,7 Prozent. Insgesamt gesehen konnte wegen wachsender Fahrgastzahlen und erhöhter Fahrpreise bei den Umsatzerlösen eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 18.410 Tausend Euro um 4.318 Tausend Euro auf 22.728 Tausend Euro erzielt werden. Die positive Umsatzentwicklung führte dazu, dass ein Jahresüberschuss in Höhe von 3.333 Tausend Euro (Vorjahr 1.066 Tausend Euro) ausgewiesen wird.

Laufende Entwicklung

Im Jahr 2024 wird der Schiffsbetrieb am Königssee wie gewohnt ganzjährig laufen. An den drei anderen Betriebsteilen konnte der Saisonstart planmäßig stattfinden. Um Preissteigerungen zu kompensieren, wurden die Fahrpreise für 2024 um durchschnittlich 3,2 Prozent angehoben. Die Fahrgastzahlen bis Mai 2024 zeigen eine positive Entwicklung. Wegen des Hochwassers im Juni mussten die Betriebsteile Tegernsee, Ammersee und Starnberger See den Schiffsbetrieb zeitweise einstellen oder konnten die Linien nur eingeschränkt bedienen. Während der Starnberger See auch noch im Juli vom Hochwasserereignis betroffen war, haben die übrigen Betriebsteile im Juli und August wieder deutlich an Fahrt aufnehmen können. Für 2024 rechnet die Bayerische Seenschifffahrt mit einem Jahresüberschuss.

Beteiligungen

Keine

Geschäftsführung

Michael Grießer

Aufsichtsrat

Keiner

Bayernhafen GmbH & Co. KG

Linzer Straße 6
 93055 Regensburg
 Telefon 0941 79504-0
 Telefax 0941 79504-20
 holding@bayernhafen.de
 www.bayernhafen.de
 Gründungsjahr: 2005
 Beteiligung seit: Gründung

**Beteiligungsverhältnisse**

Anteil	TEUR	v.H.
Bayerische Landeshafenverwaltung	25,00	100,00 %
Gesamt	25,00	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Die Bayernhafen GmbH & Co. KG ist Eigentümerin und Betreiberin der Häfen in Aschaffenburg, Bamberg, Regensburg und Passau. Darüber hinaus ist sie Eigentümerin der Häfen Nürnberg und Roth, die durch die Hafen Nürnberg-Roth GmbH betrieben werden, an der die Bayernhafen GmbH & Co. KG mit 80 Prozent beteiligt ist. Gegenstand des Unternehmens ist der Bau, Betrieb und die Verwaltung von Häfen.

Mit der Beteiligung fördert der Freistaat Bayern den Infrastrukturausbau und hiermit die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns. An der Beteiligung liegt weiterhin ein unmittelbares wichtiges Interesse des Staates vor. Weder eine Privatisierung noch eine Übertragung in kommunale Hand erscheinen als geeignete Alternative. Die Häfen der bayernhafen-Gruppe haben überregionale Bedeutung, die Häfen Regensburg und Nürnberg sind dabei als einzige bayerische Häfen von der Europäischen Union als Kernnetzhäfen von transeuropäischer Bedeutung definiert. Über die Alleingesellschafterstellung an der Bayernhafen GmbH & Co. KG kann der Freistaat sicherstellen, dass diese wichtigen Infrastrukturen nicht aus weniger überregional angelegten oder rein privaten Profitinteressen aufgegeben und umgenutzt werden. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht ebenso gut oder besser auf andere Weise erreichen.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	208.022	192.400	178.560
Bilanzsumme	255.219	238.678	223.626
Eigenkapitalquote (in %)	84,10	82,40	79,80
Umsatzerlöse	47.257	44.654	40.962
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	18.173	16.485	15.148
EBITDA	29.468	26.476	24.543
Umsatzrentabilität (in %)	38,46	36,92	36,98
Eigenkapitalrentabilität (in %)	8,74	8,57	8,48
operativer Cash-Flow	19.829	27.282	20.152
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	142	136	129
- davon Männer	114	104	100
- davon Frauen	28	32	29

Geschäftsverlauf 2023

Im Geschäftsjahr 2023 lagen die Umsatzerlöse um 5,8 Prozent über dem Vorjahreswert, aber um 2,6 Prozent unter dem Planansatz. Das Jahresergebnis lag hingegen mit 18,2 Millionen Euro um 20,9 Prozent über dem Zielwert für 2023, was insbesondere Verzögerungen bei Instandhaltungsmaßnahmen geschuldet ist.

An den bayernhafen-Standorten Aschaffenburg, Bamberg, Nürnberg, Roth, Regensburg und Passau wurden 2023 insgesamt 8,23 Millionen Tonnen Güter per Schiff und Bahn umgeschlagen – das sind 91,6 Prozent der Vorjahrestonnage. Die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine, die Energiewende und die spürbar abgekühlte Konjunktur spiegeln sich auch in den Umschlagszahlen wider.

Der Rückgang im Bahngüterumschlag 2023 zeigt sich vor allem in Mengen-Einbußen im Kombinierten Verkehr. Durch das 2022 fertiggestellte trimodale Terminal (Schiff, Bahn und LKW) in Regensburg und die aktuell laufenden Erweiterungen des Terminals in Nürnberg sowie des Trailerports in Regensburg ist hier aber Raum für zukünftiges Wachstum in konjunkturellen Erholungsphasen vorhanden.

Das Unternehmen verfügt per 31. Dezember 2023 über rund 793 Hektar Grundstücke, wobei rund 14,2 Hektar angemietet oder in Erbbaurecht übernommen sind.

Laufende Entwicklung

Für das Geschäftsjahr 2024 wird von einem Umsatzwachstum von 5,4 Prozent ausgegangen. Zuwächse aus der Grundstücksvermarktung tragen hierzu ebenso bei, wie der eigene Umschlagbetrieb und die Personenschiffahrt. Das geplante Jahresergebnis 2024 reduziert sich gegenüber dem Vorjahr 2023 auf 15,13 Millionen Euro da höhere Instandhaltungsaufwendungen (u. a. für Bahninfrastruktur- und Grundstückssanierungen) das Ergebnis belasten.

Die Entwicklungs- und Investitionspolitik wird unverändert weitergeführt, da bayernhafen sein Konzept einer nachhaltigen Standort- und Produktentwicklung konsequent weiterverfolgt.

Beteiligungen

Hafen Nürnberg-Roth GmbH	80,00 %
baymodal Bamberg GmbH	74,90 %
KT-Infrastruktur GmbH & Co. KG	50,00 %
KT-Verwaltungs GmbH	50,00 %
TCA - trimodales Containerterminal Aschaffenburg GmbH	49,00 %

Geschäftsführung

Joachim Zimmermann

Aufsichtsrat

Keiner

Bayernhafen Verwaltungs GmbH



Linzer Straße 6
 93055 Regensburg
 Telefon 0941 79504-0
 Telefax 0941 79504-20
 holding@bayernhafen.de
 www.bayernhafen.de
 Gründungsjahr: 2005
 Beteiligung seit: Gründung

Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Bayerische Landeshafenverwaltung	25,00	100,00 %
Gesamt	25,00	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung insbesondere bei der Bayernhafen GmbH & Co. KG.

Die Bayernhafen Verwaltungs GmbH nimmt eine gesellschaftsrechtlich notwendige Hilfsfunktion für die Bayernhafen GmbH & Co. KG wahr. Eine Privatisierung der Beteiligung ist vor diesem Hintergrund nicht möglich.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	91	84	80
Bilanzsumme	100	94	85
Eigenkapitalquote (in %)	91,13	89,94	93,56
Umsatzerlöse	5	5	5
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	7	5	4
EBITDA	7	5	5
Umsatzrentabilität (in %)	130,65	97,09	95,60
Eigenkapitalrentabilität (in %)	7,27	5,50	5,43
operativer Cash-Flow	7	5	3
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	0	0	0

Geschäftsverlauf 2023

Die Ergebnisentwicklung des Geschäftsjahres war im Rahmen der Erwartungen. Die Tätigkeit der Bayernhafen Verwaltungs GmbH beschränkt sich auf die geschäftsführende Komplementärs-Funktion bei der Bayernhafen GmbH & Co. KG, ein eigenes operatives Geschäft wird nicht betrieben. Alle damit zusammenhängenden Ausgaben werden dem Unternehmen von der Bayernhafen GmbH & Co. KG ersetzt. Der Jahresüberschuss resultiert im Wesentlichen aus der vereinbarten Haftungsvergütung.

Laufende Entwicklung

Für die folgenden Geschäftsjahre wird bei gleichbleibenden Strukturen mit einer gleichförmigen Ertrags- und Vermögensentwicklung gerechnet. Im Geschäftsjahr 2024 werden Erlöse und ein positives Jahresergebnis auf Vorjahresniveau erwartet.

Beteiligungen

Bayernhafen GmbH & Co. KG	0,00 %
---------------------------	--------

Geschäftsführung

Joachim Zimmermann

Aufsichtsrat

Keiner

Flughafen München GmbH

Nordallee 25
 85356 München
 Telefon 089 975-00
 Telefax 089 975-57906
 info@munich-airport.de
 www.munich-airport.de
 Gründungsjahr: 1949
 Beteiligung seit: 12.10.1949



Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	156.455,76	51,00 %
Bundesrepublik Deutschland	79.761,76	26,00 %
Landeshauptstadt München	70.558,48	23,00 %
Gesamt	306.776,00	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Verkehrsflughafens München einschließlich der damit zusammenhängenden Nebengeschäfte. Die Gesellschaft kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen beteiligen.

Der Flughafen München ist als eine der bedeutendsten Infrastruktureinrichtungen des Freistaates Bayerns und der Bundesrepublik Deutschland von maßgeblicher Bedeutung für die Prosperität des Landes. Sein weltweites Verbindungsnetz ist ein Schlüsselfaktor für die exportorientierte bayerische Wirtschaft.

Es liegt daher im Interesse des Freistaates Bayern, die Weiterentwicklung des Flughafens München zu einem der führenden europäischen Luftverkehrsdrehkreuze zusammen mit der Bundesrepublik Deutschland und der Landeshauptstadt München als Gesellschafter weiter zu begleiten. Diese Aufgabe lässt sich derzeit nicht ebenso gut oder besser ohne staatliche Beteiligung erreichen.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	1.786.679	1.765.672	1.815.132
Bilanzsumme	5.679.596	5.477.074	5.493.145
Eigenkapitalquote (in %)	31,46	32,24	33,04
Umsatzerlöse	1.373.301	1.187.988	601.276
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	25.348	- 58.794	- 261.296
EBITDA	317.661	238.653	- 45.816
Umsatzrentabilität (in %)	1,85	- 4,95	- 43,46
Eigenkapitalrentabilität (in %)	1,42	- 3,33	- 14,40

	2023	2022	2021
operativer Cash-Flow	301.545	159.426	- 45.819
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	8.362	8.610	8.693
- davon Männer	5.739	5.851	5.893
- davon Frauen	2.623	2.759	2.800

Geschäftsverlauf 2023

Nach den historischen Belastungen der Corona-Krise befand sich der Luftverkehr insgesamt und am Flughafen München im Jahr 2023 auf dem Weg der Konsolidierung. Dabei war die Geschäftsentwicklung aber weiterhin durch die verhaltene Konjunkturentwicklung, wirtschaftliche Unsicherheit und die Belastung durch hohe Energiepreise beeinträchtigt. Die Verkehrsentwicklung im Jahr 2023 war durch eine hohe Passagiernachfrage und eine zunehmende Erholung des Geschäftsreiseverkehrs geprägt. Der Systempartner Lufthansa hat den Wiederaufbau der Drehkreuzfunktion mit Luftverkehrsverbindungen in alle Welt fortgesetzt, musste aber seine Wachstumspläne aufgrund von Engpässen bei Fluggerät und Personal drosseln. Das für den Wirtschaftsstandort bedeutende Verkehrsangebot nach USA hat sich bereits vollständig erholt und übertrifft das Vorkrisenniveau. Auch das Flugangebot in andere wichtige Wirtschafts-/Urlaubsregionen, wie China, Indien, Naher Osten und Afrika hat deutlich zugenommen und teilweise bereits das Vorkrisenniveau überschritten.

Mit 37,0 Millionen Flugreisenden (+ 17,0 Prozent) und 302.150 Flugbewegungen (+ 6,0 Prozent) stiegen die Verkehrszahlen am Flughafen München im Vergleich zum Vorjahr deutlich an. Dennoch lagen vergleichbar mit der Entwicklung an den anderen deutschen Flughäfen die Passagierzahlen im Gesamtjahr lediglich bei rund 77 Prozent und die Bewegungen bei rund 72 Prozent der Werte des letzten Vorkrisenjahres 2019. Auch der Luftfrachturnschlag verbesserte sich um 7,1 Prozent auf 277.199 Tonnen insbesondere durch Wiederbelebung der Beiladepazitäten auf Langstreckenflügen und näherte sich bis auf rund 78 Prozent dem Vorkrisenniveau.

Die zunehmende Verkehrserholung war in der Geschäftsentwicklung der verschiedenen Konzernbereiche spürbar und führte zu einem deutlichen Anstieg der Umsatzerlöse auf 1.373 Millionen Euro (+ 15,6 Prozent). Demgegenüber konnte der Anstieg der Betriebsaufwendungen auf 1.301 Millionen Euro (+ 3,2 Prozent) begrenzt werden. In Summe verzeichnete der FMG-Konzern im Geschäftsjahr 2023 erstmals seit 2019 wieder ein positives Ergebnis nach Steuern von 25,4 Millionen Euro. Der operative Cash flow konnte auf 301,5 Millionen Euro erneut deutlich gesteigert und damit die Liquiditätssituation spürbar verbessert werden.

Laufende Entwicklung

Im Jahr 2024 ist mit einer anhaltenden Erholung des Luftverkehrs zu rechnen. In der Folge erwartet die Flughafen München GmbH ein weiteres deutliches Umsatzwachstum. Die Geschäftsentwicklung am Flughafen München bleibt aber unsicher und abhängig von den allgemeinen politischen und gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie den Implikationen des Fachkräftemangels.

Beteiligungen

aerogate München Gesellschaft für Luftverkehrsabfertigungen mbH	100,00 %
AeroGround Flughafen München GmbH	100,00 %
Allresto Flughafen München Hotel und Gaststätten GmbH	100,00 %
Cargogate Munich Airport GmbH	100,00 %
eurotrade Flughafen München Handelsgesellschaft mbH	100,00 %
Flughafen München Realisierungsgesellschaft mbH	100,00 %
FMSicherheit Flughafen München Sicherheit GmbH	100,00 %
FMV Flughafen München Versicherungsvermittlungsgesellschaft mbH	100,00 %
LabCampus GmbH	100,00 %
Munich Airport International GmbH	100,00 %
Flughafen München Baugesellschaft mbH	60,00 %
Terminal 2 Gesellschaft mbH & Co oHG	60,00 %
EFM Gesellschaft für Enteisen und Flugzeugschleppen am Flughafen München mbH	49,00 %
Flughafen Parken GmbH	14,28 %
aerogate München Gesellschaft für Luftverkehrsabfertigungen mbH	100,00 %
AeroGround Flughafen München GmbH	100,00 %

Geschäftsführung

Jost Lammers
Jan-Henrik Andersson
Nathalie Leroy

Aufsichtsrat

Der nach dem Mitbestimmungsgesetz paritätisch aus Vertretern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer des Unternehmens besetzte Aufsichtsrat besteht aus 16 Mitgliedern. Die von Seiten der Anteilseigner benannten Mitglieder werden durch die Gesellschafterversammlung gewählt. Die Arbeitnehmervertreter werden in dem nach dem Mitbestimmungsgesetz vorgeschriebenen Wahlverfahren durch die Beschäftigten der Konzernunternehmen gewählt.

Im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2024 gehörten dem Aufsichtsrat an:

Vorsitzender

Albert Füracker, Staatsminister, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat

Stv. Vorsitzender

Thomas Bihler, Arbeitnehmervertreter, Flughafen München GmbH

Weitere Mitglieder

Hubert Aiwanger, Staatsminister, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

Johann Bachmayer, Arbeitnehmervertreter, Flughafen München GmbH

Clemens Baumgärtner, Bfm. Stadtrat, Landeshauptstadt München

Christian Bernreiter, Staatsminister, Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr

Heinrich Birner, Geschäftsführer, ver.di, Bezirk München

Gudrun Brüker-Gaspers, Ministerialrätin, Bundesministerium der Finanzen

Marco Druschinski, Arbeitnehmervertreter, Flughafen München GmbH

Harald Hübner, Ministerialdirektor, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat

Orhan Kurtulan, Arbeitnehmervertreter, Flughafen München GmbH (bis 31.03.2023)

Anna Müller, Arbeitnehmervertreterin, Flughafen München GmbH

Roy Panten, Arbeitnehmervertreter, FMSicherheit Flughafen München Sicherheit GmbH

Dieter Reiter, Oberbürgermeister, Landeshauptstadt München

Michael Roth, Arbeitnehmervertreter, Flughafen München GmbH

Jürgen Schweiger, Arbeitnehmervertreter, Flughafen München GmbH (seit 01.04.2023)

Guido Zielke, Ministerialdirektor, Bundesministerium für Digitales und Verkehr

Flughafen Nürnberg GmbH

Flughafenstraße 100
 90411 Nürnberg
 Telefon 0911 937-00
 Telefax 0911 937-1650
 info@airport-nuernberg.de
 www.airport-nuernberg.de
 Gründungsjahr: 1953
 Beteiligung seit: Gründung



ALBRECHT DÜRER
 AIRPORT NÜRNBERG

Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	21.562,00	50,00 %
Stadt Nürnberg	21.562,00	50,00 %
Gesamt	43.124,00	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Anlage, Betrieb, Unterhaltung und Ausbau des Flughafens Nürnberg für Zwecke des zivilen Luftverkehrs einschließlich der damit zusammenhängenden Nebengeschäfte. Die Gesellschaft kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen beteiligen.

Der Flughafen Nürnberg stellt die nationale und internationale Luftverkehrsanbindung Nordbayerns sicher und ist damit ein essentieller Standortfaktor für die Metropolregion Nürnberg, aber auch eine bedeutende Infrastruktureinrichtung für ganz Bayern. Die Sicherstellung und Aufrechterhaltung von Verkehrsinfrastrukturen liegt im unmittelbaren Interesse des Staates, weshalb die Beteiligung an der Flughafenbetreibergesellschaft aus verkehrs- und wirtschaftspolitischer Sicht erforderlich ist. Aufgrund der strukturpolitischen Bedeutung des Flughafens und dem öffentlichen Interesse an dessen Bestehen ist eine öffentliche Anteilseignerschaft für die Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig.

Ausgewählte Kennzahlen*

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	117.262	106.153	105.796
Bilanzsumme	215.651	202.820	198.243
Eigenkapitalquote (in %)	54,40	52,30	53,40
Umsatzerlöse	100.335	81.483	42.606
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-2.891	-12.643	-14.882
EBITDA	11.488	2.367	-303
Umsatzrentabilität (in %)	-2,88	-15,52	-34,93
Eigenkapitalrentabilität (in %)	-2,47	-11,91	-14,07
operativer Cash-Flow	9.282	3.480	-8.150

	2023	2022	2021
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	1.077	1.008	853
- davon Männer	745	702	641
- davon Frauen	332	306	239

* Die Kennzahlen beziehen sich jeweils auf den Konzern.

Geschäftsverlauf 2023

Mit insgesamt rund 3,9 Millionen Fluggästen konnte der Flughafen Nürnberg seinen Wachstumskurs weiter fortsetzen und liegt damit in Bezug auf das Passagieraufkommen nur noch knapp unter dem Vor-Corona-Niveau.

Insbesondere im Linienverkehr konnten aufgrund des breiteren Angebots der Full-Service-Carrier und dem zunehmenden Low-Cost-Verkehr zweistellige Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr erzielt werden. Bemerkenswert war hierbei der über alle Verkehrssegmente hinweg erreichte durchschnittliche Auslastungsgrad der Flugzeuge, welcher mit rund 82 Prozent einen historischen Höchststand erreichte. Die nach wie vor zurückbleibende Erholung des Geschäftsreiseverkehrs, eine deutlich stärker ausgeprägte Saisonalität des Verkehrsaufkommens sowie die anhaltende Verschiebung der Marktstruktur zugunsten des Low-Cost-Segments stellen in Kombination mit der gestiegenen Kostenbasis die Flughafen Nürnberg GmbH vor wirtschaftliche Herausforderungen.

Trotz schwieriger Rahmenbedingungen konnte im Geschäftsjahr 2023 der Jahresfehlbetrag im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesenkt und ein positiver operativer Cashflow sowie ein positives EBITDA erwirtschaftet werden. Neben den verkehrsbedingten Umsatzsteigerungen und der Fortsetzung des Sparkurses wirkten dabei aber auch Einmaleffekte ergebnisverbessernd.

In Vorbereitung auf den hohen Investitionsbedarf zur altersbedingten Sanierung der Luftverkehrsinfrastruktur und zur Umsetzung der geplanten Klimaschutzmaßnahmen des Flughafens haben der Freistaat Bayern und die Stadt Nürnberg zum Jahresende 2023 auf Basis eines positiven Private Investor Tests jeweils 7 Millionen Euro Eigenkapitalhilfen in die Kapitalrücklage einbezahlt.

Laufende Entwicklung

Für das Jahr 2024 rechnet das Unternehmen mit einem moderaten Anstieg der Umsatz- und Passagierzahlen. Als Hauptwachstumstreiber wird hierbei der Touristikverkehr erwartet, welcher aufgrund des breiteren Angebots an Flugverbindungen bereits seit dem Winterflugplan 2023/24 deutliche Zuwächse erzielen konnte. Im Segment der Low-Cost-Carrier wird wie an anderen deutschen Flughäfen dagegen von einem gebremsten Wachstum ausgegangen.

Der positiven Umsatzprognose steht ein voraussichtlich überproportionales Wachstum der Aufwendungen, insbesondere im Bereich der Personalkosten gegenüber. Zudem belastet der hohe Investitionsbedarf für Sanierungs- und Klimaschutzmaßnahmen die finanzielle Lage des Flughafens.

Vor diesem Hintergrund und aufgrund der anhaltend schwierigen Rahmenbedingungen im Luftverkehrssektor geht die Geschäftsführung der Flughafen Nürnberg davon aus, dass auch im Geschäftsjahr 2024 kein positives Jahresergebnis erwirtschaftet werden kann.

Beteiligungen

AirPart GmbH	100,00 %
Flughafen Nürnberg Energie GmbH	100,00 %
Flughafen Nürnberg Service GmbH	100,00 %

Geschäftsführung

Dr. Michael Hupe

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus neun Mitgliedern. Sechs Vertreter der Anteilseigner werden von der Gesellschafterversammlung gewählt, wobei jeder Gesellschafter drei Personen für die Wahl in den Aufsichtsrat vorschlagen kann. Drei weitere Personen werden gemäß den Bestimmungen des Drittelbeteiligungsgesetzes durch die Arbeitnehmer bestimmt.

Im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2024 gehörten dem Aufsichtsrat an:

Vorsitzender

Albert Füracker, Staatsminister, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat

Stv. Vorsitzende

Marcus König, Oberbürgermeister, Stadt Nürnberg
Antonia Kraus, Arbeitnehmervertreterin, FNG

Weitere Mitglieder

Jasmin Bieswanger, Stadträtin, Stadt Nürnberg (seit 10.06.2023)

Thorsten Brehm, Stadtrat, Stadt Nürnberg (bis 30.04.2023)

Sandy Grade, Arbeitnehmervertreterin, FNG

Dr. Thomas Gruber, Ministerialdirektor, Bayerisches Staatsministerium für
Wohnen, Bau und Verkehr

Dr. Sabine Jarothe, Ministerialdirektorin, Bayerisches Staatsministerium
für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (bis 31.12.2023)

Alexander Rittner, Arbeitnehmervertreter, FNG

Marc Schüller, Stadtrat, Stadt Nürnberg

Dr. Markus Wittmann, Ministerialdirektor, Bayerisches Staatsministerium
für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (seit 01.02.2024)

Erwerbswirtschaftliche Unternehmen

Sonstige Infrastruktureinrichtungen



GSB – Sonderabfall-Entsorgung Bayern GmbH,
Baar-Ebenhausen
Messe München GmbH, München
NürnbergMesse GmbH, Nürnberg

**GSB – Sonderabfall-Entsorgung
Bayern GmbH**

Äußerer Ring 50
85107 Baar-Ebenhausen
Telefon 08453 91-0
Telefax 08453 91-609
kontakt@gsb-mbh.de
www.gsb-mbh.de
Gründungsjahr: 1970
Beteiligung seit: Gründung



Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	33.441	79,14 %
Bayerischer Gemeindetag	921	2,18 %
Bayerischer Landkreistag	921	2,18 %
Bayerischer Städtetag	921	2,18 %
Gewerbliche Wirtschaft	6.051	14,32 %
Gesamt	42.255	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Die GSB-Sonderabfall-Entsorgung Bayern GmbH (GSB) beseitigt und verwertet gefährliche Abfälle aus Industrie, Gewerbe und privaten Haushalten in Verbrennungsanlagen, Deponien und Anlagen zur chemisch-physikalischen Behandlung. Die beiden Drehrohröfen am Sitz des Unternehmens in Baar-Ebenhausen zählen in Europa zu den leistungsstärksten Anlagen zur Sonderabfallverbrennung (SAV). Mit insgesamt sechs Betriebsstandorten und fünf weiteren Sammelstellen ist das Unternehmen flächig im gesamten Freistaat vertreten.

Durch die im Bayerischen Abfallwirtschaftsgesetz (BayAbfG) und in der Verordnung über den Abfallwirtschaftsplan Bayern verankerten Überlassungspflichten wird die Sonderabfallentsorgung in Bayern zum Schutz von Mensch und Umwelt zuverlässig gewährleistet. Mit der Beteiligung an der GSB bezweckt der Freistaat Bayern im Rahmen der Daseinsvorsorge langfristig die sichere und umweltschonende Entsorgung der bayerischen Sonderabfälle und hat die entsprechenden Pflichten auf die GSB übertragen.

Um das Ziel einer wirtschaftlichen Entsorgung von Sonder- und Problemabfällen auf einem besonders hohen umwelt- und sicherheitstechnischen Niveau zu erreichen, hat sich eine Kooperation von Staat, Wirtschaft und Gebietskörperschaften bewährt, die sich in der Struktur der Gesellschafter widerspiegelt. Gleichzeitig ist eine Präsenz in der Fläche notwendig, die durch regionale Sammelstellen und die

erforderlichen Beseitigungsanlagen sichergestellt wird. Kernelement der Kooperation ist die verbindliche Verzahnung und die Abwägung der Interessen aller Betroffener, so dass die mit der Beteiligung verbundene Zielsetzung nicht ebenso gut oder besser auf andere Weise erreicht werden kann.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	108.607	96.887	88.269
Bilanzsumme	124.892	113.374	107.279
Eigenkapitalquote (in %)	86,96	85,46	82,28
Umsatzerlöse	93.038	86.790	81.356
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	11.720	8.618	4.040
EBITDA	19.597	14.004	11.277
Umsatzrentabilität (in %)	12,60	9,93	4,97
Eigenkapitalrentabilität (in %)	10,79	8,90	4,58
operativer Cash-Flow	13.078	9.598	12.716
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	350	345	332
- davon Männer	272	267	265
- davon Frauen	78	78	67

Geschäftsverlauf 2023

Der Gesamtumsatz der GSB belief sich im Geschäftsjahr 2023 auf 93,0 Millionen Euro. Trotz eines deutlichen Produktionsrückgangs in den energieintensiven Branchen (Chemie, Papier, Glas/Keramik) um mehr als 13 Prozent war das Gesamt-Abfallaufkommen zur GSB in 2023 mit 336.719 Tonnen erfreulich stabil. Im Kerngeschäft, der Sonderabfall-Verbrennung (SAV), war der in 2023 erneut verbesserte Durchsatz die Grundlage für ein gutes Geschäftsjahr. Mit 212.396 Tonnen lag der SAV-Durchsatz um 4.571 Tonnen über dem Vorjahreswert (2022: 207.825 Tonnen). Nach dem Ende der Rauchgaswäscher-Sanierung an beiden Verbrennungsanlagen in 2021 und 2022 wurde die erhöhte Anlagenverfügbarkeit erneut zur vermehrten Übernahme bayerischer SAV-Abfälle eingesetzt (+ 5 Prozent). Der Geschäftsrückgang bei den bayerischen Maschinen- und Metallbau-Unternehmen zeigte sich insbesondere in der weiter abnehmenden Menge an CP-Abfällen (2023: 91.304 Tonnen; 2022: 94.414 Tonnen).

Für das Geschäftsjahr 2023 ist ein gute Jahresergebnis 2023 in Höhe von 11,7 Millionen Euro auszuweisen, der Vorjahreswert (8,6 Millionen Euro) wird deutlich, um 3,1 Millionen übertroffen. Höhere Umsätze, unerwartet deutliche Preisrückgänge bei den Betriebsmitteln und Unterschreitungen bei den Plan-Budgets für Revision/Instandhaltung sind hierfür wichtige Gründe. Auch tragen die wieder besseren Konditionen bei der Anlage von Finanzmitteln dazu bei. Vor allem aber resultiert

das gute Jahresergebnis aus der außergerichtlichen Beilegung eines Rechtsstreits, der zur Regulierung der Korrosionsschäden an den Rauchgas-Wäschern beider SAV-Anlagen seit 2021 am Landgericht Ingolstadt anhängig war.

Laufende Entwicklung

Nach schwierigem Start zu Jahresbeginn und entgegen der volkswirtschaftlichen Gesamt-Situation liegt das Unternehmen bisher auf Kurs. Mit einem bis einschließlich Mai erzielten Betriebsergebnis in Höhe von 0,9 Millionen Euro ist die ungeplante Verlängerung des Revisionsstillstandes/VA3 im Januar kompensiert. Die zuletzt sehr guten SAV-Durchsätze lassen eine weitere Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in den nächsten Monaten erwarten.

Bis einschließlich Mai beläuft sich die Gesamt-Abfallmenge auf 137.043 Tonnen. Ursache der Zielwertunterschreitung (141.376 Tonnen) ist die nur schwer aufzuholende SAV-Mengeneinbuße im Januar. Mit der Möglichkeit zur preisselektiven Übernahme außerbayerischer Abfälle zeigen sich die Gesamt-Erlöse hingegen exakt auf Plan (- 53 Tausend Euro). Zuzüglich der „Sonstigen betrieblichen Umsatzerlöse“ sowie den „Sonstigen betrieblichen Erträgen und Zinserträgen“ entspricht auch die wirtschaftliche Gesamtleistung des Unternehmens bis einschließlich Mai nahezu dem Zielwert (- 1 Prozent).

Die Gesamtkosten liegen mit 41.516 Tausend Euro knapp unter Plan. Die Entwicklung der Variablen Kosten korrespondiert dabei mit den SAV-Minderungen (- 166 Tausend Euro). Bei den Fixen Kosten sind niedrigere Verbräuche bei Ersatzbrennstoffen und Heizöl die Ursache für die Verbesserung gegenüber dem Plan (- 210 Tausend Euro).

Mit Beginn der Rückbauarbeiten des bestehenden Tanklagers I im Juli 2023 hat die letzte Etappe der Erweiterung der Lagerkapazitäten am SAV-Standort begonnen. Seit Februar diesen Jahres laufen die Arbeiten zur Errichtung größerer Tanks in den weiter genutzten Tanktassen, die Inbetriebnahme des Tanklagers I erfolgt im Oktober 2024. Die zusätzliche Tank-Lagerkapazität ermöglicht es, die für Flüssig-Abfälle bestehende SAV-Kapazität uneingeschränkt zu nutzen, insbesondere an Wochenenden mit sogenannten „Brückentagen“ (Ostern, Pfingsten). Zudem wird der LKW-Verkehr an Samstagen erheblich reduziert.

Beteiligungen

SLB - Sonderabfall Logistik Bayern GmbH	100,00 %
C.P.A. COMPAGNIA PER L'AMBIENTE S.R.L.	60,00 %
3S Sonderabfall Service Südwest GmbH	50,00 %

Geschäftsführung

Dr. Dominik Deinzer

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus vier Mitgliedern. Der Freistaat Bayern entsendet drei Mitglieder, wovon je ein Mitglied vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz und ein Mitglied vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat benannt werden. Darüber hinaus wird ein weiteres Mitglied aus dem Bereich der Hochschulen entsandt. Für den Bayerischen Gemeindetag, Bayerischen Landkreistag und Bayerischen Städtetag wird eine gemeinsame Vertretung entsandt.

Im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2024 gehörten dem Aufsichtsrat an:

Vorsitzender

Dr. Gerhard Drechsler, Leitender Ministerialrat, Bayerisches
Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz

Stv. Vorsitzender

Manfred Knorn, Ministerialrat, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen
und für Heimat

Weitere Mitglieder

Reiner Erben, Berufsmäßiger Stadtrat, Stadt Augsburg
Prof. Dr. Mario Mocker, Ostbayerische Technische Hochschule Amberg-
Weiden

Messe München GmbH

Messegelände
 81823 München
 Telefon 089 949-20720
 Telefax 089 949-20729
 info@messe-muenchen.de
 www.messe-muenchen.de
 Gründungsjahr: 1964
 Beteiligung seit: 14.02.1964

**Beteiligungsverhältnisse**

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	124.079,63	49,90 %
Landeshauptstadt München	124.079,63	49,90 %
Handwerkskammer für München und Oberbayern	248,66	0,10 %
Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern	248,66	0,10 %
Gesamt	248.656,58	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Wahrnehmung von Aufgaben des Messe- und Ausstellungswesens auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet. Hierzu gehören insbesondere die Durchführung von Messen, Ausstellungen, Kongressen und sonstigen ähnlichen geeigneten Veranstaltungen im In- und Ausland, die Wahrnehmung der Ausstellungsbelange der Landeshauptstadt München und des Freistaats Bayern im In- und Ausland, die Förderung von Industrie, Handel, Handwerk, Landwirtschaft und Dienstleistungsgewerbe durch Messen, Ausstellungen, Kongresse und ähnliche Veranstaltungen, Betrieb, Unterhalt und Weiterentwicklung des Messegeländes in München, Messestadt-Riem sowie die Erbringung von mit den vorgenannten Aufgaben direkt oder indirekt zusammenhängenden Services, Dienstleistungen oder Geschäftsmodellen, insbesondere auch digitalen Geschäftsmodellen.

Mit der Beteiligung fördert der Freistaat Bayern den Wirtschaftsstandort Bayern. Die Messe München als internationaler Messe- und Kongressstandort bietet der exportorientierten bayerischen Wirtschaft eine attraktive Plattform zur Produktpräsentation und zum Informationsaustausch.

Eine Beteiligung der öffentlichen Hand an einer solchen Infrastruktureinrichtung ist zur Schaffung positiver Rahmenbedingungen für den heimischen Wirtschaftsstandort weiterhin zwingend notwendig. Aufgrund der hohen Kapitalintensität für die Errichtung und Instandhaltung hochwertiger Ausstellungs- und Kongresskapazitäten

wäre auch mit einem vergleichbaren Engagement von privaten Investoren nicht zu rechnen.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	271.556	262.612	210.743
Bilanzsumme	1.041.060	1.060.081	952.156
Eigenkapitalquote (in %)	26,08	24,77	22,13
Umsatzerlöse	353.515	413.357	127.176
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	8.944	51.870	-68.497
EBITDA	63.478	123.340	-33.007
Umsatzrentabilität (in %)	2,53	12,55	-53,86
Eigenkapitalrentabilität (in %)	3,29	19,75	-32,50
operativer Cash-Flow	53.566	161.728	-28.856
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	695	639	645
- davon Männer	252	240	249
- davon Frauen	443	399	396

Geschäftsverlauf 2023

2023 war das erste Messejahr seit 2019, das ohne Corona-Beschränkungen durchgeführt werden konnte. Die Messen konnten dabei überwiegend an das Vor-Corona-Niveau anknüpfen, die Eigenveranstaltungen f.re.e, LOPEC, BAU und transport logistic erzielten sogar neue Besucher- bzw. Ausstellerrekorde. Bei verschiedenen Messen, etwa bei BAU und transport logistic, lag der Anteil internationaler Besucher so hoch wie noch nie. Wie bereits in 2022 wurden Teile des Messegeländes zur Unterbringung von Ukraine-Flüchtlingen genutzt.

Im Messejahr 2023 fanden insgesamt 19 eigene Veranstaltungen der MMG und 93 Gastveranstaltungen auf dem Messegelände, im ICM - Internationales Congress Center München und im MOC Veranstaltungszentrum München statt. Rund 32.000 Ausstellende präsentierten sich am Messeplatz München. Dabei wurden rund 2,0 Millionen Besucherinnen und Besucher in München gezählt. Im Ausland kamen zu 40 eigenen Veranstaltungen der Messe München rund 15.000 Ausstellende und rund 809.000 Besucherinnen und Besucher. Obwohl in Peking und Shanghai erst ab Februar bzw. März 2023 wieder Messen veranstaltet werden durften, konnten alle in China geplanten Messen durchgeführt werden.

Die Messe München GmbH konnte 2023 dank der guten Veranstaltungsentwicklung mit rund 441 Millionen Euro einen Konzernumsatz auf Rekordniveau erwirtschaften und einen Konzernjahresüberschuss von rund 26,2 Millionen Euro erzielen.

Im Jahr 2023 startete zudem ein Joint Venture mit der NürnbergMesse zur Zusammenführung der europäischen Leitmesse BrauBeviale der NürnbergMesse und der Weltleitmesse drinktec der Messe München unter dem gemeinsamen Dach von „YONTEX“.

Laufende Entwicklung

2024 ist turnusbedingt erneut ein durchschnittliches Messejahr, das Konzernergebnis wird aber von der turnusmäßigen Durchführung der Großmesse Bauma China in Shanghai Ende November 2024 profitieren. Die Messe München erwartet einen Konzernumsatz von rund 435 Millionen Euro und ein ausgeglichenes Konzernergebnis.

Beteiligungen

Messe Muenchen do Brasil Feiras Ltda.	100,00 %
Messe Muenchen South Africa Pty. Ltd.	100,00 %
MMI Asia (Hong Kong) Ltd.	100,00 %
MMI Asia Pte. Ltd.	100,00 %
Messe Muenchen Rus LLC ¹	95,00 %
Trendset GmbH (seit 01.01.2024, zuvor 51,15 %)	56,15 %
EKO MMI Fuarcilik Ltd. Sti.	50,00 %
Meplan GmbH (seit 01.01.2023, zuvor 85,00 %)	50,00 %
YONTEX GmbH & Co. KG (seit 22.05.2023)	50,00 %
YONTEX Verwaltungs GmbH (seit 22.05.2023)	50,00 %
GEC German Exposition Corporation International GmbH	33,33 %
Messe Muenchen India Pvt. Ltd.	32,86 %
Startup Events GmbH	10,00 %
Bayern Tourismus Marketing GmbH	5,95 %
Anwendungszentrum GmbH Oberpfaffenhofen	5,00 %
Messe Idar-Oberstein GmbH (seit 26.03.2024; zuvor 1,32 % bis 12.04.2023 bzw. 0,78 % bis 25.03.2024)	0,69 %

Geschäftsführung

Dr. Reinhard Pfeiffer
Stefan Rummel

¹ Einstellung des operativen Geschäfts in 2022

Aufsichtsrat

Der nach dem Drittelbeteiligungsgesetz mitbestimmte Aufsichtsrat besteht aus 18 Mitgliedern. Davon werden sechs Mitglieder von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gewählt. Von jedem Gesellschafter wird ein Mitglied entsandt. Die übrigen acht Mitglieder werden von der Gesellschafterversammlung gewählt, wobei die Landeshauptstadt München und der Freistaat Bayern jeweils vier Mitglieder zur Wahl vorschlagen. Die Amtsperiode dauert drei Jahre.

Im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2024 gehörten dem Aufsichtsrat an:

Vorsitzender

Dieter Reiter, Oberbürgermeister, Landeshauptstadt München (seit 18.01.2023, zuvor 1. stv. Vorsitzender)

Stv. Vorsitzende

Hubert Aiwanger, MdL, Staatsminister, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (1. stv. Vorsitzender seit 18.01.2023, zuvor Vorsitzender)

Abdul Mansouri, Arbeitnehmervertreter, Messe München GmbH (seit 18.01.2023, zuvor Mitglied)

Franz Xaver Peteranderl, Präsident, Handwerkskammer für München und Oberbayern

Weitere Mitglieder

Dr. Heiko Bauer, Leitender Ministerialrat, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat

Ulrike Bauer, Arbeitnehmervertreterin, Messe München GmbH (seit 18.01.2023, zuvor stv. Vorsitzende)

Anja Berger, Stadträtin, Landeshauptstadt München

Albert Füracker, MdL, Staatsminister, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat (bis 21.11.2023)

Dr. Manfred Gößl, Hauptgeschäftsführer, Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern

Christian Horak, Ministerialdirektor, Bayerische Staatskanzlei

Isabell Kaiser, Arbeitnehmervertreterin, Messe München GmbH (seit 01.01.2023)

Christian Lepp, Arbeitnehmervertreter, Messe München GmbH

Thorsten Nickel, Arbeitnehmervertreter, Messe München GmbH (seit 01.01.2023)

Julia Post, Stadträtin, Landeshauptstadt München (bis 01.12.2023)

Sebastian Schall, Stadtrat, Landeshauptstadt München

Martin Schöffel, MdL, Staatssekretär, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat (seit 05.12.2023)

David Süß, Stadtrat, Landeshauptstadt München (seit 01.12.2023)

Rolf Tischer, Arbeitnehmervertreter, Messe München GmbH

Christian Vorländer, Stadtrat, Landeshauptstadt München

Dr. Markus Wittmann, Ministerialdirektor, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (seit 01.01.2024)

Dr. Ulrike Wolf-Prexler, Ministerialdirektorin, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (bis 31.12.2023)

Sonstige Aufsichtsgremien

Finanz- und Personalausschuss bestehend aus sieben Mitgliedern des Aufsichtsrats

NürnbergMesse GmbH

Messezentrum
 90471 Nürnberg
 Telefon 0911 8606-0
 Telefax 0911 8606-8228
 info@nuernbergmesse.de
 www.nuernbergmesse.de
 Gründungsjahr: 1952
 Beteiligung seit: 01.05.1990

**Beteiligungsverhältnisse**

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	50.072,39	49,97 %
Stadt Nürnberg	50.072,39	49,97 %
Handwerkskammer für Mittelfranken	30,06	0,03 %
IHK Nürnberg für Mittelfranken	30,06	0,03 %
Gesamt	100.204,90	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Messen, Ausstellungen, Kongresse und sonstige ähnliche Veranstaltungen, die Errichtung, die Unterhaltung und der Betrieb von Messehallen und der dazugehörigen Funktions-, Service- und sonstigen Einrichtungen am Messeplatz Nürnberg sowie die Erbringung von Services, Dienstleistungen oder Geschäftsmodellen, insbesondere auch Geschäftsmodelle digitaler Art, die mit Messen, Ausstellern bzw. Besuchern oder mit dem Betrieb eines Messegeländes direkt oder indirekt zusammenhängen.

Mit der Beteiligung fördert der Freistaat Bayern den Wirtschaftsstandort Bayern. Die NürnbergMesse als internationaler Messe- und Kongressstandort bietet der exportorientierten bayerischen Wirtschaft eine attraktive Plattform zur Produktpräsentation und zum Informationsaustausch.

Eine Beteiligung der öffentlichen Hand an einer solchen Infrastruktureinrichtung ist zur Schaffung positiver Rahmenbedingungen für den heimischen Wirtschaftsstandort weiterhin zwingend notwendig. Aufgrund der hohen Kapitalintensität für die Errichtung und Instandhaltung hochwertiger Ausstellungs- und Kongresskapazitäten wäre auch mit einem vergleichbaren Engagement von privaten Investoren nicht zu rechnen.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	259.789	243.900	200.745
Bilanzsumme	432.789	380.824	372.779
Eigenkapitalquote (in %)	60,00	64,05	53,85
Umsatzerlöse	194.168	205.266	48.134
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-4.111	3.155	-46.012
EBITDA	12.987	23.344	-1.140
Umsatzrentabilität (in %)	-2,12	1,54	-95,59
Eigenkapitalrentabilität (in %)	-1,58	1,29	-22,92
operativer Cash-Flow	21.278	3.297	-7.172
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	565	551	527
- davon Männer	191	200	192
- davon Frauen	374	351	335

Geschäftsverlauf 2023

Im Jahr 2023 konnte erstmals nach der Corona-Pandemie wieder weltweit und ganzjährig ein regulärer Messebetrieb stattfinden. Im turnusmäßig durchschnittlichen Messejahr übertraf das Veranstaltungsgeschäft die Erwartungen und erreichte fast das Niveau von vor der Pandemie. Dadurch konnte die NürnbergMesse ein deutlich besseres Ergebnis als in der Planung erzielen.

Im Messejahr 2023 fanden 150 Veranstaltungen der Nürnberg-Messe Group statt, davon 84 im Inland und 66 im Ausland. Im Konzern NürnbergMesse präsentierten rund 28.100 Ausstellende mit einem Auslandsanteil von knapp 40 Prozent ihre Produkte und Leistungen rund 1,28 Millionen Besucherinnen und Besuchern. Die hohe Nachfrage bei den Messe- und Kongressveranstaltungen führten zum vierthöchsten Konzernumsatz von rund 265 Millionen Euro und einem Konzernjahresfehlbetrag von rund 1,5 Millionen Euro.

Im Jahr 2023 startete ein Joint Venture mit der Messe München zur Zusammenführung der Weltleitmesse drinktec der Messe München und der europäischen Leitmesse BrauBeviale der NürnbergMesse unter dem gemeinsamen Dach von „YONTEX“.

Zum 31. Juli 2023 trat der langjährige Co-Geschäftsführer, Prof. Dr. Roland Fleck, in den Ruhestand ein. Der bisherige Co-Geschäftsführer Peter Ottmann ist seitdem Alleingeschäftsführer, der vom neuen Executive Board als starke zweite Führungsebene unterstützt wird.

Laufende Entwicklung

2024 ist turnusbedingt ein veranstaltungsreiches Messejahr, in dem ein neuer Rekordumsatz von über 350 Millionen Euro in der NürnbergMesse Group und ein positives Jahresergebnis in Höhe eines niedrigen zweistelligen Millionenbetrags prognostiziert sind. Dank einer im bisherigen Jahresverlauf hohen Nachfrage auf der Aussteller- und Besucherseite ist dabei bereits eine Umsatz- und Ergebnisverbesserung gegenüber der ursprünglichen Planung berücksichtigt.

Beteiligungen

FORUM S.A.	100,00 %
Lehrieder Catering-Party-Service GmbH & Co. KG	100,00 %
Lehrieder Verwaltungs-GmbH	100,00 %
MedtecLIVE GmbH	100,00 %
NürnbergMesse Beteiligungs-GmbH	100,00 %
NürnbergMesse China Co. Ltd.	100,00 %
NürnbergMesse Italia S.r.l.	100,00 %
NürnbergMesse North America Inc.	100,00 %
NürnbergMesse Service GmbH	100,00 %
NürnbergMesse Brasil Feiras E Congressos LTDA	99,99 %
NürnbergMesse India Pvt. Ltd.	99,96 %
trendfairs GmbH (seit 01.01.2024)	75,00 %
Holtmann Beteiligungsverwaltungs GmbH	66,67 %
Holtmann GmbH & Co. KG	66,67 %
YONTEX GmbH & Co. KG (seit 22.05.2023)	50,00 %
YONTEX Verwaltungs GmbH (seit 22.05.2023)	50,00 %
AMA Service GmbH	48,97 %
ExpoNova Exhibitions and Conferences Pvt. Ltd.	24,50 %
WiSo-Führungskräfte-Akademie gem. GmbH	4,50 %
Bayern Tourismus Marketing GmbH	1,79 %

Geschäftsführung

Prof. Dr. Roland Fleck bis 31. Juli 2023

Peter Ottmann

Aufsichtsrat

Der seit Mitte Dezember 2018 nach dem Drittelbeteiligungsgesetz mitbestimmte Aufsichtsrat besteht aus 18 Mitgliedern. Davon werden sechs Mitglieder von den Arbeitnehmern gewählt. Von jedem Gesellschafter wird ein Mitglied entsandt. Die übrigen acht Mitglieder werden von der Gesellschafterversammlung gewählt, wobei die Stadt Nürnberg und der Freistaat Bayern jeweils vier Mitglieder zur Wahl vorschlagen. Die Amtsperiode dauert drei Jahre.

Im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2024 gehörten dem Aufsichtsrat an:

Vorsitzender

Marcus König, Oberbürgermeister, Stadt Nürnberg

Stv. Vorsitzender

Albert Füracker, MdL, Staatsminister, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat

Weitere Mitglieder

Kerstin Böhm, Stadträtin, Stadt Nürnberg

Prof. Dr. Elmar Forster, Hauptgeschäftsführer, Handwerkskammer für Mittelfranken

Dr. Michael Fraas, Berufsmäßiger Stadtrat und Wirtschaftsreferent, Stadt Nürnberg (bis 14.09.2023)

Uwe Friedrich, Arbeitnehmervertreter, NürnbergMesse GmbH

Tobias Gotthardt, MdL, Staatssekretär, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (seit 30.11.2023)

Lukas Handrich, Arbeitnehmervertreter, NürnbergMesse GmbH

Elke Harreiß, Arbeitnehmervertreterin, NürnbergMesse GmbH

Dr. Andrea Heilmaier, Berufsmäßige Stadträtin und Wirtschafts- und Wissenschaftsreferentin, Stadt Nürnberg (seit 04.10.2023)

Maximilian Hensel, Arbeitnehmervertreter, NürnbergMesse GmbH

Dr. Christian Kelders, Ministerialrat, Bayerische Staatskanzlei

Dr. Nicole Lang, Ministerialdirigentin, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat

Markus Löttsch, Hauptgeschäftsführer, IHK Nürnberg für Mittelfranken

Rupert Marx, Arbeitnehmervertreter, NürnbergMesse GmbH

Andreas Müller, Arbeitnehmervertreter, NürnbergMesse GmbH

Maik Pflaum, Stadtrat, Stadt Nürnberg

Christian Vogel, Bürgermeister, Stadt Nürnberg

Roland Weigert, MdL, Staatssekretär, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (bis 16.11.2023)

Dr. Markus Wittmann, Ministerialdirektor, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

Sonstige Aufsichtsgremien

- Bau- und Vergabeausschuss bestehend aus sieben Mitgliedern des Aufsichtsrats
- Messe- und Beteiligungsausschuss bestehend aus sieben Mitgliedern des Aufsichtsrats

Erwerbswirtschaftliche Unternehmen

Banken und Kreditinstitute



BayernLB Holding AG, München
mit BayernLB, München (Anstalt des öffentlichen Rechts)

BayernLB Holding AG

Brienner Straße 18
 80333 München
 Telefon 089 2171-01
 Telefax 089 2171-23578
 kontakt@bayernlb.de
 www.bayernlb.de
 Gründungsjahr: 2000
 Beteiligung seit: Gründung

Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	900.854,62	75,00 %
Sparkassenverband Bayern	300.284,87	25,00 %
Gesamt	1.201.139,49	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Verwaltung und die Veräußerung von Beteiligungen an Kreditinstituten, Finanzdienstleistungsinstituten, Finanzunternehmen sowie Unternehmen mit bankbezogenen Hilfsdiensten, insbesondere der Beteiligung an der Bayerischen Landesbank (BayernLB) sowie die Übernahme der Trägerschaft an der BayernLB im Wege der Beleihung und anderen öffentlich-rechtlichen Anstalten nach deren gesetzlichen Grundlagen. Geschäfte, die einer Erlaubnis der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht bedürfen, sind nicht Gegenstand des Unternehmens. Neben dem Halten der Beteiligung an der BayernLB übt die BayernLB Holding AG derzeit keine weitere Geschäftstätigkeit aus.

An der Beteiligung besteht weiterhin ein unmittelbares, wichtiges Interesse des Staates. Die BayernLB steht nicht zuletzt dem Mittelstand in Bayern und Deutschland mit einem umfassenden Portfolio an Finanzierungsinstrumenten zur Verfügung. Derzeit stehen weder ein (Teil-) Verkauf der Beteiligung noch eine Fusion mit einem anderen Institut zur Debatte.

Ausgewählte Kennzahlen*

Angaben in Mio. EUR	2023/24	2022/23	2021/22
Eigenkapital	4.506	3.777	3.051
Bilanzsumme	4.540	3.788	3.051
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	908	787	113
Eigenkapitalrentabilität (in %)	20,15	20,83	3,71
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	0	0	0

* Die Betreuung der Angelegenheiten der Gesellschaft erfolgt in Form der Geschäftsbesorgung durch die BayernLB.

Geschäftsverlauf 2023

Die Ertragslage der BayernLB Holding AG ist entscheidend geprägt durch die Erträge aus ihrer Beteiligung an der BayernLB. Die Generalversammlung der BayernLB hat im Frühjahr 2024 für das Geschäftsjahr 2023 rund 350 Millionen Euro Bruttoausschüttung beschlossen.

Laufende Entwicklung

Einziges Geschäftszweck ist das Halten der Beteiligung an der BayernLB. Es ist keine Ausweitung der Geschäftsaktivität geplant. Das Jahresergebnis der Gesellschaft wird damit auch im laufenden Geschäftsjahr wieder ganz wesentlich von der Entwicklung der BayernLB geprägt sein.

Beteiligungen

Bayerische Landesbank 100,00 %

Vorstand

Stephan Winkelmeier (Vorsitzender)
Dr. Markus Wiegelmann

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus sechs Mitgliedern. Der Freistaat Bayern schlägt fünf Mitglieder vor, der Sparkassenverband Bayern schlägt ein Mitglied vor.

Im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2024 gehörten dem Aufsichtsrat an:

Vorsitzender

Dr. Wolf Schumacher, Vorsitzender des Aufsichtsrats der BayernLB

Stv. Vorsitzender

Harald Hübner, Ministerialdirektor, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat

Weitere Mitglieder

Dr. Ute Geipel-Faber, Selbständige Unternehmensberaterin (bis 25.07.2023)

René Gürtler, Beteiligungsmanager, Sparkassenverband Bayern

Judith Steiner, Ministerialdirigentin, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat

Maria Wild, Ministerialrätin, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat (seit 25.07.2023)

Dr. Ulrike Wolf-Prexler, Ministerialdirektorin a.D., Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

Sonstige Gremien

Die Eigentümer nehmen ihre Rechte in der Hauptversammlung wahr.

Bayerische Landesbank

Brienner Straße 18
 80333 München
 Telefon 089 2171-01
 Telefax 089 2171-23578
 kontakt@bayernlb.de
 www.bayernlb.de
 Gründungsjahr: 1972
 Beteiligung seit: Gründung

**Träger**

Anteil	TEUR	v.H.
BayernLB Holding AG	2.800.000,00	100,00 %
Gesamt	2.800.000,00	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Die BayernLB ist eine im Wettbewerb stehende Geschäftsbank, die sich regional schwerpunktmäßig auf Bayern, Deutschland und die angrenzenden Wirtschaftsräume Europas konzentriert. Sie kann alle Arten von Bank- und Finanzdienstleistungsgeschäften betreiben sowie alle sonstigen Geschäfte, die der Bank dienen. Die Geschäfte der Bank sind nach wirtschaftlichen Grundsätzen unter Berücksichtigung ihrer Aufgaben zu führen.

Die BayernLB hat insbesondere die Aufgabe, in Bayern durch ihre Geschäftstätigkeit unter Beachtung der Markt- und Wettbewerbsanforderungen den Wettbewerb zu stärken und die angemessene und ausreichende Versorgung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstands, und der öffentlichen Hand mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen sicherzustellen. Sie hat durch ihre Geschäftstätigkeit den Freistaat Bayern und seine kommunalen Körperschaften einschließlich der Sparkassen in der Erfüllung öffentlicher Aufgaben, insbesondere der Strukturförderaufgaben, zu unterstützen.

Sie ist Sparkassenzentralbank, Kommunalbank und übernimmt für den Freistaat Bayern die Funktion einer Hausbank. Innerhalb der BayernLB besteht die Bayerische Landesbodenkreditanstalt (BayernLabo) als organisatorisch und wirtschaftlich selbständige, rechtlich unselbständige Anstalt des öffentlichen Rechts. Die BayernLabo hat den staatlichen Auftrag, im Rahmen der Wohnungspolitik und im Einklang mit den Beihilfevorschriften der Europäischen Gemeinschaft Vorhaben und Maßnahmen zur Verbesserung und Stärkung der Wohnungs- und Siedlungsstruktur Bayerns finanziell zu fördern.

An der Beteiligung besteht weiterhin ein unmittelbares, wichtiges Interesse des Staates. Die BayernLB steht nicht zuletzt dem Mittelstand in Bayern und Deutschland mit einem umfassenden Portfolio an Finanzierungsinstrumenten zur Verfügung. Derzeit stehen weder ein (Teil-) Verkauf der Beteiligung noch eine Fusion mit einem anderen Institut zur Debatte.

Bankenkennzahlen, Bilanz- und Erfolgswahlen im Konzern (IFRS)

Angaben in Mio. EUR	2023	2022	2021
Bilanzsumme	273.364	259.343	266.554
Eigenkapital	14.633	13.540	12.307
Geschäftsvolumen	318.939	305.826	313.264
Verbindlichkeiten	245.429	230.039	239.619
Nachrangkapital	2.812	2.451	2.689
Zinsüberschuss	2.919	2.137	1.866
Provisionsüberschuss	473	424	380
Ergebnis aus der Fair-Value Bewertung	226	67	190
Ergebnis aus Finanzanlagen	-71	-11	46
Ergebnis aus Sicherungsgeschäften (Hedge Accounting)	-46	-177	-20
Verwaltungsaufwand	1.617	1.569	1.520
Sonstiges Ergebnis	59	356	108
Restrukturierungsergebnis	-92	108	2
Ergebnis nach Steuern	1.170	1.058	556
Harte Kernkapitalquote CET1 (in %)	19,3	17,4	17,3
Cost-Income-Ratio (in %)	46,8	56,2	59,0
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	8.241	8.491	8.481
- davon Männer	4.086	4.206	4.217
- davon Frauen	4.155	4.285	4.264

Geschäftsverlauf 2023

Die BayernLB erzielte im Geschäftsjahr 2023 ein Konzernergebnis vor Steuern von 1.441 Millionen Euro. Die Tochtergesellschaft DKB AG trug dazu mit 1.003 Millionen Euro deutlich mehr als im Vorjahr bei. Das Konzernergebnis ist deutlich von der Zinsentwicklung sowie der konsequenten Umsetzung des mehrjährigen Transformationsprogramms der BayernLB "Fokus 2024" geprägt. Der Zinsüberschuss stieg auf 2.919 Millionen Euro aufgrund des gestiegenen Zinsniveaus und weiterer Volumenzuwächse im Kundengeschäft. Der Provisionsüberschuss erhöhte sich auf 473 Millionen Euro durch gutes Kreditgeschäft bei der BayernLB und höheren Erträgen aus dem Zahlungsverkehr und dem Kartengeschäft der DKB. Beim Risikovorsorgeergebnis wirkten sich unter anderem ein Anstieg der Einzelwertberichter-

gungen und Eingänge auf abgeschriebene Forderungen aus. Der Verwaltungsaufwand stieg hauptsächlich wegen des Aufbaus zusätzlicher IT-Kompetenzen bei der DKB auf 1.617 Millionen Euro im Konzern. Dagegen konnte die BayernLB ihren Verwaltungsaufwand aufgrund der Umsetzung der Fokussierungsstrategie leicht reduzieren.

Das Transformationsprogramm "Fokus 2024" hat die BayernLB in 2023 abgeschlossen. Seit 2020 hat sich die BayernLB von einer Universalbank zum Spezialfinanzierer mit klarer Produkt- und Kundenfokussierung weiterentwickelt. Im Segment Corporates & Markets konzentrierte sie sich auf Zukunftssektoren und auch in anderen Bereichen der BayernLB-Kernbank wurden Wachstumsinitiativen in definierten Zukunftsthemen umgesetzt. Zugleich wurden Kosten und Komplexität in der BayernLB reduziert. Die Hausbankfunktion für den Freistaat Bayern sowie die Zentralbankfunktion für die bayerischen Sparkassen wurden bewahrt. Parallel dazu hat die DKB das Kundenwachstum vorangetrieben sowie das Ertragspotenzial gesteigert. Sowohl bei der BayernLB als auch bei der DKB wird die IT umfassend modernisiert.

Laufende Entwicklung

Die BayernLB erwirtschaftete im ersten Halbjahr 2024 im Konzern ein Ergebnis vor Steuern von 944 Millionen Euro, davon 559 Millionen Euro von der DKB. Das Ergebnis ist von der Zinssituation, einer guten operativen Ertragsentwicklung in allen Kundensegmenten und positiven Sondereffekten von rund 100 Millionen im sonstigen Ergebnis geprägt.

Der addierte Zins- und Provisionsüberschuss lag infolge der Zinssituation mit 1,7 Milliarden Euro weiterhin auf hohem Niveau. Das Ergebnis aus der Risikovorsorge wird wegen anhaltender Schwäche der Konjunktur und der Transaktionsmärkte mit einem Aufwand von 154 Millionen Euro ausgewiesen. Das sonstige Ergebnis von 100 Millionen Euro profitierte von außerordentlichen Ergebniseffekten. Der Verwaltungsaufwand erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum leicht auf 803 Millionen Euro, unter anderem aufgrund höherer Aufwendungen für das Projektportfolio. Der Aufwand aus Bankenabgabe und Einlagensicherung reduzierte sich auf 32 Millionen Euro, da aufgrund erfüllten Beitragsvolumens keine Bankenabgabe mehr zu leisten war. Die harte Kernkapitalquote CET1 lag per 30. Juni 2024 bei sehr soliden 18,5 Prozent.

Beteiligungen*

BayernInvest Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH	100,00 %
Deutsche Kreditbank Aktiengesellschaft	100,00 %
Real I.S. AG Gesellschaft für Immobilien Assetmanagement	100,00 %

* Auszug: Der Anteilsbesitz der BayernLB ist im Geschäftsbericht 2023 dargestellt.

Geschäftsführung

Stephan Winkelmeier (Vorsitzender)
Marcus Kramer bis 30.06.2024
Dr. Markus Wiegelmann
Gero Bergmann
Johannes Anschott

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus elf Mitgliedern. Der Freistaat Bayern schlägt sieben Mitglieder vor, wovon vier Mitglieder externe Mitglieder sind und drei dieser Mitglieder solche des Freistaates Bayern (staatliche Vertreter). Der Sparkassenverband Bayern schlägt drei Mitglieder vor, worunter mindestens ein externer Vertreter sein muss. Ein Mitglied wird von der Personalvertretung der BayernLB entsandt.

Der Aufsichtsrat hat unter Berücksichtigung der Vorgaben des Kreditwesengesetzes fünf Fachausschüsse gebildet (Präsidial- und Nominierungs-, Prüfungs-, Risiko-, BayernLabo- sowie Vergütungskontrollausschuss).

Im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2024 gehörten dem Aufsichtsrat an:

Vorsitzender

Dr. Wolf Schumacher

Stv. Vorsitzender

Walter Strohmaier, Vorsitzender des Vorstandes,
Sparkasse Niederbayern Mitte

Weitere Mitglieder

Jan-Christian Dreesen, Vorstandsvorsitzender FC Bayern München AG
Burkhard Eckes, Wirtschaftsprüfer (seit 01.05.2024),
Prof. Dr. Roland Fleck, CEO NürnbergMesse Group ret. (bis 30.04.2024)
Dr. Ute Geipel-Faber (bis 19.04.2023)
Harald Hübner, Ministerialdirektor, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat

Dr. Klaus-Peter Potthast, Ministerialdirigent, Bayerisches Staatsministerium
für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (seit 01.02.2024)

Erwin Schneider, Landrat, Altötting

Dr. Jörg Schneider, Rechtsanwalt

Henning Sohn, Vorsitzender des Gesamtpersonalrates der BayernLB

Judith Steiner, Ministerialdirigentin, Bayerisches Staatsministerium der Fi-
nanzen und für Heimat

Sylvia Steinmann (seit 19.04.2023)

Dr. Ulrike Wolf-Prexler, Ministerialdirektorin a.D., Bayerisches Staatsminis-
terium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (bis 31.01.2024)

Sonstige Gremien

Die Eigentümer nehmen ihre Rechte in der Generalversammlung wahr (analog
Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft).

Erwerbswirtschaftliche Unternehmen

Industrie- und sonstige Gewerbeunternehmen



E.ON SE, Düsseldorf
Abwicklungsgesellschaft LH AG, Amberg

E.ON SE

Brüsseler Platz 1
 45131 Essen
 Telefon 0201-184-00
 info@eon.com
 www.eon.com
 Gründungsjahr: 2000
 Beteiligung seit: Gründung
 (Ursprung: in 1921 gegründeter Staatsbetrieb Bayernwerk AG)

**Beteiligungsverhältnisse**

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	28.772,09	1,09 %
Streubesitz	2.612.546,71	98,91 %
Gesamt	2.641.318,80	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Die E.ON SE ist eines der größten Energieversorgungsunternehmen (v.a. Strom und Gas) in Deutschland und Europa und ist hauptsächlich in den Bereichen Verteilnetze und Vertrieb tätig.

Es handelt sich um eine Finanzbeteiligung ohne Einflussmöglichkeiten auf die Geschäftspolitik.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Grundkapital	2.641	2.641	2.641
Bilanzsumme	67.965	67.010	62.635
Eigenkapitalquote (in %)	18,18	17,49	18,28
Umsatzerlöse (Beteiligungsergebnis)	4.011	2.954	2.107
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.953	1.549	2.006
Eigenkapitalrentabilität (in %)	15,80	13,21	17,54
Dividende (in EUR/Stück)	0,53	0,51	0,49
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	1.085	1.035	1.065
- davon Männer	581	568	599
- davon Frauen	504	467	466

Die Angaben beziehen sich auf die E.ON SE, nicht auf den Konzern.

Geschäftsverlauf 2023

Rückläufige Absatzmengen infolge von Energieeinsparungen und einer milden Witterung und Portfoliobereinigungen führten in 2023 zu einem Rückgang des Außenumsatzes im Vergleich zum Vorjahr um 19 Prozent auf 93,7 Milliarden Euro (2022: 115,7 Milliarden Euro).

Das prognostizierte Ergebnis des E.ON-Konzerns wurde jedoch, trotz der weiterhin schwierigen Rahmenbedingungen im Geschäftsjahr 2023 (insbesondere volkswirtschaftliche Unsicherheiten als Folge des Russland-Ukraine Kriegs, hohe Inflation, steigende Zinsen), übertroffen.

Der (um nicht operative Effekte) bereinigte Konzernüberschuss von 3,1 Milliarden Euro lag deutlich über der Prognose von 2,7 bis 2,9 Milliarden Euro und um zwölf Prozent über dem Vorjahreswert.

Für das Geschäftsjahr 2023 wurde eine Dividende in Höhe von 0,53 Euro je Aktie ausgeschüttet.

Der Kurs der E.ON-Aktie lag am Ende des Jahres 2023 bei 12,17 Euro (Vorjahr: 9,34 Euro; + 30,29 Prozent).

Laufende Entwicklung

Laut Geschäftsbericht 2023 prognostiziert E.ON für das Geschäftsjahr 2024 ein bereinigtes Konzern-EBITDA zwischen 8,8 und 9,0 Milliarden Euro (2023: 9,4 Milliarden Euro) und einen bereinigten Konzernüberschuss zwischen 2,8 und 3,0 Milliarden Euro (2023: 3,1 Milliarden Euro). Darüber hinaus sind Investitionen von 7,2 Milliarden Euro (2023: 6,4 Milliarden Euro) vorgesehen, insbesondere für den Ausbau und die Modernisierung der Energienetze im Rahmen der Energiewende.

Zum Ende des ersten Halbjahres 2024 bewegt sich der Kurs der E.ON-Aktie bei 12,24 Euro (Schlusskurs vom 28. Juni 2024 an der Börse Frankfurt).

Beteiligungen

Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird bezüglich der Angaben über den Beteiligungsbesitz der E.ON SE auf den Anhang zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 verwiesen.

Vorstand

Dr.-Ing. Leonhard Birnbaum
Dr. Thomas König
Patrick Lammers

Dr. rer. nat. Victoria Ossadnik

Dr. Marc Spieker

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat wurde mit Beschluss in der Hauptversammlung 2023 zeitlich befristet bis zur ordentlichen Hauptversammlung 2028 von grundsätzlich 12 Mitglieder auf 16 Mitglieder erweitert, um die Ziele für seine Zusammensetzung einschließlich des Diversitätskonzepts und des Kompetenzprofils auch künftig möglichst erfüllen zu können.

Im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2024 gehörten dem Aufsichtsrat an:

Vorsitzende

Erich Clementi (seit 17.05.2023)

Dr. Karl-Ludwig Kley (bis 17.05.2023)

Stv. Vorsitzende

Christoph Schmitz, Arbeitnehmervertreter (bis 31.12.2023)

Frank Werneke, Arbeitnehmervertreter (seit 16.01.2024)

Weitere Mitglieder

Katja Bauer, Arbeitnehmervertreterin

Klaus Fröhlich

Ulrich Grillo

Anke Groth

Eugen-Gheorghe Luha, Arbeitnehmervertreter

Stefan May, Arbeitnehmervertreter

Szilvia Pinczésné Márton, Arbeitnehmervertreterin

Miroslav Pelouch, Arbeitnehmervertreter (bis 17.05.2023)

Nadège Petit (seit 17.05.2023)

René Pöhls, Arbeitnehmervertreter

Andreas Schmitz

Dr. Rolf Martin Schmitz

Fred Schulz, Arbeitnehmervertreter (bis 17.05.2023)

Elisabeth Wallbaum, Arbeitnehmervertreterin

Deborah Wilkens

Axel Winterweber, Arbeitnehmervertreter (seit 01.01.2023)

Ewald Woste (bis 17.05.2023)

Dr. Karen de Segundo (bis 17.05.2023)

Abwicklungsgesellschaft LH AG

Sulzbacher Straße 121
 92224 Amberg
 Gründungsjahr: 1883
 Beteiligung seit: Gründung

Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	442,52	26,00 %
JSC Cheboksary Aggregate Works	1.259,48	74,00 %
Gesamt	1.702,00	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Gegenstand der Luitpoldhütte AG war die Herstellung von Handlungsguss, von Formstücken, von Maschinen und Kundenguss, von Gegenständen des Maschinen- und Apparatebaus sowie die Vornahme aller mit der Herstellung und dem Vertrieb der vorgenannten Waren verbundenen Handelsgeschäfte.

Ein unmittelbares staatliches Interesse wurde mit der Unternehmensbeteiligung nicht mehr verfolgt. Eine Veräußerung der Unternehmensanteile kam in der Vergangenheit jedoch nicht zustande. Am 26. August 2015 wurde ein vorläufiges Insolvenzverfahren eröffnet. Am 1. Dezember 2015 wurde das Insolvenzverfahren eröffnet. Die Gesellschaft ist dadurch aufgelöst (§ 262 Abs. 1 Nr. 3 AktG).

Der Insolvenzverwalter ersetzte am 27. Januar 2016 die Firma Luitpoldhütte AG durch die Firma Abwicklungsgesellschaft LH AG.

Ausgewählte Kennzahlen

Kennzahlen liegen aufgrund der Sondersituation nicht vor.

Geschäftsverlauf 2023

Der Betrieb der Luitpoldhütte wurde 2016 von der Luitpoldhütte GmbH übernommen, an der der Freistaat Bayern nicht beteiligt ist. Die Abwicklungsgesellschaft LH AG ist aufgrund der Insolvenzeröffnung aufgelöst.

Alle wesentlichen Abwicklungsmaßnahmen wurden inzwischen abgeschlossen.

Laufende Entwicklung

Mit einem endgültigen Abschluss des Verfahrens in absehbarer Zeit wird gerechnet.

Beteiligungen

Keine

Insolvenzverwalter

Dr. Hubert Ampferl

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus elf Mitgliedern. Aufgrund des Insolvenzverfahrens ist er funktionslos.

Erwerbswirtschaftliche Unternehmen

Bau- und Grundstücksgesellschaften, Bayerngrund



Bayerngrund Grundstücksbeschaffungs- und -erschließungs
Gesellschaft mbH, München
BayernHeim GmbH, München
Siedlungswerk Nürnberg GmbH, Nürnberg

**Bayerngrund
Grundstücksbeschaffungs-
und -erschließungs Gesellschaft
mbH**



Giesinger Bahnhofplatz 2
81539 München
Telefon 089 1241471-0
Telefax 089 1241471-99
info@bayerngrund.de
www.bayerngrund.de
Gründungsjahr: 1972
Beteiligung seit: 30.06.1972

Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	250,00	25,00 %
Bayerische Landesbank	500,00	50,00 %
Bayerische Ärzteversorgung	250,00	25,00 %
Gesamt	1.000,00	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens sind speziell auf den kommunalen Kundenkreis zugeschnittene Dienstleistungen im Bereich der Baulandentwicklung vom Grundstücksankauf über die Bauleitplanung bis zur Erschließung. Zudem bietet Bayerngrund umfassende Dienstleistungen bei der Realisierung von Maßnahmen des kommunalen Hoch- und Tiefbaus und Ver- bzw. Entsorgungseinrichtungen inklusive Bauleitung, Kostenkontrolle und Abrechnung. In allen Bereichen des städtebaulichen Projektmanagements bietet Bayerngrund Betreuung wie Konzeption von Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen mit Finanzierungs- und Fördermittelmanagement.

Die unmittelbare staatliche Beteiligung ist historisch begründet, die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft liegt im öffentlichen Interesse, weil bayerische Kommunen bei Infrastruktur- und Entwicklungsmaßnahmen und deren Finanzierung unterstützt werden. Die seit Jahrzehnten etablierte Gesellschaft verfügt über viel Erfahrung und bietet ihre Leistungen flächendeckend in ganz Bayern an.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	7.577	7.166	7.106
Bilanzsumme	272.697	263.894	261.735
Eigenkapitalquote (in %)	2,78	2,72	2,71
Umsatzerlöse	56.093	46.646	68.217
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	411	61	14
EBITDA	4.226	1.023	820
Umsatzrentabilität (in %)	0,73	0,13	0,02
Eigenkapitalrentabilität (in %)	5,43	0,85	0,19
operativer Cash-Flow	-7.760	-18.617	-5.715
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	49	44	41
- davon Männer	20	17	16
- davon Frauen	29	27	25

Geschäftsverlauf 2023

Bayerngrund hat die besonderen Herausforderungen im Geschäftsjahr 2023 gut bewältigt und konnte ihr Neugeschäft deutlich ausbauen. Die stärkere Fokussierung auf die Realisierung kommunaler Infrastrukturmaßnahmen und Bauvorhaben schlägt sich positiv in der Ertragssituation nieder, zudem konnten aus der Zinsentwicklung am Geldmarkt zusätzliche Ergebnisbeiträge erzielt werden. Insgesamt konnte das Ergebnis weiter verbessert und das Neugeschäft auf hohem Niveau fortgesetzt werden. Es bleibt das Ziel von Gesellschaft und Eigentümern, diese erfreuliche Entwicklung zu verstetigen und die Gesellschaft nachhaltig wirtschaftlich erfolgreich aufzustellen.

Laufende Entwicklung

Für das Geschäftsjahr 2024 rechnet die Geschäftsführung mit einer weiteren Belebung des Geschäfts. Insbesondere in den Geschäftssparten „kommunaler Bau“ und den Grunderwerbsprodukten wird mit einem weiteren Anstieg gerechnet. Der Geschäftserfolg ist von verschiedenen Rahmenbedingungen abhängig, u.a. von kommunal- und aufsichtsrechtlichen Regelungen und vom Investitions-, Bauland- und Wohnraumbedarf und dem Investitionsverhalten der Kommunen, wobei die Auswirkungen der Entwicklungen am Immobilienmarkt auf die kommunale Investitionsbereitschaft noch nicht abschließend beurteilt werden können.

Ausgehend von der Entwicklung in den ersten Monaten geht die Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2024 davon aus, ihre Ertragsziele zu erfüllen.

Beteiligungen

Bayerngrund Verwaltungs GmbH (bis 28.03.2023)	100,00 %
KGE Kommunalgrund Grundstücksbeschaffungs- und -Erschließungsgesellschaft mbH	25,00 %

Geschäftsführung

Franz Schonlau

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus vier Personen. Die Bayerische Landesbank entsendet zwei Mitglieder, die bayerische Ärzteversorgung und der Freistaat Bayern jeweils ein Mitglied.

Im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2024 gehörten dem Aufsichtsrat an:

Vorsitzender

Roland Reichert, Bankdirektor, Bayerische Landesbank

Stv. Vorsitzender

Dr. Joachim Calles, Bayerische Ärzteversorgung

Weitere Mitglieder

Bernd Mayer, Bankdirektor, Bayerische Landesbank

Frank Porzner, Ministerialrat, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen
und für Heimat

Kommunalbeirat

Bei der Bayerngrund besteht ein Kommunalbeirat mit beratender Funktion.

BayernHeim GmbH

Einsteinstraße 172
 81677 München
 Telefon 089/889 875 0
 Telefax 089/889 875 199
 poststelle@bayernheim.de
 www.bayernheim.de
 Gründungsjahr: 2018
 Beteiligung seit: 18.07.2018

**Beteiligungsverhältnisse**

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	50.000,00	100,00 %
Gesamt	50.000,00	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bereitstellung von Wohnraum für Wohnungssuchende, die sich am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können.

Mit der Gründung der Gesellschaft verfolgt der Freistaat Bayern das Ziel, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in Bayern weiter auszubauen und seine Wohnungsbauaktivitäten zu stärken. Die Gesellschaft soll überall dort in Bayern Wohnraum schaffen, wo einerseits ein dringender Wohnungsbedarf besteht und andererseits die durch Investierende bzw. Kommunen geschaffenen Kapazitäten nicht ausreichen, um die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum zu decken.

Dieser Zweck lässt sich derzeit nicht ebenso gut oder besser ohne staatliche Beteiligung erreichen.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	510.358	198.794	93.554
Bilanzsumme	623.186	286.466	151.977
Eigenkapitalquote (in %)	81,90	69,40	61,60
Umsatzerlöse	3.506	2.880	1.909
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-5.835	-4.760	-4.404
operativer Cash-Flow	-7.488	1.396	-836
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	46	41	39
- davon Männer	26	22	18
- davon Frauen	20	19	21

Geschäftsverlauf 2023

Die Gesellschaft bewirtschaftete zum 31. Dezember 2023 einen Bestand mit 267 Wohneinheiten, 173 Stellplätzen und fünf Gewerbeeinheiten.

Im Jahr 2023 wurden zahlreiche Kaufverträge für unbebaute Grundstücke bzw. Grundstückskaufverträge mit Bauverpflichtung sowie einige Erbbaurechtsverträge mit einem geplanten Gesamtvolumen von insgesamt rund 2.832 Wohnungen (davon rund 1.653 Wohnungen nach den bayerischen Richtlinien der einkommensorientierten Förderung sowie rund 1.111 Einheiten des studentischen Wohnens) zum Abschluss gebracht. Diese waren u. a. in Bamberg, Ansbach, Kulmbach, Lindau, Günzburg, Passau, Eichstätt, Straubing, Grafting, Bischofswiesen, Kaufbeuren, Donauwörth, Nürnberg, Hersbruck, Moosburg, Neumarkt in der Oberpfalz und München.

Die BayernHeim hat sich im Geschäftsjahr 2023 zudem mit einer Vielzahl von Neubauprojektentwicklungen sowie der Planung und Durchführung von Baumaßnahmen befasst, insbesondere in Fürth, Bayreuth, Ingolstadt, Würzburg, Dinkelsbühl, München, Neuburg an der Donau, Miesbach, Regensburg, Passau, Eichstätt, Grafting, Ruhpolding und Landsberg am Lech.

Der Schwerpunkt der Unternehmenstätigkeit im Geschäftsjahr 2023 lag weiterhin auf der Umsetzung des ambitionierten Neubauprogramms und der intensiven Akquise von Grundstücken zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in Bayern. Das Geschäftsjahr ist sehr gut verlaufen. Das Unternehmen hat seine Unternehmenstätigkeit ausgebaut und das Wachstum weiter beschleunigt.

Laufende Entwicklung

Auch im laufenden Geschäftsjahr steht die erfolgreiche Umsetzung des Neubauprogramms und der Projektakquise im Fokus. Im ersten Quartal 2024 befanden sich 42 Projekte mit über 5.900 Wohnungen in Bau bzw. Bauvorbereitung. Im Laufe des Jahres 2024 werden Projekte in Landsberg am Lech, Ruhpolding und Nürnberg fertiggestellt und in die Vermietung gebracht.

Im Geschäftsverlauf 2024 ist die Beurkundung von Grundstücksankäufen sowie von Grundstücken mit Bauverpflichtung an mehr als 20 Standorten, u.a. in den Städten Neu-Ulm, Landshut, Straubing, Bayreuth, Pfaffenhofen, Neutraubling, Memmingen und Würzburg mit einem möglichen Volumen von über 2.000 geförderten Wohnungen geplant.

Beteiligungen

Keine

Geschäftsführung

Ralph Büchele

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens drei und maximal fünf Mitgliedern, wovon mindestens zwei Mitglieder vom Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr und mindestens ein Mitglied vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat benannt werden. Im Jahr 2023 bestand der Aufsichtsrat aus vier Mitgliedern. Die Amtszeit beträgt jeweils fünf Jahre, eine erneute Bestellung ist zulässig.

Im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2024 gehörten dem Aufsichtsrat an:

Vorsitzende

Petra Kramer, Ministerialdirigentin, Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr (seit 17.02.2023)

Ingrid Simet, Ministerialdirektorin, Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr (bis 17.02.2023)

Stv. Vorsitzender

Axel Wirner, Ministerialrat, Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr

Weitere Mitglieder

Astrid Moll, Baudirektorin, Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr

Johann Schwaiger, Ministerialrat, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat (bis 19.04.2023)

Dr. Martin Schweiger, Regierungsdirektor, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat (seit 19.04.2023)

Bauausschuss

Der Aufsichtsrat hat einen Arbeitsausschuss (Bauausschuss) gebildet, der regelmäßig aus zwei Mitgliedern des Aufsichtsrates besteht.

Siedlungswerk Nürnberg GmbH

Heroldsberger Weg 8
 90411 Nürnberg
 Telefon 0911 95212-0
 Telefax 0911 95212-41
 info@swnuernberg.de
 www.swnuernberg.de
 Gründungsjahr: 1919
 Beteiligung seit: 02.05.1919

**Beteiligungsverhältnisse**

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	2.701,96	87,16 %
Siedlungswerk Nürnberg GmbH	398,04	12,84 %
Gesamt	3.100,00	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Der satzungsgemäße Auftrag des Unternehmens ist der Bau, die Verwaltung und die technische und kaufmännische Betreuung von Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten zu wirtschaftlich vertretbaren Bedingungen. Die Gesellschaft vermietet freifinanzierte und geförderte sowie belegungsgebundene Wohnungen in Nordbayern. Die Gesellschaft unterstützt den Freistaat Bayern auch bei der staatlichen Wohnungsfürsorge. Diese Aufgaben lassen sich derzeit nicht ebenso gut oder besser ohne staatliche Beteiligung erreichen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck dienlich sind. Aktuelle Tätigkeitsschwerpunkte des Unternehmens sind der Wohnungsneubau vor allem in der Metropolregion Nürnberg.

Angesichts der angespannten Situation am Wohnungsmarkt, insbesondere im bezahlbaren Segment, schafft ergänzend zum geförderten Wohnungsbau durch private und kommunale Unternehmen auch der Freistaat selbst mit der Siedlungswerk Nürnberg GmbH bezahlbaren Wohnraum im Ballungsraum Nürnberg.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	162.461	158.516	157.030
Bilanzsumme	400.869	343.286	312.444
Eigenkapitalquote (in %)	40,50	46,20	50,26
Umsatzerlöse	50.870	50.030	48.740
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3.945	1.486	5.152
EBITDA	15.104	11.611	16.242

	2023	2022	2021
Umsatzrentabilität (in %)	7,75	2,97	10,57
Eigenkapitalrentabilität (in %)	2,43	0,94	3,28
operativer Cash-Flow	20.722	13.830	12.202
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	93	86	74
- davon Männer	64	55	46
- davon Frauen	29	31	28

Geschäftsverlauf 2023

Die Gesellschaft bewirtschaftete zum 31. Dezember 2023 mit Schwerpunkt im Großraum Nürnberg-Fürth-Erlangen 746 Häuser mit 8.031 eigenen Mietwohnungen, 1.913 Garagen bzw. Stellplätzen in Tiefgaragen, sowie einigen gewerblichen Einheiten. Zusätzlich zum eigenen Bestand hat das Unternehmen mit Stand zum 31. Dezember 2023 389 Wohnungen in 83 Häusern vom Freistaat Bayern gepachtet.

Der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit lag 2023 in der Umsetzung des Neubauprogramms und in der Instandhaltung und Modernisierung zur Sicherung und Verbesserung der langfristigen Vermietbarkeit der Bestandswohnungen.

Aufgrund des Beschlusses der Staatsregierung vom 15. Mai 2018 zum Verzicht auf Mietpreiserhöhungen bei staatlichen Wohnungen und des anschließenden Gesellschafterbeschlusses wurden auch im Geschäftsjahr 2023 keine Mieterhöhungen durchgeführt.

Laufende Entwicklung

Als eines der größten Projekte in der gesamten Unternehmensgeschichte der Gesellschaft befindet sich weiterhin das Neubauvorhaben „Regensburger Viertel“ (seit Mitte 2021) im Bau. Hier wurden im Jahr 2023 146 Wohneinheiten vorzeitig fertiggestellt und gingen ab dem letzten Quartal in die Vermietung. Die weiteren Wohneinheiten werden in 2024 fertiggestellt. Es sind dann insgesamt 34 Häuser mit 381 Wohneinheiten, wovon 170 Wohnungen im Rahmen der Einkommensorientierten Förderung (EOF) gefördert sind. Zudem entstehen 19 gewerbliche Einheiten, eine Kindertagesstätte, ein Familienzentrum und mehrere Kinderspielplätze so wie ein Parkhaus.

Die Nachverdichtungsmaßnahme „Dollnsteiner Straße“ in Nürnberg-Reichelsdorf (zwei Mehrfamilienhäuser mit jeweils 30 Wohnungen, Kinderhort und Quartiersgarage) wurde im zweiten Quartal 2023 begonnen. Der Fertigstellungstermin mit anschließendem Vermietungsbeginn ist im vierten Quartal 2024.

Beteiligungen

Siedlungswerk Nürnberg GmbH	12,84 %
BZG GmbH	9,50 %

Geschäftsführung

Martin Hopes bis 31.05.2024
Dr. Philipp Stiel

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus vier Mitgliedern, die vom Freistaat Bayern entsendet werden. Drei Mitglieder werden vom Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr und ein Mitglied vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat benannt. Der Aufsichtsrat wird von der Gesellschafterversammlung für die Dauer von fünf Jahren gewählt.

Im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2024 gehörten dem Aufsichtsrat an:

Vorsitzender

Axel Wirner, Ministerialrat, Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr

Stv. Vorsitzende

Christine Pinkenburg, Ministerialrätin, Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr (seit 03.05.2023)
Matthias Seyfried, Ministerialrat, Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr (bis 05.01.2023)

Weitere Mitglieder

Dr. Tanja Benzinger, Leitende Ministerialrätin, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat (bis 30.06.2023)
Gabriele Gunzelmann, Ltd. Baudirektorin, Regierung von Mittelfranken
Katharina Hornung, Ministerialrätin, Bayer. Landespersonalausschuss (seit 30.06.2023)

Bauausschuss

Der Aufsichtsrat hat zur Beratung des Geschäftsführers und zur selbständigen Erledigung bestimmter Aufgaben einen Ausschuss für Bauangelegenheiten gebildet. Die Mitglieder des Bauausschusses werden vom Aufsichtsrat aus seiner Mitte bestimmt.

Erwerbswirtschaftliche Unternehmen

Sonstige Dienstleistungsunternehmen



Wirtschaftsvereinigung der Münchener Brauereien GmbH,
München

Wirtschaftsvereinigung der Münchner Brauereien GmbH

Oskar-von-Miller-Ring 1
80333 München
Telefon 089 288631
Telefax 089 283975
Gründungsjahr: 1968
Beteiligung seit: Gründung

Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Hacker-Pschorr-Bräu GmbH	8,18	19,75 %
Augustiner Bräu Wagner KG	6,65	16,05 %
Löwenbräu AG	6,65	16,05 %
Paulaner Brauerei GmbH & Co. KG	6,65	16,05 %
Spaten-Franziskaner-Bräu KGaA	6,65	16,05 %
Staatliches Hofbräuhaus in München	6,65	16,05 %
Gesamt	41,43	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Unternehmensgegenstand ist die Wahrnehmung aller gemeinschaftlichen Aufgaben der Gesellschafter. Die Gesellschaft fördert auch die gemeinschaftlichen gewerblichen Interessen der Gesellschafter, einschließlich der Aufklärung und Beratung der Verbraucher über die von Gesellschaftern hergestellten Wirtschaftsgüter. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte besorgen, die diesem Zweck unmittelbar oder mittelbar dienen. Sie kann auch Unterlassungsansprüche geltend machen und Unternehmen gleicher oder verwandter Art gründen, erwerben und sich daran beteiligen.

Das Unternehmen beliefert im Wesentlichen eigene und gemeinsame Kunden der Gesellschafter mit Bier und alkoholfreiem Bier und alkoholfreien Erfrischungsgetränken und erfüllt bestehende gemeinsame Bierlieferungsverträge (beispielsweise Biergarten auf dem Viktualienmarkt). Außerdem nimmt die Gesellschaft spezifisch gemeinschaftliche Aufgaben wahr (Versorgung und Durchführung von Veranstaltungen in Gemeinschaftsobjekten oder im Rahmen übergreifender Gemeinschaftsinteressen im Bereich Münchner Bier). Zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen ist die Gesellschaft im Wesentlichen auf Beiträge der Gesellschafter in Form von Kostenumlagen angewiesen.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	69	38	65
Bilanzsumme	930	1.401	395
Eigenkapitalquote (in %)	7,47	2,69	16,53
Umsatzerlöse	2.729	2.675	605
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	32	-28	-46
EBITDA	32	-20	25
Umsatzrentabilität (in %)	1,17	-1,03	-7,66
Eigenkapitalrentabilität (in %)	45,76	-73,44	-70,92
operativer Cash-Flow	382	69	-60
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	0	0	0

Geschäftsverlauf 2023

Die Absätze konnten nach Corona weiter gefestigt werden. Aufgrund der Steigerung der Umsatzerlöse um rund 2 Prozent im Vorjahresvergleich konnte ein positives Ergebnis erzielt werden.

Laufende Entwicklung

Insbesondere aufgrund vermehrter Veranstaltungen im Olympiapark wird mit einer Absatzsteigerung und höheren Umsätzen sowie einem insgesamt konstanten Geschäftsverlauf gerechnet.

Beteiligungen

Keine

Geschäftsführung

Andreas Maisberger

Aufsichtsrat

Keiner

Nicht erwerbswirtschaftliche Unternehmen

Verkehrseinrichtungen



Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH, München
Münchner Verkehrs- und Tarifverbund mbH (MVV), München

Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH

Boschetsrieder Straße 69
81379 München
Telefon 089 748825-0
Telefax 089 748825-51
info@bahnland-bayern.de
www.bahnland-bayern.de/beg
Gründungsjahr: 1995
Beteiligung seit: 25.08.1995



Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	52,00	100,00 %
Gesamt	52,00	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung des Schienenpersonennahverkehrs für das gesamte Staatsgebiet des Freistaats Bayern, die Abstimmung dieser Planung mit Eisenbahninfrastrukturunternehmen, Eisenbahnverkehrsunternehmen und den Aufgabenträgern für den allgemeinen öffentlichen Personennahverkehr sowie die Bestellung von Verkehrsleistungen im Schienenpersonennahverkehr bei Eisenbahnverkehrsunternehmen im Auftrag und nach Vorgaben des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr. Die Gesellschaft kann zu diesem Zweck gemeinwirtschaftliche Verkehrsleistungen gemäß § 4 des Regionalisierungsgesetzes mit Eisenbahnverkehrsunternehmen vertraglich vereinbaren. Neuverträge werden nach Durchführung wettbewerblicher Vergabeverfahren abgeschlossen.

Mit der Beteiligung kommt der Freistaat Bayern der Staatsaufgabe nach, den Schienenpersonennahverkehr in Bayern zu planen, zu organisieren und sicherzustellen. An der Beteiligung besteht weiterhin ein unmittelbares, wichtiges Interesse des Staates. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht ebenso gut oder besser auf andere Weise erreichen.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	77	76	76
Bilanzsumme	1.582	2.670	1.601
Eigenkapitalquote (in %)	4,85	2,86	4,75
Ertragszuschüsse*	22.621	19.184	17.570
Jahresüberschuss	0	0	2
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	99	91	89
- davon Männer	47	43	43
- davon Frauen	52	48	46

* entspricht jeweils der Kostenerstattung durch den Freistaat Bayern

Geschäftsverlauf 2023

Die Tätigkeitsschwerpunkte lagen auch 2023 in der Vergabe von Verkehrsleistungen durch Wettbewerbsverfahren, der Planung, Finanzierung und Kontrolle der Verkehre sowie der Qualitätssicherung und Optimierung der Angebote im Freistaat.

Die S-Bahnen und Regionalzüge in Bayern legen im Auftrag des Freistaats rund 133 Millionen Zugkilometer pro Jahr zurück. Damit ist die Bayerische Eisenbahngesellschaft der größte Besteller von Leistungen im Schienenpersonennahverkehr in Deutschland.

Das Jahr 2023 war auch weiterhin stark von geopolitischen Konflikten geprägt. Unter anderem stellte die Behinderung internationaler Handelswege alle Branchen vor enorme Kostensteigerungen. Zur Entlastung der Unternehmen sowie der privaten Haushalte sind im Jahr 2023 mehrere Entlastungsmaßnahmen beschlossen worden. Eine davon war die Einführung des Deutschlandtickets. Diese Maßnahme führte im gesamten Öffentlichen Personennahverkehr zu einer Reduzierung von Fahrgeldeinnahmen. Um die finanziellen Nachteile auszugleichen, die bei den Unternehmen und Aufgabenträgern des Öffentlichen Personennahverkehrs durch die Einführung des Deutschlandtickets in den Monaten Mai bis Dezember 2023 entstanden sind, wurden im Jahr 2023 Finanzhilfen aus Bundes- und Landesmitteln zur Verfügung gestellt.

Unter anderem der Personalmangel und hohe Krankenstände beim Zug-, Werkstatt- und Stellwerkpersonal führten 2023 dazu, dass in mehreren Netzen Ersatzkonzepte gefahren werden mussten und es zu erheblichen Fahrzeugverfügbarkeitsproblemen kam.

Laufende Entwicklung

Im Mittelpunkt der Tätigkeit der Gesellschaft stehen auch weiterhin die Vorbereitung und Umsetzung zahlreicher Ausschreibungs- und Vergabeprojekte, um den Wettbewerb im bayerischen Schienenpersonennahverkehr zu gestalten. Vor diesem Hintergrund werden unter anderem Qualitätsverbesserungen und die Weiterentwicklung des Bayern-Taktes weiterverfolgt. Die der Bayerische Eisenbahngesellschaft zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung gestellten Finanzmittel sollen zielgerichtet, wirkungsvoll und effizient eingesetzt werden.

Auch weiterhin werden zahlreiche Kampagnen durchgeführt, mit dem Ziel, ein positives Image für den bayerischen Schienenpersonennahverkehr zu schaffen, um so weitere Potenziale zu gewinnen. All dies liegt im Interesse des Umweltschutzes, der Verkehrssicherheit, sowie der Herstellung und Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen im gesamten Staatsgebiet, und um eine möglichst vollwertige Alternative zum motorisierten Individualverkehr in allen Landesteilen zur Verfügung zu stellen.

Beteiligungen

Deutschlandtarifverbund-GmbH (bis 26.11.2023: 6,00 %)	5,73 %
Bayern Tourismus Marketing GmbH	1,17 %

Geschäftsführung

Thomas Prechtl (Sprecher)
Bärbel Fuchs

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus elf Mitgliedern. Der Freistaat Bayern hat das Vorschlagsrecht für acht Mitglieder, wovon vier Mitglieder vom Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr, ein Mitglied vom Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, ein Mitglied vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat und zwei Mitglieder vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie vorgeschlagen werden. Jeweils ein Mitglied schlagen der Bayerische Städtetag, der Bayerische Landkreistag und der Bayerische Gemeindetag vor.

Im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2024 gehörten dem Aufsichtsrat an:

Vorsitzender

Christian Bernreiter, MdL, Staatsminister, Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr

Stv. Vorsitzender

Dr. Thomas Gruber, Ministerialdirektor, Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr

Weitere Mitglieder

Dr. Helmut Graf, Ministerialdirigent, Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration

Klaus Ulrich, Ministerialdirigent, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

Rudolf Escheu, Ministerialdirigent, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (bis 11.07.2023)

Dr. Johann Niggel, Ministerialdirigent, Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus (seit 12.07.2023)

Oliver Menner, Ministerialrat, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat

Annette Karl (ehem. Mitglied des Bayerischen Landtags)

Eberhard Rotter, Rechtsanwalt (ehem. Mitglied des Bayerischen Landtags)

Maximilian Gotz, Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Erding (Bayerischer Städtetag)

Dr. Michael Higl, Erster Bürgermeister, Markt Meitingen (Bayerischer Gemeindetag)

Martin Sailer, Landrat des Landkreises Augsburg (Bayerischer Landkreistag)

Beirat

Die Gesellschaft hat einen Beirat mit Vertretungen aus Verkehrsverbänden, Wirtschaft, Gewerkschaft und Verbänden. Der Beirat berät die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat in fachlichen Fragen des Schienenpersonennahverkehrs.

**Münchner Verkehrs-
und Tarifverbund GmbH
(MVV)**



Münchner Verkehrs- und
Tarifverbund GmbH

Thierschstraße 2
80538 München
Telefon 089 21033-0
Telefax 089 21033-282
info@mvv-muenchen.de
www.mvv-muenchen.de
Gründungsjahr: 1971
Beteiligung seit: 01.01.1996

Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern (bis 07.01.2024 12,78 TEUR / 35,70 %)	19,25	35,70 %
Landeshauptstadt München (bis 07.01.2024 12,78 TEUR / 35,70 %)	19,25	35,70 %
Landkreis Bad Tölz - Wolfratshausen (bis 07.01.2024 1,28 TEUR / 3,57 %)	1,40	2,60 %
Landkreis Dachau (bis 07.01.2024 1,28 TEUR / 3,57 %)	1,40	2,60 %
Landkreis Ebersberg (bis 07.01.2024 1,28 TEUR / 3,57 %)	1,40	2,60 %
Landkreis Erding (bis 07.01.2024 1,28 TEUR / 3,57 %)	1,40	2,60 %
Landkreis Freising (bis 07.01.2024 1,28 TEUR / 3,57 %)	1,40	2,60 %
Landkreis Fürstenfeldbruck (bis 07.01.2024 1,28 TEUR / 3,57 %)	1,40	2,60 %
Landkreis Miesbach (seit 08.01.2024)	1,40	2,60 %
Landkreis München (bis 07.01.2024 1,28 TEUR / 3,57 %)	1,40	2,60 %
Landkreis Rosenheim (seit 08.01.2024)	1,40	2,60 %
Landkreis Starnberg (bis 07.01.2024 1,28 TEUR / 3,57 %)	1,40	2,60 %
Stadt Rosenheim (seit 08.01.2024)	1,40	2,60 %
Gesamt	53,90	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Die seit 1996 als Aufgabenträgerverbund strukturierte Verbundgesellschaft dient dem Zweck der Aufgabenwahrnehmung im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sowie für den ÖPNV ergänzende Mobilitätsangebote. Sie nimmt dazu im Wege der Geschäftsbesorgung insbesondere Planung, Organisation und Koordination des ÖPNV im Großraum München mit den Verkehrsträgern S-Bahn, U-Bahn, Tram und Bus wahr, soweit ihr diese Aufgaben übertragen oder ermöglicht werden. Die Tätigkeit der Gesellschaft erstreckt sich

- im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) auf das S-Bahnssystem sowie das Regionalzugangebot im Großraum München;
- im allgemeinen ÖPNV auf das Gebiet der Landeshauptstadt und der elf Verbundlandkreise und kreisfreien Städte;
- im gesamten Verbundraum auf die den ÖPNV ergänzenden Mobilitätsangebote.

Mit der Beteiligung kommt der Freistaat Bayern seiner gesetzlich zugewiesenen Aufgabenträgerschaft für den SPNV nach, da im Verbundgebiet des Münchner Verkehrs- und Tarifverbunds ein hoher Anteil der Gesamtverkehrsleistung des SPNV in Bayern erbracht wird. An der Beteiligung besteht weiterhin ein unmittelbares, wichtiges Interesse des Staates. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht ebenso gut oder besser auf andere Weise erreichen.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	240	159	156
Bilanzsumme	18.660	13.647	21.489
Eigenkapitalquote (in %)	1,29	1,17	0,73
Umsatzerlöse*	17.703	15.828	13.992
Jahresüberschuss	63	3	23
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	110	96	93
- davon Männer	62	53	55
- davon Frauen	48	43	38

* Leistungsverpflichtungen der Gesellschafter

Geschäftsverlauf 2023

Im Geschäftsjahr 2023 wurden die satzungsgemäßen Aufgaben im Wege der Geschäftsbesorgung für die für den SPNV und den ÖPNV zuständigen Gebietskörperschaften Freistaat Bayern, Landeshauptstadt München und die Verbundlandkreise wahrgenommen.

Insgesamt hat sich im Jahr 2023 die Zahl der mit MVV-Verkehrsmitteln beförderten Fahrgäste gegenüber dem Vorjahr deutlich erholt. Einen maßgeblichen Anteil daran hat das Deutschlandticket, das zum 1. Mai 2023 bundesweit eingeführt wurde.

Die kassenmäßigen Fahrgeldeinnahmen im MVV (inklusive erhöhtes Beförderungsentgelt, Unternehmertarife und Abrechnung für die Kostenfreiheit des Schulweges) lagen 2023 mit insgesamt rund 756,3 Millionen Euro um knapp 168,0 Millionen Euro (+ 28,5 Prozent) über dem Vorjahreswert. Die Fahrgeldeinnahmen liegen jedoch mit rund 200 Millionen Euro immer noch unter dem Vor-Corona-Wert aus dem Jahr 2019 von 960,2 Millionen Euro. Aufgrund verschiedener Ausgleichsleistungen insbesondere im Zusammenhang mit dem Deutschlandticket ist jedoch auf der Einnahmenseite kein Schaden entstanden.

Die Kundenzufriedenheit im Münchner Verkehrs- und Tarifverbund insgesamt ist im Jahr 2023 erneut signifikant gesunken. Aktuell liegt das Niveau mit einem Wert von 3,00 nur minimal über dem schlechtesten Ergebnis der letzten zehn Jahre und damit signifikant unter dem bundesweiten Branchendurchschnitt.

Die wichtigsten Themen, Projekte und Meilensteine der Gesellschaft in 2023 waren:

- Umsetzung einer verbundweiten Werbekampagne zur Verbundraumerweiterung mit zahlreichen Partnern
- Akquisition verschiedener Förderungen, mit dem Ziel, Fahrgastinformation und Fahrgastfreundlichkeit zu verbessern
- Abschluss des Pilotversuchs zur automatischen Fahrpreisermittlung (Pilot eTarif „SWIPE+RIDE“) mit Möglichkeit zu CheckIn/Assisted-BeOut (circa 12.000 Nutzer mit bis zu 45.000 Fahrten pro Monat)
- Veröffentlichung einer europaweiten Ausschreibung für Nachfolgesystem von SWIPE+RIDE
- Weiterführung der Grundlagenstudie zur Verbunderweiterung und Umsetzungsarbeiten
- Planung und Ausschreibung des regionalen Bikesharing-Systems gemeinsam mit den Verbundpartnern
- Weiterer Ausbau der MVV-App zum Mobilitätsportal

- Berechnung, Datenbereitstellung und Beantragung der Billigkeitsleistungen aufgrund der Corona-Pandemie, des 9-Euro-Tickets und des Deutschlandtickets

Laufende Entwicklung

Übergreifende Themen der Gesellschaft im Jahr 2024 sind folgende:

- Weitere Umsetzung des Deutschlandtickets und Begleitung der Weiterentwicklung
- Abrechnung des Deutschlandtickets
- Weitere Verbesserung der Fahrgastinformation und Integration von Drittanbietern
- verbundweites Bikesharing
- Verbunderweiterung
- Umsetzung des Be-in-be-out Systems zum Ende des Jahres 2024
- Ausbau der emissionsfreien Regionalbuslinien

Beteiligungen

Keine

Geschäftsführung

Dr. Bernd Rosenbusch

Aufsichtsrat

Keiner

Verbundrat

Der Verbundrat dient der Beratung über alle Angelegenheiten, die sowohl die Interessen der Gesellschafter wie die Interessen der Gesamtheit der Verbundverkehrsunternehmen berühren. Der Verbundrat kann Empfehlungen für die Gesellschafterversammlung abgeben. Dem Verbundrat gehören je zwei Vertreterinnen und Vertreter des Freistaats Bayern, der Landeshauptstadt München und der Verbundlandkreise und kreisfreien Städte sowie sechs Vertreterinnen und Vertreter der Verbundverkehrsunternehmen an.

Nicht erwerbswirtschaftliche Unternehmen

Sonstige Infrastruktureinrichtungen



Bayerische Finanzagentur GmbH, München
Bayerische Landeskraftwerke GmbH, Nürnberg
Bayerisches Staatsbad Bad Kissingen GmbH, Bad Kissingen
Bayer. Staatsbad Bad Reichenhall/Bayer. Gmain GmbH,
Bad Reichenhall
Bayerisches Staatsbad Bad Steben GmbH, Bad Steben
GRB – Sammelstelle Bayern für radioaktive Stoffe GmbH,
Mitterteich
WIGES Wasserbauliche Infrastrukturgesellschaft mbH, München

Bayerische Finanzagentur GmbH

Alexandrastraße 3
80538 München
Telefon 089-76241750
kontakt@finanzagentur.bayern.de
www.finanzagentur.bayern.de
Gründungsjahr: 2020
Beteiligung seit: 17.04.2020



Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	25,00	100,00 %
Gesamt	25,00	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Die Bayerische Finanzagentur GmbH wurde am 17. April 2020 gegründet. Die Gesellschaft steht zu 100 Prozent in staatlichem Eigentum. Sie nimmt Aufgaben der Verwaltung des Sondervermögens BayernFonds mit Ausnahme der Entscheidung über Stabilisierungsmaßnahmen wahr. Im Rahmen ihrer Zuständigkeit ist die Finanzagentur für die Kreditaufnahme und Kreditverwaltung des BayernFonds zuständig und vertritt dabei den BayernFonds nach außen.

Der BayernFonds wurde zur Abfederung der Folgen der durch das Coronavirus ausgelösten Wirtschaftskrise für bayerische Unternehmen als unselbständiges Sondervermögen des Freistaats Bayern errichtet. Der BayernFonds hat hierzu über Instrumente der Garantieübernahme und der Rekapitalisierung von Unternehmen durch staatliche Beteiligung verfügt, wenn der angestrebte Zweck auf andere Weise nicht erreichbar war.

Um die dafür erforderlichen Finanzmittel möglichst wirtschaftlich einwerben und verwalten zu können, wurde die Bayerische Finanzagentur GmbH gegründet. Dieses Modell einer Finanzagentur GmbH hat sich auf Bundesebene bewährt und stellt somit im Zusammenhang mit der Verwaltung von Stabilisierungsmaßnahmen einen Gleichlauf mit dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds des Bundes sicher.

Die Beteiligung des Freistaats Bayern an der Bayerischen Finanzagentur GmbH ist erforderlich und für die Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig. Die im Gesetz über den BayernFonds und eine Bayerische Finanzagentur GmbH (BayFoG) vorgesehene alleinige Beteiligung des Freistaats an der Finanzagentur gewährleistet die zwingend notwendige enge Zusammenarbeit zwischen dem Freistaat und der Gesellschaft.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	101	98	90
Bilanzsumme	140	142	143
Eigenkapitalquote (in %)	0,73	0,69	0,63
Umsatzerlöse	337	358	345
Jahresüberschuss	3,5	8	-5
EBITDA	3	8	-5
Umsatzrentabilität (in %)	1,0	2,21	-1,41
Eigenkapitalrentabilität (in %)	3,5	8,08	-5,38
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	3	4	4
- davon Männer	1	2	2
- davon Frauen	2	2	2

Geschäftsverlauf 2023

Da die Gewährung von Stabilisierungsmaßnahmen nur bis zum 30. Juni 2022 möglich war, stand im Geschäftsjahr 2023 die Verwaltung der ausgereichten Stabilisierungsmaßnahmen im Mittelpunkt der Tätigkeit der Bayerischen Finanzagentur.

Laufende Entwicklung

Da die vom BayernFonds gewährten Stabilisierungsmaßnahmen weitgehend abgeschlossen sind, haben sich die Aufgaben des BayernFonds mehrheitlich erledigt, sodass eine Fortführung des BayernFonds nicht mehr zweckmäßig erscheint. Gemäß Art. 12a Abs. 1 BayFoG wird daher der BayernFonds mit Ablauf des 31. Juli 2024 aufgelöst. Die Verwaltung der verbliebenen Stabilisierungsmaßnahmen erfolgt gem. Art. 14a Abs. 1 BayFoG ab 1. August durch das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat.

Aufgrund der Auflösung des BayernFonds und des Wegfalls der bisherigen Aufgaben der Bayerischen Finanzagentur GmbH ist eine Fortführung der Gesellschaft nicht mehr sachgerecht. Die Bayerische Finanzagentur GmbH soll daher im Herbst 2024 aufgelöst werden.

Beteiligungen

Keine

Geschäftsführung

Karsten Buckenauer

Aufsichtsrat

Keiner

Bayerische Landeskraftwerke GmbH



Zeltnerstraße 3
 90443 Nürnberg
 Telefon 0911 235639-0
 Telefax 0911 235639-29
 landeskraftwerke@lakw.de
 www.landeskraftwerke.bayern
 Gründungsjahr: 2007
 Beteiligung seit: Gründung

Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Bayerische Landeskraftwerke	100,00	100,00 %
Gesamt	100,00	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Der Gegenstand des Unternehmens ist das Betreiben, die Verwaltung und das Errichten wasserwirtschaftlicher Anlagen, insbesondere Kraftwerke an Talsperren, Rückhaltebecken und Kanälen, die sich im Eigentum des Freistaates Bayern, der Bayerischen Landeskraftwerke GmbH oder eines anderen öffentlichen Trägers befinden, sowie alle damit zusammenhängenden oder sich daraus ergebenden Geschäfte, Tätigkeiten und Verpflichtungen. Die Anlagen werden ausschließlich nach wasserwirtschaftlichen Erfordernissen, insbesondere zum Hochwasserschutz und zur Niedrigwasseraufhöhung betrieben. Die Wasserkraftnutzung hat sich diesen Erfordernissen unterzuordnen, deshalb ist eine Privatisierung der Kraftwerksanlagen an den staatlichen Wasserspeichern auch nicht möglich.

Das Unternehmen erfüllt zudem einen besonderen Informationsauftrag im Bereich der ökologisch optimierten Wasserkraft. Neben Bau und Betrieb ökologisch innovativer Wasserkraftanlagen engagiert sich die Bayerische Landeskraftwerke GmbH seit 2019 im Auftrag des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz auch in der Planung und Entwicklung neuartiger Fischwandlersysteme. Die Demonstrationsanlagen des Unternehmens bilden dabei wichtige Erkenntnisquellen für Forschungsprojekte im Bereich des Fischschutzes und der Gewässerökologie. Mit der Beteiligung verwirklicht der Freistaat Bayern daher umweltpolitische Zielsetzungen, die er nicht ebenso gut oder besser auf andere Weise erreichen könnte. Deshalb liegt an der Beteiligung ein unmittelbares, wichtiges Interesse des Staates vor.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	32.528	30.932	29.696
Bilanzsumme	34.878	35.778	31.107
Eigenkapitalquote (in %)	93,26	86,46	95,47
Umsatzerlöse	6.873	11.526	5.026
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.596	4.206	1.078
EBITDA	3.256	7.023	2.557
Umsatzrentabilität (in %)	23,23	36,49	21,46
Eigenkapitalrentabilität (in %)	4,91	13,60	3,63
operativer Cash-Flow	425	7.734	1.443
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	4	4	4
- davon Männer	2	2	2
- davon Frauen	2	2	2

Geschäftsverlauf 2023

Im Geschäftsjahr 2023 hat die Bayerische Landeskraftwerke GmbH einen Jahresüberschuss von 1.596 Tausend Euro erwirtschaftet. Im Wirtschaftsplan 2023 war ein Jahresüberschuss von 970 Tausend Euro erwartet worden. Wesentliche Ursachen des überplanmäßigen Ergebnisses waren die hohe Stromerzeugung sowie Verzögerungen bei geplanten Instandhaltungsmaßnahmen.

Die Umsatzerlöse aus der Stromerzeugung erreichten 2023 5.864 Tausend Euro. Mit dem Betrieb von 19 Wasserkraftwerken wurde eine überplanmäßige Stromerzeugung von 59.734 Megawattstunden erreicht (+ 15 Prozent). Durch den deutlichen Rückgang des Marktpreises für Strom sank der durchschnittliche Erlös auf 10,4 Cent je Kilowattstunde (Vorjahr 21,5 Cent je Kilowattstunde).

Zusätzlich zu den Erlösen aus Stromerzeugung wurden 827 Tausend Euro Erlöse aus fischökologischen Maßnahmen im Auftrag des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz erzielt sowie 182 Tausend Euro aus weiteren Dienstleistungen.

2023 wurden insgesamt 530 Tausend Euro investiert. Im Fokus standen Investitionen am Kraftwerk Hilpoltstein. Ferner wurden insgesamt 263 Tausend Euro für Reparatur- und Instandhaltungsmaßnahmen an allen Kraftwerken verausgabt.

Im Geschäftsbereich ökologische Wasserkraft schreiten die Planungen für die Kraftwerksprojekte „Nonner Rampe“ in Bad Reichenhalt und (nach einer grundlegenden Weiterentwicklung des Konzepts) für das Kraftwerksprojekt bei Pielmühle weiter voran.

Die Tochter „Wasserkraft Baierbrunn GmbH“ erzielte 2023 einen Jahresfehlbetrag von 74 Tausend Euro, die Tochter „Illerkraftwerk Au GmbH“ einen Jahresfehlbetrag von 180 Tausend Euro (je bedingt durch Schadensereignisse).

Laufende Entwicklung

Die bisherige betriebliche Entwicklung 2024 weist eine planmäßige Stromerzeugung auf. Gleichzeitig senkt aber der unter das EEG-Niveau gesunkene Marktpreis die Umsatzerwartung. Vor diesem Hintergrund werden für 2024 ein Umsatz von 5.161 Tausend Euro und ein Jahresüberschuss von 843 Tausend Euro erwartet.

Beteiligungen

Illerkraftwerk Au GmbH	50,00 %
Wasserkraft Baierbrunn GmbH	50,00 %

Geschäftsführung

Jochen Zehender

Aufsichtsrat

Keiner

**Bayerisches Staatsbad
Bad Kissingen GmbH**

Im Luitpoldpark 1
97688 Bad Kissingen
Telefon 0971/8048-0
tourismus@badkissingen.de
www.badkissingen.de
Gründungsjahr: 1998
Beteiligung seit: Gründung



Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Stadt Bad Kissingen	31,80	53,00 %
Zentrum Staatsbäder Bayern Bad Steben	28,20	47,00 %
Gesamt	60,00	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung des operativen Kurgeschäftes mit den angepachteten Kur- und Erholungszwecken dienenden Anlagen und Einrichtungen des Staatsbads Bad Kissingen und der Stadt Bad Kissingen. Daneben hat die Gesellschaft den Zweck, die Marketingaufgaben für das Staatsbad Bad Kissingen zu übernehmen und das Kur- und Fremdenverkehrswesen in Bad Kissingen zu gestalten.

Eine Übertragung der Unternehmensaufgaben in die Privatwirtschaft kommt wegen der Aufgabenstellung im Bereich der Daseinsvorsorge und der erbrachten Leistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse nicht in Betracht. Ziel der Staatsregierung ist es, die Verantwortung für das im Unternehmen gebündelte operative Kurgeschäft in leistbaren Einzelschritten auf die Stadt Bad Kissingen zu übertragen.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	1.131	1.131	1.131
Bilanzsumme	4.839	4.141	3.883
Umsatzerlöse	7.733	6.171	4.940
Ertragszuschüsse	2.918	3.426	3.433
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	143	114	119
- davon Männer	66	58	59
- davon Frauen	77	56	60

Geschäftsverlauf 2023

Im Jahr 2023 konnten die touristischen Aktivitäten im Staatsbad Bad Kissingen nach der Pandemie weiter ausgeweitet werden. Im Bereich der Reha-Kliniken und des Veranstaltungssegments setzte die Erholung später und langsamer ein als in den übrigen Segmenten.

Die Preisanstiege im Laufe des Geschäftsjahres konnten nicht vollständig durch Kosteneinsparungen ausgeglichen werden und belasteten zusätzlich das Ergebnis im abgelaufenen Geschäftsjahr. Insgesamt hat sich das Geschäftsjahr 2023 allerdings positiver entwickelt als ursprünglich geplant. Die Umsatzerlöse lagen mit 7,7 Millionen Euro über denen des Jahres 2019.

Im Jahr 2023 wurden in Bad Kissingen 249.919 Gästeankünfte (+ 14,5 Prozent zu 2022) und 1.469.379 Übernachtungen (+ 13,1 Prozent zu 2022) registriert.

Laufende Entwicklung

Die Entwicklung der ersten fünf Monate zeigt sich im Vorjahresvergleich äußerst positiv. Von Januar bis Mai 2024 konnte Bad Kissingen über 15 Prozent mehr Gäste begrüßen. Auch die Übernachtungszahlen stiegen in den ersten fünf Monaten um knapp 9 Prozent im Vergleich zu 2023 an. Besonders positiv zeigte sich der Monat Mai, in dem die Zahl der Gästeankünfte mit im Vergleich zu 2023 um nahezu 45 Prozent anstieg.

Beteiligungen

Keine

Geschäftsführung

Sylvie Thormann

Aufsichtsrat

Keiner

**Bayer. Staatsbad
Bad Reichenhall/Bayer. Gmain
GmbH**

Wittelsbacherstraße 15
83435 Bad Reichenhall
Telefon 08651 606-0



office@staatsbad.gmbh
www.staatsbad-bad-reichenhall.de
Gründungsjahr: 1996
Beteiligung seit: Gründung

Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Stadt Bad Reichenhall	49,00	49,00 %
Zentrum Staatsbäder Bayern Bad Steben	45,00	45,00 %
Gemeinde Bayerisch Gmain	6,00	6,00 %
Gesamt	100,00	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb der Kur- und Erholungszwecken dienenden Anlagen und Einrichtungen des Staatsbads Bad Reichenhall, der Stadt Bad Reichenhall und der Gemeinde Bayerisch Gmain sowie die Förderung des Kurwesens. Gegenstand des Unternehmens ist ferner der Betrieb der RupertusTherme mit einem Sport- und Familienbereich.

Eine Übertragung der Unternehmensaufgaben in die Privatwirtschaft kommt wegen der Aufgabenstellung im Bereich der Daseinsvorsorge und der erbrachten Leistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse nicht in Betracht. Ziel der Staatsregierung ist es, die Verantwortung für das im Unternehmen gebündelte operative Kurgeschäft in leistbaren Einzelschritten auf die Stadt Bad Reichenhall und die Gemeinde Bayerisch Gmain zu übertragen.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	872	872	872
Bilanzsumme	32.730	34.007	35.820
Umsatzerlöse	15.317	12.532	5.633
Ertragszuschüsse	1.874	3.546	5.078
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	198	193	193
- davon Männer	100	106	98
- davon Frauen	98	87	95

Geschäftsverlauf 2023

Das Geschäftsjahr 2023 war ein wirtschaftlich erfolgreiches Geschäftsjahr, die Gesellschaft hat sich konsolidiert. Die Gesellschaft trägt mit ihrem Leistungsspektrum wesentlich zu den Grundlagen für den Kurort bei und ist zugleich von den Attraktionen und Leistungsträgern des Staatsbades abhängig.

Laufende Entwicklung

Das Reise- und Freizeitverhalten wird stärker natur-, erholungs- und gesundheitsfokussiert sein. Die ersten Monate 2024 lagen bei den Umsatzerlösen über den geplanten Erwartungen. Zur Erhaltung der gesetzten hohen Qualitätsstandards werden für die Gäste laufend neue Angebote erarbeitet, um für Kunden attraktiv zu bleiben. Im Bereich der Eigenveranstaltungen der Gesellschaft erfolgt unverändert eine strenge Kosten-Nutzen-Analyse.

Für die Gesellschaft spielt der Umweltschutz eine große Rolle. Es wird stets daran gearbeitet, beim Energie- und Wasserverbrauch möglichst effizient und sparsam zu agieren. Die RupertusTherme wurde an das städtische Fernwärmenetz angeschlossen und 2024 wird eine Photovoltaikanlage auf dem Dach der Therme in Betrieb gehen.

Beteiligungen

Keine

Geschäftsführung

Dirk Sasse

Aufsichtsrat

Keiner

**Bayerisches Staatsbad
Bad Steben GmbH**

Badstraße 31
95138 Bad Steben
Telefon 09288 960-0
Telefax 09288 960-10
service@staatsbad-bad-steben.de
www.therme-bad-steben.de
Gründungsjahr: 1996
Beteiligung seit: Gründung



Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Zentrum Staatsbäder Bayern Bad Steben	100,00	100,00 %
Gesamt	100,00	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb der Kur- und Erholungszwecken dienenden Anlagen und Einrichtungen des Staatsbads sowie die Förderung des Kurwesens im Staatsbad Bad Steben.

Eine Übertragung der Unternehmensaufgaben in die Privatwirtschaft kommt wegen der Aufgabenstellung im Bereich der Daseinsvorsorge und der erbrachten Leistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse nicht in Betracht. Mit der zurückliegenden Übertragung des Destinationsmarketings in die Verantwortung des Marktes Bad Steben wurde ein wichtiger Schritt für die Zukunftsfähigkeit des Staatsbades getätigt.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	1.047	1.047	1.047
Bilanzsumme	3.220	2.908	2.432
Umsatzerlöse	6.128	4.706	3.396
Ertragszuschüsse	3.227	2.343	1.591
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	99	103	103
- davon Männer	48	49	51
- davon Frauen	51	54	52

Geschäftsverlauf 2023

Die Gästeankünfte stiegen 2023 um 16,8 Prozent, die Gesamtübernachtungen erhöhten sich um 18,0 Prozent. Die in der Gesamtbetrachtung enthaltenen Wohnmobilstellplätze im Vergleich zum Vorjahr um 53,7 Prozent bzw. 66,6 Prozent. Die Gesamtzahl der Thermengäste stieg im Vergleich zum Vorjahr um 22,8 Prozent. Der Wert liegt 3,0 Prozent über dem des Jahres 2019.

Im Kurmittelbereich ist bei den Physiotherapieanwendungen eine Erhöhung von 35,4 Prozent festzustellen. Die Anwendungen im Bereich der Badeabteilung stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 39,7 Prozent.

	2023	2022	2021
Gäste	50.621	43.354	29.679
Übernachtungen	343.808	291.283	246.956

Laufende Entwicklung

Nach den ersten vier Monaten des Jahres 2024 sind die Gesamtübernachtungen um 2,4 Prozent gestiegen. Die Anzahl der abgegebenen Heilmittel (einschließlich Wellness) weist eine Minderung von 4,0 Prozent auf. Im medizinischen Heilmittelbereich bleibt die wirtschaftliche Situation mit dem von den Krankenkassen bewilligten Niveau schwierig. Die Unternehmensentwicklung wird trotz Nutzung von Blockheizkraftwerken und einer Photovoltaikanlage durch unverändert hohe Energiekosten belastet.

Beteiligungen

Keine

Geschäftsführung

Ottmar Lang

Aufsichtsrat

Keiner

**GRB – Sammelstelle Bayern
für radioaktive Stoffe GmbH**

Birkigt 5
95666 Mitterteich
Telefon 09633 9200-0
Telefax 09633 9200-32
grb-mitterteich@grb-mbh.bayern
www.grb-mbh.de
Gründungsjahr: 1981
Beteiligung seit: 07.12.1981

Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	1.003	100,00 %
Gesamt	1.003	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Aufgabe der Gesellschaft ist die Sammlung und Zwischenlagerung von schwach- und mittelradioaktiven Abfällen aus Forschung, Medizin und Industrie in Bayern bis zur endgültigen Entsorgung. Es umfasst auch alle hierfür in Zusammenhang stehenden Tätigkeiten wie die Durchführung von Transporten, Strahlenschutzmessungen, Maßnahmen zur Dekontamination und zur Herstellung endlagerfähiger Gebinde. Hierzu ist insbesondere die Landessammelstelle Bayern für schwach- und mittelradioaktive Abfälle zu errichten und zu betreiben.

Die Zwischenlagerung der in Kernkraftwerken anfallenden radioaktiven Abfälle obliegt den Betreibern und nicht der Landessammelstelle. Hierzu errichteten die Energieversorgungsunternehmen (EVU) eine eigene Lagerhalle in Mitterteich. Die GRB hat nach einem Betriebsführungsvertrag die eigenverantwortliche Führung der EVU-Halle übernommen, die Abfälle bleiben jedoch im Eigentum der Kernkraftwerksbetreiber bzw. geht das Eigentum nach dem Entsorgungsübergangsgesetz auf die Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) über.

Gemäß dem Atomgesetz sind von allen Ländern Landessammelstellen für die Zwischenlagerung der in ihrem Gebiet anfallenden radioaktiven Abfälle einzurichten. Die GRB wurde vom Freistaat Bayern für die Errichtung und den Betrieb der nach Atomgesetz zu betreibenden Landessammelstelle gegründet. An der Beteiligung liegt vor diesem Hintergrund weiterhin ein unmittelbares, wichtiges Interesse des Staates vor.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	1.433	875	1.149
Bilanzsumme	15.798	14.060	13.933
Eigenkapitalquote (in %)	9,07	6,22	8,25
Umsatzerlöse	4.686	4.864	5.427
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	558	-275	-610
Umsatzrentabilität (in %)	20,77	-5,64	-11,24
Eigenkapitalrentabilität (in %)	38,96	-31,39	-53,10
operativer Cash-Flow	1.645	255	221
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	18	18	17
- davon Männer	13	13	12
- davon Frauen	5	5	5

Geschäftsverlauf 2023

Die Umsatzerlöse aus den Annahmen radioaktiver Abfälle im Berichtsjahr in Höhe von 2.936 Tausend Euro liegen um 222 Tausend Euro unter dem Vorjahreswert von 3.158 Tausend Euro. Der im Wirtschaftsplan 2023 ausgewiesene Planwert in Höhe von 3.400 Tausend Euro wurde um 464 Tausend Euro nicht erreicht.

Die Umsatzerlöse aus dem Betriebsführungsvertrag mit der PreussenElektra GmbH (PEL) im Berichtsjahr in Höhe von 1.716 Tausend Euro liegen um 56 Tausend Euro über dem Vorjahreswert von 1.660 Tausend Euro.

Die sonstigen Umsatzerlöse beliefen sich auf 34 Tausend Euro.

Die Betriebsaufwendungen bewegen sich mit 4.818 Tausend Euro, trotz niedrigerem Umsatz, über dem Vorjahresniveau.

Handelsrechtlich ergab sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 406 Tausend Euro. Unter Beachtung der Ertragssteuererstattung ist ein Jahresüberschuss in Höhe von 558 Tausend Euro zu verzeichnen.

Zum Jahresende 2023 hatte die Gesellschaft für den Bereich der Landessammelstelle Bayern einen Bestand von 1.978 Gebinden mit langlebigen festen Abfällen in ihrem Eigentum. Der Lagerbestand in der EVU-Halle in Mitterteich belief sich auf 13.616 Gebinde.

Laufende Entwicklung

Gemäß den Planungen der Gesellschaft für das Jahr 2024 sollte dieses mit einem leicht positiven Jahresergebnis abgeschlossen werden können. Die zukünftige Ertragslage der Gesellschaft wird allerdings durch stagnierende beziehungsweise rückläufige Anlieferungsmengen von radioaktiven Stoffen bestimmt werden. Mit der Inbetriebnahme des Bundesendlagers Konrad wird, gemäß der Pressemitteilung 07/23 der Bundesgesellschaft für Endlagerung, nicht vor dem Jahr 2030 gerechnet. Alle endlagergerecht konditionierten Gebinde wurden oder werden entsprechend den jeweils zum Zeitpunkt der Konditionierung gültigen Endlagerbedingungen qualifiziert. Die Prüfberichte und Bescheide wurden jedoch unter dem Vorbehalt der Vorläufigkeit erteilt, da die Prüfungen der Nebenbestimmungen aus der "Gehobenen Wasserrechtlichen Genehmigung" noch ausstehen. Es wird damit gerechnet, dass diesbezüglich noch umfangreiche Nachqualifizierungs- bzw. Produktkontrollmaßnahmen erforderlich werden. Unabhängig von der betrieblichen Entwicklung sind zusätzlich externe Einflüsse (zum Beispiel Inflation) zu berücksichtigen.

Beteiligungen

Keine

Geschäftsführung

Stefan Ide

Aufsichtsrat

Keiner

**WIGES Wasserbauliche
Infrastrukturgesellschaft mbH**



Blutenburgstraße 20
80636 München
Telefon 089 99 222 190
Telefax 089 99 222 303
info@wiges-gmbh.de
www.wiges-gmbh.de
Gründungsjahr: 1998
Beteiligung seit: 01.02.2020

Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	26,00	100,00 %
Gesamt	26,00	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Die WIGES Wasserbauliche Infrastrukturgesellschaft mbH (WIGES GmbH) übernimmt im Auftrag von Körperschaften des öffentlichen Rechts Aufgaben im Bereich des Hochwasserschutzes und/oder des Wasserbaus.

Die Gesellschaft wurde 1998 als RMD Wasserstraßen GmbH gegründet, um die aus den Staatsverträgen resultierende Aufgaben der Rhein-Main-Donau GmbH (RMD GmbH) im Wasserstraßenbau durchzuführen. Sie erbringt dafür hauptsächlich Leistungen aus Planung, Vergabe, Bauüberwachung und sonstige Bauherrenaufgaben und rechnet diese zu Selbstkosten gegenüber den Vertragspartnern der RMD GmbH (Bundesrepublik Deutschland und Freistaat Bayern) bzw. gegenüber der RMD GmbH ab. Die Aufträge für Bauleistungen werden nicht im eigenen Namen, sondern direkt im Namen der Vorhabensträger erteilt.

Der Freistaat Bayern hat die Anteile an der Gesellschaft zum 1. Februar 2020 mit dem Zweck übernommen, Engpässe beim Donauausbau und bei der Verbesserung des Hochwasserschutzes zwischen Straubing und Vilshofen zu vermeiden, in dem die hierfür notwendigen Ingenieurkapazitäten durch Erwerb der Anteile an der ehemaligen RMD Wasserstraßen GmbH gesichert werden. Diese Aufgabe lässt sich derzeit nicht ebenso gut oder besser ohne staatliche Beteiligung erreichen.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	26	26	26
Bilanzsumme	18.255	18.156	18.109
Umsatzerlöse	15.169	16.331	17.034
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	134	137	135
- davon Männer	97	98	96
- davon Frauen	37	39	39

Geschäftsverlauf 2023

Wie in den Jahren zuvor leistete die WIGES GmbH im Jahr 2023 schwerpunktmäßig folgende Arbeiten zum Donauausbau Straubing-Vilshofen:

- Bearbeiten notwendiger Planänderungen gegenüber den planfestgestellten Unterlagen für den Teilabschnitt 1 (von Straubing bis Deggendorf)
- Begleiten des eingeleiteten Planfeststellungsverfahrens für den Teilabschnitt 2 (von Deggendorf bis Vilshofen)
- Fortführung der Bautätigkeiten im Teilabschnitt 1 zum Ausbau der Wasserstraße sowie den Hochwasserschutzmaßnahmen in den Poldern Sulzbach, Offenbergmatten, Sand/Entau, Steinkirchen und Parkstetten/Reibersdorf mit Auefließgewässer Reibersdorf
- Fortsetzen der Bautätigkeiten in den beiden vorgezogenen Hochwasserschutzprojekten im Teilabschnitt 2 HWS Niederalteich und HWS Ortsbereiche Thundorf/Aicha.
- Einleitung und Begleitung des Planfeststellungsverfahrens für die Schiffsliegestelle Deggendorf.

Im Jahr 2023 wurde von der WIGES GmbH ein Investitionsvolumen aus Planungs- und Bautätigkeit für den Donauausbau und den Main-Donau-Kanal von 92,0 Millionen Euro abgewickelt (alle Betragsangaben brutto). Davon entfallen 17,7 Millionen Euro auf weiterberechnete Selbstkosten der Gesellschaft. Das ausgeglichene Jahresergebnis ergibt sich aus der Selbstkostenerstattung.

Laufende Entwicklung

Die an die WIGES GmbH vergebenen Bauaufgaben umfassen den Donauausbau zwischen Straubing und Vilshofen einschließlich der Hochwasserschutzmaßnahmen, Restmaßnahmen an der Donau von Regensburg bis Straubing sowie Restmaßnahmen an der Konzessionsstrecke (Bamberg bis Regensburg). Daneben kann das Unternehmen satzungsgemäß Aufträge im Bereich des Hochwasserschutzes und des Wasserbaus für Körperschaften des öffentlichen Rechts durchführen.

Aufgrund des bestehenden Auftragsvolumens ist für das Geschäftsjahr 2024 ein dem Vorjahr vergleichbarer Geschäftsverlauf zu erwarten. Mit der Umsetzung der Baumaßnahmen des Hochwasserschutzes und der Wasserstraße im Teilabschnitt 1 Straubing-Deggendorf entsprechend dem vorliegenden Planfeststellungsbeschluss und der vorgezogenen Hochwasserschutzmaßnahmen Niederalteich und Thundorf/Aicha ist das Unternehmen im Wesentlichen ausgelastet. Im Teilabschnitt 1 ist von einem Projektvolumen von noch rund 494 Millionen Euro auszugehen. Darüber hinaus wird das Planfeststellungsverfahren für den Teilabschnitt 2 Deggendorf-Vilshofen bei der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt in Würzburg weitergeführt. Daneben ist das in 2023 eingeleitete Planfeststellungsverfahren für den Neubau der Schiffsliegestelle Deggendorf bei der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt in Würzburg anhängig.

Das oben geschilderten Bauprogramm für das Haushaltsjahr 2024 wurde von der Bundesrepublik Deutschland und dem Freistaat Bayern auf Grundlage des Bau- und Finanzierungsplans 2024 mit einem Gesamtvolumen von 110 Millionen Euro genehmigt. Darin enthalten sind Selbstkosten der WIGES GmbH in Höhe von 18,8 Millionen Euro.

Beteiligungen

Keine

Geschäftsführung

Dr. Markus Schmautz

Aufsichtsrat

Keiner

Nicht erwerbswirtschaftliche Unternehmen

Bau- und Grundstücksgesellschaften



Stadibau Gesellschaft für den Staatsbedienstetenwohnungsbau
in Bayern mbH, München
U-Bahn Martinsried Projektmanagement GmbH & Co. KG,
Fürstenfeldbruck
U-Bahn Martinsried Projektmanagement Verwaltungs GmbH,
Fürstenfeldbruck

**Stadibau Gesellschaft für den
Staatsbedienstetenwohnungsbau
in Bayern mbH**



Schwere-Reiter-Str. 11
80637 München
Telefon 089 360002-0
Telefax 089 360002-229
kontakt@stadibau.bayern
www.stadibau.bayern
Gründungsjahr: 1974
Beteiligung seit: 17.12.1974

Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	150.000,00	100,00 %
Gesamt	150.000,00	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Das Unternehmen unterstützt den Freistaat Bayern bei der Erfüllung seiner Aufgaben im Bereich der staatlichen Wohnungsfürsorge durch den Bau und die Bewirtschaftung von Staatsbedienstetenwohnungen. Der Gesellschaft können von der Gesellschafterversammlung andere geeignete Aufgaben der staatlichen Wohnungsfürsorge übertragen werden.

Angesichts der anhaltend hohen Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum und der angespannten Wohnungssituation vor allem im Großraum München hat die Wohnraumschaffung für Zwecke der staatlichen Wohnungsfürsorge als Instrument zur Personalgewinnung und -bindung weiterhin große Bedeutung. Anders als beim Erwerb von zeitlich begrenzten Belegungsrechten bei privaten Investoren durch den Einsatz von Fördermitteln, wird durch die Stadibau GmbH ein dauerhaftes und nachhaltiges Wohnungsangebot für Staatsbedienstete geschaffen. Diese Aufgaben lassen sich derzeit nicht ebenso gut oder besser ohne staatliche Beteiligung erreichen. Die Bereitstellung von neuem Wohnraum für Staatsbedienstete trägt zur allgemeinen Entlastung des Wohnungsmarkts bei.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	274.376	251.084	225.439
Bilanzsumme	1.187.525	1.079.991	956.960
Eigenkapitalquote (in %)	23,10	23,20	23,60
Umsatzerlöse	75.605	71.233	67.779
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3.291	5.645	5.511
EBITDA	30.028	29.664	28.445
Umsatzrentabilität (in %)	4,35	7,92	8,13
Eigenkapitalrentabilität (in %)	1,20	2,25	2,44
operativer Cash-Flow	29.930	22.632	23.700
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	119	120	123
- davon Männer	50	52	55
- davon Frauen	69	68	68

Geschäftsverlauf 2023

Der Wohnungsbestand setzt sich im Wesentlichen aus eigenen Mietobjekten der Gesellschaft und im Übrigen aus vom Freistaat Bayern angepachteten Einheiten zusammen. Die Gesellschaft verwaltete zum 31. Dezember 2023 insgesamt 8.783 Wohneinheiten, 7.239 Garagen/Tiefgaragenstellplätze sowie oberirdische Stellplätze und 60 gewerbliche Einheiten. Der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit lag im Geschäftsjahr 2023 in der Errichtung von Neubauten und im Bereich der Instandhaltung und Modernisierung vorwiegend in München. Im Laufe des Geschäftsjahres 2023 konnten in vier Neubauvorhaben in München mit insgesamt 278 Wohneinheiten sowie eine Gewerbeeinheit fertiggestellt und bezogen werden. Des Weiteren befanden sich fünf Neubauvorhaben in München und Umgebung mit insgesamt 1.146 Wohnungen und sechs Kindertagesstätten im Bau. Darüber hinaus befanden sich zahlreiche weitere Neubauvorhaben im Großraum München mit ca. 350 Wohneinheiten in der Bauvorbereitungs-, Planungs- bzw. Genehmigungsphase.

Auf Grund des vom Gesellschafter im Jahr 2018 beschlossenen Mieterhöhungsstopps für staatliche Wohnungen wurden auch im Geschäftsjahr 2023 in Bestandsmietverhältnissen keine Mieterhöhungen in Wohnungen der Stadibau GmbH vorgenommen. Ausgenommen hiervon sind Mieterhöhungen nach Modernisierungsmaßnahmen.

Laufende Entwicklung

Auch im laufenden Geschäftsjahr steht die erfolgreiche Umsetzung des Neubauprogramms im Fokus. Insgesamt sollen im Jahr 2024 303 Wohneinheiten und drei Kindertagesstätten fertiggestellt und bezogen werden. Eine besondere Herausforderung stellen weiterhin die stark gestiegenen Baukosten dar. Weitere Schwerpunkte liegen in der Umsetzung des Klima- und Nachhaltigkeitsprogramms der Stadibau GmbH sowie der fortschreitenden Digitalisierung des Unternehmens. Zudem erfolgte der Bezug der neuen Geschäftsräume in der Wohnanlage Südliches Oberwiesenfeld in München, die vom Unternehmen in zwei Bauabschnitten mit insgesamt über 600 Wohneinheiten, drei Kitas sowie Gewerberäumlichkeiten errichtet wird.

Beteiligungen

Keine

Geschäftsführung

Andreas Nietsch

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens drei Mitgliedern, die vom Freistaat Bayern entsendet werden. Im Jahr 2023 bestand dieser aus vier Mitgliedern. Drei Mitglieder wurden vom Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr und ein Mitglied vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat benannt. Der Aufsichtsrat wird von der Gesellschafterversammlung für die Dauer von drei Jahren gewählt, eine Wiederwahl ist zulässig.

Im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2024 gehörten dem Aufsichtsrat an:

Vorsitzender

Axel Wirner, Ministerialrat, Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr

Stv. Vorsitzende

Christine Pinkenburg, Ministerialrätin, Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr (seit 23.03.2023)
Matthias Seyfried, Ministerialrat, Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr (bis 05.01.2023)

Weitere Mitglieder

Astrid Moll, Baudirektorin, Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau
und Verkehr

Julian Wonka, Ministerialrat, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen
und für Heimat

Arbeitsausschuss

Der Aufsichtsrat hat einen Arbeitsausschuss gebildet und ihm Aufgaben zur selbständigen Erledigung übertragen. Der Arbeitsausschuss besteht derzeit aus zwei Mitgliedern des Aufsichtsrates.

U-Bahn Martinsried Projektmanagement GmbH & Co. KG

Bullachstraße 18
82256 Fürstenfeldbruck
Telefon 08141 35604 10
Telefax 08141 35604 19
Dimitri.Steinke@u6-pmg.de
Gründungsjahr: 2017
Beteiligung seit: 29.11.2017

Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	0,50	50,10 %
Landkreis München	0,33	33,30 %
Gemeinde Planegg	0,17	16,60 %
U-Bahn Martinsried Projektmanagement Verwaltungs GmbH	0,00	
Gesamt	1,00	100,00%

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Vorbereitung der noch ausstehenden Teile der Planung, die Ausführungsvorbereitung, die Ausführung und die Abwicklung (einschließlich buchhalterischem und zuwendungsrechtlichem Abschluss) der Verlängerung der U-Bahnlinie U 6 von der Station Klinikum Großhadern zum Forschungscampus Martinsried inklusive einer am Forschungscampus Martinsried einzurichtenden Park+Ride-Anlage.

Aufgrund der international anerkannten Spitzenstellung des Campus' Martinsried der LMU besteht ein wichtiges staatliches Interesse an seiner leistungsfähigen infrastrukturellen Erschließung. Einzig denkbare Alternative zur Beteiligung zwecks Realisierung im Einvernehmen mit den beteiligten kommunalen Partnern wäre eine Erschließung des Campus' im Wege eines dauerhaften Omnibus-Pendelverkehrs ausgehend von der U-Bahnhaltestelle Klinikum Großhadern in Betracht gekommen. Diese Option wurde mit Blick auf dessen wesentlich geringeren Beförderungskapazitäten und dessen ungünstigere Umweltbilanz nicht weiterverfolgt.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	483	484	97
Bilanzsumme	5.863	5.208	2.705
Eigenkapitalquote (in %)	8,20	9,30	3,60
Umsatzerlöse	28.943	7.556	7.495
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-1	-12	-2
Umsatzrentabilität (in %)	0,00	-0,17	-0,03
Eigenkapitalrentabilität (in %)	-0,28	-2,58	-2,08
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	2	2	2
- davon Männer	1	1	1
- davon Frauen	1	1	1

Geschäftsverlauf 2023

Wie in den Vorjahren wurden auch im Geschäftsjahr 2023 die für die Bestreitung der Regiekosten erforderlichen Finanzmittel von den Gesellschaftern auf Anforderung der Geschäftsführung regelmäßig und ohne Verzögerungen bereitgestellt. Die Gemeinde Planegg beglich - als Vorhabenträgerin - die für die Projektmaßnahmen gestellten Rechnungen stets vollumfänglich und zeitnah.

Da der ausschließliche Gesellschaftszweck der U-Bahn Martinsried Projektmanagement GmbH & Co. KG darin besteht, das Projekt der Verlängerung der U-Bahnlinie U6 von der Station Klinikum Großhadern zum Forschungscampus Martinsried voranzutreiben, kann die Gesellschaft marktunabhängig agieren.

Die Gesellschaft ist von den Folgen der bestehenden weltpolitischen Verwerfungen wirtschaftlich nicht betroffen. Im Geschäftsjahr 2023 bestanden für die Gesellschaft keine bestandsgefährdenden Risiken.

Das Projekt der U6-Verlängerung nach Martinsried befand sich 2023 in den Projektstufen Ausführungsvorbereitung und Ausführung.

In allen Planungsbereichen erfolgte die Erstellung der Ausführungsplanung.

Parallel dazu wurden die Pläne - in Planpakete aufgeteilt - von der Technischen Aufsichtsbehörde bei der Regierung von Oberbayern beziehungsweise von den von dieser beauftragten Sachverständigen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach § 60 BOStrab geprüft und in Form von Teilbaugenehmigungen freigegeben.

Alle 2022 initiierten vorbereitenden Baumaßnahmen wurden 2023 abgeschlossen. Dazu gehören insbesondere die bauliche Vorbereitung der Zwischenlagerflächen

Süd und Nord (Kampfmittelerkundung, Beweissicherung, Beprobungen des Bodens, Geländeprofilierung) sowie die Herstellung der Baustelleneinrichtungsfläche, der Betonmischanlage, der Feuerwehrezufahrten und der bauzeitlichen Geh- und Radwege. Auch die 2022 gestarteten Verlegungen der Mittelspannungsleitungen des Klinikums Großhadern und der Stadtwerke München sind abgeschlossen.

Beidseitig der Straße Am Klopferspitz erfolgten 2023 umfangreiche Bohrpfahlarbeiten. Für die baubedingte Verlegung der Fernwärmeleitung der Stadtwerke München und der Straße Am Klopferspitz wurden die Tunneldeckel erstellt, die sich unmittelbar neben der Straße Am Klopferspitz befinden. Im Bereich des künftigen U-Bahnhofs wurde mit der Herstellung der Bodenplatten begonnen.

Laufende Entwicklung

Da die Gemeinde Planegg die für die Projektmaßnahmen gestellten Rechnungen weiterhin vollumfänglich und zeitnah begleicht und die Finanzierung gesichert ist, bestehen für die Gesellschaft im laufenden Geschäftsjahr keine bestandsgefährdenden Risiken. Die Gesellschaft ist auch im laufenden Geschäftsjahr von den Folgen der bestehenden weltpolitischen Verwerfungen wirtschaftlich nicht betroffen. Das Projekt der U6-Verlängerung nach Martinsried befindet sich aktuell in den Projektstufen Ausführungsvorbereitung und Ausführung. Die Ausführungsplanung ist in allen Bereichen größtenteils abgeschlossen.

Die Bohrpfahlarbeiten westlich der Straße Am Klopferspitz sind abgeschlossen. Die Bohrpfahlarbeiten östlich der Straße Am Klopferspitz sind weit fortgeschritten. Die Bodenplatten des künftigen U-Bahnhofs werden sukzessive hergestellt, ebenso die Wände.

Beteiligungen

Keine

Geschäftsführung

Dr. Dimitri Steinke

Aufsichtsrat

Keiner

**U-Bahn Martinsried
Projektmanagement Verwaltungs GmbH**

Bullachstraße 18
82256 Fürstenfeldbruck
Telefon 08141-35604 10
Telefax 0814135604 19
Dimitri.Steinke@u6-pmg.de
Gründungsjahr: 2017
Beteiligung seit: 29.11.2017

Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	25,00	100,00 %
Summe	25,00	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Handelsgesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende geschäftsführende Gesellschafterin an der U-Bahn Martinsried Projektmanagement GmbH & Co. KG, deren Gegenstand die Vorbereitung, der noch ausstehenden Teile der Planung, die Ausführungsvorbereitung, die Ausführung und die Abwicklung (einschließlich buchhalterischem und zuwendungsrechtlichem Abschluss) der Verlängerung der U-Bahnlinie U 6 von der Station Klinikum Großhadern zum Forschungscampus Martinsried inklusive einer am Forschungscampus Martinsried einzurichtenden Park+Ride-Anlage sowie alle damit zusammenhängenden oder sich daraus ergebenden Geschäfte und Tätigkeiten ist.

Aufgrund der international anerkannten Spitzenstellung des Campus' Martinsried der LMU besteht ein wichtiges staatliches Interesse an seiner leistungsfähigen infrastrukturellen Erschließung.

Einzig denkbare Alternative zur Beteiligung zwecks Realisierung im Einvernehmen mit den beteiligten kommunalen Partnern wäre eine Erschließung des Campus' im Wege eines dauerhaften Omnibus-Pendelverkehrs ausgehend von der U-Bahnhaltestelle Klinikum Großhadern in Betracht gekommen. Diese Option wurde mit Blick auf dessen wesentlich geringeren Beförderungskapazitäten und dessen ungünstigere Umweltbilanz nicht weiterverfolgt.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	32	31	30
Bilanzsumme	63	67	59
Eigenkapitalquote (in %)	51,00	46,00	50,30
Umsatzerlöse	160	159	155
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1	1	1
Umsatzrentabilität (in %)	0,83	0,80	0,78
Eigenkapitalrentabilität (in %)	4,10	4,12	4,09
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	1	1	1
- davon Männer	1	1	1
- davon Frauen	0	0	0

Geschäftsverlauf 2023

Die alleinige Tätigkeit der Gesellschaft als Geschäftsführerin und persönlich haftende Gesellschafterin der U-Bahn Martinsried Projektmanagement GmbH & Co. KG spiegelt sich auch in der Ertragslage, die im Wesentlichen die Aufwendungen, die der Gesellschaft im Zusammenhang mit der Geschäftsführung der U-Bahn Martinsried Projektmanagement GmbH & Co. KG entstehen und deren Weiterbelastung, wider.

Die U-Bahn Martinsried Projektmanagement Verwaltungs GmbH war im Geschäftsjahr 2023 von den Folgen der bestehenden weltpolitischen Verwerfungen wirtschaftlich nicht betroffen.

Laufende Entwicklung

Basierend auf der Vereinbarung mit der U-Bahn Martinsried Projektmanagement GmbH & Co. KG, nach der alle im Zusammenhang mit der Geschäftsführung getätigten Ausgaben und Aufwendungen von der U-Bahn Martinsried Projektmanagement GmbH & Co. KG erstattet werden, wird auch für das Geschäftsjahr 2024 mit einem geringen positiven Ergebnis gerechnet.

Die U-Bahn Martinsried Projektmanagement Verwaltungs GmbH ist auch im laufenden Geschäftsjahr von den Folgen der aktuellen weltpolitischen Verwerfungen wirtschaftlich nicht betroffen.

Beteiligungen

U-Bahn Martinsried Projektmanagement GmbH & Co. KG

Geschäftsführung

Dr. Dimitri Steinke

Aufsichtsrat

Keiner

Nicht erwerbswirtschaftliche Unternehmen

Förderung von Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie



Bayerische Gesellschaft für Internationale Wirtschaftsbeziehungen
mbH Bayern International, München
bifa Umweltinstitut GmbH, Augsburg
Betriebsgesellschaft Umweltforschungsstation Schneefernerhaus
GmbH, Garmisch-Partenkirchen
Bio^M AG Munich BioTech Development, Martinsried
BUGA Besitzgesellschaft des Umwelttechnologischen
Gründerzentrums in Augsburg mbH, Augsburg
Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung
GmbH, Hannover
Fördergesellschaft IZB - Innovations- und Gründerzentrum
Biotechnologie GmbH, Martinsried
fortiss GmbH, München
Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) gGmbH,
Köln
Helmholtz Zentrum für Infektionsforschung (GmbH), Braunschweig
Helmholtz Zentrum München Deutsches Forschungszentrum für
Gesundheit und Umwelt (GmbH), Neuherberg
Neue Materialien Bayreuth GmbH, Bayreuth
Neue Materialien Fürth GmbH, Fürth
Werk1.Bayern GmbH, München

**Bayerische Gesellschaft
für Internationale
Wirtschaftsbeziehungen mbH
Bayern International**



Rosenheimer Straße 143 c
81671 München
Telefon 089 660566-0
Telefax 089 660566-150
info@bayern-international.de
www.bayern-international.de
Gründungsjahr: 1995
Beteiligung seit: 22.12.1995

Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	153,39	100,00 %
Gesamt	153,39	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die eigenverantwortliche Durchführung operativer Aufgaben im Rahmen der bayerischen Außenwirtschaftsförderung (z.B. Auslandsmessebeteiligungen, Wirtschaftsdelegationen) sowie der gezielten Ansprache von Unternehmen zur Gewinnung von Neuansiedlungen und Erweiterungsinvestitionen in Bayern (Investorenakquise) und der Investorenbetreuung. Ziel ist, bestehende Außenwirtschaftsbeziehungen zu intensivieren, neue Auslandsmärkte zu erschließen, gezielt Unternehmen sowie Investoren aus dem In- und Ausland für Neuansiedlungen und Erweiterungsinvestitionen zu gewinnen, sie im Ansiedlungsprozess zu betreuen und damit Arbeitsplätze in Bayern zu schaffen und zu sichern. Die Gesellschaft handelt dabei im Rahmen der vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie definierten strategischen Leitlinien für die Außenwirtschafts- und Ansiedlungsförderung. Zielgruppe in Bayern sind vor allem kleine und mittlere Unternehmen.

Mit der Beteiligung fördert der Freistaat Bayern den Wirtschaftsstandort Bayern und die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns. Die Mitarbeitenden der Bayern International GmbH besitzen hierbei langjährige praktische Erfahrung. Die Leistungen von Bayern International GmbH bieten den bayerischen Unternehmen einen Mehrwert, der anderweitig - insbesondere durch unmittelbare Förderung - nicht gleichwertig zu erreichen ist.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	153	153	153
Bilanzsumme	1.942	1.844	1.769
Eigenkapitalquote (in %)	7,90	8,32	8,67
Umsatzerlöse	10.216	9.730	8.540
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	60	61	53
- davon Männer	17	16	15
- davon Frauen	43	45	38

Geschäftsverlauf 2023

In der Außenwirtschaftsförderung führte die Gesellschaft im Jahr 2023 47 Messebeteiligungen mit 405 Teilnehmern durch. Die Gesellschaft organisierte 10 Delegations- bzw. Unternehmerreisen mit 165 Teilnehmern, darunter 9 gemeinsam mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, mit thematischen Schwerpunkten vor allem in den Bereichen Umwelt, Energie, Gesundheitswirtschaft, Landwirtschaft 4.0 und Maschinenbau. In 17 Projekten aus dem internationalen Weiterbildungsprogramm „Bayern – Fit for Partnership“ brachte die Gesellschaft 233 ausländische Fach- und Führungskräfte unmittelbar vor Ort in den bayerischen Regionen mit 238 bayerischen Unternehmen in Kontakt. Die Projekte wurden in allen Bereichen durch Vor- und Nachbereitungsseminare digital oder in Präsenz ergänzt.

Im Geschäftsbereich Ansiedlungsförderung (Invest in Bavaria) wurden 83 Investitionsprojekte erfolgreich abgeschlossen (darunter 72 Prozent Neuansiedlungen), durch die bayernweit 2.424 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden. Neuansiedlungen gab es in allen sieben Regierungsbezirken. Die Investitionsprojekte stammten aus 22 Herkunftsländern, die größte Anzahl aus Deutschland, wobei hier bis auf zwei Fälle alle aus Bayern kamen. Danach folgten China, Japan, Indien, das Vereinigte Königreich und die USA. Die aktive Investorenakquise konzentrierte sich auf die Spezialisierungsfelder der Bayerischen Innovationsstrategie.

Laufende Entwicklung

Die Gesellschaft bietet 2024 in der Außenwirtschaftsförderung erneut weltweit Projekte an, in einer großen Bandbreite an Themen, die von HighTech (z.B. Halbleiter, Internet of Things) bis zu Umwelt, Energie, Maschinenbau und zur Kreativwirtschaft reichen. Geographisch verfolgt sie zur Reduzierung der Abhängigkeit von einzelnen Ländern weiterhin eine Diversifizierungsstrategie. Steigende Kosten könnten in Zukunft dazu führen, dass Projekte in manchen Ländern oder Bereichen zurückgefahren werden müssen.

Im Geschäftsbereich Ansiedlungsförderung (Invest in Bavaria) konzentriert sich die Investorenakquise auf die Spezialisierungsfelder der Bayerischen Innovationsstrategie (Digitalisierung, Mobilität, Life Sciences, Neue Materialien und Werkstoffe, Energie). Das allgemeine Standortmarketing wird zugunsten der gezielteren Ansprache von Investoren, vor allem in den Spezialisierungsfeldern, zurückgefahren. Darüber hinaus werden für die Ansiedlungsförderung wichtige Themen wie die Verfügbarkeit von Fachkräften und Gewerbeflächen bearbeitet. Die intensive Beratung und Betreuung von Unternehmen aus dem In- und Ausland, die sich für Neuansiedlungen, Verlagerungen oder Erweiterungsinvestitionen interessieren, steht auch 2024 weiterhin im Mittelpunkt, wobei die Bestandskundenentwicklung immer mehr an Bedeutung gewinnt.

Beteiligungen

Keine

Geschäftsführung

Martina Maschauer

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus acht Mitgliedern. Der Freistaat Bayern hat das Vorschlagsrecht für vier Mitglieder, wovon drei Mitglieder vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie und ein Mitglied vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat vorgeschlagen werden. Jeweils ein Mitglied schlagen die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., der Bayerische Industrie- und Handelskammertag, der Bayerische Handwerkstag und der Landesverband Groß- und Außenhandel, Vertrieb und Dienstleistungen Bayern e. V. vor.

Im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2024 gehörten dem Aufsichtsrat an:

Vorsitzende

Tobias Gotthardt, Staatssekretär, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (seit 20.11.2023)

Roland Weigert, Staatssekretär, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (bis 20.11.2023)

Stv. Vorsitzende

Markus Löttsch, Hauptgeschäftsführer, IHK Nürnberg für Mittelfranken

Dr. Ulrike Wolf-Prexler, Ministerialdirektorin a.D., Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (bis 13.06.2024)

Weitere Mitglieder

Dr. Frank Hüpers, Hauptgeschäftsführer, Bayerischer Handwerkstag e.V.

Christian Klingler, Hauptgeschäftsführer, Landesverband Bayern Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. (LGAD)

Volker Leinweber, Geschäftsführer, Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (vbw)

Dr. Alexander Voitl, Ministerialdirektor, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat

Gudrun Weidmann, Leitende Ministerialrätin, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (seit 13.06.2024)

Dr. Markus Wittmann, Ministerialdirektor, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

bifa Umweltinstitut GmbH

Am Mittleren Moos 46
86167 Augsburg
Telefon 0821 7000-0
Telefax 0821 7000-100
marketing@bifa.de
www.bifa.de
Gründungsjahr: 1991
Beteiligung seit: 20.06.1991



Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	45,00	75,00 %
Industrie- und Handelskammer Schwaben	7,50	12,50 %
Stadt Augsburg	7,50	12,50 %
Gesamt	60,00	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Die Gesellschaft hat das Ziel, den vor- und nachsorgenden Umweltschutz zu fördern und auf diesem Gebiet zu forschen, zu entwickeln und beratend tätig zu sein. Ihr Anliegen ist es, neue oder verbesserte Methoden für den Umweltschutz zu entwickeln, ihre Praxisanwendung zu fördern und zu verbessern sowie durch Information und Beratung von Behörden, Kommunen, Wirtschaft und Öffentlichkeit zur nachhaltigen Sicherung von Umwelt- und Lebensqualität der heutigen und zukünftigen Generationen beizutragen.

Gegenstand des Unternehmens ist außerdem die anwendungsorientierte Umweltforschung unter Einschluss der Umweltberatung und des Umwelttechnologietransfers.

Mit der Beteiligung fördert der Freistaat Bayern den Umweltschutz. An der Beteiligung liegt weiterhin ein unmittelbares, wichtiges Interesse des Staates vor. Durch die spezielle Positionierung von bifa wird eine besonders wirksame Verknüpfung von praxisgerechter Entwicklung und Beratung einerseits und anspruchsvoller Forschung andererseits geschaffen. Das Unternehmen wirkt als Keimzelle und Katalysator bei der technologischen Entwicklung für kleine und mittlere Unternehmen (Technologietransfer). Insbesondere durch die Beteiligung an EU-Projekten werden zusätzliche Ressourcen und Erkenntnisquellen für bayerische Unternehmen mobilisiert. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht ebenso gut oder besser auf andere Weise erreichen.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	60	60	60
Bilanzsumme	3.577	3.150	2.921
Eigenkapitalquote (in %)*	1,70	1,90	2,05
Umsatzerlöse	3.328	3.205	2.981
Ertragszuschüsse	1.074	1.083	1.047
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	31	48	34
EBITDA	241	418	349
Umsatzrentabilität (in %)	0,35	1,49	1,15
Eigenkapitalrentabilität (in %)	50,9	63,45	57,09
operativer Cash-Flow	259	404	525
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	36	35	38
- davon Männer	18	18	17
- davon Frauen	18	17	21

* Unter Einbeziehung der bilanzierten Sonderposten errechnet sich 2023 ein wirtschaftliches Eigenkapital von 193 Tausend Euro und eine Eigenkapitalquote von 5,39 Prozent.

Geschäftsverlauf 2023

Die bifa Umweltinstitut GmbH hat im laufenden Geschäftsjahr 2023 bei Projektleistung und Ergebnis im Vergleich leicht zulegen können. Das operative Geschäft der Gesellschaft hat sich stabil und positiv entwickelt. Eine Vielzahl von Projektanträgen und -angeboten, welche im Jahr 2022 abgegeben wurden, wurden positiv beschieden und führten so zu einem soliden Auftragsbestand und einer entsprechend hohen Auslastung des Instituts. Gebremst wurde die Projektleistung durch den anhaltenden Fachkräftemangel, insbesondere fehlen Ingenieurinnen und Ingenieure.

Im Geschäftsjahr 2023 haben sich die Umsatzerlöse im Vergleich zum Vorjahr um 3,8 Prozent auf 3.328 Tausend Euro erhöht. Der Stand der in Arbeit befindlichen Projekte ist leicht gesunken.

Die bifa Umweltinstitut GmbH konnte im Geschäftsjahr 2023 zahlreiche Projekte erfolgreich abschließen. Der Fokus lag dabei vor allem in den Kompetenzfeldern Materialien und Prozesse, Energie und Klimafolgen sowie Kreislaufwirtschaft. Beispielsweise wurden Projekte zur Ökoeffizienzverbesserung von PV-Modulen (EU Horizon Europe) sowie die Aufbereitung und Verwertung von Gießereistäuben bearbeitet. Das EU-Projekt „Green Manufacturing“ beschäftigte sich mit der nachhaltigen Herstellung von Dünnschichtmodulen von c-Si PV-Modulen (PERC). Für zahlreiche Kommunen wurden Energienutzungspläne und Wärmeplanungskonzepte erstellt, Hitzerisikomanagement, Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzepte wurden evaluiert. Weiter hat bifa zahlreiche Projekte zur Beurteilung von Schlackeproben aus Müllverbrennungsanlagen auf deren Gefährlichkeit untersucht und diverse Abfallmanagement- und Abfallwirtschaftskonzepte bearbeitet.

Laufende Entwicklung

Die Geschäftsentwicklung bei bifa zeigt, dass die flexible Grundausrichtung als Forschungs- und Entwicklungspartnerin (Solution Provider) stimmig und in die Zukunft gerichtet ist. In der Wirtschaft und bei der öffentlichen Hand besteht auch in Zukunft großer Bedarf an innovativen und praxisnahen Entwicklungen. In einer sich drastisch ändernden Welt der Umwelt- und Abfallregulierung für Unternehmen und Kommunen kennt bifa Lösungen für ein erfolgreiches Miteinander von Umwelt und Wertschöpfung.

Um die Vorteile der bifa für Bayern voll ausspielen zu können, sind zwei mindestens ausgewogen starke Säulen mit FuE-Projekten hinsichtlich des Know-how-Aufbaus einerseits und Dienstleistungen und wirtschaftlichen Projekten zum Technologietransfer andererseits, erforderlich. Die Grundlage hierfür ist durch die im Jahr 2019 begonnene Umsetzung des Zukunftskonzepts „bifa – fit for future“ gelegt, das auch im Jahr 2024 konsequent weiterverfolgt wird. Gerade kleinere und mittlere Unternehmen benötigen bezahlbare, zukunftsorientierte und praxisnahe FuE-Unterstützung, um mit neuen, innovativen Produkten an nationalen und internationalen Märkten zu bestehen und die Herausforderungen der Zukunft wie Energiewende, Integration und Klimawandel erfolgreich zu meistern. Aufgrund des aktuellen Auftragsbestands sowie einer Vielzahl weiterer Erfolg versprechender Angebote und gelegter Anträge und Projektideen wird im laufenden Geschäftsjahr insgesamt eine wiederum gute Gesamtauslastung erwartet. Unter Berücksichtigung der institutionellen Förderung ist mit einer steigenden Gesamtleistung und einem ausgeglichenen Jahresergebnis zu rechnen.

Beteiligungen

Keine

Geschäftsführung

Prof. Dr. Wolfgang Rommel

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus sechs Mitgliedern. Der Freistaat Bayern entsendet vier Mitglieder. Die Stadt Augsburg und die Industrie- und Handelskammer Schwaben entsenden jeweils ein Mitglied.

Im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2024 gehörten dem Aufsichtsrat an:

Vorsitzender

Dr. Alois Bogenrieder, Ministerialdirigent, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz

Stv. Vorsitzender

Reiner Erben, Berufsmäßiger Stadtrat, Stadt Augsburg

Weitere Mitglieder

Dr. Gerhard Drechsler, Leitender Ministerialrat, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz

Dr. Marc Lucassen, Hauptgeschäftsführer, IHK Schwaben

Miriam Resch, Ministerialrätin, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat

Stefan Thums, Ministerialrat, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (bis 30.06.2024)

Beirat

Zur Beratung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats hat die Gesellschaft satzungsgemäß einen Beirat eingerichtet. Die Beratung soll insbesondere zur Identifizierung neuer, aussichtsreicher Geschäftsfelder dienen. Der Beirat unterstützt ferner die Geschäftsführung durch Anbahnung neuer Kontakte zu Wirtschaft, Forschung und Verwaltung und fördert die Akquisition neuer Projekte. Er besteht aus bis zu zwanzig ehrenamtlichen Mitgliedern, die vom Aufsichtsrat ernannt werden.

Betriebsgesellschaft Umweltforschungsstation Schneefernerhaus GmbH

Zugspitze 5
 82475 Zugspitze
 Telefon 08821 924-100
 Telefax 08821 924-200
 anfrage@schneefernerhaus.de
 www.schneefernerhaus.de
 Gründungsjahr: 1995
 Beteiligung seit: 21.12.1995



Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	23,40	75,00 %
Gemeinde Grainau	2,60	8,33 %
Landkreis Garmisch-Partenkirchen	2,60	8,33 %
Marktgemeinde Garmisch-Partenkirchen	2,60	8,34 %
Gesamt	31,20	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens sind der Betrieb und der Unterhalt einer hochalpinen Forschungsstation für Zwecke der Klima-, Umwelt- und Höhenforschung sowie der atmosphärischen und anwendungsorientierten Grundlagenforschung einschließlich der damit verwandten umweltrelevanten Disziplinen. Die Umweltforschungsstation bietet eine weltweite einzigartige Plattform zur kontinuierlichen Beobachtung physikalischer Eigenschaften der Atmosphäre sowie für die Analyse wetter- und klimawirksamer Prozesse. Ihre Bedeutung für den Klimaschutz wächst daher von Jahr zu Jahr sowohl national als auch international.

Mit der Beteiligung fördert der Freistaat Bayern den Umwelt- und Klimaschutz: Der Umgang der mit dem Klimawandel verbundenen Folgen für Mensch und Natur stellt den Freistaat Bayern vor große Herausforderungen. Wichtige Erkenntnisse und Impulse für eine Bewältigung des Klimawandels liefert dabei die Klima- und Umweltforschung. Die Beteiligung an der Betriebsgesellschaft Umweltforschungsstation Schneefernerhaus erlaubt es dem Freistaat, die Bedeutung dieser Forschung zu unterstreichen und die dort auf höchstem Niveau betriebene Klima- und Umweltforschung aktiv zu unterstützen und zu begleiten. An der Beteiligung besteht weiterhin ein unmittelbares, wichtiges Interesse des Staates. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht ebenso gut oder besser auf andere Weise erreichen.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	31	31	31
Bilanzsumme	2.048	1.900	1.831
Eigenkapitalquote (in %)	1,52	1,64	1,70
Umsatzerlöse	1.374	876	777
Ertragszuschüsse	513	580	525
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
EBITDA	1	28	30
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	10	11	11
- davon Männer	7	8	7
- davon Frauen	3	3	4

Geschäftsverlauf 2023

Die Betriebsgesellschaft Umweltforschungsstation Schneefernerhaus GmbH betreibt und unterhält seit 1999 in 2.650 Metern Höhe die gleichnamige Höhenforschungsstation auf der Zugspitze. Vor dem Hintergrund der Auswirkungen des Klimawandels auf Umwelt, Gesundheit, Wirtschaft und Gesellschaft ist Deutschlands höchstgelegene alpine Forschungs- und Experimentierplattform – wegen ihrer integral gesehen umfangreichen wissenschaftlichen und logistischen Möglichkeiten sowie dem stetigen Ausbau von internationalen Partnerschaften – von herausragender nationaler und internationaler Bedeutung für den Wissenschaftsstandort und für die Wettbewerbsfähigkeit der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Hier wird aktiv an den naturwissenschaftlichen Fragestellungen des Klimawandels gearbeitet. Die Forschungsinfrastruktur der Gesellschaft versetzt zudem Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in die Lage, Prognosen für zu erwartende zukünftige umweltrelevante Entwicklungen zu stellen. Je nach wissenschaftlichen Fragestellungen können die Forscherinnen und Forscher die zur Verfügung gestellten Labore, informationstechnischen Entwicklungen, Messflächen und Haustechnik für ihre Untersuchungen in Anspruch nehmen. Die wissenschaftlichen Schwerpunkte der Forschung liegen in der Satellitenbeobachtung und Früherkennung, der kosmischen Strahlung und Radioaktivität, der Biosphäre und Geosphäre, der Umwelt- und Höhenmedizin, des regionalen Klimas und Atmosphäre, der Hydrologie, der Wolkendynamik sowie im Global Atmosphere Watch (GAW).

Die Betriebsgesellschaft Umweltforschungsstation Schneefernerhaus GmbH war im Geschäftsjahr 2023 insbesondere aufgrund der dauerhaft hohen wissenschaftlichen Nutzung durch die Konsortialpartner gut ausgelastet.

Das Trainings- und Ausbildungszentrum des GAW Programms, GAWTEC (Global Atmosphere Watch Training & Education Centre), bietet Schulungen für Techniker und Beobachter der GAW Regional- und Globalstationen an. Die bereits siebte Verlängerung dieses FuE-Vorhabens – GAWTEC VII – lief von Juli 2019 bis Mai 2023.

Eine Projekt-Fortsetzung GAWTEC VIII für weitere zwei Jahre wurde über den Kooperationspartner bifa Umweltinstitut GmbH im Oktober 2023 beauftragt. Das Projekt wird in Kooperation mit der bifa Umweltinstitut GmbH in Augsburg durchgeführt. Die Förderung erfolgt durch das Umweltbundesamt (UBA) und das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV). Im Jahr 2023 konnten zwei Schulungen vor Ort stattfinden.

Laufende Entwicklung

Mit Beschluss vom 31. Juli 2018 hat die Staatsregierung die Umsetzung von Forschungs- und Infrastrukturprojekten auf der UFS | Zugspitze befürwortet. Neben einem neuen Messort auf dem Gipfelkamm soll ein Drohnen-Startplatz errichtet werden und das Gebäude energetisch aufgewertet werden. Die Zugangsterrasse zwischen der Bergstation der Forschungsseilbahn und dem Hauseingang wird mit einem innovativen Glasfassaden-Konzept zur energetischen Optimierung des Hauses vollständig eingehaust.

Zur Errichtung eines permanenten und für alle Forschergruppen verfügbaren Drohnen-Startplatzes wurden im Rahmen eines Vorprojekts Erkenntnisse und Erfahrungen zum Einsatz mobiler Messplattformen (UAV = *Unmanned Aerial Vehicle*), sog. Drohnen, im Hochgebirge gewonnen.

Die Erschließung eines Messstandorts "Gipfelkamm" musste im Sommer 2024 wegen baulicher und planerischer Schwierigkeiten eingestellt werden.

Ab 2025 sollen nunmehr notwendige Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen des Schneefernerhauses angegangen und neue wissenschaftliche Gerätschaften erworben werden.

Die Partnerschaften mit alpinen europäischen Observatorien werden aktiv gepflegt und ausgebaut. Zur Weiterentwicklung des Virtuellen Alpenobservatoriums (VAO) plant das StMUV die Gründung eines europäischen Verbundes zur territorialen Zusammenarbeit (EVTZ) mit dem Ziel, eine rechtsverbindliche Struktur zu schaffen und somit die VAO-Observatorien nachhaltig zu verbinden. Dadurch werden bei Bewerbungen auf Ausschreibungen, finanzielle Zuwendungen im Rahmen von EU-Forschungsvorhaben und der Generierung von speziell zugeschnittenen Forschungsprogrammen höhere Erfolgchancen erwartet.

Beteiligungen

Keine

Geschäftsführung

Peter Marton

Aufsichtsrat

Keiner

Konsortialrat

Die Gesellschaft hat einen Konsortialrat, der sich mit den Grundsatzangelegenheiten, insbesondere der wissenschaftlichen Ausrichtung, der Umweltforschungsstation Schneefernerhaus beschäftigt. Im Konsortialrat sind alle Konsortialpartner (Freistaat Bayern, Bundesrepublik Deutschland - vertreten durch das Umweltbundesamt und den Deutschen Wetterdienst -, Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt, Karlsruher Institut für Technologie, Helmholtz Zentrum München, Ludwig-Maximilians-Universität München, Technische Universität München, Universität Augsburg, Max-Planck-Gesellschaft München, Julius-Maximilians-Universität Würzburg) vertreten.

Bio^M AG Munich Biotech Development i. L.

Am Klopferspitz 19a
 82152 Martinsried
 Telefon 089 899679-0
 Telefax 089 899679-79
 info@bio-m.org
 www.bio-m.org
 Gründungsjahr: 1997
 Beteiligung seit: Gründung



Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	37,68	25,69 %
Chemie- / Pharmakonsortium (Roche Diagnostics, Sanofi Aventis, Wacker Chemie)	34,96	23,84 %
Bankenkonsortium (BayernLB, Deutsche Bank, UniCredit Bank)	29,05	19,81 %
Privat Investierende (institutionelle Anlegende und Private)	25,27	17,23 %
Venture Capital / Beteiligungsgesellschaften (tbg, Amberbrook VIII L.P., Commonfund Capital Secondary Partners II, L.P., ACAM Holding GmbH, S-Beteiligungsges. der Kreissparkasse München Starnberg, MPM Capital LP.)	19,70	13,43 %
Gesamt	146,66	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Seit ihrer Umstrukturierung im September 2006 konzentrierte die BioM AG ihre Geschäftsaktivitäten auf die Seed-Finanzierung neu gegründeter Biotechnologie-Unternehmen, die Betreuung des bestehenden Unternehmensportfolios, das Management des BioM Venture Capital Fonds sowie Neugründungen und Coaching von Unternehmen in Zusammenarbeit mit dem High-Tech Gründerfonds (HTGF) und Bayern Kapital. Auf der Hauptversammlung am 26. April 2017 wurde beschlossen, die BioM AG zu liquidieren, da eine staatlich unterstützte Bereitstellung von Venture-Capital zur Förderung des Biotechnologie-Standortes Bayern nicht mehr erforderlich ist. Die Liquidation wird voraussichtlich in 2024 beendet sein.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	07/2022	2021
Eigenkapital	2.731	2.731
Bilanzsumme	2.734	2.780
Eigenkapitalquote (in %)	99,42	98,23
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-11	-44
EBITDA	0	278
Eigenkapitalrentabilität (in %)	-0,13	-1,61
operativer Cash-Flow	145	491
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	1	1
- davon Männer	1	1
- davon Frauen	0	0

Geschäftsverlauf 2023 und laufende Entwicklung

Die BioM AG ist nicht mehr geschäftstätig. Durch den Beschluss der Hauptversammlung vom 26. April 2017 wurde die Gesellschaft mit Ablauf des 25. April 2017 liquidiert. Seitdem bestand der Gegenstand der Gesellschaft darin, die gehaltenen Beteiligungen und Vermögensgegenstände bestmöglich zu verwerten. Die Gesellschaft beschäftigte einen Mitarbeiter (Abwickler) in Teilzeit. Die Abwicklung hat bis 31. Juli 2022 vollständig stattgefunden. Das Restvermögen ist an die Aktionäre ausbezahlt worden. Die Gesellschaft ist vermögenslos.

Abwickler

Prof. Dr. Horst Domdey

Aufsichtsrat

Keiner

**BUGA Besitzgesellschaft des
Umwelttechnologischen
Gründerzentrums in Augsburg mbH**



Am Mittleren Moos 46
86167 Augsburg
Telefon 0821 7000-0
Telefax 0821 7000-100
info@u-t-g.de
www.u-t-g.de
Gründungsjahr: 1995
Beteiligung seit: Gründung

Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	19,33	75,00 %
Industrie- und Handelskammer Schwaben	3,22	12,50 %
Stadt Augsburg	3,22	12,50 %
Gesamt	25,77	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist es, Gründung und Ansiedlung junger Umwelttechnologieunternehmen unter anderem durch Zurverfügungstellung günstiger Gewerbeflächen zu fördern, im Bereich der Umwelttechnologie neue Arbeitsplätze entstehen zu lassen und auf diese Weise die wirtschaftliche Struktur der Region Augsburg beziehungsweise deren Gewerbebetriebesbesatz zu verbessern. Die Gesellschaft bedient sich zu diesem Zweck der Betreibergesellschaft UTG - Umwelt-Technologisches Gründerzentrum Augsburg GmbH, die die Räumlichkeiten im Sinne des Förderzweckes vermietet.

Mit der Beteiligung fördert der Freistaat Bayern umwelttechnologische Unternehmensgründungen. An der Beteiligung liegt weiterhin ein unmittelbares, wichtiges Interesse des Staates vor. Die Staatsregierung treibt umwelttechnologische Unternehmensgründungen voran und setzt dies konsequent fort. Ein wichtiges Instrument ist dabei, günstige Gewerbeflächen an Existenzgründer zur Verfügung zu stellen sowie ein beständiges, gutes Netzwerk aufzubauen und zu pflegen. Durch die bewährte Beteiligung an dem nicht erwerbswirtschaftlichen Unternehmen wird dies effizient und effektiv ermöglicht. Die Beteiligung hat sich erfolgreich etabliert und trägt insbesondere auch dazu bei, die Umweltkompetenzregion Augsburg weiter zu stärken. Der mit der Beteiligung angestrebte Zweck lässt sich daher nicht ebenso gut oder besser auf andere Weise erreichen.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital*	0	0	315
Bilanzsumme	4.583	4.635	4.854
Eigenkapitalquote (in %)	0,00	0,00	6,49
Umsatzerlöse	456	466	484
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-714	-1.147	-283
EBITDA	-465	-784	-29
Umsatzrentabilität (in %)	-127	-199	-58,33
operativer Cash-Flow	-538	-887	-104
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	1	1	1
- davon Männer	1	1	1
- davon Frauen	0	0	0

* Für Gesellschafterdarlehen liegt eine Rangrücktrittserklärung vor; nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag i.H.v. 1.189 T€.

Geschäftsverlauf 2023

Die Besitzgesellschaft des Umwelttechnologischen Gründerzentrums in Augsburg mbH (BUGA GmbH) konnte im Berichtsjahr 2023 mit einer durchschnittlichen Gesamtvermietungsquote zum 31. Dezember 2023 von 80 Prozent (Vorjahr: 86 Prozent), unter Berücksichtigung der Umbau- und Sanierungsmaßnahmen, eine gute Gesamtauslastung erreichen. Insgesamt befanden sich 26 (Vorjahr 27) Firmen mit 205 (Vorjahr 175) Mitarbeitenden zum Jahresende im Gründerzentrum. Auch bei weiterhin hoher Auslastung ist die Gesellschaft aufgrund der Unternehmenskonstruktion defizitär, was dem förderpolitischen Ziel der Unterstützung der Umwelttechnologie am Standort Bayern entspricht.

Laufende Entwicklung

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2023 ein negatives Jahresergebnis in Höhe von 714 Tausend Euro erzielt und weist einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag in Höhe von 1.189 Tausend Euro aus. Im Geschäftsjahr 2023 wurde die Ausführung der Teilsanierung der bestehenden Gebäude A bis C (OG) weitgehend abgeschlossen. Nach Abschluss der Teilsanierung ist die Sanierung des Gebäude C (EG), der Außenanlagen sowie evtl. die Errichtung neuer Lagerflächen vorgesehen. Aufgrund der damit verbundenen höhere Reparatur- und Instandhaltungsaufwendungen ist weiterhin vorübergehend mit einem negativen Jahresergebnis zu rechnen.

Insbesondere durch die Sanierungsarbeiten wird im Zeitraum bis 2024 von verminderten Vermietungsquoten gegenüber den Vorjahren ausgegangen. Trotz der fachspezifischen Ausrichtung des Gründerzentrums auf den Bereich Umwelt wird aber damit gerechnet, dass nach den Baumaßnahmen eine gute Gesamtauslastung bei der Vermietung erreicht werden kann.

Beteiligungen

Keine

Geschäftsführung

Dr. Rupert Pritzl

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus fünf Mitgliedern. Der Freistaat Bayern entsendet drei Mitglieder, wovon zwei Mitglieder vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie und ein Mitglied vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat benannt werden. Jeweils ein Mitglied entsenden die Stadt Augsburg und die Industrie- und Handelskammer Schwaben. Der Vorsitz im Aufsichtsrat steht kraft Satzung einem Vertreter des Freistaats Bayern zu.

Im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2024 gehörten dem Aufsichtsrat an:

Vorsitzender

Prof. Dr.-Ing. Frank Messerer, Ministerialdirigent, Bayerisches
Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

Stv. Vorsitzende

Constanze Balzer, Ministerialrätin, Bayerisches Staatsministerium
der Finanzen und für Heimat

Weitere Mitglieder

Reiner Erben, Berufsmäßiger Stadtrat, Stadt Augsburg

Ralph Jäkel, Ministerialrat, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft,
Landesentwicklung und Energie

Dr. Marc Lucassen, Hauptgeschäftsführer, IHK Schwaben (bis 23. Juni
2023)

Thomas Gutjahr, IHK Schwaben (seit 24. Juni 2023)

Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung GmbH

Lange Laube 12
30159 Hannover
Telefon 0511 450670-0
Telefax 0511 450670-960
info@dzhw.eu
www.dzhw.eu
Gründungsjahr: 2013
Beteiligung seit: Gründung



Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Bundesrepublik Deutschland	19,00	70,37 %
Freistaat Bayern	0,50	1,85 %
alle anderen 15 Länder	7,50	27,78 %
Gesamt	27,00	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Die Gesellschaft dient als Kompetenzzentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung der Stärkung der Hochschul- und Wissenschaftsforschung in Deutschland und der Erfüllung des Bedarfs an forschungsbasierten Dienstleistungen seitens der Akteure der Hochschul- und Wissenschaftspolitik.

Das fachpolitische Interesse des Freistaats Bayern an einer Beteiligung ergibt sich aus den Empfehlungen des Wissenschaftsrats aus den Jahren 2013 und 2014, der vor dem Hintergrund der stetig wachsenden Bedeutung von Wissenschaft und tertiärer Bildung für den gesellschaftlichen Fortschritt und die wirtschaftliche Entwicklung damals der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung einen Zustand schwacher Institutionalisierung attestierte. Bund und Länder gemeinsam haben die Empfehlungen des Wissenschaftsrates noch im Jahr ihrer Veröffentlichung mit der Gründung des DZHW aufgegriffen. Profilbildend für das DZHW sind seine deutschlandweit einzigartigen Langzeitstudien zu Studienberechtigten, Studierenden und Hochschulabsolventen und Hochschulabsolventinnen sowie seine wissenschaftlichen Untersuchungen zu Prozessen der Internationalisierung des deutschen Hochschulsystems, des lebenslangen Lernens und der Hochschulsteuerung und -finanzierung. Erweitert wird dieses Spektrum um Analysen und Informationen über das deutsche und internationale Forschungs- und Wissenschaftssystem. Zusätzlich erbringt das Zentrum auf diesen Grundlagen forschungsbasierte Dienstleistungen für die Hochschul- und Wissenschaftspolitik und stellt zudem Forschungsinfrastruktur bereit. Dabei behalten Bund und Länder die strategische Ausrichtung und Weiterentwicklung im Blick, gerade auch im Hinblick auf den Nutzen für Bund und Länder. Die geschilderte Zielsetzung kann am besten durch ein von Bund und Ländern gemeinsam getragenes Institut erreicht werden. Gerade bei den

genannten Studien ist ein bundesweit bekanntes und anerkanntes Institut von zentraler Bedeutung.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	102	148	148
Bilanzsumme	6.942	7.987	9.951
Eigenkapitalquote (in %)	1,47	1,85	1,49
Umsatzerlöse	7.357	9.845	15.811
Ertragszuschüsse	9.950	9.546	9.316
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-46	0	-13
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	242	244	245
- davon Männer	110	102	105
- davon Frauen	132	142	140

Geschäftsverlauf 2023

Für das Jahr 2023 wurden 22 Drittmittelprojekte beantragt. 18 Drittmittelprojekte (10 Zuwendungsprojekte und 8 Auftragsforschungsprojekte) wurden bewilligt. In Bezug auf die im Jahr 2023 begonnenen Zuwendungsprojekte wurden Drittmittel in Höhe von 2.545 Tausend Euro bewilligt. Der genannte Betrag umfasst die Projektfördermittel für den gesamten Bewilligungszeitraum der einzelnen Projekte. Für Auftragsforschungsprojekte, die im Jahr 2023 begannen, wurde ein Gesamtvolumen in Höhe von 1.360 Tausend Euro eingeworben. Im Jahr 2023 wurden vom DZHW 61 Drittmittelprojekte bearbeitet. Bei Drittmittelprojekten ist teilweise eine Vorfinanzierung erforderlich, die im Rahmen der bestehenden Liquidität gedeckt werden konnte.

Laufende Entwicklung

Die zentrale Aufgabe für das Jahr 2024 und die kommenden Jahre ist und bleibt die entsprechende Weiterentwicklung anhand der fünf strategischen Ziele: (1) Vertiefung der Verbindung von Hochschul- und Wissenschaftsforschung, (2) Erhöhung der Exzellenz wissenschaftlicher Forschung, Interdisziplinarität und Internationalisierung, (3) Erneuerung und Überführung des empirischen Kernprogramms, (4) Systematisierung der Dienstleistungen und des Transfers sowie (5) Fortentwicklung der Forschungsdateninfrastruktur. Im Bereich der Forschung werden die Aktivitäten zur Beantragung von DFG-Projekten intensiviert. Das DZHW ist an der Vorbereitung eines Antrags auf einen Sonderforschungsbereich durch die Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover beteiligt. Um das Thema Internationalisierung am DZHW weiter in den Fokus zu rücken, wurde im Jahr 2023 ein Internationalisierungskonzept entwickelt. Die zuletzt vakante Stelle des administrativen Geschäftsführers wurde zum 1. Oktober 2023 wieder besetzt. In den Vorjahren eingeleitete Maßnahmen zur Neuausrichtung, Zielorientierung und Prozessoptimierung werden fortgesetzt. Dies betrifft insbesondere die Optimierung der Budgetkontrolle

mittels SAP, die Weiterentwicklung der strategischen Personalplanung sowie das Risikomanagement.

Beteiligungen

Keine

Geschäftsführung

Prof. Dr. Monika Jungbauer-Gans
Dr. habil. Thorsten Kowalke bis 28.02.2023
Axel Tscherniak seit 01.10.2023

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus höchstens acht stimmberechtigten Mitgliedern. Die Vorsitzende/der Vorsitzende wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung entsandt. Die Stellvertretende Vorsitzende/der Stellvertretende Vorsitzende und zwei weitere Mitglieder werden von der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz entsandt. Bis zu drei Mitglieder werden von den Hochschulen vorgeschlagen, mit denen eine gemeinsame Berufung erfolgt. Bis zu drei Mitglieder, die aufgrund von Erfahrungen aus Wissenschaft, Wirtschaft oder Gesellschaft den Zweck der Gesellschaft zu unterstützen vermögen, werden von einzelnen Gesellschaftern vorgeschlagen.

Im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2024 gehörten dem Aufsichtsrat an:

Vorsitzender

Peter Greisler, Ministerialdirigent, Bundesministerium für Bildung und
Forschung

Stv. Vorsitzender

Prof. Joachim Schachtner, Staatssekretär, Niedersächsisches Ministerium
für Wissenschaft und Kultur (seit 01.01.2023)

Weitere Mitglieder

Matthias Becker, Ministerialrat, Bayerisches Staatsministerium für Wissen-
schaft und Kunst (bis 31.08.2023)
Dr. Frieder Dittmar, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Ba-
den-Württemberg (seit 01.09.2023)
Prof. Dr. Volker Epping, Universität Hannover
Prof. Dr. Jetta Frost, Universität Hamburg
Dr. Michael Lehmann, Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz
und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt
Prof. Dr. Julia von Blumenthal, Humboldt-Universität zu Berlin

**Fördergesellschaft IZB –
Innovations- und Gründerzentrum
Biotechnologie mbH**

Am Klopferspitz 19
82152 Planegg/Martinsried
Telefon 089 552 79 48-0
Telefax 089 552 79 48-26
info@izb-online.de
www.izb-online.de
Gründungsjahr: 1995
Beteiligung seit: Gründung



Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	38,00	76,00 %
Gemeinde Planegg	3,00	6,00 %
Landkreis Freising	3,00	6,00 %
Landkreis München	3,00	6,00 %
Stadt Freising	3,00	6,00 %
Gesamt	50,00	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Die Fördergesellschaft IZB – Innovations- und Gründerzentrum Biotechnologie mbH fördert seit Oktober 1995 junge Unternehmen im Bereich der Bio- und Gentechnologie sowie im Bereich Life Science. Die Gesellschaft betreibt hierzu Gebäude in Martinsried und Weihenstephan, deren Angebot an Labor- und Büroräumen speziell auf die Bedürfnisse von Unternehmensgründern zugeschnitten ist. Die Mieter werden durch das Management der IZB zudem in Fragen der Gründung und langfristigen Entwicklung ihrer Unternehmen unterstützt. Neben dem Standortmarketing für die Mieter, betreibt die Gesellschaft seit Ende 2014 ein Beherbergungsunternehmen „CAMPUS AT HOME – IZB Residence“ sowie zwei Gastronomien - "seven & more" und "the bowl".

An der Beteiligung besteht nach wie vor ein unmittelbares, wichtiges Staatsinteresse:

Die Biotechnologie ist eine wichtige Zukunftstechnologie und birgt große Entwicklungschancen auch für den Wirtschaftsstandort Bayern. Der mit der Beteiligung angestrebte Zweck lässt sich nicht ebenso gut oder besser auf andere Weise erreichen: Auf dem freien Markt stehen für junge Biotechnologieunternehmen kaum geeignete und bezahlbare Labor- und Büroflächen zur Verfügung. Diese Lücke schließt das IZB durch das Bereitstellen vergünstigter Labor- und Büroräume.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital*	0	0	0
Bilanzsumme	41.871	42.857	43.905
Eigenkapitalquote (in %)	-31,16	-29,48	-27,94
Umsatzerlöse	7.538	7.361	6.015
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-411	-1.045	-482
EBITDA	2.438	1.999	1.776
Umsatzrentabilität (in %)	-5,45	-5,00	-8,02
operativer Cash-Flow	2.117	2.226	2.659
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	33	36	32
- davon Männer	18	18	16
- davon Frauen	15	18	15

Geschäftsverlauf 2023

Die Fördergesellschaft IZB mbH konnte im Geschäftsjahr 2023 im Innovations- und Gründerzentrum eine sehr hohe Belegung der Mietflächen erreichen. Der Vermietungsstand lag sowohl zum Jahresende, also auch im Jahresdurchschnitt bei 100 Prozent. Die Geschäftsentwicklung im Geschäftsbereich Innovations- und Gründerzentrum kann man damit als sehr günstig bezeichnen. Die Belegung des Hotels im Jahr 2023 lag im Jahresdurchschnitt bei 56 Prozent. Der durchschnittliche Tagespreis betrug 92,50 Euro. Von den 42 Hotelzimmern waren sieben Zimmer durchgehend an das Unternehmen GNA Biosolutions vermietet. Ein Hotelzimmer wurde dauerhaft als Bürozimmer für IZB-Mitarbeiter genutzt. Von Ende Juli bis Mitte August musste das Hotel aufgrund einer Fassadenreinigung für drei Wochen schließen. Die Gesellschaft verfügt derzeit unverändert über 22.870 Quadratmeter vermietbare Fläche sowie über 2.552 Quadratmeter Hotelfläche.

Laufende Entwicklung

Im Jahr 2024 wird es zu einigen größeren Mietauszügen in der IZB kommen. Dies bietet zum einen die Chance für die IZB notwendige Renovierungs- und Sanierungsarbeiten in einigen Flächen bzw. Häusern durchzuführen. Zum anderen ermöglicht es der IZB auch, wieder neue junge Startups in das Gründerzentrum aufzunehmen. Im Bereich CAH konnte im zweiten Quartal 2024 durch verstärkte Marketingmaßnahmen und einer dynamischen Preisgestaltung die Übernachtungszahlen und der Umsatz erhöht werden. Dies soll noch weiter ausgebaut werden. Die Gastronomie soll durch regelmäßige Öffnungszeiten, Kontinuität in der Bewirtung, Catering für Events und einer Markenbildung in der Region stärker etabliert werden.

Beteiligungen

Bio^M Biotech Cluster Development GmbH 100,00 %

Geschäftsführung

Dr. Peter Hanns Zobel bis 31.3.2024

Christian Gnam seit 1.4.2024

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht satzungsgemäß aus mindestens fünf und höchstens neun Mitgliedern. Der Freistaat Bayern entsendet drei Mitglieder in den Aufsichtsrat, wovon zwei dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie und eines dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat angehört. Die weiteren Mitglieder werden durch die Gesellschafterversammlung berufen.

Im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2024 gehörten dem Aufsichtsrat an:

Vorsitzender

Dr. Manfred Wolter, Ministerialdirigent, Bayerisches Staatsministerium für
Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

Stv. Vorsitzender

Dr. Rupert Dörfler, Ministerialrat, Bayerisches Staatsministerium
der Finanzen und für Heimat

Weitere Mitglieder

Prof. Dr.-Ing. Thomas Becker, Lehrstuhlinhaber Brau- und Getränketechnologie der Fakultät TUM School of Life Science

Tobias Eschenbacher, Oberbürgermeister, Stadt Freising

Christoph Göbel, Landrat, Landkreis München

Hermann Nafziger, 1. Bürgermeister, Gemeinde Planegg

Helmut Petz, Landrat, Landkreis Freising

Christoph Pfaff, Ministerialrat, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft,
Landesentwicklung und Energie

Maximilian Prugger, stellvertretender Generalsekretär der Max Planck Gesellschaft

fortiss GmbH

Guerickestraße 25
 80805 München
 Telefon 089 3603522-0
 Telefax 089 3603522-50
 info@fortiss.org
 www.fortiss.org
 Gründungsjahr: 2008
 Beteiligung seit: 25.11.2015


Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	20,00	66,67 %
Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V.	10,00	33,33 %
Gesamt	30,00	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet technischer und betrieblicher Systeme, in denen Software einen wesentlichen Anteil hat, sowie die Weitervermittlung bzw. Übertragung des entstandenen Wissens unter anderem an interessierte Unternehmen, Behörden und Forschungseinrichtungen.

Die Forschungsprogrammatik des Instituts stellt dabei Themen in den Mittelpunkt, die wesentliche Gestaltungsbedarfe und Gestaltungschancen in Industrie, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft nach sich ziehen. Im Fokus liegen hierbei die Weiterentwicklung und Erschließung fortgeschrittener Konzepte und Methoden des Software Engineering und der Künstlichen Intelligenz, die Aspekte eines am Menschen ausgerichteten Software Engineering sowie die Frage nach Formen und Formaten einer Stärkung digitaler Kompetenz. Mit niederschweligen Informationsangeboten und Transferformaten unterstützt fortiss insbesondere die digitale Innovation von Klein- und Mittelstandsunternehmen in Bayern gerade auch in Regionen mit besonderem strukturellem Förderbedarf. Um dies zu erreichen und zugleich einen unmittelbaren Zugang zur aktuellen Forschung im Bereich der Digitalisierung für die Verwaltung des Freistaats Bayern zu sichern, erscheint eine staatliche Beteiligung geboten. Dies entspricht insbesondere dem Selbstverständnis des Freistaats Bayern als führender Technologie- und Wirtschaftsstandort im digitalen Bereich.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	977	1.129	1.325
Bilanzsumme	4.843	10.169	6.906
Eigenkapitalquote (in %)	20,20	11,10	19,18
Umsatzerlöse	1.055	995	920
Ertragszuschüsse	8.087	9.403	8.790
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-152	-196	-509
EBITDA	183	126	147
Umsatzrentabilität (in %)	-14,40	-19,70	-55,35
Eigenkapitalrentabilität (in %)	-15,57	-17,36	-38,45
operativer Cash-Flow	61	817	-2.204
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	122	118	119
- davon Männer	80	94	86
- davon Frauen	42	24	33

Geschäftsverlauf 2023

Die Verankerung der strategischen Ausrichtung und des fokussierten Kompetenzangebots des Instituts in der Außendarstellung, in den weiterentwickelten Informations- und Transferformaten hat 2023 weitere wichtige Fortschritte gemacht. Der Innovationsbeitrag von fortiss insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen in Bayern konnte mit erweiterten Angeboten und Kooperationsformen noch intensiver ausgestaltet werden.

In der Initiative eines „Bavarian Center for Software Innovation“ startete fortiss 2023 eine Kooperation mit der Technischen Hochschule Ingolstadt und der Ostbayerischen Technischen Hochschule Amberg-Weiden mit dem Ziel, Softwarekompetenz insbesondere mittelständischer Unternehmen in Bayern auch außerhalb der Metropolregionen nachhaltig zu stärken. Mit dezentralen zielgruppenspezifischen Informations- und Transferangeboten wirken die Partner zusammen, um effiziente Forschungsk Kooperationen mit dem Mittelstand im Bereich Software Engineering zu initiieren.

fortiss ist es 2023 gegen den Trend gelungen, Formen der industriellen Kooperationen leicht auszubauen; fortiss-Know-how konnte in beachtlicher Breite in so unterschiedlichen Anwendungsfeldern wie Maschinenbau, Finanzdienstleistung oder Softwareentwicklung erfolgreich transferiert werden. Das ist angesichts verbreiteter Zurückhaltung der Industriepartner in Folge tiefgreifender Herausforderungen, bedingt durch eine schwache Nachfragelage, zugespitzte Wettbewerbssituationen und veränderte regulatorische Rahmenbedingungen, ein Erfolg.

Dagegen entwickelten sich die öffentlich geförderten Drittmittelprojekte rückläufig. Nach dem Auslaufen relevanter Projekte und teils neu akzentuierter Anforderungen

der Nachfolgeprogramme konnte zunächst nicht in allen Bereichen nahtloser Anschluss auf gleichem Niveau gefunden werden.

Mit großen Anstrengungen und erweiterten Formen der Mitarbeitersuche begegnet die fortiss GmbH dem Mangel an Fachkräften. Dieser fortwirkende Mangel behinderte eine mögliche offensivere Bewerbung um Forschungsvorhaben und die konsequente Ausschöpfung eingeworbener Budgets.

Laufende Entwicklung

Im Kontext des kontinuierlich fortgeschriebenen Strategieprozesses werden Chancen für den Ausbau des fortiss-Projektportfolios regelmäßig identifiziert und bewertet und operative Maßnahmen daraufhin ausgerichtet.

Die Fokussierung des Kompetenzangebots und die Konsolidierung der Struktur der Forschungseinheiten, wie sie die Evaluation der Unternehmensstrategie 2022 angeregt hatte, ist in eine stabile Phase übergegangen. Im Vordergrund steht nunmehr eine weitergehende Integration der Forschungsstränge mit dem Ziel erweiterter Angebotsmöglichkeiten und weiter reichenderer Anwendungsperspektiven. Mit dem Beitrag eines umfassend verstandenen, die Ansätze und Methoden künstlicher Intelligenz integrierenden Software Engineering befindet sich fortiss in einer Schlüsselposition als Promotor digitaler Innovation in Bayern. Vor allem für die Zielgruppe kleiner und mittelständischer bayerischer Unternehmen stellt fortiss Informations- und Transferangebote in differenzierten zielgruppenorientierten Formaten bereit. Über die Stufen von Forschung, Entwicklung und Transfer können die Potenziale der digitalen Transformation, insbesondere auch die bislang nicht bzw. unzulänglich genutzten Potenziale aus der Analyse vorhandener und neu anfallender Datenbestände identifiziert und flexibel erschlossen werden.

Die aktuellen Rahmenprogramme der Forschungsförderung der öffentlichen Hand stellen ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeitsaspekte und die Fragen verantworteter Gestaltung des digitalen Wandels ins Zentrum. Zielsetzungen der strategischen Autonomie und technologischen Souveränität bestimmen die Herausforderungen für Wirtschaft und Gesellschaft. Mit den von ihr verfolgten Forschungsschwerpunkten und Konzepten der Vertrauenswürdigkeit, der Beherrschbarkeit und der Resilienz digitaler Lösungen ergeben sich für die fortiss GmbH hier vielfache Anschlussoptionen.

Die Erschließung und der Ausbau weiterer Anwendungsfelder eines datengestützten Engineerings verspricht die Attraktivität des Leistungsangebots des Instituts aktuell zu halten und zu erhöhen. In der Domäne von Energieversorgung und kritischer Infrastruktur hat sich fortiss über die letzten Jahre über bisherige Anwendungsbereiche hinaus eine exzellente Reputation erworben. In der Digitalisierung

des Gesundheitsbereichs wurden im Bereich der Diagnostik, aber auch in der datengestützten Prozessoptimierung exemplarische Forschungsvorhaben gestartet. Wachstumschancen dürften grundsätzlich in allen stark regulatorisch geprägten Bereichen zu finden sein. Die Anwendung großer Sprachmodelle auch im Software Engineering befindet sich in vergleichsweise frühem Reifestadium.

Die Vernetzung der Transferaktivitäten zur Stärkung domänenspezifischer Software-Engineering-Kompetenz als Digitalisierungstreiber mit Hochschulen, Multiplikatoren und Anwendungspartnern in Bayern wird 2024 weiter intensiv verfolgt. Die Initiative eines „Bavarian Center for Software Innovation“ wird auf der Grundlage bisheriger Erfolgsmuster entschieden fortgesetzt und, wo möglich, ausgebaut werden.

Beteiligungen

Keine

Geschäftsführung

Dr. Holger Pfeifer seit 01.01.2023

Thomas Vallon

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht satzungsgemäß aus drei Mitgliedern, die von der Gesellschafterversammlung gewählt werden. Der Freistaat Bayern entsendet zwei Mitglieder, wovon jeweils ein Mitglied vom Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie und vom Staatsministerium der Finanzen und für Heimat benannt werden. Ein Mitglied wird auf Vorschlag der Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V. benannt.

Im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2024 gehörten dem Aufsichtsrat an:

Vorsitzender

Dr. Manfred Wolter, Ministerialdirigent, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

Stv. Vorsitzender

Wolfgang Bauer, Ministerialdirigent, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat (seit 01.01.2023)

Weiteres Mitglied

Prof. Dr. Raoul Klingner, Vorstandsmitglied, Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V.

Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) gGmbH



Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) gGmbH

Schwertnergasse 1
50667 Köln
Telefon 0221 2068-0
Telefax 0221 2068-9946
www.grs.de
Gründungsjahr: 1976
Beteiligung seit: Gründung

Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Bundesrepublik Deutschland	12,60	46,15 %
Freistaat Bayern	1,05	3,85 %
Land Nordrhein-Westfalen	1,05	3,85 %
TÜV Nord AG	4,20	15,38 %
TÜV Süd AG	4,20	15,38 %
TÜV Rheinland AG	3,15	11,54 %
TÜV Saarland e.V.	1,05	3,85 %
Gesamt	27,30	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Die Gesellschaft ist eine Wissenschafts- und Forschungseinrichtung im Sinne des § 68 Nr. 9 AO, die wissenschaftliche Fragen der Sicherheit der Kerntechnik und, soweit sich daraus Erkenntnisse für den nicht-nuklearen Bereich ergeben, besondere Fragen des Umweltschutzes und der Sicherheitsforschung bearbeitet. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts Steuerbegünstigte Zwecke der Abgabenordnung. Im Rahmen der Unterstützung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (bzw. bis 2021 des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie) bei der Umsetzung seines Förderkonzepts Reaktorsicherheitsforschung ist die GRS seit 1977 mit der Durchführung der Projektträgerschaft beauftragt. Sie bewilligt die Vorhaben, verfolgt und dokumentiert ihre ordnungsgemäße Durchführung und bewertet die Ergebnisse hinsichtlich des Erreichens der fachlichen Ziele. Mit rund 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Standort Garching leistet das Unternehmen einen wichtigen Beitrag zum Wissenschaftsstandort Bayern. Die Gesellschaft soll nach dem Ausstieg aus der Kernenergie zum deutschen kerntechnischen Kompetenzzentrum weiterentwickelt werden. Dabei soll sie auch verstärkt mit dem Rückbau der Kernkraftwerke und der Endlagerung der radioaktiven Abfälle befasst und zudem internationaler ausgerichtet und vernetzt werden. Als das Land mit den meisten kerntechnischen Anlagen, die in den nächsten Jahrzehnten zurückgebaut werden müssen, ist der Freistaat Bayern im besonderen Maße an der Weiterentwicklung und dem Erhalt der dafür nötigen Kompetenz in Deutschland interessiert.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	52.945	51.009	48.129
Bilanzsumme	75.677	74.649	71.196
Eigenkapitalquote (in %)	70,00	68,33	67,60
Umsatzerlöse	50.622	51.848	50.572
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.937	2.880	1.645
EBITDA	1.743	4.029	3.696
Umsatzrentabilität (in %)	3,83	5,55	3,25
Eigenkapitalrentabilität (in %)	3,66	5,65	3,42
operativer Cash-Flow	1.318	2.790	1.440
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	373	393	399
- davon Männer	223	240	247
- davon Frauen	150	153	152

Geschäftsverlauf 2023

Das Geschäftsjahr 2023 konnte, wie auch in den Vorjahren, mit einem positiven Unternehmensergebnis abgeschlossen werden. Der Jahresüberschuss sank im Vergleich zum Vorjahr bei niedrigeren Umsatzerlösen auf 1.937 Tausend Euro.

Die Umsatzerlöse sind im Jahr 2023 um 1,23 Millionen Euro auf 50,62 Millionen Euro (Vorjahr: 51,85 Millionen Euro) gesunken. In den Erlösen der GRS sind Zuschüsse in Höhe von 27,85 Millionen Euro enthalten. Das der Personalleistung zu Grunde liegende umsatzertlöswirksame Gesamtstundenvolumen sank im Geschäftsjahr 2023 um 14.372 Stunden auf 410.551 Stunden.

Der positive Jahresüberschuss 2023 resultiert hauptsächlich aus einem gegenüber dem Wirtschaftsplan höheren Finanzergebnis – insbesondere aus höheren Zinserträgen und niedrigeren Personalaufwendungen.

Die GRS verfügt zum Bilanzstichtag über eine solide Vermögens- und Kapitalstruktur. Die Bilanzsumme der GRS ist im Berichtsjahr auf 75,68 Millionen Euro gestiegen. Das Vorratsvermögen der GRS aus noch nicht abgerechneten Leistungen sank um 0,47 Millionen Euro auf 1,50 Millionen Euro.

Das Eigenkapital hat auf Grund des Jahresüberschusses 2023 um 1.937 Tausend Euro zugenommen und beläuft sich nun auf 52,95 Millionen Euro. Die Eigenkapitalquote ist aufgrund der höheren Bilanzsumme im Verhältnis zur Eigenkapitalsteigerung auf 70,0 Prozent gestiegen.

Laufende Entwicklung

Im Hinblick auf die vorhandene Personalkapazität beträgt die vertraglich abgesicherte Firmen-Auslastung 102,2 Prozent, zuzüglich der aktuell laufenden Änderungsdienste und abgegebenen Angebote sowie fest eingeplanten Vorhaben beträgt die Auslastung 116,0 Prozent. Die vertraglich abgesicherte Firmen-Auslastung im Hinblick auf die geplante Personalkapazität beträgt 98,3 Prozent, zuzüglich der aktuell laufenden Änderungsdienste und abgegebenen Angebote sowie fest eingeplanten Vorhaben beträgt die Auslastung 111,6 Prozent.

Im Hinblick auf den Beschluss der Bundesregierung zum schrittweisen Ausstieg aus der Stromerzeugung mit Kernenergie wird der Bedarf an Expertise der GRS zur Sicherheitsbewertung von Kernreaktoren in den kommenden Jahren abnehmen. Gleichzeitig wird mit einem zunehmenden Bedarf auf dem Gebiet der Forschung und Bewertung zur Endlagersicherheit von radioaktiven Abfällen gerechnet. Auch wird von einer zunehmenden Nachfrage im Ausland nach Leistungen der GRS als Technische Sachverständigenorganisation und als Forschungseinrichtung in der nuklearen Sicherheit ausgegangen.

Für 2024 wird aufgrund der Gemeinnützigkeit der GRS wieder ein ausgeglichenes beziehungsweise leicht positives Ergebnis erwartet.

Beteiligungen

RISKAUDIT IRSN/GRS International (Europäische Wirtschaftliche Interessensvereinigung (EWIV)) (in Liquidation)	50,00 %
---	---------

Geschäftsführung

Hans J. Steinhauer
Uwe Stoll bis 30.06.2024

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus höchstens 13 Mitgliedern. Der Gesellschafter Bundesrepublik Deutschland entsendet dabei fünf Mitglieder. Jeweils ein weiteres Mitglied wird von den Gesellschaftern Freistaat Bayern und Land Nordrhein-Westfalen entsandt. Die übrigen Gesellschafter entsenden fünf Mitglieder. Außerdem wird eine mit dem Gegenstand der Gesellschaft vertraute sachverständige Persönlichkeit von den Gesellschaftern auf drei Jahre gewählt.

Im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2024 gehörten dem Aufsichtsrat an:

Vorsitzende

Dr. Jan-Niclas Gesenhues, Parlamentarischer Staatssekretär, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (seit 22.02.2024)

Christian Kühn, Parlamentarischer Staatssekretär, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (bis 21.01.2024)

Stv. Vorsitzende

Dr. Astrid Petersen, TÜV NORD AG

Weitere Mitglieder

Dr. Joachim Bühler, Geschäftsführer, Verband der TÜV e.V.

Dirk Fenske, Geschäftsführer, TÜV Rheinland Industrie Service-GmbH

Michael Geßner, Regierungsbeschäftigter, Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen

Dr. Christian Greipl, Ministerialdirigent, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

Dr. Ingrid Hanhoff, Ministerialdirigentin, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

Hans-Borchard Kahmann, Ministerialdirigent, Bundesministerium der Finanzen

Stefan Kirchner, TÜV SÜD Industrie Service GmbH

Ludwig Kohler, Ministerialdirigent, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz

Silke Neveling, Regierungsdirektorin, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (seit 09.11.2023)

Dr. Martina Palm, Ministerialrätin, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (bis 09.11.2023)

Helmholtz Zentrum für Infektionsforschung (GmbH)

Inhoffenstr. 7
38124 Braunschweig
Telefon 0531/6181-0
Telefax 0531/6181-2655
presse@helmholtz-hzi.de
www.helmholtz-hzi.de
Gründungsjahr: 1965
Beteiligung seit: 27.11.2018

Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Bundesrepublik Deutschland	23,40	90,00 %
Freistaat Bayern	0,26	1,00 %
Land Niedersachsen	2,08	8,00 %
Land Saarland	0,26	1,00 %
Gesamt	26,00	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Aufgabe der Gesellschaft ist es, im multidisziplinären Verbund Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Infektionen zu betreiben und die Fortbildung des wissenschaftlichen und technischen Nachwuchses zu fördern. Die Gesellschaft kann weitere Aufgaben übernehmen, die im Zusammenhang mit Arbeiten auf dem Gebiet der Infektionsforschung stehen. Die Gesellschaft verfolgt als Mitglied der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e.V. langfristige Forschungs- und Bildungsziele des Staates und der Gesellschaft und ist in das an diesen Zielen orientierte Finanzierungsverfahren eingebunden. Die Forschung und Entwicklung soll anwendungsorientiert erfolgen und grundsätzlich zu einem Technologietransfer in die Wirtschaft führen. Mit der Gründung des Helmholtz-Instituts für RNA-basierte Infektionsforschung am Standort Würzburg wurde der Freistaat Bayern Gesellschafter der Gesellschaft. Dadurch wird das fachpolitische Interesse, die exzellente Forschung im Freistaats Bayern auch auf dem Gebiet der Infektionsforschung zu fördern, untermauert. Zwar können über das Zuwendungsrecht Einflussmöglichkeiten gesichert werden. Aufgrund der satzungsrechtlichen Sonderregelung der Gesellschaft schafft aber eine Kleinstbeteiligung von nur ein Prozent im Zusammenwirken mit einem Aufsichtsratsmandat für den Freistaat Bayern ein umfassendes Mitspracherecht, das in Wirkung und Langfristigkeit mit Auflagen des Zuwendungsrechts nicht erreichbar wäre.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	26	26	26
Bilanzsumme	232.541	214.100	188.255
Ertragszuschüsse	181.543	159.610	146.839
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	1.068	1.017	940
- davon Männer	427	440	394
- davon Frauen	641	577	546

* Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 ist zum Zeitpunkt der Berichtserstellung noch nicht festgestellt.

Geschäftsverlauf 2023

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist im Geschäftsjahr 2023 Erträge aus Zuschüssen in Höhe von 181,5 Millionen Euro (Vorjahr 159,6 Millionen Euro) aus, wobei 147 Millionen Euro (Vorjahr 123,6 Millionen Euro) auf die institutionelle Förderung von Bund, Land Niedersachsen, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern und dem Freistaat Bayern entfielen.

Aus Drittmitteln resultieren Erträge von 34,5 Millionen Euro (Vorjahr 36 Millionen Euro). Hiervon entfielen 6,8 Millionen Euro (Vorjahr: 15,5 Millionen Euro) auf vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), 15,8 Millionen Euro (Vorjahr: 10,6 Millionen Euro) auf von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren, 2,2 Millionen Euro (Vorjahr: 5,9 Millionen Euro) auf von der EU, 9,8 Millionen Euro (Vorjahr: 4 Millionen Euro) auf vom Land Niedersachsen, Saarland und dem Freistaat Bayern finanzierte Projekte.

Von den für die Aufwandsdeckung zur Verfügung stehenden Zuschusserträgen, Erlösen und anderen Erträgen von 117,9 Millionen Euro (Vorjahr: 110,6 Millionen Euro) wurden 58,6 Millionen Euro (Vorjahr 55,6 Millionen Euro) für Personal aufgewendet. Das entspricht rund 50 Prozent (Vorjahr 50 Prozent) des Gesamtaufwandes.

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt entsprechend der „Grundsätze für das Finanz- und Rechnungswesen von Forschungseinrichtungen“ mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Den nicht durch Zuschusszahlungen gedeckten Aufwendungen stehen entsprechende Ausgleichsansprüche an die öffentliche Hand gegenüber.

Laufende Entwicklung

Der Wirtschaftsplan 2024 weist Zuwendungen von insgesamt 66,6 Millionen Euro im Rahmen der Programmorientierten Förderung (POF) im Forschungsbereich Gesundheit vom Bund, Land Niedersachsen, Land Saarland und dem Freistaat Bayern aus.

Der Gesellschaft werden 2024 weitere institutionelle Mittel von insgesamt 76,3 Millionen Euro zugewendet: davon 43,5 Millionen Euro im Rahmen des Deutschen Zentrums für Infektionsforschung von Bund und Ländern, 8,1 Millionen Euro für den Aufbau des in 2020 neu gegründeten Helmholtz-Instituts für One Health (HIOH) am Standort Greifswald vom Bund und Land Mecklenburg Vorpommern und 14 Millionen Euro für den Institutsausbau des Helmholtz Instituts für Pharmazeutische Forschung (HIPS) in Saarbrücken vom Bund und Land Saarland. Darüber hinaus stellt der Freistaat Bayern im Rahmen einer Projektfinanzierung Mittel in Höhe von 10,7 Millionen Euro für die Errichtung eines Neubaus am Standort Würzburg für das Helmholtz-Institut für RNA-basierte Infektionsforschung (HIRI) bereit.

Das Zentrum plant für 2024 Drittmiteinnahmen in Höhe von 35,3 Millionen Euro ein.

Beteiligungen

TWINCORE Zentrum für Experimentelle Infektionsforschung GmbH	50,00 %
--	---------

Geschäftsführung

Prof. Dr. Dr. h. c. Dirk Heinz bis 01.07.2023
Prof. Josef Penninger seit 01.07.2023
Christian Scherf seit 01.01.2023

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus höchstens 13 Mitgliedern. Der Bund entsendet zwei Mitglieder, der Freistaat Bayern sowie das Land Niedersachsen und das Saarland entsenden jeweils ein Mitglied. Daneben gehören dem Aufsichtsrat der oder die Vorsitzende und die Stellvertretung des oder der Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Komitees, zwei wissenschaftliche oder technische Mitarbeitende der Gesellschaft sowie bis zu vier Vertreter und Vertreterinnen aus Wissenschaft und Wirtschaft an.

Im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2024 gehörten dem Aufsichtsrat an:

Vorsitzende

Prof. Dr. Veronika von Messling, Ministerialdirektorin, Bundesministerium für Bildung und Forschung

Stv. Vorsitzender

Rüdiger Eichel, Ministerialdirigent, Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Weitere Mitglieder

Prof. Dr. Mark Brönstrup, Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung

Prof. Dr. Luka Cicin-Sain, Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung

Prof. Dr. Christoph Dehio, Universität Basel

Prof. Dr. Susanne Herold, Universitätsklinikum Gießen und Marburg (bis 22.11.2023)

Dr. Irene Keinhorst, Bundesministerium für Gesundheit

Prof. Dr. Percy A. Knolle, Technische Universität München (bis 22.11.2023)

Astrid Lagall, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

Dr. Gerd Maass, Roche

Prof. Dr. Michael Manns, Medizinische Hochschule Hannover

Dr. Jens Rosenbaum, Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie Saarland

Prof. Dr. Simone Scheithauer, Universität Göttingen

**Helmholtz Zentrum München
Deutsches Forschungszentrum
für Gesundheit und Umwelt (GmbH)**



Ingolstädter Landstraße 1
85764 Neuherberg
Telefon 089 3187-0
Telefax 089 3187-3322
presse@helmholtz-muenchen.de
www.helmholtz-muenchen.de
Gründungsjahr: 1964
Beteiligung seit: 13.02.1978

Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Bundesrepublik Deutschland	46,02	90,00 %
Freistaat Bayern	5,11	10,00 %
Gesamt	51,13	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Die Gesellschaft ist eines der mittlerweile 18 Forschungszentren, die in der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e. V. (HGF) zusammengeschlossen sind. Aufgaben der Gesellschaft sind

- Untersuchungen auf Gebieten der Gesundheitsforschung unter Berücksichtigung von Umwelteinflüssen zum Zwecke der Sicherung und Verbesserung der Lebensbedingungen des Menschen
- Entwicklung und Nutzbarmachung von biomedizinischen Technologien und Verfahren zur Gesundheitsvorsorge, Diagnose und Therapie,
- Dienstleistungen, Errichtung und Betrieb von Anlagen (Forschungsplattformen) auf diesen Gebieten sowie
- die Aus- und Weiterbildung auf diesen Gebieten, insbesondere des wissenschaftlichen und technischen Nachwuchses.

Mit der Beteiligung fördert der Freistaat Bayern den Wissenschaftsstandort Bayern. An der Beteiligung liegt weiterhin ein unmittelbares, wichtiges Interesse des Staates vor. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht ebenso gut oder besser auf andere Weise erreichen.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023*	2022	2021
Eigenkapital	51	51	51
Bilanzsumme	501.417	489.694	469.515
Umsatzerlöse	0,01	0,01	0,01
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	2.428	2.468	2.490
- davon Männer	980	1.015	998
- davon Frauen	1.448	1.453	1.492

* Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 ist zum Zeitpunkt der Berichtserstellung noch nicht festgestellt.

Geschäftsverlauf 2023

Das Volumen des aus dem Wirtschaftsplan anzusetzenden Jahreshaushaltes 2023 ist von 339,8 Millionen Euro im Vorjahr auf 330,2 Millionen Euro gesunken. Die Investitionen größer 2,5 Millionen Euro sind gegenüber dem Vorjahr von 25,0 Millionen Euro auf 7,3 Millionen Euro zurückgegangen. Das Budget des Instituts AI for Health mit 5,0 Millionen Euro sank um 0,8 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr, die Professur für AI-basierte Wirkstoffentwicklung war mit 1,7 Millionen Euro enthalten. Zusätzlich erfuhren das Deutsche Zentrum für Diabetesforschung und das Deutsche Zentrum für Lungenforschung in Summe einen Aufwuchs in Höhe von circa 2,5 Millionen Euro.

Gemäß dem testierten Jahresabschluss 2023 standen den Einnahmen der Grundfinanzierung in Höhe von 289,5 Millionen Euro Ausgaben der Grundfinanzierung in Höhe von 283,6 Millionen Euro gegenüber. Die in den Einnahmen enthaltenen eigenen Erträge beinhalten zum Beispiel Erträge aus Gemeinkosten und Leistungsverrechnung bei Drittmittelprojekten, aus wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb oder aus fremden Forschungs- und Entwicklungs-Verträgen.

Aufgrund des aktiven Managements der Selbstbewirtschaftungsmittel konnten diese von 57,1 Millionen Euro im Vorjahr auf 46,9 Millionen Euro zum Jahresende 2023 gesenkt werden.

Laufende Entwicklung

Der Wirtschaftsplan 2024 weist Zuwendungen von Bund und Freistaat Bayern im Rahmen der POF in Höhe von 163,1 Millionen Euro aus. Diese entfallen zu 100 Prozent auf den Forschungsbereich Gesundheit. Die Investitionsumlage beträgt wie im Vorjahr 7,3 Millionen Euro. Davon wurden 5,6 Millionen Euro zu den laufenden Investitionen umgewidmet.

Darüber hinaus fließen dem Zentrum im laufenden Haushaltsjahr gemäß Wirtschaftsplan weitere institutionelle Zuwendungen in Höhe von 85,0 Millionen Euro

zu. Darin enthalten sind 72,4 Millionen Euro für die Deutschen Zentren der Gesundheitsforschung, davon 37,2 Millionen Euro für das Deutsche Zentrum für Diabetesforschung und 35,2 Millionen Euro für das Deutsche Zentrum für Lungenforschung. Weiter enthalten sind hier unter anderem Mittel in Höhe von 4,5 Millionen Euro für die Helmholtz Inkubator-Plattformen, sowie die Sonderfinanzierung des Landes Bayern in Höhe von 5,1 Millionen Euro für das European Lab for Learning and Intelligent Systems und 1,7 Millionen Euro für eine Professur für AI-basierte Wirkstoffentwicklung. Für die Globale Plattform zur Prävention des Autoimmunen Diabetes sind Zuwendungen von Bayern in Höhe von 0,9 Millionen Euro enthalten.

Im Juli 2024 wurde dem Aufsichtsrat die neue Mittelfristplanung präsentiert, die den Zeitraum 2024-2029 umfasst. Das Helmholtz Zentrum München plant mit einem ausgeglichenen Haushalt über den Gesamtzeitraum. Die Aktualisierung enthält, neben den Entwicklungen aus dem Jahr 2023, im Wesentlichen eine Fortschreibung der Planungen aus der Mittelfristplanung 2023, ergänzt um aktuelle Entwicklungen mit Bezug auf die Folgejahre, insbesondere die aktuelle Entwicklung der Energiekosten und der Tarifsteigerungen. Dabei ist der Erhalt der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit des Zentrums von zentraler Bedeutung. Des Weiteren ist in der Mittelfristplanung der weitere Abbau der Selbstbewirtschaftungsmittel vorgesehen.

Beteiligungen

Infrafrontier GmbH 49,00 %

Geschäftsführung

Dr. Michael Frieser seit 01.03.2024

Kerstin Günther bis 31.03.2023

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Martin Hrabě de Angelis von 30.10.2023 bis 29.02.2024

Daniela Sommer bis 26.07.2023

Prof. Dr. med Dr. h.c. Matthias Tschöp

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus höchstens zwölf Mitgliedern. Der Freistaat Bayern entsendet zwei Mitglieder, wobei ein Mitglied vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie und ein Mitglied vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat benannt wird. Bis zu drei Mitglieder entsendet der Bund, bis zu sechs Mitglieder können von der Gesellschafterversammlung aus den Bereichen der Wissenschaft und Wirtschaft gewählt werden.

Im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2024 gehörten dem Aufsichtsrat an:

Vorsitzende

Prof. Dr. Veronika von Messling, Ministerialdirigentin, Bundesministerium für
Bildung und Forschung

Stv. Vorsitzender

Dr. Manfred Wolter, Ministerialdirigent, Bayerisches Staatsministerium für
Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

Weitere Mitglieder

Prof. Dr. Bernd Engler, Rektor Eberhard Karls Universität, Tübingen

Dr. Babett Gläser, Ministerialdirigentin, Sächsisches Staatsministerium für
Wissenschaft, Kultur und Tourismus

Prof. Dr. Susanne Leist, Lehrstuhlinhaberin für Wirtschaftsinformatik, Uni-
versität Regensburg

Dr. Ulrich Reithmann, Ministerialrat, Bayerisches Staatsministerium der Fi-
nanzen und für Heimat

Dr. Ute Teichert, Bundesministerium für Gesundheit

Prof. Angelika Eggert, Charité Universitätsmedizin (seit 27.05.2024)

Dieter Kaufmann, Kanzler der Universität Ulm (seit 27.05.2024)

Prof. Christian Wolfrum, VP Forschung ETH Zürich (seit 27.05.2024)

Neue Materialien Bayreuth GmbH

Gottlieb-Keim-Straße 60
 95448 Bayreuth
 Telefon 0921 50736-0
 Telefax 0921 50736-199
 info@nmbgmbh.de
 www.nmbgmbh.de
 Gründungsjahr: 2000
 Beteiligung seit: 30.06.2009

**Beteiligungsverhältnisse**

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	27,50	55,00 %
Stadt Bayreuth	7,50	15,00 %
Universität Bayreuth	4,50	9,00 %
HWK für Oberfranken	2,50	5,00 %
IHK für Oberfranken Bayreuth	2,50	5,00 %
IHK zu Coburg	2,50	5,00 %
Prof. Dr. Holger Ruckdäschel	1,00	2,00 %
Prof. Dr. Andreas Greiner	0,50	1,00 %
Prof. Dr. Uwe Glatzel	0,50	1,00 %
Neue Materialien Bayreuth GmbH	1,00	2,00 %
Summe	50,00	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Die Gesellschaft verfolgt den Zweck, Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Materialwissenschaften und Werkstofftechnik zu betreiben mit dem Ziel, die technologischen und wirtschaftlichen Wirkungspotentiale der Region Nordbayern, insbesondere der mittelständischen Unternehmen und damit des Wirtschaftsstandortes zu stärken. Das Themenfeld Neue Werkstoffe ist eines der Schlüsselthemen für die Weiterentwicklung des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes Bayern. Durch die Beteiligung an der Gesellschaft kann der Freistaat Bayern strategische Weichen in der industrienahen Materialforschung stellen und seine internationale Spitzenposition im Themenfeld Neue Werkstoffe weiter ausbauen.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	2248	2.173	2.023
Bilanzsumme	8679	7.589	5.468
Eigenkapitalquote (in %)	77,00	28,60	37,00
Umsatzerlöse	3971	3.969	4.393
Ertragszuschüsse	1.654	1.671	1.398
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	76	149	251
EBITDA	285	358	417
Umsatzrentabilität (in %)	1,91	3,76	5,72
Eigenkapitalrentabilität (in %)	3,37	6,87	12,42
operativer Cash-Flow	265	319	388
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	51	61	60
- davon Männer	29	36	36
- davon Frauen	22	25	24

Geschäftsverlauf 2023

Die Gesellschaft konnte trotz der schwierigen wirtschaftlichen Gesamtsituation in Deutschland ihre Umsatzerlöse im Vergleich zum Vorjahr steigern und den Bedarf an Ertragszuschüssen reduzieren. Die Umsatzerlöse belaufen sich auf 3.971 Tausend Euro. Das ursprünglich geplante Jahresergebnis wurde deutlich übertroffen. Die Arbeitnehmerzahl lag zum Jahresende 2023 bei 51 Mitarbeitenden und damit unter dem Vorjahr. Das Gesamtinvestitionsvolumen befand sich mit 1.724 Tausend Euro auf dem durchschnittlichen Niveau der Vorjahre. Über 372 Tausend Euro wurden dabei aus eigen erwirtschafteten Mitteln getätigt. Die Gesamtinvestitionszuschüsse beliefen sich auf 1.352 Tausend Euro.

Laufende Entwicklung

Die Neue Materialien Bayreuth GmbH steht erneut vor einem herausfordernden Geschäftsjahr, bedingt durch das schwierige Marktumfeld und die angespannte Situation im Bereich der öffentlich geförderten Projekte. Trotz dieser Herausforderungen strebt das Unternehmen die Erreichung der geplanten Ziele an. Es wird davon ausgegangen, dass die benötigten Ertragszuschüsse im Vergleich zum Vorjahr ansteigen werden.

Nach aktuellem Stand wird erwartet, dass der Umsatz im Jahr 2024 auf dem Niveau des Vorjahres liegen wird. Die von der Geschäftsführung definierten Maßnahmen im Bereich der Projektakquise sollten sich mittelfristig positiv auf die nachhaltige Geschäftsentwicklung auswirken. Zudem greifen zunehmend die inhaltlichen und organisatorischen Änderungen des neuen Strategieprozesses.

Beteiligungen

Keine

Geschäftsführung

Prof. Dr.-Ing. Holger Ruckdäschel

Aufsichtsrat

Keiner

Beirat

Es existiert ein Beirat mit neun Mitgliedern. Der Beirat hat die Aufgabe, der Gesellschafterversammlung und der Geschäftsführung Empfehlungen für die strategische und fachliche Ausrichtung der Gesellschaft zu geben.

Neue Materialien Fürth GmbH

Dr.-Mack-Straße 81
 90762 Fürth
 Telefon 0911 76672-10
 Telefax 0911 76672-15
 info@nmfgmbh.de
 www.nmfgmbh.de
 Gründungsjahr: 2000
 Beteiligung seit: 26.03.2009



Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	29,00	58,00 %
Stadt Fürth	7,50	15,00 %
Universität Erlangen-Nürnberg	7,50	15,00 %
IHK Mittelfranken	2,50	5,00 %
Prof. Dr. Marion Merklein	1,50	3,00 %
Prof. Dr. Dietmar Drummer	1,00	2,00 %
Prof. Dr.-Ing Carolin Körner	1,00	2,00 %
Gesamt	50,00	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Die Gesellschaft verfolgt den Zweck, Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Materialwissenschaften und Werkstofftechnik zu betreiben mit dem Ziel, die technologischen und wirtschaftlichen Wirkungspotentiale der Region Nordbayern, insbesondere der mittelständischen Unternehmen und damit des Wirtschaftsstandortes zu stärken. Das Themenfeld Neue Werkstoffe ist eines der Schlüsselthemen für die Weiterentwicklung des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes Bayern. Durch die Beteiligung an der Gesellschaft kann der Freistaat Bayern strategische Weichen in der industrienahen Materialforschung stellen und seine internationale Spitzenposition im Themenfeld Neue Werkstoffe weiter ausbauen.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	1.411	1.389	1.346
Bilanzsumme	4.404	4.414	1.727
Eigenkapitalquote (in %)	32	31,46	78,77
Umsatzerlöse	2.428	2.549	2.416
Ertragszuschüsse	1.477	1.406	1.060
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	22	42	-34
EBITDA	71	77	5
Umsatzrentabilität (in %)	0,92	1,66	-1,42
Eigenkapitalrentabilität (in %)	1,56	3,05	-2,55
operativer Cash-Flow	71	77	5
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	40	43	42
- davon Männer	24	24	25
- davon Frauen	16	19	17

Geschäftsverlauf 2023

Das Wirtschaftsjahr 2023 der NMF GmbH ist insgesamt von einer leicht rückläufigen Entwicklung der Gesamtleistung und Ertragslage gegenüber dem Vorjahr gekennzeichnet. Die Umsatzerlöse sind im Jahresvergleich um ca. 5,8 Prozent gesunken. Die Kostenentwicklung im Sachbereich sowie die Einstellungspolitik spiegeln einen an die Projektanforderungen angepassten Mitteleinsatz wider.

Der externe Deckungsgrad liegt mit 63,4 Prozent im abgelaufenen Wirtschaftsjahr trotz leichtem Rückgang auf einem soliden Niveau und stellt im Vergleich zu ähnlichen Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland einen nachhaltig hohen Wert dar.

Der im nicht-wirtschaftlichen Tätigkeitsbereich der Gesellschaft entstandene Fehlbetrag (ohne Abschreibungen) wurde zu 48 Prozent durch den positiven Cashflow aus dem wirtschaftlichen Tätigkeitsbereich der Neue Materialien Fürth GmbH ausgeglichen. Zu 52 Prozent deckte den Fehlbedarf ein Zuschuss des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie.

Ergänzende Klein- und Ersatzinvestitionen wurden im Berichtsjahr 2023 über einen 100%igen Zuschuss vom Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie finanziert. Die Großinvestition „Qualitätsgesicherte digitale additive Fertigungskette“ zur additiven Herstellung von Metall- und Keramik-Bauteilen konnte aufgrund einer Bauverzögerung der Halle 4 nicht wie geplant zum Jahresende 2023 in Betrieb genommen werden.

Laufende Entwicklung

Die Planung für 2024 berücksichtigt die weiterhin schwierige Ausgangslage mit einer zunehmenden Deindustrialisierung in Deutschland. Vor diesem Hintergrund wurden für das laufende Wirtschaftsjahr 2024 die Umsatzerlöse in den einzelnen Projektbereichen eher vorsichtig geplant. Damit stützen sich die Planannahmen auf

einen weiter steigenden Anteil öffentlich geförderter Drittmittel. Die krisenbedingt veranlasste Verschiebung von Aktivitäten in den öffentlich geförderten Bereich beeinflusst nachhaltig den Deckungsbeitrag und damit die Eigenfinanzierungsquote.

Die geplanten Ausgaben für Investitionen stehen in direktem Zusammenhang mit der Projektplanung. Zur Finanzierung der Klein-, Ersatz- und Ergänzungsinvestitionen wurde für 2023 durchgängig ein Zuschuss des Freistaates Bayern unterstellt. Bei strategischen Großinvestitionen ist von der Gesellschaft ein 10%iger Eigenanteil aus dem wirtschaftlichen Tätigkeitsbereich zu finanzieren.

Die Liquiditätsentwicklung der NMF ist ausgehend von einer nachhaltig soliden Basis der Vorjahre in der Planung für 2024 gesichert. Aufgrund der Eigenanteile für Großinvestitionen und einem gegenwärtig nicht planbaren Überschuss aus dem wirtschaftlichen Bereich ist die Entwicklung mittelfristig jedoch regressiv zu erwarten.

Beteiligungen

Keine

Geschäftsführung

Prof. Marion Merklein

Petra Walther

Aufsichtsrat

Keiner

Beirat

Es existiert ein Beirat mit acht Mitgliedern. Der Beirat hat die Aufgabe, der Gesellschafterversammlung und der Geschäftsführung Empfehlungen für die strategische und fachliche Ausrichtung der Gesellschaft zu geben.

Werk1.Bayern GmbH

Am Kartoffelgarten 14
 81671 München
 Telefon 089 995299-0
 Telefax 089 995299-29
 hello@werk1.com
 www.werk1.com
 Gründungsjahr: 1999
 Beteiligung seit: Gründung



Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	39,00	26,00 %
WERK1.Bayern GmbH	36,75	24,50 %
Landeshauptstadt München	15,00	10,00 %
Landkreis München	15,00	10,00 %
Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg	7,50	5,00 %
BavariaDirekt Versicherung AG / Versicherungskammer	7,35	4,90 %
Bayerische Landeszentrale für neue Medien	7,35	4,90 %
Anstalt des öffentlichen Rechts		
G.A.T. Film- und Fernsehproduktion GmbH & Co. KG	7,35	4,90 %
Neue deutsche Filmgesellschaft mbH	7,35	4,90 %
Schultz & Company GmbH	7,35	4,90 %
Gesamt	150,00	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

München und Bayern verfügen über ein enormes Potential hinsichtlich Digitalisierung und Startups. Die Standortvoraussetzungen sind hier in vielerlei Hinsicht ideal, etwa durch das Vorhandensein exzellenter Universitäten, zahlreicher (Hightech-) Unternehmen sowie einer im Allgemeinen sehr hohen Lebensqualität. Der Zweck des WERK1 besteht darin, einen Beitrag dazu zu leisten, dieses Potential zu heben. Als digitales Gründerzentrum besteht das Ziel des WERK1 darin, die Innovationskraft der regionalen Wirtschaft zu stärken und zukunftsorientierte Arbeitsplätze zu schaffen. Dementsprechend formuliert das in die Initiative „Gründerland Bayern“ des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie eingebettete WERK1 auch den Anspruch, „der Startup-freundlichste Ort Münchens“ zu sein.

In Verfolgung dieses Ziels wählt die Gesellschaft in einem dreistufigen Bewerbungsprozess kontinuierlich neu gegründete Unternehmen der Digitalwirtschaft mit skalierbarem Geschäftsmodell (Startups) aus, die dann als Startups für maximal 36 Monate, anschließend ggf. als sogenannte Scaleups für maximal weitere 24 Monate die Leistungen der Gesellschaft nutzen können. Hierzu zählen die Bereitstellung von gewerblichen Räumen zu gründerfreundlichen Bedingungen (Laufzeit,

Ausstattung, Preise etc.), der Unterhalt von Serviceeinrichtungen, Entwicklung und Durchführung von Veranstaltungen, Vernetzung von Unternehmen aus der Digitalwirtschaft, Mentoring, Coachingangebote und Beratung sowie ein Angebot von Unterkünften für Start-up Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ergänzenden Dienstleistungen.

Der Freistaat Bayern hat ein hohes Interesse an guten Start- und Entwicklungschancen für innovationsorientierte Unternehmensgründende und junge Unternehmer und Unternehmerinnen unter anderem im Bereich der Digitalisierung. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht ebenso gut oder besser auf andere Weise erreichen.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	715	663	617
Bilanzsumme	2.900	1.285	924
Eigenkapitalquote (in %)	24,65	51,58	66,82
Umsatzerlöse*	5.283	3.006	2.953
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	52	46	88
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	27	24	24
- davon Männer	12	9	9
- davon Frauen	15	15	15

* inkl. Zuschüsse des Freistaats Bayern:

2023: 3.697 Tausend Euro [erstmaliger Investitionszuschuss in 2023 für Erweiterungsbau WERK1.4 in Höhe von 1.180 Tausend Euro ist darin im Umfang der anteilig angefallenen Abschreibungen (157 Tausend Euro) berücksichtigt]; 2022: 1.829 Tausend Euro; 2021: 2.033 Tausend Euro

Geschäftsverlauf 2023

Um den Bedürfnissen der schnell wachsenden Tech-Startup-Szene in München gerecht zu werden, vergrößerte sich die Gesellschaft in 2023 mit dem Erweiterungsbau WERK1.4 auf rund 10 Tausend Quadratmeter. Im WERK1.4 gibt es insbesondere zusätzliche Startup Büros, Coworking Spaces sowie größere Büros für Scaleups (nächste Stufe des Startups). Als neues und zusätzliches Angebot gibt es im WERK1.4 auch eine Coliving Area für Startup-Mitarbeitende (Wohnen auf Zeit).

Die Auslastung der Flächen im so genannten „Incubator“ lag in 2023 mit 85 Prozent weiter auf einem hohen Niveau, bedingt durch den Teil-Umzug aus dem alten WERK1 in das nahegelegene Gebäude der Stadtparkasse München im Werksviertel-Mitte Ende 2023 aber etwas niedriger als in den Vorjahren. Das ursprüngliche Zuhause des WERK1 im mittlerweile unter Denkmalschutz stehenden Fabrikhochhaus wird in den nächsten Jahren kernsaniert.

Laufende Entwicklung

Anfang 2024 hat die Gesellschaft den neuen WERK1 Startup Hub im Sparkassengebäude mit Büro- und Meetingflächen auf fünf Etagen eröffnet, sodass die Gründerinnen und Gründer weiterhin auf über 10 Tausend Quadratmetern professionell betreut werden können. Durch den erstmalig ganzjährigen Betrieb des Erweiterungsbaus WERK1.4 rechnet die Geschäftsführung mit höheren Umsätzen, insbesondere für die Nutzungsüberlassung von Startup Büros und der neuen Coliving-Einheiten.

Beteiligungen

Keine

Geschäftsführung

Dr. Robert Richter

Aufsichtsrat

Keiner

Nicht erwerbswirtschaftliche Unternehmen

Medien und Kunst

Bayerisches Filmzentrum Geiselgasteig
Wirtschaftsförderungs-GmbH i. L., Geiselgasteig
Bayreuther Festspiele GmbH, Bayreuth
FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht
gemeinnützige GmbH, Grünwald
FilmFernsehFonds Bayern GmbH, München
Internationale Münchner Filmwochen GmbH, München
Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland
GmbH, Bonn
Stiftung Haus der Kunst München, gemeinnützige Betriebs-
gesellschaft mbH, München

Bayerisches Filmzentrum Geiseltasteig Wirtschaftsförderungs-GmbH i.L.

Bavariafilmplatz 7
82031 Grünwald
Gründungsjahr: 1991
Beteiligung seit: Gründung



Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	17,89	70,00 %
BAVARIA Film GmbH	7,67	30,00 %
Gesamt	25,56	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Gegenstand der Gesellschaft war die Unterstützung junger Unternehmen im Bereich der Film- und Fernsehproduktion sowie der neuen Medien und der damit verwandten Branchen bei der Gründung, Ansiedlung und Weiterentwicklung in Bayern. Das Bayerische Filmzentrum vermietete insgesamt rund 955 Quadratmeter Bürofläche vornehmlich an junge Unternehmen der Medienbranche, insbesondere TV- und Kinoproduzenten, zu günstigen Konditionen. Das Angebot des Filmzentrums umfasste einen Büroservice, eine ständige Beratung im künstlerischen und kaufmännischen Bereich sowie zu Fragen der Film- und Fernsehförderung.

Das Bayerische Filmzentrum wurde 1992 von dem Gesellschafter Freistaat Bayern und der Gesellschafterin Bavaria Film GmbH gegründet. Das Bürogebäude wurde der Gesellschaft von der Bavaria Film GmbH bis Ende Februar 2022 unentgeltlich überlassen. Die Finanzierung erfolgte über Erlöse aus der Vermietung der Büroräume.

Gute Start- und Entwicklungschancen für Unternehmensgründende und junge Unternehmer und Unternehmerinnen im Bereich Film und Fernsehen sowie eine gezielte Förderung einer branchenübergreifenden Vernetzung von Medienschaffenden und Nachwuchstalenten aus der Region liegen im unmittelbaren Interesse des Staates. Aufgrund der Bedeutung der Gesellschaft für den Medienstandort Bayern war eine öffentliche Beteiligung erforderlich und für die Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig. Künftig wird die Förderung des Filmnachwuchses neu ausgerichtet.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	07/2023	02/2023	02/2022
Eigenkapital	50	57	110
Bilanzsumme	52	67	199
Eigenkapitalquote (in %)	95,67	84,91	55,25
Umsatzerlöse	0	1	54
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-7	-53	-23
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	1	1	2
- davon Männer	1	1	1
- davon Frauen	0	0	1

Geschäftsverlauf 2023 und laufende Entwicklung

Das Bayerische Filmzentrum als geförderter Büro- und Produktionsstandort für junge Produzentinnen und Produzenten wurde bei Gründung auf eine Laufzeit von 30 Jahren angelegt. Die Gebäudeüberlassung seitens der Bavaria Film GmbH endete vertragsgemäß Ende Februar 2022. Die Gesellschaft wurde mit Ablauf des 28. Februar 2022 aufgelöst, die Förderung des Filmnachwuchses wird neu ausgerichtet. Das Nennkapital der Gesellschaft wurde an die Gesellschafter gemäß ihrem Anteil am Stammkapital ausbezahlt. Den darüber hinaus verbleibenden Liquidationserlös erhielt der Freistaat Bayern. Die Gesellschaft wurde aus dem Handelsregister gelöscht.

Beteiligungen

Keine

Abwickler

Oliver Seibert bis 24.05.2024

Aufsichtsrat

Keiner

Bayreuther Festspiele GmbH

Festspielhügel 1-2
 95445 Bayreuth
 Telefon 0921 7878-0
 Telefax 0921 7878-122
 www.bayreuther-festspiele.de
 Gründungsjahr: 1986
 Beteiligung seit: 01.09.2008

**Beteiligungsverhältnisse**

Anteil	TEUR	v.H.
Bundesrepublik Deutschland	60,90	29,00 %
Freistaat Bayern	60,90	29,00 %
Gesellschaft der Freunde von Bayreuth e. V.	60,90	29,00 %
Stadt Bayreuth	27,30	13,00 %
Gesamt	210,00	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung von Kunst und Kultur durch die Durchführung der Bayreuther Festspiele sowie Tätigkeiten, die dem Betrieb der Festspiele förderlich sind.

Der Freistaat hat ein hohes Interesse an einer vielfältigen Kulturlandschaft. Die Bayreuther Festspiele sind dabei eine Institution des Freistaats von Weltrang für das Kunst- und Kulturangebot. Die Gesellschaft ist nicht erwerbswirtschaftlich tätig. Insofern kommt eine Übertragung der Unternehmensaufgaben in die Privatwirtschaft nicht in Betracht. Aufgrund der hohen Bedeutung der Institution für das nationale und internationale Kunst- und Kulturangebot sowie des verfassungsmäßigen Auftrags in Art. 3 der Bayerischen Verfassung im Besonderen ist eine Beteiligung des Freistaats erforderlich.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	4.295	3.663	3.629
Bilanzsumme	24.496	15.624	19.473
Umsatzerlöse	16.472	14.636	6.594
Ertragszuschüsse	11.724	13.855	18.278
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	632	34	-4.200
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	68	58	57
- davon Männer	42	39	38
- davon Frauen	26	19	19

Geschäftsverlauf 2023

Die Bayreuther Festspiele 2023 fanden vom 25. Juli bis 28. August 2023 mit insgesamt 31 Vorstellungen mit mehr als 58.000 Zuschauerinnen und Zuschauern statt. Im Mittelpunkt stand die Neuinszenierung „Parsifal“ von Jay Scheib. Erstmals weltweit hatten Besucherinnen und Besucher dabei die Möglichkeit, in die Welt der „Augmented Reality“ einzutauchen. Bei Augmented Reality wird die Umgebung mit digitalen Bildern überlagert und der reale Bühnenraum erweitert.

Von den Gesellschaftern der Festspiele GmbH wurden die im Wirtschaftsplan vorgesehenen Betriebskostenzuschüsse geleistet.

Laufende Entwicklung

Die Festspiele 2024 eröffnen am 25. Juli 2024 mit der Premiere TRISTAN UND ISOLDE und enden am 27. August 2024. Weiterhin stehen die Wiederaufnahmen von DER RING DES NIBELUNGEN, PARSIFAL, TANNHÄUSER und DER FLIEGENDE HOLLÄNDER auf dem Spielplan. Insgesamt besteht der Spielplan 2024 aus 30 Vorstellungen.

Im Rahmen von Diskurs Bayreuth bereiten die Bayreuther Festspiele zwei Festspiel Open-Air-Konzerte vor, die an zwei Sommerabenden in entspannter Picknick-Atmosphäre mit Mitwirkenden der Bayreuther Festspiele bei freiem Eintritt stattfinden. In der Festspielsaison 2024 präsentieren die Bayreuther Festspiele im Rahmen des Projektes „Wagner für Kinder“ eine eigens für Kinder erstellte Fassung von Richard Wagners „Der fliegende Holländer“. Die Premiere der Kinderoper findet am 25. Juli 2024 statt. Neun weitere Vorstellungen folgen bis zum 3. August 2024.

Beteiligungen

BF Medien GmbH	100,00 %
----------------	----------

Geschäftsführung

Ulrich Jagels
Katharina Wagner

Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat besteht aus acht Mitgliedern. Sie werden von den sie entsendenden Gesellschaftern benannt.

Im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2024 gehörten dem Verwaltungsrat an:

Vorsitzender

Dr. Frhr. Georg von Waldenfels, Staatsminister a. D., Gesellschaft der Freunde von Bayreuth e. V.

Stv. Vorsitzende

Angelika Kaus, Ministerialdirigentin, Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst

Weitere Mitglieder

Thomas Ebersberger, Oberbürgermeister, Stadt Bayreuth

Martin Eifler, Bundesrepublik Deutschland, Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Janina Kugel, Gesellschaft der Freunde von Bayreuth e.V. (seit 25.05.2023)

Dr. Katrin Mattern, Ministerialrätin, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat

Ingo Mix, Bundesrepublik Deutschland, Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (seit 31.01.2023)

Gisbert Rühl, Gesellschaft der Freunde von Bayreuth e.V. (bis 24.05.2023)

Dr. Stephanie Schulz-Hombach, Bundesrepublik Deutschland, Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (bis 30.01.2023)

Benedikt Stegmayer, Stadt Bayreuth

**FWU Institut für Film und Bild
in Wissenschaft und Unterricht
gemeinnützige GmbH**

Bavariafilmplatz 3
82031 Grünwald
Telefon 089 6497-1
Telefax 089 6497-300
info@fwu.de
www.fwu.de
Gründung: 1950
Beteiligung seit: Gründung



Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	10,23	6,25 %
alle anderen 15 Länder	153,39	93,75 %
Gesamt	163,62	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist insbesondere die Herstellung digitaler Bildungsmedien als Lehr- und Lernmittel, die Distribution und Verbreitung von selbst hergestellten und anderen qualitätsgeprüften Bildungsmedien sowie Aufbau, Förderung und Betrieb föderaler, landeseigener und schulischer Bildungsmedieninfrastrukturen für die Gestaltung von Lehr- und Lernprozessen.

Mit der Beteiligung fördert der Freistaat Bayern die ausreichende Versorgung insbesondere von Schulen und Bildungseinrichtungen mit lehrplanbezogenen und didaktisch aufbereiteten Medien. Die Gesellschaft unterstützt durch Medienproduktion, -distribution und -standardisierung sowie Dienstleistungs-, Beratungsprojekte und Fortbildungsangebote den Medieneinsatz im Unterricht. Dazu gehören auch länderübergreifende Projekte zur Verbesserung der Bildungsmedieninfrastruktur im Kontext des DigitalPakts Schule. An der Beteiligung liegt weiterhin ein unmittelbares, wichtiges Interesse des Staats vor. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht ebenso gut oder besser auf andere Weise erreichen.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	3.416	2.268	1.291
Bilanzsumme	8.236	5.841	3.748
Eigenkapitalquote (in %)	41,50	38,80	34,50
Umsatzerlöse	7.799	8.639	5.935
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.148	977	51
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	60	54	49
- davon Männer	27	24	19
- davon Frauen	33	30	30

Geschäftsverlauf 2023

Die Umsatzerlöse 2023 betragen 7.799 Tausend Euro, was einem Rückgang von 9,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Die Erträge aus Mediendienstleistungen sind dabei gegenüber dem Vorjahr um 19,2 Prozent auf 3.703 Tausend Euro zurückgegangen. Allerdings wurden bei mehreren Projekten, die im Rahmen des DigitalPakts Schule erfolgen, 2023 keine Umsätze generiert, da Meilensteine für die Abrechnung planmäßig noch nicht erreicht waren. Entsprechend sind die unfertigen Erzeugnisse, die zu Herstellungskosten aktiviert werden, stark um 1.987 Tausend Euro auf 2.364 Tausend Euro angestiegen.

Bei den Erlösen aus Medienverkäufen war ein leichter Rückgang um 0,8 Prozent auf 3.313 Tausend Euro zu verzeichnen. Dabei stieg der Umsatz mit Landeslizenzen stark von 174 Tausend Euro im Vorjahr auf 821 Tausend Euro an, da es aus mehreren Bundesländern größere Bestellungen gegeben hatte. Die Erträge aus Lizenzvergaben stiegen um 52,2 Prozent auf 100 Tausend Euro.

Zusammen mit der Bestandsveränderung bei den unfertigen Leistungen ergibt sich mit 9.785 Tausend Euro eine gegenüber dem Vorjahr um 11,9 Prozent höhere Gesamtleistung.

Das FWU war 2023 mit der Durchführung von 8 Projekten im Rahmen des DigitalPakts Schule betraut, wobei 2023 drei Projekte neu begonnen wurden (Licence Connect, MEM – Metadata for Educational Media und MKIS – Entwicklung und Bereitstellung einer Mediendatenbank mit KI-gestützten Services). Das Projekt ALC (Konzeptionsphase) wurde 2023 abgeschlossen. Im Rahmen des genehmigten Produktionsplans wurden 2023 61 (Vorjahr: 61) Onlinemedien neu produziert.

Laufende Entwicklung

Die Umsatzerlöse lagen zum 31. Mai 2024 stichtagsbedingt um 44 Prozent unter Vorjahresniveau. Der Auftragsbestand war um 18 Prozent niedriger als zum Vorjahrszeitpunkt. Da zahlreiche DigitalPakt-Projekte bis 30. Juni 2026 verlängert und erweitert wurden und mit dem Projekt AIS (Adaptives intelligentes System) im Frühjahr ein großes Projekt neu begonnen wurde, werden im weiteren Jahresverlauf steigende Umsätze erwartet. Bei den Medienverkäufen werden Umsätze auf Vorjahresniveau erwartet.

Für das Gesamtjahr 2024 werden insgesamt höhere Umsätze als im Vorjahr und ein ausgeglichenes bzw. positives kaufmännisches Ergebnis erwartet.

Beteiligungen

Keine

Geschäftsführung

Michael Frost

Rüdiger Nill

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht zum 30. Juni 2024 aus sieben Mitgliedern, die von der Gesellschafterversammlung gewählt werden. Davon gehören vier den Kultusverwaltungen und drei den Finanzverwaltungen an.

Im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2024 gehörten dem Aufsichtsrat an:

Vorsitzender

Martin Brause, Abteilungsleiter, Ministerium für Bildung Rheinland-Pfalz

Stv. Vorsitzender

Dirk Günthner, Ministerialrat, Ministerium der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz

Weitere Mitglieder

Gabriele Altmeyer, Referatsleiterin, Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

Oliver Bals, Ministerialdirigent, Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen

Jana Behrens, Abteilungsleiterin, Staatskanzlei Schleswig-Holstein

Dörte Conradi, Ministerialdirigentin, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Joseph Mayr, Ministerialrat, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat

FilmFernsehFonds Bayern GmbH

Sonnenstraße 21
 80331 München
 Telefon 089 544602-0
 Telefax 089 544602-21
 filmfoerderung@fff-bayern.de
 www.fff-bayern.de
 Gründungsjahr: 1996
 Beteiligung seit: Gründung

Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	28,12	55,00 %
Bayerischer Rundfunk	6,14	12,00 %
FilmFernsehFonds Bayern GmbH	3,07	6,00 %
Bayerische Landeszentrale für neue Medien Anstalt des öffentlichen Rechts	4,09	8,00 %
ProSiebenSAT.1 Media AG	3,07	6,00 %
Zweites Deutsches Fernsehen Anstalt des öffentlichen Rechts	3,07	6,00 %
RTL Television GmbH	2,05	4,00 %
Sky Deutschland Fernsehen GmbH & Co. KG	1,53	3,00 %
Gesamt	51,14	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung von Film, Fernsehen, Games, XR- und anderen audiovisuellen Projekten in Bayern sowie die Entwicklung und Unterstützung der Medien und des Medienstandorts Bayern. In diesem Zusammenhang dient die FilmFernsehFonds Bayern GmbH (FFF) als zentrale Anlaufstelle für die Film- und Fernseh- sowie Games- und XR-Wirtschaft und repräsentiert den Medienstandort Bayern nach außen.

Der Freistaat Bayern hat ein hohes Interesse an einer vielfältigen Kulturlandschaft. Die FilmFernsehFonds Bayern GmbH ist eine wichtige Institution des Freistaats Bayern im Bereich der Film-, Fernseh-, Games und XR-Förderung. Die Gesellschaft ist nicht erwerbswirtschaftlich tätig. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht auf andere Weise besser verwirklichen.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	53	53	53
Bilanzsumme	425	821	877
Eigenkapitalquote (in %)	12,5	6,4	6,01
Umsatzerlöse	3.016	2.524	2.311
Ertragszuschüsse	2.847	2.489	2.287
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
operativer Cash-Flow	-2.847	-2.489	-2.287
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	24	21	20
- davon Männer	5	5	4
- davon Frauen	19	16	16

Geschäftsverlauf 2023

2023 förderte der FFF im Bereich Produktion 35 Kinofilme mit insgesamt rund 19,9 Millionen Euro. Bei drei der Kinohits 2023 „Die Drei ???-Erbe des Drachen“ (1,6 Millionen Besucher), „Rehagout Rendezvous“ (1,5 Millionen Besucher) und „Checker Tobi und die Reise zu den fliegenden Flüssen“ (1,2 Millionen Besucher) war der FFF Bayern Hauptländerförderer.

Mit rund 7,34 Millionen Euro förderte der FFF-Fernsehprojekte in den Stadien Stoffentwicklung und Produktion. Insgesamt entfielen damit 18 Prozent der Gesamtfördersumme auf Fernsehfilme und Serien. Bedingt durch den Rückzug von Sky aus der Produktion deutscher Originale (fiktionaler Spielfilme und Serien) ergab sich gegenüber 2022 ein Rückgang.

Im Bereich Nachwuchs wurden 2023 insgesamt 19 Nachwuchsfilme in Höhe von rund 2 Millionen Euro gefördert. Mehrere Filme liefen erfolgreich auf Festivals wie den Filmfestspielen in Venedig oder dem Filmfest München und wurden mit Preisen wie dem Bayerischen Filmpreis ausgezeichnet.

Die im Herbst 2023 für den Bereich Kinofilm und Fernsehproduktion neu eingeführten Incentives (Praktikanten Incentive und Gender Incentive) wurden von der Branche gut angenommen.

Bei der Gamesförderung konnte im vergangenen Jahr eine Summe von insgesamt fast 3,3 Millionen Euro empfohlen werden, damit lag die Förderung noch über der Fördersumme in 2022. Im Bereich der XR-Förderung stabilisierte sich in 2023 die Antragslage nach den Coronajahren. Insgesamt acht Projekte wurden zur Förderung empfohlen, weitere sechs Projekte im Rahmen der XR-Verbreitungsförderung. Die Höhe des Fördervolumens für XR-Projekte belief sich für 2023 auf insgesamt rund 521 Tausend Euro.

Der FFF Vergabeausschuss empfahl im Jahr 2023 für 78 bayerische Kinos Programmprämien in Höhe von insgesamt 835 Tausend Euro. Im Rahmen des Kinoinvestitionsprogramm wurden im vergangenen Jahr insgesamt Zuschüsse in Höhe von 2 Millionen Euro empfohlen, die höchste Fördersumme seit zehn Jahren. Gefördert wurden überwiegend kleine und mittlere Kinocenter sowie Filmkunsthäuser und Einzelhäuser in allen Regionen Bayerns.

In 2023 fördert der FFF Bayern außerdem 18 Festivals in ganz Bayern. Insgesamt wurden etwas mehr als 1 Millionen Euro für die Filmfestivalförderung empfohlen.

Laufende Entwicklung

Im Streaming-Bereich ist eine Konsolidierung durch den Rückzug von Firmen wie Sky und Paramount aus lokalen Märkten zu verzeichnen. Verbunden mit gleichbleibenden Investitionen von TV-Sendern führt dies zu einer geringeren Auftragslage.

Im Bereich Kinofilm arbeitet der Bund an einer Novellierung des Filmförderungsgesetzes, das am 1. Januar 2025 in Kraft treten soll. Parallel hierzu plant der Bund die Einführung einer Investitionsverpflichtung für Anbieter audiovisueller Mediendienste sowie eines Steueranreizmodells, das perspektivisch an die Stelle der bestehenden Förderprogramme treten soll.

Trotz der Unsicherheiten über die künftige Förderstruktur auf Bundesebene verzeichnet der FFF Bayern eine anhaltend hohe Antragslage. Dies betrifft neben der Kino- und Fernsehproduktion auch die Bereiche Games und XR.

Um zukünftig die erforderlichen Prüfprozesse im Rahmen der Kinofilmförderung zu verschlanken und somit Dauer und Kosten zu reduzieren, arbeiten die Förderinstitutionen des Bundes und der Länder daran, Voraussetzungen für harmonisierte Prüfkriterien und ein harmonisiertes Prüfverfahren zu entwickeln.

Beteiligungen

Creative Europe Desk München GmbH (vormals: Media Antenne München GmbH)	100,00 %
FilmFernsehFonds Bayern GmbH	6,00 %
German Films - Service+Marketing GmbH	4,00 %

Geschäftsführung

Dorothee Erpenstein

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens 10 Mitgliedern. Dem Aufsichtsrat gehört kraft Amtes das für die Filmförderung zuständige Mitglied der Bayerischen Staatsregierung als Vorsitzende(r) an. In den Aufsichtsrat entsenden außerdem der Freistaat Bayern drei Mitglieder und die anderen Gesellschafter je ein Mitglied.

Im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2024 gehörten dem Aufsichtsrat an:

Vorsitzende

Judith Gerlach, Staatsministerin, Bayerisches Staatsministerium für Digitales (bis 08.11.2023)

Dr. Florian Herrmann, Staatsminister, Bayerische Staatskanzlei (seit 08.11.2023)

Stv. Vorsitzender

Dr. Thorsten Schmiede, Präsident der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien

Weitere Mitglieder

Christian Asanger, Vice President, Sky Deutschland Fernsehen GmbH & Co. KG (seit 01.10.2023)

Andrea Ebenhoch-Combs, Ministerialrätin, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat

Sascha Gottschalk, Senior Legal Counsel / Business & Legal Affairs, Seven.One Entertainment Group GmbH

Claus Grewenig, Leiter Abteilung Medienpolitik, RTL Deutschland GmbH

Carolin Stimmelmayer, Ministerialdirigentin, Bayerisches Staatsministerium für Digitales

Oliver Uenzen, Director Business Affairs, Original Production, Sky Deutschland Fernsehen GmbH & CO. KG (bis 30.09.2023)

Sabine Walz-Jaeger, Kanzlerin der HFF München

Björn Wilhelm, Programmdirektor Kultur, Bayerischer Rundfunk

Tobias Würkert, Justizariat, Zweites Deutsches Fernsehen (seit 30.01.2023)

Molly von Fürstenberg, Filmproduzentin

Vergabeausschuss

Die Gesellschaft hat einen Vergabeausschuss, der Empfehlungen zur Förderung im Einzelfall nach Maßgabe der vom Aufsichtsrat erlassenen Richtlinien für die Film- und Fernsehförderung ausspricht.

**Internationale Münchner
Filmwochen GmbH**

Sonnenstraße 21
80331 München
Telefon 089 381904-0
Telefax 089 381904-26
info@filmfest-muenchen.de
www.filmfest-muenchen.de
Gründungsjahr: 1979
Beteiligung seit: 25.01.1979



Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	20,00	40,00 %
Landeshauptstadt München	20,00	40,00 %
Bayerischer Rundfunk	5,00	10,00 %
Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e.V.	5,00	10,00 %
Gesamt	50,00	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist vor allem die Vorbereitung, Organisation und Durchführung des jährlichen Filmfests München und des Internationalen Festivals der Filmhochschulen. Daneben soll der Film als völkerverbindendes, weltweites Medium der Kunst, Kultur und Information herausgestellt werden sowie der Film- und Medienstandort Bayern gefördert werden.

Der Freistaat Bayern hat ein hohes Interesse an einer vielfältigen Kulturlandschaft. Auf internationaler Ebene soll die Bedeutung Münchens und Bayerns als Film- und Medienstandort hervorgehoben werden. Die Gesellschaft ist nicht erwerbswirtschaftlich tätig. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht auf andere Weise besser verwirklichen.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	50	50	50
Bilanzsumme	713	745	982
Eigenkapitalquote (in %)	7,0	6,7	5,09
Umsatzerlöse	991	571	571
Ertragszuschüsse	3.606	3.295	3.417
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
operativer Cash-Flow	-3.532	-3.492	-3.213
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	26	21	19
- davon Männer	7	4	2
- davon Frauen	19	17	17

Geschäftsverlauf 2023

Das 40. FILMFEST MÜNCHEN fand vom 23. Juni bis 1. Juli 2023 statt und präsentierte 147 Filme aus 61 Ländern. Es verzeichnete 55.565 Besuche.

Als Filmfest-Spielstätten wurden zehn Locations genutzt. Als Festivalzentrum, in dem auch das Presse- und Gästezentrum sowie im Außenbereich die Beergarden Convention untergebracht waren, diente das Amerikahaus.

Mit dem CineMerit Award für besondere Verdienste um die Filmkunst wurde die deutsche Schauspielerin Barbara Sukowa geehrt. Die Hommage galt der taiwanisch-US-amerikanischen Künstlerin Shu Lea Cheang. Eine Retrospektive wurde der österreichischen Regisseurin Jessica Hausner gewidmet.

Das 42. FILMSCHOOLFEST MUNICH fand vom 12. bis 18. November 2023 in der Hochschule für Fernsehen und Film München statt und präsentierte 40 Filme von 35 Filmschulen aus 26 Ländern. Es verzeichnete 3.767 Besuche.

Laufende Entwicklung

Das 41. FILMFEST MÜNCHEN fand vom 28. Juni bis 7. Juli 2024 und präsentierte 150 Filme aus 53 Ländern. Es verzeichnete rund 71.000 Besuche. Als Filmfest Spielstätten wurden zwölf Locations genutzt. Als Festivalzentrum diente erneut das Amerikahaus.

Mit dem CineMerit Award für besondere Verdienste um die Filmkunst wurden die US-amerikanische Schauspielerin Jessica Lange und die britische Schauspielerin Kate Winslet geehrt. Eine Hommage galt dem iranischen Regisseur Sohrab Shahid Saless sowie dem japanischen Regisseur Shin'ya Tsukamoto.

Das 43. FILMSCHOOLFEST MUNICH findet voraussichtlich vom 15. bis 23. November 2024 statt.

Beteiligungen

Keine

Geschäftsführung

Christoph Gröner seit 01.10.2023

Diana Iljine bis 30.09.2023

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus 15 Mitgliedern. Für die Wahl des Aufsichtsrates werden von der Landeshauptstadt München sechs Mitglieder, vom Freistaat Bayern sechs Mitglieder, von der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e.V. ein Mitglied und vom Bayerischen Rundfunk zwei Mitglieder vorgeschlagen.

Im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2024 gehörten dem Aufsichtsrat an:

Vorsitzende

Dr. Florian Herrmann, Staatsminister, Bayerische Staatskanzlei (seit 15.02.2024, Mitglied seit 01.02.2024)

Dr. Hans Michael Strepp, Ministerialdirektor, Bayerisches Staatsministerium für Digitales (vom 10.05.2023 bis 31.01.2024, zuvor stv. Vorsitzender)

Stv. Vorsitzende

Katrin Habenschaden, 2. Bürgermeisterin, Landeshauptstadt München (vom 10.05.2023 bis 07.11.2023, zuvor Vorsitzende)

Dominik Krause, 2. Bürgermeister, Landeshauptstadt München (seit 15.02.2024, Mitglied seit 22.01.2024)

Christian Sommer, Präsident der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e.V.

Weitere Mitglieder

Anton Biebl, Kulturreferent, Landeshauptstadt München

Daniel Curio, Ministerialrat, Bayerische Staatskanzlei

Dorothee Erpenstein, Geschäftsführerin, FilmFernsehFonds Bayern GmbH (seit 22.01.2024)

Stefan Feldmann, Abteilungsleiter, Bayerische Staatskanzlei (seit 01.02.2024)

Ulrike Grimm, Stadträtin, Landeshauptstadt München

Cornelia Grunert, Ministerialrätin, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat

Rebecca Klein, Ministerialrätin, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat

Marion Lüttig, Stadträtin, Landeshauptstadt München

Lars Mentrup, Stadtrat, Landeshauptstadt München

Dr. Florian Roth, Stadtrat, Landeshauptstadt München

Prof. Dr. Klaus Schaefer, ehem. Geschäftsführer, FilmFernsehFonds Bayern GmbH (bis 31.12.2023)

Carolin Stimmelmayer, Ministerialdirigentin, Bayerisches Staatsministerium für Digitales (bis 31.01.2024)

Björn Wilhelm, Programmdirektor Kultur, Bayerischer Rundfunk
Stefan Wittich, Leiter der HA Intendanz, Bayerischer Rundfunk

Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH

Helmut-Kohl-Allee 4
 53113 Bonn
 Telefon 0228 9171-0
 Telefax 0228 234154
 info@bundeskunsthalle.de
 www.bundeskunsthalle.de
 Gründungsjahr: 1989
 Beteiligung seit: 18.06.1998

Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Bundesrepublik Deutschland	25,55	60,98 %
Freistaat Bayern	1,02	2,44 %
alle anderen 15 Länder	15,30	36,58 %
Gesamt	41,87	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist es, die Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland zu betreiben und in der ehemaligen Bundeshauptstadt Bonn geistige und kulturelle Entwicklungen von nationaler und internationaler Bedeutung sichtbar zu machen, insbesondere durch Ausstellungen, die von der Gesellschaft veranstaltet oder – auch im Austausch – übernommen werden. Vor allem im Zusammenhang mit Ausstellungen kann die Gesellschaft auch Vorträge, Diskussionen, Film- und Musikaufführungen sowie andere Präsentationen veranstalten. Die Gesellschaft steht auch als Forum für Gespräche zwischen Persönlichkeiten aus Kunst, Kultur und Geistesleben sowie aus dem Bereich der Politik zur Verfügung.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Zur Aufgabe der Kunst- und Ausstellungshalle gehört es vor allem, sich allen Körperschaften der Bundesrepublik Deutschland (Bund, Länder und Gemeinden) für Ausstellungen aus unterschiedlichen Bereichen zu zeigen. Mit der Beteiligung an dieser Gesellschaft fördert der Freistaat Bayern die Kulturlandschaft. An der Beteiligung liegt weiterhin ein unmittelbares, wichtiges Interesse des Staates vor. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht ebenso gut oder besser auf andere Weise erreichen.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023*	2022	2021
Stammkapital	42	42	42
Bilanzsumme	2.382	4.541	2.038
Umsatzerlöse	1.982	1.413	951
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	133	135	126
- davon Männer	52	49	45
- davon Frauen	81	86	81

*vorläufige Angaben; der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 ist zum Zeitpunkt der Berichtserstellung noch nicht festgestellt

Geschäftsverlauf 2023

Entsprechend dem Gesellschaftszweck lag der Schwerpunkt der Tätigkeit der Kunst- und Ausstellungshalle im Geschäftsjahr 2023 in der Durchführung von elf Ausstellungen, wovon drei bereits im Vorjahr eröffnet wurden. Die Kunst- und Ausstellungshalle bereicherte die Ausstellungen mit vielfältigen Begleitprogrammen und präsentierte - wie in den Vorjahren - auch ausstellungsunabhängige Veranstaltungen.

Die Kunst- und Ausstellungshalle erzielte im Geschäftsjahr 2023 ein Jahresergebnis in Höhe von 0 Euro. Das Jahresergebnis ist ausgeglichen aufgrund der zum Jahr 2019 umgestellten Bilanzierungssystematik. Die bewilligten Zuwendungen werden nur noch in der im Wirtschaftsjahr abgerufenen und ausgegebenen Höhe ertragswirksam erfasst. Die jetzige Darstellung entspricht der Fehlbedarfsfinanzierung der Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH.

Die Umsatzerlöse aus dem laufenden Geschäftsbetrieb sind mit insgesamt 1.983 Tausend Euro gegenüber 1.413 Tausend Euro gestiegen. Das Haus war ganzjährig geöffnet. Die Zahl der Besucherinnen und Besucher stieg von 220.392 im Jahr 2022 auf 325.880. Die Zuwendungen des Bundes betragen im Geschäftsjahr 2023 19.997 Millionen Euro (gegenüber 18,2 Millionen Euro in 2022).

Die liquiden Mittel der Gesellschaft von 1.131 Tausend Euro weisen zum Bilanzstichtag einen gegenüber dem Vorjahr um 2.277 Tausend Euro niedrigeren Bestand auf. Vorrangig ist die Liquiditätslage von den Fördermitteln des Bundes aus der institutionellen und der projektbezogenen Förderung bestimmt, aber auch von der Akzeptanz und dem Erfolg der durchgeführten Ausstellungen. Die Eigenkapitalquote beträgt 1,7 Prozent (Vorjahr: 0,9 Prozent).

Laufende Entwicklung

Im Ausstellungsbereich werden 2024 insgesamt voraussichtlich elf Ausstellungsprojekte durchgeführt. Weitere Veranstaltungen werden im Rahmenprogramm zu den Ausstellungen und als eigenständige Veranstaltungen durchgeführt. Für die folgenden Jahre sind weitere Ausstellungsprojekte in Vorbereitung.

Die Gesellschaft ist als Zuwendungsempfängerin von der finanzpolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland in Bezug auf die Förderung von Kunst und Kultur abhängig. Des Weiteren unterliegt die Gesellschaft auf Grund ihrer Tätigkeit naturgemäß einer Anzahl von Risiken, die nicht von dem Erfolg der Ausstellungen und Veranstaltungen beim Publikum zu trennen sind. Die Höhe der Einnahmen hängt dabei im Wesentlichen von der Akzeptanz der einzelnen Projekte ab.

Beteiligungen

GID-Gesellschaft für infrastrukturelle Dienste mbH	20,00 %
--	---------

Geschäftsführung

Oliver Hölken

Dr. Eva-Christina Kraus

Kuratorium

Die Rechtmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung werden durch ein Kuratorium überwacht. Dieses besteht aus neun Mitgliedern. Fünf davon werden von der Gesellschafterin Bundesrepublik Deutschland, vier davon auf Vorschlag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder (KMK) entsandt.

Im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2024 gehörten dem Kuratorium an:

Vorsitzender

Ingo Mix, Amt der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Stv. Vorsitzende

Dr. Hildegard Kaluza, Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen (bis 30.04.2024)

Dr. Michael Reitemeyer, Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen (seit 06.06.2024)

Weitere Mitglieder

Anna Bartels, VLR I, Auswärtiges Amt

Susanne Bieler-Seelhoff, Abteilungsleiterin, Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein (bis 05.10.2023)

Dr. Johanna Börsch-Supan, Abteilungsleiterin, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bundesministerium für Bildung und Forschung

Claus Peter Boßmann, Ministerialdirigent, Abteilungsleiter, Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt (bis 05.10.2023)

Brigitte Faber-Schmidt, Abteilungsleiterin, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Brandenburg (seit 06.10.2023)

Corinna Fischer, Abteilungsleiterin für Kultur und Erwachsenenbildung Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur (seit 06.10.2023)

Elke Harjes-Ecker, Ministerialdirigentin, Abteilungsleiterin, Thüringer Staatskanzlei, Abteilung Kultur und Kunst (bis 05.10.2023)

Senatsrat Dr. Andreas Mackeben, Abteilungsleiter, Senator für Kultur der Freien Hansestadt Bremen (seit 06.10.2023)

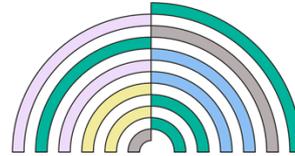
Dr. Peter Müller, Amt der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Dr. Stephanie Schulz-Hombach, Ministerialdirigentin, Abteilungsleiterin, Amt der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Programmrat

Die Gesellschaft hat einen Programmrat, der die Organe der Gesellschaft fachlich berät. Die Mitglieder des Programmrats werden vom Kuratorium berufen. 2023 konstituierte sich der Programmrat neu und verfügt aktuell über neun Mitglieder.

**Stiftung Haus der Kunst München,
gemeinnützige Betriebsgesellschaft mbH**



Prinzregentenstraße 1
80538 München
Telefon 089 21127-0
Telefax 089 21127-157
mail@hausderkunst.de
www.hausderkunst.de
Gründungsjahr: 1992
Beteiligung seit: Gründung

Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern (bis 09.05.2023: 78,00 %)	43,68	84,00 %
Gesellschaft der Freunde der Stiftung HdK e. V.	8,32	16,00 %
Gesamt	52,00	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung von Kunst und Kultur durch den Betrieb des Hauses der Kunst in München als Ausstellungshalle und Ort kultureller Veranstaltungen. Der Gesellschaft wurden zudem Aufgaben der Verwaltung des Hauses der Kunst übertragen.

In Verfolgung dieses Ziels soll die Gesellschaft herausragende Ausstellungen, wissenschaftlichen Diskurs auf internationalem Niveau sowie Kunstvermittlung und kulturelle Programme durchführen und so das Haus der Kunst als einen Ort kultureller Veranstaltungen für ein möglichst breites Publikum zugänglich machen.

Der Freistaat Bayern hat ein hohes Interesse an einer vielfältigen Kulturlandschaft. Das Haus der Kunst stellt dabei als ein weltweit beachtetes Zentrum für zeitgenössische Kunst eine wichtige Institution des Freistaats Bayern dar. Aufgrund der hohen Bedeutung der Institution für das nationale und internationale Kunst- und Kulturangebot im Allgemeinen sowie den Kulturstandort München im Besonderen ist eine Beteiligung des Freistaats erforderlich.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	963	1.985	2.812
Bilanzsumme	2.101	2.908	3.758
Eigenkapitalquote (in %)	45,81	68,25	74,81
Umsatzerlöse	2.649	2.894	1.506
Zuschüsse des Freistaats Bayern	5.028	4.428	5.891
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-1.023	-827	101
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)*	88	81	80
- davon Männer	34	35	36
- davon Frauen	54	46	44

* überwiegend im Teilzeitverhältnis

Geschäftsverlauf 2023

Im Geschäftsjahr 2023 lag der Schwerpunkt der Tätigkeit im Bereich der Vorbereitung und Durchführung von insgesamt 16 Ausstellungen, wovon zwei bereits im Jahr 2022 eröffnet wurden. Für das gesamte Geschäftsjahr prägend war die Ausstellung „In anderen Räumen. Environments von Künstlerinnen 1956 - 1976“, bei der die Arbeiten von elf Künstlerinnen aus drei Generationen präsentiert wurden. Die Gruppenausstellung ist mit durchschnittlich 1.000 Besuchern am Tag die meist besuchte Ausstellung der jüngeren Zeit des Hauses der Kunst. Aufgrund ihres partizipativen Charakters, ihrer Zugänglichkeit aber auch Niedrigschwelligkeit wurde die Ausstellung von einem sehr breiten Spektrum an Besucherinnen und Besuchern besucht, vor allem auch von Familien mit Kindern, Schulklassen und jungen Menschen.

Das Haus der Kunst ergänzt Ausstellungen mit vielfältigen Begleitprogrammen und präsentiert – wie in den Vorjahren – auch ausstellungsunabhängige Veranstaltungen (Reihen TUNE und ECHOES als elementarer Bestandteil der neuen künstlerischen Ausrichtung des Hauses).

Nach einer Steigerung der Erträge aus Eintrittsgeldern von 453 Tausend Euro in 2021 auf 1,2 Millionen Euro in 2022 liegen die Erträge in 2023 auf Vorjahresniveau. Dabei wurden aufgrund der Erfolge der Ausstellung Environments unter den Erwartungen gebliebene Ausstellungen wie „Trace – Formations of Likeness“ kompensiert.

Der Jahresfehlbetrag fiel – nach einer Erhöhung des Zuschusses durch das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst um 600 Tausend Euro auf 5,028 Millionen Euro im Herbst 2023 zum teilweisen Ausgleich des Defizits – mit über 1 Million Euro deutlich höher aus als prognostiziert, insbesondere aufgrund deutlich geringer als erwarteten eigenerwirtschafteten Einnahmen beziehungsweise Umsatzerlösen, insbesondere aus Vermietung und Verpachtung.

Im Zuge des Ausscheidens des Künstlerverbands im Haus der Kunst München (vormals Ausstellungsleitung Große Kunstausstellung im Haus der Kunst München) e. V. am 10. Mai 2023 wurden dessen gesamte Geschäftsanteile an den Freistaat Bayern abgetreten.

Laufende Entwicklung

Im ersten Halbjahr 2024 lag der Schwerpunkt des Besucherinteresses neben der bis März laufenden Ausstellung „In anderen Räumen. Environments“ auf „Rebecca Horn“. Die Ausstellung folgt dem Performativen, also erstmalig den choreografischen Aspekten, im Werk der Künstlerin.

Für das Jahr 2024 erwartet die Geschäftsführung einen Ausgabenüberschuss in Höhe von rund 850 Tausend Euro. Im Doppelhaushalt 2024/2025 ist für 2024 eine Erhöhung des jährlichen Zuschusses auf 6,085 Millionen Euro zur Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf vorgesehen.

Beteiligungen

Keine

Geschäftsführung

Bianca Knall seit 01.02.2024

Dr. Andrea Lissoni

Wolfgang Orthmayr bis 29.11.2023

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat wurde im Rahmen einer Satzungsänderung in 2023 auf fünf Mitglieder verkleinert. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden von den einzelnen Gesellschaftern entsandt.

Im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2024 gehörten dem Aufsichtsrat an:

Vorsitzende

Angelika Kaus, Ministerialdirigentin, Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst (seit 01.06.2023, zuvor stv. Vorsitzende)

Markus Blume, MdL, Staatsminister, Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst (bis 15.05.2023)

Stv. Vorsitzende

Dr. Martin Schweiger, Regierungsdirektor, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat (seit 31.01.2024)

Thilo Scheidt, Ministerialrat, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat (von 01.06.2023 bis 16.01.2024, zuvor Mitglied)

Weitere Mitglieder

Dr. Alexandra Gräfin von Arnim, Vorstandsvorsitzende, Gesellschaft der Freunde der Stiftung Haus der Kunst München e. V. (von 12.01.2023 bis 25.05.2023)

Dr. Bertold Gaede, Schatzmeister, Gesellschaft der Freunde der Stiftung Haus der Kunst München e. V.

Dr. Paul-Bernhard Kallen, Verwaltungsratsvorsitzender der Hubert Burda Media Holding KG

Berkan Karpát, Künstlerverband im Haus der Kunst e.V. (bis 31.01.2023)

Prof. Dr. Angelika Nollert, Direktorin der Neuen Sammlung München

Jens Spudy, Vorstandsmitglied, Gesellschaft der Freunde der Stiftung Haus der Kunst München e.V. (bis 12.01.2023)

Nicht erwerbswirtschaftliche Unternehmen

Sonstige Dienstleistungsunternehmen



Berufsförderungswerk München; gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Kirchseeon
byte – Bayerische Agentur für Digitales GmbH, München
Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH (DAkKS), Berlin
DRM – Datenraum Mobilität GmbH, München
Gemeinnützige Gesellschaft zur Förderung und Durchführung der Bayerisch-Tschechischen Freundschaftswochen Selb 2023 mbH in Liquidation (Selb 2023 gGmbH i.L.), Hof
Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern mbH (GAB), München
Sicherheitsgesellschaft am Flughafen München mbH, München
Sicherheitsgesellschaft am Flughafen Nürnberg mbH, Nürnberg
Stiftung Bayerisches Amerikahaus gemeinnützige GmbH – Bavarian Center for Transatlantic Relations, München
ZESAR – Zentrale Stelle zur Abrechnung von Arzneimittelrabatten GmbH, Köln

**Berufsförderungswerk München
gemeinnützige Gesellschaft
mit beschränkter Haftung**



Moosacher Straße 31
85614 Kirchseeon
Telefon 08091 51-0
Telefax 08091 51-1000
info@bfw-muenchen.de
www.bfw-muenchen.de
Gründung: 28.06.1968
Beteiligung seit: 10.02.1971

Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	511,22	3,66 %
Deutsche Rentenversicherung Bayern Süd	5.647,56	40,43 %
Deutsche Rentenversicherung Nordbayern	4.392,56	31,45 %
Deutsche Rentenversicherung Schwaben	1.882,56	13,48 %
Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg	511,22	3,66 %
Deutsche Rentenversicherung Bund	1.022,58	7,32 %
Gesamt	13.967,70	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines gemeinnützigen Berufsförderungswerkes als ein soziales Dienstleistungsunternehmen.

Zweck der Gesellschaft und der Beteiligung sind die Förderung der Berufsbildung, die Förderung des Wohlfahrtswesens, die Förderung der Hilfe für Menschen mit Behinderung sowie die Verfolgung mildtätiger Zwecke.

Die Gesellschaftszwecke werden verwirklicht insbesondere durch Maßnahmen, die der Fürsorge für hilfsbedürftige Menschen im Sinne des § 53 AO dienen, sowie durch die Unterhaltung einer Einrichtung der beruflichen Rehabilitation für stationäre und ambulante Leistungen im Sinne des § 51 SGB IX. Hierbei werden die erforderlichen Leistungen erbracht, um die Erwerbsfähigkeit behinderter und von Behinderung bedrohter Menschen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zu erhalten, zu verbessern, herzustellen und wiederherzustellen und ihre Teilhabe am Arbeitsleben möglichst auf Dauer zu sichern.

Die Gesellschaftszwecke werden auch verwirklicht durch die Beschaffung von Mitteln und deren Weiterleitung im Sinne des § 58 Nr. 1 AO für die in § 3 Absatz 3 dieser Satzung genannten Zwecke.

Soweit Maßnahmenplätze durch den in Absatz 4 genannten Personenkreis nicht ausgelastet sind, können nichtbehinderte Menschen zur beruflichen Qualifizierung

aufgenommen werden. Die Aufnahme behinderter oder von Behinderung bedrohter Menschen hat Vorrang.

Die Einrichtung verfügt über 700 Ausbildungs- und 446 Wohnheimplätze und gehört zu einem Netz von 28 Berufsförderungswerken, die sich zum "Bundesverband deutscher Berufsförderungswerke e. V." zusammengeschlossen haben. Diese Kooperation ermöglicht die flächendeckende Betreuung der Rehabilitanden und Rehabilitandinnen durch öffentlich geförderte Einrichtungen.

Mit der Beteiligung fördert der Freistaat Bayern die Teilhabe von Menschen mit Behinderung im Arbeitsleben. An der Beteiligung liegt weiterhin ein unmittelbares, wichtiges Interesse des Staats vor. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht ebenso gut oder besser auf andere Weise erreichen.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023*	2022	2021
Eigenkapital	52.991	54.363	54.873
Bilanzsumme	58.206	59.488	60.736
Eigenkapitalquote (in %)	91,04	91,38	90,35
Umsatzerlöse	23.898	24.118	24.559
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-1.371	-510	-337
Umsatzrentabilität (in %)	-5,74	-2,11	-1,37
Eigenkapitalrentabilität (in %)	-2,59	-0,94	-0,61
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	254	236	243
- davon Männer	119	104	114
- davon Frauen	135	132	129

* Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 ist zum Zeitpunkt der Berichtserstellung noch nicht festgestellt.

Geschäftsverlauf 2023

Die Betriebsleistung bei den Reha-Verrechnungstagen lag unter dem Vorjahresergebnis, sowohl im Haupthaus in Kirchseeon als auch in den Geschäftsstellen. Mit ursächlich für die Abweichungen in der Betriebsleistung sind weiterhin die Nachwirkungen der Pandemie. Der stabile Arbeitsmarkt sorgt überdies deutschlandweit für eine reduzierte Nachfrage in der beruflichen Rehabilitation.

Das Reha-Zentrum verzeichnete bei der Belegung von Qualifizierungsmaßnahmen, Vorbereitungskursen und Reha-Assessment einen Rückgang um 7,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. In den Geschäftsstellen sank die Belegung um 2,7 Prozent gegenüber dem Jahr 2022. Im Geschäftsjahr 2023 hat das Berufsförderungswerk München einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.371 Tausend Euro zu verzeichnen.

Laufende Entwicklung

Gegenüber den ersten sechs Monaten des Vorjahres hat sich die Belegung der Haupt-, Rehavorbereitungs- und Assessment-Maßnahmen am Firmensitz in Kirchseeon um 6,2 Prozent vermindert. Die Geschäftsstellen sind um 4,8 Prozent weniger ausgelastet als im Vergleichszeitraum. Das Internat ist im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 Prozent geringer ausgelastet.

Im Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2024 wird von einem Rückgang der Belegungszahlen für das Reha-Zentrum und die Geschäftsstellen in Höhe von 12 Prozent gegenüber dem Vorjahresplan ausgegangen. Grundlage dafür waren Antragszahlen von Kostenträgern der beruflichen Rehabilitation.

Durch das weiterhin niedrige Niveau der Belegungszahlen und die ansteigenden Gesamtaufwendungen wird mit einem höheren Jahresfehlbetrag (im unteren 2-stelligen Prozentbereich) im Vergleich zum Vorjahr gerechnet. Aufgrund der weltpolitischen Lage, wird weiterhin eine inflationäre Preisentwicklung und damit einhergehend eine Erhöhung im Materialaufwand erwartet. Insbesondere beim Aufwand für Strom und Erdgas wird mit einer Steigerung um 19,7 Prozent gegenüber dem Vorjahresergebnis gerechnet. Der geplanten Erhöhung im Bereich Personalaufwand in Höhe von 13 Prozent liegt die Entwicklung des TVöD zugrunde. Die Zinsentwicklung auf dem Geldmarkt wird das Jahresergebnis in 2024 positiv beeinflussen.

Die schwierige Situation im persönlichen Umfeld vieler Teilnehmender, die die Pandemie ausgelöst hat, hat während der Pandemie zu einem Anstieg der Abbruchquote geführt, das wird in Folge auch im Jahr 2024 zu reduzierten Einnahmen im BFW führen. Um diesen Trend entgegenzuwirken erfolgen laufende Anpassungen an das Angebotsportfolio. Zur Erschließung eines neuen Kundenkreises wird im Bereich der Qualifizierung das Ausbildungsangebot um den Beruf Kaufmann/-frau im E-Commerce erweitert. In 2024 ist die Gründung eines Beruflichen Trainingszentrums (BTZ) am Standort Kirchseeon geplant.

Im Bereich Hotel Bildungsblick hat das Jahr 2024 mit einer leicht verbesserten Buchungslage im Vergleich zum Vorjahr begonnen. Insbesondere drei große Fachmessen im ersten Halbjahr 2024, die Spiele anlässlich der Fußball Europameisterschaft sowie mehrere Konzertgroßveranstaltungen im Sommer in München versprechen eine gute Auslastungsrate.

Nach der Genehmigung der Ersatz- und Neubaumaßnahmen am Standort Kirchseeon durch das Landratsamt Ebersberg erfolgte der Spatenstich für den offiziellen Beginn der Baumaßnahmen im Herbst 2021. Zwischenzeitlich ist die Rohbauphase

abgeschlossen und die Fertigstellung des ersten Bauabschnitts ist für den Sommer 2025 geplant.

Beteiligungen

IFD München und Freising gGmbH	25,11 %
Berufsförderungswerk Leipzig gGmbH	5,00 %

Geschäftsführung

Günther Renaltner

Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat besteht aus acht Mitgliedern. Der Freistaat Bayern entsendet ein Mitglied. Jeweils zwei Mitglieder entsenden die Deutsche Rentenversicherung Bayern Süd und die Deutsche Rentenversicherung Bund. Jeweils ein Mitglied wird von der Deutschen Rentenversicherung Nordbayern, der Deutschen Rentenversicherung Schwaben und der Deutschen Rentenversicherung Baden-Württemberg entsandt.

Im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2024 gehörten dem Verwaltungsrat an:

Vorsitzender

Rüdiger Alfery, Mitglied der Geschäftsführung, Deutsche Rentenversicherung Bayern Süd

Stv. Vorsitzender

Bernd Schön, Erster Direktor, Deutsche Rentenversicherung Schwaben

Weitere Mitglieder

Werner Krempl, Erster Direktor, Deutsche Rentenversicherung Nordbayern

Andreas Schwarz, Erster Direktor, Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg

Andreas Konrad, Abteilungsleiter, Deutsche Rentenversicherung Bund

Jan Döhler, Oberregierungsrat, Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales

Florian Bronner, Deutsche Rentenversicherung Bayern Süd

Hans-Werner Veen, Deutsche Rentenversicherung Bund

Sonstige Aufsichtsgremien

- Dem Arbeitsausschuss des Verwaltungsrates gehören nach § 2 der Geschäftsordnung des Verwaltungsrates vom 20. Juli 1995 drei Mitglieder an.
- Der Ausschuss der Gesellschafterversammlung zur Prüfung und Abnahme der Jahresrechnung besteht aus zwei Mitgliedern.

byte - Bayerische Agentur für Digitales GmbH

Oskar-von-Miller-Ring 35
80333 München
Telefon 0162 1349906
kontakt@byte.bayern
www.byte.bayern
Gründungsjahr: 2021
Beteiligung seit: Gründung



Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	25,00	100,00 %
Gesamt	25,00	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Gegenstand der byte – Bayerische Agentur für Digitales GmbH ist die Erbringung von Unterstützungs- und Beratungsleistungen, um die digitale Transformation in Bayern zu fördern und voranzutreiben.

Mit der Beteiligung an der byte als digitale Beratungs- und Unterstützungseinheit der Staatsregierung werden moderne Methoden der Digitalwirtschaft in den staatlichen Bereich übertragen und es wird dauerhaft eigener „digitaler“ Sachverstand aufgebaut. In der Digitalwirtschaft ist die Rechtsform der GmbH gängige Praxis und daher potenziellen Mitarbeitern vertraut. Vor diesem Hintergrund und im Hinblick auf die agile Arbeitsweise und die erforderliche Flexibilität sowie die notwendige Attraktivität für geeignetes Personal, wurde die Digitalagentur in der Rechtsform der GmbH im Zuständigkeitsbereich des Staatsministeriums für Digitales gegründet. Sie hat im Jahr 2022 erfolgreich ihre Arbeit aufgenommen.

Mit digitalem Know-how, agilen Methoden und einem starken Netzwerk soll die byte die Ressorts und nachgeordnete Bereiche bei digitalen Projekten, Produkten und Prozessen beraten und unterstützen – von der Markterkundung über Ausschreibungen und das Projektmanagement bis hin zum Betrieb.

Der angestrebte Zweck lässt sich nicht ebenso gut oder besser auf andere Weise erreichen.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022
Eigenkapital	25	25
Bilanzsumme	1.833	1.762
Eigenkapitalquote (in %)	1,4	1,42
Ertragszuschüsse	8.443	2.506
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	60	18
- davon Männer	25	6
- davon Frauen	35	12

Geschäftsverlauf 2023

Das Geschäftsjahr 2023 war das erste vollständige Geschäftsjahr der Gesellschaft. Der Fokus lag darauf, Mitarbeiter für zentrale Stellen und die Projektumsetzung zu gewinnen sowie die operative Tätigkeit in Digitalprojekten auszubauen.

Hinsichtlich der operativen Tätigkeit der byte sind insbesondere Beratungs- und Unterstützungsleistungen in den Projekten FAZID (Fördermodernisierung), Screening der Geschäftsprozesse, Digitalschmiede, Cloud Competence Center sowie das Open Data Portal hervorzuheben.

Laufende Entwicklung

Der Fokus der Digitalagentur für das Geschäftsjahr 2024 liegt weiterhin auf den großen laufenden Digitalprojekten und Produkten. Zusätzlich wird das bestehende Angebotsportfolio kontinuierlich auf die Bedarfe der Ressorts und die technologische Entwicklung angepasst.

Im Projekt FAZID schreitet die Entwicklung des Konfigurators mit den ersten drei Förderprogrammen voran. Das open.bydata Portal ist auf mehr als 6.500 offene Datensätze von über 75 Bereitstellern angewachsen. Im Programm Digitalschmiede wurden im ersten Halbjahr sowohl die Themen als auch die Fellows für den nächsten Durchlauf ab Sommer 2024 ausgewählt. Das Team des Cloud Competence Centers hat eine Basis-Infrastruktur erstellt und kann in dieser bereits Prototypen betreiben. Die byte führt zudem insbesondere bei den Ressorts eine KI-Roadshow durch, die dem Wissensaufbau und einer praxisnahen Auseinandersetzung der bayerischen Staatsverwaltung mit Künstlicher Intelligenz sowie Identifikation von Bedarfen und möglicher Anwendungsfälle dient.

Zum 30. Juni 2024 hatte die byte 61 Beschäftigte.

Beteiligungen

Keine

Geschäftsführung

Thorsten Kühnel

Antonia Zierer

Aufsichtsrat

Keiner

Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH (DAkKS)

Spittelmarkt 10
10117 Berlin
Telefon 030 670591-0
Telefax 030 670591-90
kontakt@dakks.de
www.dakks.de
Gründung: 16.10.2009
Beteiligung seit: 22.08.2011



Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	4,17	11,12 %
Bundesrepublik Deutschland	12,50	33,33 %
Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.	12,50	33,33 %
Freie und Hansestadt Hamburg	4,17	11,12 %
Land Nordrhein-Westfalen	4,16	11,10 %
Gesamt	37,50	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Gegenstand der Gesellschaft ist die Durchführung von Akkreditierungsaufgaben nach dem Gesetz über die Akkreditierungsstelle vom 31. Juli 2009 (Akkreditierungsstellengesetz) auf der Grundlage der Beleihung nach § 8 Akkreditierungsstellengesetz. Die DAkKS begutachtet, bestätigt und überwacht als unabhängige Stelle Konformitätsbewertungsstellen – wie Laboratorien, Inspektions- und Zertifizierungsstellen – auf ihre Fachkompetenz hin, Produkte, Dienstleistungen oder Personen danach zu beurteilen, ob für diese festgelegte Anforderungen (z.B. in EN-Normen) erfüllt werden.

Mit ihrer hoheitlichen Tätigkeit ist sie nicht gewinnorientiert ausgerichtet und unterliegt dem deutschen Verwaltungsrecht. Sie erhebt für ihre Amtshandlungen Gebühren. Die von den Konformitätsbewertungsstellen für die jeweilige Amtshandlung zu entrichtenden Gebühren ergeben sich aus der Akkreditierungsstellengebührenverordnung (AkkStelleGebV, BGBl. 2017 Teil I Nr. 77, S. 3877).

Mit der Beteiligung fördert der Freistaat Bayern die Weiterentwicklung des Akkreditierungswesens und hiermit im Rahmen des Akkreditierungssystems die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns. Die nationale Akkreditierungsstelle der Bundesrepublik Deutschland DAkKS arbeitet insbesondere auch mit der Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS) als Organisationseinheit des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz eng zusammen. An der Beteiligung liegt

weiterhin ein unmittelbares, wichtiges Interesse des Staates vor. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht ebenso gut oder besser auf andere Weise erreichen.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023*	2022	2021
Eigenkapital	9.140	9.397	8.571
Bilanzsumme	42.989	40.659	35.438
Eigenkapitalquote (in %)	23,5	26,4	24,18
Umsatzerlöse	48.028	43.145	35.128
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-38	826	2.307
EBITDA	1.030	1.906	3.750
Umsatzrentabilität (in %)	-0,07	1,9	17,27
Eigenkapitalrentabilität (in %)	-0,40	8,8	30,45
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	294	254	239
- davon Männer	117	101	98
- davon Frauen	177	153	141

* Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 ist zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht festgestellt.

Geschäftsverlauf 2023

Im Geschäftsjahr 2023 wurde durch die Gesellschaft ein Umsatz von 48.028 Tausend Euro (2022: 43.145 Tausend Euro) erwirtschaftet. In den Umsatzerlösen sind auch die Zuwendungen des Bundes für Gremientätigkeiten in Höhe von 1.289 Tausend Euro (2022: 1.097 Tausend Euro) enthalten. Die sonstigen betrieblichen Erträge (ohne periodenfremde Erträge) betragen 1.204 Tausend Euro (2022: 759 Tausend Euro). Die Summe aus Umsatz, in Arbeit befindlichen Aufträgen und sonstigen betrieblichen Erträgen beläuft sich auf 53.165 Tausend Euro (2022: 46.404 Tausend Euro). Den Umsatzerlösen und sonstigen betrieblichen Erträgen stehen Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von 24.86 Tausend Euro (2022: 20.350 Tausend Euro) und Personalaufwendungen von 18.874 Tausend Euro (2022: 21.718 Tausend Euro) gegenüber. Die verstärkte Durchführung von Systembegutachtungen durch externe Begutachter aufgrund der erheblichen Bindung interner Ressourcen innerhalb der DAkkS für die Einarbeitung neuer Mitarbeitender und für die Neuorganisation der Verfahrenszuordnung einschließlich der fachbereichsbezogenen Differenzierung nach Teilkunden für Akkreditierungen hatte eine Steigerung der Fremdleistungen in 2023 zur Folge. Der Anstieg der Personalaufwendungen ist in erster Linie auf die Tarifierhöhung 2023, planmäßige Höherstufungen und Höhergruppierungen gemäß einer Gesamtbetriebsvereinbarung sowie auf Neueinstellungen während des Geschäftsjahres 2023 über alle Abteilungen hinweg zurückzuführen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um 346 Tausend Euro gestiegen.

Der Antragseingang in 2023 liegt mit insgesamt 1.909 Anträgen unter der Zahl der Eingänge in 2022 (2.023 Anträge). Die sinkende Gesamtzahl der Anträge resultiert im Wesentlichen aus der weiter sinkenden Anzahl der Anträge auf Reakkreditierung aufgrund der Entfristung der Verfahren im Vergleich zum Vorjahr (- 63,5 Prozent). Die Anzahl der Anträge auf Erstakkreditierung ist leicht gesunken (- 4,5 Prozent) und die Anzahl von Anträgen für Änderungen und Erweiterungen nahezu gleichgeblieben (- 1 Prozent).

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2023 wesentlich durch eine Verschlechterung der Standortbedingungen und somit der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft geprägt. Hierbei sind insbesondere die gestiegenen Energie- und Rohstoffpreise, die Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und die rückläufigen Exporte zu nennen. Für die DAkkS führte diese Entwicklung auch in 2023 zu spürbar höheren Beschaffungskosten bei Dienstleistungen und Erzeugnissen. Die Energiekosten sowie die an die Inflation gekoppelten Mietkosten liegen deutlich über den in der aktuellen Gebührenerkalkulation veranschlagten Werten.

Das von regionalen Konflikten geprägte geopolitische Umfeld führte zu steigenden Unsicherheiten in Bezug auf die Geschäftstätigkeit der DAkkS im Drittland. Als Folge des Krieges zwischen Russland und der Ukraine bestehen aktuell keine aktiven Geschäftsbeziehungen mehr zu russischen und belarussischen Konformitätsbewertungsstellen.

Im Jahr 2023 wurden innerhalb der DAkkS die Maßnahmen und Projekte zur Umsetzung der strategischen Initiative „Anpassung der Aufbauorganisation“ abgeschlossen. Hiermit verbunden war die Einführung des angepassten Akkreditierungsprozesses.

Die in 2022 begonnene Entwicklung des Akkreditierungsportals (DAkkS-PORT) wirkte sich nur teilweise ergebnisbelastend aus, da es sich zu großen Teilen um ein mit Zuwendungen des Bundes gefördertes Projekt gehandelt hat und ein Großteil der in 2023 seitens der DAkkS selbst getragenen Kosten als immaterielles Anlagevermögen zum Zeitpunkt der Einführung aktiviert wurde.

Die DAkkS konnte das Geschäftsjahr nicht mit einem positiven Jahresergebnis abschließen. Es mussten wesentlich mehr Fremdleistungen als geplant beauftragt werden und gleichzeitig wurden gegenüber der Businessplanung weniger abrechenbare Stunden von DAkkS Mitarbeitenden erbracht.

Nachdem aus Bilanzgewinnen der bisherigen Geschäftstätigkeit der DAkkS aus Vorjahren in 2023 insgesamt 8.404 Tausend Euro in die satzungsmäßigen Rücklagen überführt wurden, ist bei der DAkkS somit ein Bilanzverlust in Höhe von

– 38 Tausend Euro zum 31. Dezember 2023 entstanden. Die Ausstattung der Gesellschaft mit Eigenkapital hat sich dementsprechend verschlechtert.

Laufende Entwicklung

Im Bereich der Prüfung neuer Akkreditierungsprogramme war das Geschäftsjahr 2023 weiterhin geprägt von der Abarbeitung des vormaligen Arbeitsrückstands. Im Jahr 2023 wurden 17 neue Anträge aus unterschiedlichsten Anwendungsgebieten eingereicht.

Die Programme unter der Norm für Produktzertifizierung DIN EN ISO/IEC 17065 bilden weiterhin den größten Teil der Anträge.

Beteiligungen

Keine

Geschäftsführung

Dr. Stephan Finke

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus neun Mitgliedern. Es werden jeweils drei Mitglieder von der Gesellschafterin Bundesrepublik Deutschland, gemeinsam von den beteiligten Bundesländern und gemeinsam von den privatrechtlichen Gesellschaftern entsandt.

Im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2024 gehörten dem Aufsichtsrat an:

Vorsitzender

Bernd Kowalski, Abteilungsleiter a. D., Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik

Stv. Vorsitzende

Dr. Thomas Holtmann, Abteilungsleiter, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

Susann Friederichs, Amtsleiterin des Amtes für Verbraucherschutz, Behörde für Justiz und Verbraucherschutz Hamburg

Weitere Mitglieder

Monika Buchreiter-Schulz, Ministerialdirigentin, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz

Dominique-André Busch, Referatsleiter, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen

Dr.-Ing. Sandra Drechsler, Abteilungsleiterin, Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V.

Dr.-Ing. Prof. Frank Härtig, Vizepräsident, Physikalisch Technische Bundesanstalt

Thilo Höchst, Abteilungsleiter, Verband der Chemischen Industrie e.V.

Dr. Christine Kahlen, Unterabteilungsleiterin, Referat VIB, Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (bis 29.02.2024)

Beirat

Neben dem Aufsichtsrat ist ein Beirat der Deutschen Akkreditierungsstelle GmbH eingerichtet, in dem die beteiligten Kreise vertreten sind.

DRM Datenraum Mobilität GmbH

Karolinenplatz 4 c/o acatech - Deutsche Akademie der Technikwissenschaften e.V.
 80333 München
 Telefon +49 (0)89/52 03 09-0
 info@mobility-dataspace.eu
 www.mobility-dataspace.eu/de
 Gründungsjahr: 2021
 Beteiligung seit: 01.09.2022



Mobility
Data Space

Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
acatech Stiftung	19,00	76,00 %
Unternehmen aus Mobilitätssektor	4,50	18,00 %
Baden-Württemberg	0,50	2,00 %
Freistaat Bayern	0,50	2,00 %
Nordrhein-Westfalen	0,50	2,00 %
Gesamt	25,00	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Gegenstand der Gesellschaft ist die Trägerschaft des Datenraums Mobilität, eines offenen, nutzerfreundlichen, innovativen und umfassenden Ökosystems für mobilitätsrelevante Daten. Dazu gehören Leistungen wie das Bereitstellen einer Vertrauensinfrastruktur (also der Prüfung der Identität der Teilnehmer, Prüfung von Konnektoren u.a.), das Angebot von Konnektoren, das Angebot von Broker Services (also eines Datenkatalogs, in dem die Teilnehmer Datenbeschreibungen und Nutzungsbedingungen eintragen können) und sämtliche Zusatzleistungen, Dienste sowie Neu- und Weiterentwicklungen, die für ein Ökosystem für Mobilitätsdaten nützlich sein können. Ein zentraler Schwerpunkt besteht darin, die Akteure der Domäne Mobilität zusammenzubringen, Vertrauen zu schaffen und eine dynamische Nutzergemeinschaft zu generieren, die gemeinsam neue Lösungen in der Mobilität entwickelt.

Als eines der führenden Autoländer hat Bayern ein wichtiges Interesse, Innovation und Fortschritt in der Mobilitätsbranche zu begleiten sowie die Entstehung neuer, datengetriebener Geschäftsmodelle in diesem Segment zu fördern. Insbesondere existiert keine vergleichbare Beteiligung.

Die Entwicklung, Einrichtung und der Betrieb von zukunftssträchtigen Datenräumen ist ein wichtiges Thema der künftigen Industriepolitik und ein wesentlicher Schwerpunkt der Datenstrategien in der EU und im Bund. Durch die Beteiligung am Datenraum Mobilität bietet sich für den Freistaat die Möglichkeit, die Entwicklung der Da-

tenökonomie mitzugestalten und an einer Blaupause für die Einrichtung der weiteren, in verschiedenen Sektoren von der EU geplanten, Datenräume mitzuwirken. Diese Vorteile lassen sich derzeit nicht ebenso gut oder besser ohne eine staatliche Beteiligung erreichen.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022
Eigenkapital	1.188	627
Bilanzsumme	2.475	1.989
Umsatzerlöse	2.700	2.700
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	561	650
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	14	13
- davon Männer	8	9
- davon Frauen	6	4

Geschäftsverlauf 2023

Der Datenraum Mobilität befindet sich in der Aufbau- und Skalierungsphase. Im Geschäftsjahr 2023 erfolgte die Weiterentwicklung der Infrastruktur, die Gewinnung von weiteren Teilnehmern, die Befüllung des Datenkatalogs, die Umsetzung von Mobilitätslösungen. Ende 2023 verzeichnet der Datenraum mehr als 170 Teilnehmer, die einen Teilnahmevertrag unterzeichnet haben. Über den Datenraum sind verschiedene Datenangebote verfügbar. Weitere Angebote sind in Vorbereitung, etwa durch die Anbindung weiterer Datenkategorien aus der Mobilithek oder die Anbindung weiterer Datenplattformen. Zudem konnten mehrere Anwendungen produktiv gesetzt werden. Weitere, vor allem komplexe, Anwendungen mit vielen Akteuren befinden sich in der Vorbereitung (z. B. Anwendungen zum Thema Versicherungen oder Flottenmanagement). Ein Schwerpunkt lag im Jahr 2023 auf der Aktivierung und Unterstützung der Community bei der Generierung von Datenangeboten und Anwendungen. Diese Schwerpunktsetzung wird fortgeführt.

Laufende Entwicklung

Die Entwicklung im Bereich der Datenräume bleibt dynamisch. Die Infrastruktur wird kontinuierlich an die Entwicklung angepasst und neue Funktionalitäten werden umgesetzt. Zudem unterstützt die Gesellschaft die Teilnehmer durch eine aktive Kundenbetreuung, gibt Hilfestellung bei der Umsetzung von mehrseitigen Anwendungen und bietet zunehmend Zusatzleistungen an. Ziel ist dabei insbesondere, durch gemeinsame Anstrengungen auch ein Lernen der Teilnehmer zu ermöglichen und zusammen Lösungen mit Hilfe von Daten zu entwickeln. Darüber hinaus gilt es, die Anbindung der Mobilithek fortzuführen und weitere Datenräume anzubinden. Entscheidend sind dabei der Aufbau einer Kundengemeinschaft, die Vernetzung und vertrauensschaffende Maßnahmen seitens des Datenraums. Die Grundlagen für die Einführung von Nutzungsgebühren wurden bereits gelegt; im Fokus steht nun

die strategische Weiterentwicklung des Datenraums in Deutschland, aber auch Europa (z. B. European Mobility Data Space, EMDS).

Beteiligungen

Keine

Geschäftsführung

Manfred Rauhmeier

Michael Schäfer

Dr. Tobias Miethaner bis 31.03.2024

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus bis zu fünfzehn Mitgliedern, die von der Generalversammlung gewählt werden. Im Jahr 2023 bestand der Aufsichtsrat aus bis zu dreizehn Mitgliedern. Die Amtszeit beträgt jeweils fünf Geschäftsjahre, eine erneute Bestellung ist zulässig.

Im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2024 gehörten dem Aufsichtsrat an:

Vorsitzender

Karl-Heinz Streibich, acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften

Stv. Vorsitzender

Frank Riemensperger, acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften

Weitere Mitglieder

Christian Buchbauer, HERE Deutschland GmbH (seit 04.06.2024)

Michael Bültmann, HERE Europe B.V. (bis 10.01.2024)

Christiane Dippold, DB System GmbH (seit 04.06.2024)

Norbert Dohmen, Caruso GmbH (bis 24.11.2023)

Ulrich Eichhorn, Volkswagen AG

Philipp Franke, Verkehrsministerium Baden-Württemberg (seit 27.07.2023)

Christoph Heger, Mercedes-Benz AG (seit 04.06.2024)

Dagmar Joswig, Deutsche Post DHL

Christian Klemme, Mercedes-Benz AG (seit 09.11.2023 bis 22.04.2024)

Thomas Körzdörfer, HUK-COBURG (seit 27.07.2023)

Dr. Christian Lange, Verkehrsministerium Nordrhein-Westfalen (bis 18.07.2023)

Jörg Rheinländer, HUK-COBURG (bis 18.07.2023)

Daniel Riexinger, Mercedes-Benz (bis 09.11.2023)

Dr. Josef Rott, Ministerialdirigent, Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr (seit 27.07.2023)

Martin Schmitz, Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e. V. (seit 27.07.2023)

Peter Schütz, Deutsche Bahn (bis 03.06.2024)

Udo Sieverding, Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (seit 27.07.2023)

Marcel Zembrot, Verkehrsministerium Baden-Württemberg (bis 18.07.2023)

Beirat

Die Gesellschaft hat einen Beirat errichtet, der die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat in fachlichen Fragen berät. Der Beirat soll aus Personen aus Unternehmen, öffentlichen Einrichtungen oder sonstigen Organisationen im Bereich Mobilität zusammengesetzt werden.

Der Beirat hat zwei Ausschüsse gebildet („Technologie Datenraum“ und „Intelligente Mobilitätsservices“), die aufgrund der inhaltlichen Schnittpunkte zum Jahreswechsel 2023/2024 zu einem Ausschuss zusammengeführt wurden.

**Gemeinnützige Gesellschaft zur
Förderung und Durchführung der
Bayerisch-Tschechischen
Freundschaftswochen Selb
2023 mbH i. L. (Selb 2023 gGmbH i.L.)**



Hans-Högn-Straße 12
95030 Hof
Telefon 09287 96980 30
Telefax 09287 96980 48
info@selb23.de
www.selb23.de
Gründungsjahr: 2017
Beteiligung seit: Gründung

Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	45,00	90,00 %
Stadt Selb	5,00	10,00 %
Summe	50,00	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der Völkerverständigung, der Volksbildung, des Naturschutzes, der Landschaftspflege und der Kunst. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch die Konzeption, Vorbereitung und Durchführung grenzüberschreitender Veranstaltungen in der Stadt Selb im Kalenderjahr 2023 unter Einbeziehung der Grenzregion und der tschechischen Stadt Asch (Bayerisch-Tschechische Freundschaftswochen Selb 2023). Mit der Beteiligung fördert der Freistaat Bayern die Kulturlandschaft Bayerns, den Umwelt- und Naturschutz und die Völkerverständigung. An der Beteiligung liegt somit ein unmittelbares, wichtiges Interesse des Staates vor.

Konzeption, Vorbereitung und Ausrichtung der Bayerisch-Tschechischen Freundschaftswochen erfordern eine enge Kooperation von Freistaat Bayern und Großer Kreisstadt Selb sowie eine gemeinsam getragene, personell und wirtschaftlich handlungsfähige Organisationsstruktur mit spezifischen Kompetenzen insbesondere im Bereich Eventmanagement. Nach Prüfung alternativer Organisationsformen hat sich der Ministerrat für die Errichtung einer gemeinnützigen GmbH entschieden, um eine effektive und wirtschaftliche Aufgabenerfüllung sicherzustellen.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	50	50	50
Bilanzsumme	117	304	291
Eigenkapitalquote (in %)	42,57	16,45	17,18
Umsatzerlöse	0		
Ertragszuschüsse	1396	398	341
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
operativer Cash-Flow	21	259	132
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	4	7	5
- davon Männer	1	1	1
- davon Frauen	3	6	4

Geschäftsverlauf 2023

Im Jahr 2023 wurden die Bayerisch-Tschechischen Freundschaftswochen umgesetzt. Die Eröffnung der Freundschaftswochen 2023 erfolgte im Mai von Ministerpräsident Dr. Markus Söder gemeinsam mit dem Präsidenten der Tschechischen Republik Petr Pavel. Der Einladung folgten eine Vielzahl von deutsch-tschechischen Kooperationspartnern. Bei der Durchführung der rund 80 Veranstaltungen im Zeitraum von Mai bis August 2023 wurde darauf geachtet, dass insbesondere grenzüberschreitende Formate und Aktivitäten zum Kennenlernen der Region und unterschiedlicher Facetten der Geschichte in das Programm eingebunden wurden.

Laufende Entwicklung

Nach Durchführung und Nachbereitung der Freundschaftswochen befindet sich das Unternehmen in der Liquidationsphase. Die Liquidation sowie der gesetzlich geregelte Gläubigeraufruf wurden am 02.01.2024 im Bundesanzeiger veröffentlicht. Die Liquidation soll zum Ende des Jahres 2024 abgeschlossen werden.

Beteiligungen

Keine

Geschäftsführung

Pablo Schindelmann (bis 31.12.2023 Geschäftsführer, seit 01.01.2024 Liquidator)

Dr. Elisabeth Leurs (Geschäftsführerin bis 30.08.2023)

Aufsichtsrat

Keiner

Beirat

Bis Sommer 2023 trat halbjährlich ein Beirat aus 15 Mitgliedern zur Koordination der Programmplanung zusammen. Entsendeberechtigt waren die Bayerische

Staatskanzlei und alle bayerischen Staatsministerien sowie die Regierung von Oberfranken für je ein und die Große Kreisstadt Selb für insgesamt zwei Mitglieder.

Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern mbH (GAB)

Innere Wiener Straße 11a
81667 München
Telefon 089 447785-0
Telefax 089 447785-22
gab@altlasten-bayern.de
www.altlasten-bayern.de
Gründungsjahr: 1989
Beteiligung seit: Gründung



Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	26,00	50,00 %
Bayerischer Gemeindetag	13,00	25,00 %
Bayerischer Städtetag	13,00	25,00 %
Gesamt	52,00	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Die Geschäftstätigkeit der GAB untergliedert sich in drei Bereiche. Im Geschäftsbereich 1 "Altlasten industrieller oder sonstiger gewerblicher Herkunft" beteiligt sich die GAB an der Organisation und den Kosten der Detailuntersuchung und der erforderlichen weiteren Maßnahmen bis zum Abschluss der Sanierung von industriell-gewerblichen Altlasten. Im Rahmen dieses Geschäftsbereichs wird die GAB tätig, wenn die altlastverdächtige Fläche oder die sanierungsbedürftige Altlast überwiegend industrieller oder sonstiger gewerblicher Herkunft ist und die Kreisverwaltungsbehörde die erforderlichen Untersuchungen bzw. Maßnahmen aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen gegenüber einem Verpflichteten nicht oder nicht auf dessen Kosten durchsetzen kann.

Im Geschäftsbereich 2 beteiligt sich die GAB an der Organisation und den notwendigen Kosten von Erkundungs- und Sanierungsmaßnahmen bei stillgelegten gemeindeeigenen Hausmülldeponien. Die GAB übernimmt dabei die Aufgabe der Entscheidung über Anträge auf Gewährung von Zuschüssen gemäß Art. 13a Bay-BodSchG sowie deren Auszahlung und Abrechnung.

Im Geschäftsbereich 3 übernimmt die GAB seit dem 1. Februar 2017 die Aufgaben nach Art. 7 Abs. 4 Finanzausgleichsgesetz (FAG), die bis dahin den Regierungen oblagen. Daneben bietet die GAB umweltschutzbezogene Dienstleistungen (beispielsweise Beratung, Projektsteuerung, Fortbildungsveranstaltungen) gegen Entgelt an.

Zentrale Aufgabe der Gesellschaft ist die finanzielle und fachliche Unterstützung der bayerischen Gemeinden, Städte und Landkreise bei der Altlastensanierung. Mit

der Sanierung von Altlasten werden Gefahren für Mensch und Umwelt sowie Investitionshemmnisse beseitigt und die Voraussetzung für eine Nachnutzung vormals altlastenbehafteter Grundstücke geschaffen.

Die GAB verfügt über umfassendes Know-how im Bereich der Sanierungstechnologien und jahrzehntelange Erfahrung in der Zusammenarbeit mit Fachbehörden und qualifizierten Fachfirmen. Dieses Know-how gewährleistet eine kompetente und kohärente Unterstützung von Kommunen bei der Altlastensanierung.

Die Geschäftsbereiche der GAB werden dabei weitestgehend aus staatlichen Mitteln finanziert. Dies betrifft insbesondere die Geschäftsbereiche 1 und 3 der GAB (Sanierung Altlasten industrieller und sonstiger gewerblicher Herkunft und Finanzzuweisungen nach Art. 7 Abs. 4 FAG). Für die Erkundung und Sanierung stillgelegter gemeindeeigener Hausmülldeponien (Geschäftsbereich 2) wurde darüber hinaus ein Unterstützungsfonds als staatliches Sondervermögen eingerichtet, dessen Beiträge je zur Hälfte vom Freistaat und den kreisangehörigen Gemeinden aufgebracht werden.

Es besteht deshalb ein unmittelbares, wichtiges Interesse des Freistaats an der Beteiligung an der GAB. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht ebenso gut oder besser auf andere Weise erreichen.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	67	66	68
Bilanzsumme	3.983	3.304	2.957
Eigenkapitalquote (in %)	1,68	2,00	2,30
Umsatzerlöse	6.682	9.026	6.774
Ertragszuschüsse	929	974	582
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1	-2	2
Umsatzrentabilität (in %)	0,01	-0,02	0,03
Eigenkapitalrentabilität (in %)	1,46	-3,16	2,53
operativer Cash-Flow	1.759	-680	28
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	15	15	15
- davon Männer	6	6	6
- davon Frauen	9	9	9

Geschäftsverlauf 2023

Seit Gründung der Gesellschaft wurden im Geschäftsbereich 1 bis 31. Dezember 2023 221 Anträge auf Übernahme der Kosten für die weitere Gefahrenabschätzung und Sanierung eingereicht. In 104 Fällen erfolgte die Billigung durch den Aufsichtsrat. Bisher konnten 87 Vorhaben erfolgreich abgeschlossen werden.

Im Geschäftsbereich 2 wurden bis Ende des Jahres 2023 1.191 Anträge auf Gewährung eines Zuschusses aus dem Unterstützungsfonds nach Art. 13a BayBodSchG gestellt. Vom Aufsichtsrat beziehungsweise von der Geschäftsführung wurden 1.014 Maßnahmen gebilligt, von denen 848 bereits abgeschlossen werden konnten.

Im Geschäftsbereich 3 wurden bis Ende 2023 zehn Projekte durch das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz in die Liste der fachlich vordringlichsten Vorhaben und damit in die Mittelplanung bis zum Jahr 2026 aufgenommen. Sieben Fälle konnten bereits abgeschlossen werden.

Durch umweltschutzbezogene Dienstleistungen erzielte die Gesellschaft zusätzliche Einnahmen.

Laufende Entwicklung

Im Geschäftsbereich 1 "Altlasten industrieller oder sonstiger gewerblicher Herkunft" ging bis Mitte 2024 kein Neuantrag ein, es liegen jedoch weiterhin mehrere Anfragen von Kreisverwaltungsbehörden vor. Für die Erkundungs- und Sanierungsmaßnahmen hat die Gesellschaft bis Mitte 2024 rund 54,3 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Im Geschäftsbereich 2 erhöhten sich die vorliegenden Anträge bis Mitte 2024 auf insgesamt 1.214 bei 801 Deponien. Insgesamt wurden bis Mitte 2024 Zuschüsse in Höhe von rund 62,9 Millionen Euro ausgereicht.

Mit der Anpassung des BayBodSchG am 16. Dezember 2020 wurde die Verlängerung des Unterstützungsfonds nach Art. 13a BayBodSchG für weitere fünf Jahre beschlossen, damit ist die Finanzierung des Geschäftsbereichs 2 bis zum 31. Dezember 2025 gesichert. Die Beratungen über die weitere Verlängerung wurden bereits aufgenommen.

Im Geschäftsbereich 3 ging bis Mitte 2024 kein weiterer Neuantrag ein. Drei Maßnahmen sind gegebenenfalls zur Aufnahme in die Liste der fachlich vordringlichsten Vorhaben vorgesehen, die Anträge werden derzeit durch die Kreisverwaltungsbehörden vorbereitet. Insgesamt wurden bis Mitte 2024 ergänzende Finanzzuweisungen in Höhe von rund 6,2 Millionen Euro ausgereicht.

Es wird erwartet, dass die Ukraine-Krise auch in 2024 aufgrund der anhaltenden Materialknappheit insbesondere bei Projekten mit Bauleistungen weiterhin zu Verzögerungen führt. Weitere Preis- und Kostensteigerungen werden nicht erwartet.

Beteiligungen

Keine

Geschäftsführung

Dr. Andreas Hofmann

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus acht Mitgliedern. Der Freistaat Bayern entsendet vier Mitglieder, wovon zwei Mitglieder vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz und jeweils ein Mitglied vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat sowie vom Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration benannt werden. Jeweils zwei Mitglieder entsenden der Bayerische Städtetag und der Bayerische Gemeindetag.

Im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2024 gehörten dem Aufsichtsrat an:

Vorsitzender

Dr. Christian Barth, Ministerialdirektor, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz

Stv. Vorsitzender

Stefan Graf, Verwaltungsdirektor, Bayerischer Gemeindetag

Weitere Mitglieder

Bernd Buckenhofer, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Bayerischer Städtetag

Prof. Dr.-Ing. Martin Grambow, Ministerialdirigent, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz

Dr. Frank Hils, Ministerialrat, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat (bis 19.12.2023)

Franz Krahl, Erster Bürgermeister, Stadt Pocking

Dr. Judith Laeverenz, Ministerialrätin, Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration

Dr. Julia Uckelmann, Ministerialrätin, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat (seit 19.12.2023)

Oliver Weigel, Oberbürgermeister, Stadt Marktredwitz

Technischer Beirat

Der Technische Beirat besteht aus acht Mitgliedern. Aufgabe des Technischen Beirats ist die fachtechnische Prüfung der Projektanträge in den drei Geschäftsbereichen "Industriell-gewerbliche Altlasten", "Gemeindeeigene Hausmülldeponien" und "Finanzzuweisungen nach Art. 7 Abs. 4 FAG". Die resultierenden Empfehlungen werden in den Geschäftsbereichen 1 und 2 dem Aufsichtsrat zur Entscheidung vorgelegt. Im Geschäftsbereich 3 werden die Empfehlungen des Technischen Beirats an das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz weitergeleitet.

**Sicherheitsgesellschaft am
Flughafen München mbH**

München Airport Center Terminalstraße
Mitte 18
85356 München / Flughafen
Telefon 089 97590-511
Telefax 089 97590-516
info@sgm-muc.de
www.sgm-muc.de
Gründungsjahr: 1986
Beteiligung seit: Gründung



Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	25,56	100,00 %
Gesamt	25,56	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Schaffung der personellen, sachlichen und organisatorischen Voraussetzungen für die Wahrnehmung von Aufgaben gemäß § 5 Luftsicherheitsgesetz durch Hilfsorgane der Regierung von Oberbayern - Luftamt Südbayern - unter deren Aufsicht auf dem Verkehrsflughafen München. Die Gesellschaft schließt insbesondere auch die Arbeitsverträge mit dem für diese Aufgabe erforderlichen Personal nach Maßgabe des von der Regierung von Oberbayern - Luftamt Südbayern - vorgegebenen Umfangs. Ferner kann die Gesellschaft Tätigkeiten ausüben, die der Sicherheit des Luftverkehrs dienen, insbesondere solche nach §§ 8, 9 Luftsicherheitsgesetz.

Die Gesellschaft ist auf Selbstkostenbasis für den Freistaat Bayern tätig. Die Finanzierung der Kostenerstattung erfolgt über die Luftsicherheitsgebühr, die von den Luftverkehrsgesellschaften zu tragen ist und von diesen auf die Passagierinnen und Passagiere umgelegt wird.

Durch die fortlaufende Schulung und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die über eine staatliche Anerkennung als Luftsicherheitsbeauftragte verfügen müssen, sorgt die Gesellschaft für die Aufrechterhaltung und laufende Verbesserung des von den Luftsicherheitsbehörden vorgegebenen Sicherheitsstandards. Die dabei verfolgte Zielsetzung der Effizienz und Fluggastfreundlichkeit trägt auch dazu bei, den Flughafen München als essentiellen Standortfaktor für ganz Bayern zu stärken. Die Gewährleistung der vorrangig hoheitlichen Aufgaben liegt im unmittelbaren Interesse des Staates. Damit ist eine öffentliche Beteiligung an der Gesellschaft aus sicherheitspolitischer Sicht erforderlich und für die Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR*	2023	2022	2021
Eigenkapital	51	50	49
Bilanzsumme	12.638	10.786	13.544
Umsatzerlöse**	89.115	74.635	57.529
Ertragszuschüsse	84.666	70.624	54.162
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1	1	1
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	1.409	1.429	1.500
- davon Männer	693	692	738
- davon Frauen	716	737	762

* Die Angaben beziehen sich auf die GmbH, nicht auf den Konzern.

** Dargestellt werden die reinen Umsatzerlöse (ohne die sonstigen betrieblichen Erträge).

Geschäftsverlauf 2023

Die Zahl der Fluggäste am Flughafen München ist gegenüber 2022 um rund 5 Millionen auf rund 37 Millionen Passagiere gestiegen. Das Passagieraufkommen lag damit bei rund 80 Prozent des Vorkrisenniveaus. Mit dem Wiedererstarken des Luftverkehrs und dem fluktuationsbedingtem Personalrückgang wurden auch die Kapazitäten der Sicherheitsgesellschaft am Flughafen München wieder stark beansprucht. Zur Gegensteuerung hat die Gesellschaft eine forcierte Einstellungspolitik betrieben. Aufgrund schwieriger Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt konnten die geplanten Neueinstellungen nicht vollständig realisiert werden. Am Flughafen Memmingen, an dem eine Tochtergesellschaft für die Organisation der hoheitlichen Sicherheitskontrollen zuständig ist, konnte die Zahl der Fluggäste mit 2,82 Millionen einen Zuwachs von über 40 Prozent gegenüber dem Vorjahr verzeichnen. Entsprechend der höheren Nachfrage nach Kontrolltätigkeit zur Gewährleistung der Luftsicherheit lagen die Einnahmen bei der Luftsicherheitsgebühr wieder auf einem höheren Niveau.

Laufende Entwicklung

Der Anstieg des Flug- und Passagieraufkommens am Flughafen München setzt sich im Jahr 2024 fort, allerdings noch unter Vorkrisenniveau. Bedingt durch die Situation am Arbeitsmarkt wird die Gewinnung von Luftsicherheitspersonal zunehmend herausfordernder.

Die anhaltende Bedrohungslage im globalen Luftverkehr erfordert weiterhin umfassende Sicherheitskontrollen. In der Personenkontrolle werden überwiegend moderne Sicherheitsscanner eingesetzt (Flughafen München: 45 Stück, Flughafen Memmingen: 3 Stück, Stand 30. Juni 2024). Daneben werden in den kommenden Jahren bis Sommer 2026 flächendeckend Röntgengeräte für die Handgepäckkontrolle durch moderne Computertomographie-Gepäckprüfanlagen ersetzt werden (Flughafen München: 12 Stück, Stand 30. Juni 2024).

Im Zuge der altersbedingten Neuaufstellung der Geschäftsführung haben im Juli 2023 und Mai 2024 Frau Dr. Tanja Benzinger und Herr Dr. Matthias Dohse die Ämter Ihrer Vorgänger übernommen.

Beteiligungen

Sicherheitsgesellschaft am Flughafen Memmingen mbH 100,00 %

Geschäftsführung

Dr. Tanja Benzinger seit 1. Juli 2023

Dr. Matthias Dohse seit 1. Mai 2024

Frieder Jooß bis 30. Juni 2023

Dr. Gerhard Ott bis 30. April 2024

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus drei Mitgliedern. Zwei Vertreterinnen und Vertreter werden vom Gesellschafter in den Aufsichtsrat gewählt. Eine weitere Person wird gemäß den Bestimmungen des Drittelbeteiligungsgesetzes durch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bestimmt.

Im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2024 gehörten dem Aufsichtsrat an:

Vorsitzender

Dr. Heiko Bauer, Leitender Ministerialrat, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat

Stv. Vorsitzende

Josef Winderl, Arbeitnehmervertreter, Sicherheitsgesellschaft am Flughafen München mbH

Weitere Mitglieder

Dr. Ute Schinner-Stör, Ministerialrätin, Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr

Sicherheitsgesellschaft am Flughafen Nürnberg mbH

Fraunhoferstraße 10
90409 Nürnberg
Telefon 0911 353825
Telefax 0911 3658622
sgn@nwsghmbh.de
www.sgn-flughafen.de
Gründungsjahr: 1985
Beteiligung seit: Gründung



Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	13,04	51,00 %
Nürnberger Wach- und Schließgesellschaft	12,52	49,00 %
Gesamt	25,56	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Schaffung der personellen, sachlichen und organisatorischen Voraussetzungen für die Wahrnehmung von Aufgaben gemäß § 5 Luftsicherheitsgesetz durch Hilfsorgane der Regierung von Mittelfranken - Luftamt Nordbayern - unter deren Aufsicht auf dem Verkehrsflughafen Nürnberg. Die Gesellschaft schließt insbesondere auch die Arbeitsverträge mit dem für diese Aufgabe erforderlichen Personal nach Maßgabe des von der Regierung von Mittelfranken - Luftamt Nordbayern - vorgegebenen Umfangs. Ferner kann die Gesellschaft Tätigkeiten ausüben, die der Sicherheit des Luftverkehrs dienen, insbesondere solche nach §§ 8 und 9 Luftsicherheitsgesetz.

Die Gesellschaft ist auf Selbstkostenbasis für den Freistaat Bayern tätig. Die Refinanzierung der Kostenerstattung erfolgt über die Luftsicherheitsgebühr, die von den Luftverkehrsgesellschaften zu tragen ist und von diesen auf die Passagierinnen und Passagiere umgelegt wird.

Durch die fortlaufende Schulung und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die über eine staatliche Anerkennung als Luftsicherheitsbeauftragte verfügen müssen, sorgt die Gesellschaft für die Aufrechterhaltung und laufende Verbesserung des von den Luftsicherheitsbehörden vorgegebenen Sicherheitsstandards. Die dabei verfolgte Zielsetzung der Effizienz und Fluggastfreundlichkeit trägt auch dazu bei, den Flughafen Nürnberg als essentiellen Standortfaktor für ganz Bayern zu stärken. Die Gewährleistung der vorrangig hoheitlichen Aufgaben liegt im unmittelbaren Interesse des Staates. Damit ist eine öffentliche Beteiligung an der Gesellschaft aus sicherheitspolitischer Sicht erforderlich und für die Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	27	27	27
Bilanzsumme	1.760	1.478	2.095
Umsatzerlöse*	15.315	12.964	11.150
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1	1	1
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	190	187	186
- davon Männer	96	96	96
- davon Frauen	94	91	90

* Dargestellt werden die reinen Umsatzerlöse (ohne die sonstigen betrieblichen Erträge).

Geschäftsverlauf 2023

Im Jahre 2023 stiegen die Fluggastzahlen am Flughafen Nürnberg im Vergleich zum Jahr 2022 weiter und erreichten insbesondere in den Sommermonaten das Vorkrisenniveau. Die Anzahl der kontrollpflichtigen Passagierinnen und Passagiere bei der Sicherheitsgesellschaft am Flughafen Nürnberg ist in 2023 um knapp 20 Prozent auf rund 1,9 Millionen angewachsen.

Laufende Entwicklung

Für das Jahr 2024 rechnet die Sicherheitsgesellschaft am Flughafen Nürnberg mit einem moderaten Anstieg des kontrollpflichtigen Fluggastaufkommens.

Die anhaltende Bedrohungslage im globalen Luftverkehr erfordert weiterhin umfassende Sicherheitskontrollen. Seit Mitte Mai 2019 werden in der Personenkontrolle moderne Sicherheitsscanner mit Lichtschranken eingesetzt (Stand 30. Juni 2024: 6 Stück). Daneben werden in den kommenden Jahren bis Sommer 2026 flächendeckend Röntgengeräte für die Handgepäckkontrolle durch moderne Computertomographie-Gepäckprüfanlagen ersetzt werden (Stand 30. Juni 2024: 1 Stück).

Beteiligungen

Keine

Geschäftsführung

Gerhard Ameis
Rupert Slavik

Aufsichtsrat

Keiner

**Stiftung Bayerisches Amerikahaus
gemeinnützige GmbH – Bavarian Center for
Transatlantic Relations**



amerikahaus

Karolinenplatz 3
80333 München
Telefon 089 5525370
Telefax 089 55253737
info@amerikahaus.de
www.amerikahaus.de
Gründungsjahr: 2013
Beteiligung seit: 16.09.2013

Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	100,00	100,00 %
Gesamt	100,00	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung, von Kunst und Kultur, der Erziehung, Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studentenhilfe sowie Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Amerikahauses in München, das ihm für diese Zwecke überlassen und von ihm für die genannten Zwecke genutzt wird sowie jede Tätigkeit, die dem Betrieb des Amerikahauses förderlich ist.

Mit der Beteiligung fördert der Freistaat Bayern die seit 1957 bestehenden transatlantischen Aktivitäten mit den USA. An der Beteiligung liegt ein unmittelbares wichtiges Interesse des Staates vor. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht ebenso gut oder besser auf andere Weise erreichen.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	61	150	150
Bilanzsumme	429,5	573	657
Umsatzerlöse	301	152	102
Ertragszuschüsse	1.464	1.550	1.431
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-88,9	0	0
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	23	26	22
- davon Männer	6	6	4
- davon Frauen	17	20	18

Geschäftsverlauf 2023

Zum operativen Geschäft der Gesellschaft gehörte die Organisation und Durchführung von Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer, von themenbezogenen Recherche-Workshops und Vorträgen für Schülerinnen und Schüler, die Organisation und Durchführung von Informations- und Beratungsveranstaltungen zu Studien und Praktika in Nordamerika im Amerikahaus und an verschiedenen bayerischen Schulen und Universitäten. Die Gesellschaft hat wöchentlich Veranstaltungen im Rahmen des eigenen Kulturprogramms und zur transatlantischen Verständigung angeboten. Zusätzlich haben akademische Workshops und Konferenzen stattgefunden. Die Veranstaltungen der Stiftung wurden im Jahr 2023 in hybrider Form, digital oder als reine Präsenzveranstaltung angeboten. Zusätzlich haben akademische Workshops und Konferenzen stattgefunden. Im Februar 2023 fanden Side Events zur Münchner Sicherheitskonferenz im Amerikahaus statt, während im Juni/Juli 2023 das Amerikahaus Festivalzentrum des Münchner Filmfests war. Insgesamt hatte das Haus im Jahr 2023 über 64.787 Programmteilnehmende und Hausbesuchende und hat 454 Formate angeboten. Hohe Qualitätsstandards für eigene Veranstaltungen und ein breites Angebot für Schülerinnen und Schüler, Studierende, ein akademisches Publikum und die allgemeine Öffentlichkeit konnten gefestigt werden. Auch das digitale Programm des Hauses hat sich etabliert.

Laufende Entwicklung

Neben den erneut durchgeführten Side Events zur Münchner Sicherheitskonferenz war das Haus ein weiteres Mal Festivalzentrum des Münchner Filmfests. Im Frühjahr wurde zudem die alle zwei Jahre stattfindende Konferenz der European Association for American Studies veranstaltet. Das Programm der zweiten Jahreshälfte wird sich besonders der US-Präsidentschaftswahl am 5. November 2024 widmen. Diese wird durch eine Wahlnacht für ein Publikum ausgewählter Gäste begleitet werden, während im Vorfeld vor der Wahl eine Themenwoche mit Veranstaltungen für Schülerinnen und Schüler und die interessierte Öffentlichkeit stattfinden wird.

Beteiligungen

Keine

Geschäftsführung

Dr. Meike Zwingenberger

Aufsichtsrat

Keiner

ZESAR – Zentrale Stelle zur Abrechnung von Arzneimittelrabatten GmbH

Gustav-Heinemann-Ufer 74C
50986 Köln
Telefon 0221 4661-2500
Telefax 0221 4661-2700
info@zesargmbh.com
www.zesargmbh.com
Gründungsjahr: 2010
Beteiligung seit: Gründung

Beteiligungsverhältnisse

Anteil	TEUR	v.H.
Verband der privaten Krankenversicherung e.V. als Treuhänder der Unternehmen der privaten Krankenversicherung	12,50	50,00 %
Bundesrepublik Deutschland	2,50	10,00 %
Freistaat Bayern	2,50	10,00 %
Land Niedersachsen	2,50	10,00 %
Land Nordrhein-Westfalen	2,50	10,00 %
Land Rheinland-Pfalz	2,50	10,00 %
Gesamt	25,00	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung der Aufgabe der zentralen Stelle gemäß § 2 des Gesetzes über Rabatte für Arzneimittel für den Einzug der nach diesem Gesetz den Unternehmen der privaten Krankenversicherung und den Beihilfeträgern zu gewährenden Abschläge für Arzneimittel.

Angesichts der hohen Anzahl der Beihilfeberechtigten des Freistaates Bayern ist durch die Gesellschafterstellung eine Einflussnahme auf die Arbeitsweise und Struktur der ZESAR GmbH und damit auf entsprechende Rückwirkungen auf die Beihilfestellen sichergestellt. An der Beteiligung besteht daher ein unmittelbares, wichtiges Interesse des Staates.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	1.313	1.189	1.288
Bilanzsumme	2.354	2.471	2.079
Eigenkapitalquote (in %)	55,77	48,13	61,96
Umsatzerlöse	3.152	2.137	2.250
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	124	-99	65
Umsatzrentabilität (in %)	3,92	-4,65	2,89
Eigenkapitalrentabilität (in %)	9,42	-8,36	5,06
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	14	14	17
- davon Männer	4	5	8
- davon Frauen	10	9	9

Geschäftsverlauf 2023

Die ZESASR GmbH befindet sich im Regelbetrieb. Insgesamt wurden rund 29 Millionen Datensätze zur Abrechnung an ZESAR übermittelt. Damit liegt die Menge deutlich über dem Planansatz (26 Millionen). Die Abweichung ist auf Nachholeffekte aus dem Vorjahr einzelner Kooperationspartner, einer Erhöhung der Transaktionsgebühren um 0,02 Euro je Datensatz sowie geringere Personalkosten wegen unbesetzter Stellen zurückzuführen. Im elektronischen Austauschverfahren für Parenteralia wurden rund 280 Tausend Datensätze verarbeitet. Damit liegt der tatsächlich erwirtschaftete Wert rund 45 Tausend Euro über dem Planansatz. Darin enthalten ist eine Nachbuchung in Höhe von rund 70 Tausend Euro aus dem Jahr 2021.

Laufende Entwicklung

Das der Gesellschaft durch Gesetz verliehene Alleinstellungsmerkmal sichert der GmbH auch für die Zukunft eine Inanspruchnahme ihrer Leistungen.

Ferner wird ZESAR als weiteres neues Geschäftsfeld für PKV und Beihilfe den DRG-Datenaustausch mit den Krankenhäusern anbieten. Die zunächst für 2022 geplante Inbetriebnahme wird auf den 1. September 2025 verschoben, da die erforderlichen technischen Anpassungen bei den Beihilfestellen einen längeren Zeitraum als zunächst angenommen erfordern. Vor dem Hintergrund der hierfür anstehenden Investitionen wurden die Transaktionsgebühren bereits 2021 auf netto 0,055 Euro pro Datensatz und 2023 nochmals leicht auf 0,075 Euro angehoben. Durch diese zusätzliche Geschäftssparte erhöht sich sowohl die Ertrags- als auch die Aufwandsseite.

Beteiligungen

Keine

Geschäftsführung

Christian Hälker
Andreas Schnitzler

Aufsichtsrat

Im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2024 gehörten dem Aufsichtsrat an:

Vorsitzende

Annabritta Biederbick, Debeka Krankenversicherungsverein a.G.

Stv. Vorsitzende

Dr. Michael Baum, Ministerialrat, Bundesministerium des Innern und für Heimat (seit 04.03.2023)

Matthias Menzel, Ministerialrat, Bundesministerium des Innern und für Heimat (bis 03.03.2023)

Weitere Mitglieder

Johannes Grale, Concordia-Krankenversicherung AG

Wolfgang Hoffmann, Regierungsdirektor, Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz (seit 01.01.2023)

Dr. Uwe Lehrich, Verband der privaten Krankenversicherung e.V.

Marc Mierisch, Ministerialrat, Ministerium der Finanzen Nordrhein-Westfalen

Dr. Joachim Patt, Verband der privaten Krankenversicherungen e.V.

Ulrich Rehbein, Ministerialrat, Niedersächsisches Finanzministerium (bis 31.01.2023)

Dr. Florian Reuther, Verband der privaten Krankenversicherungen e.V.

Stephanie Rogosch, Regierungsdirektorin, Niedersächsisches Finanzministerium (seit 01.02.2023)

Peter Rötzer, Leitender Ministerialrat, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat (bis 31.03.2023)

Johann Schwaiger, Ministerialrat, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat (seit 01.04.2023)

Sonstige Unternehmen (der Einzelpläne 06 und 13)

Anstalten des öffentlichen Rechts



LfA Förderbank Bayern, München

KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main

GKL – Gemeinsame Klassenlotterie der Länder, München

LfA Förderbank Bayern

Königinstraße 17
 80539 München
 Telefon 089 2124-0
 Telefax 089 2124-2440
 info@lfa.de
 www.lfa.de
 Gründungsjahr: 1950
 Beteiligung seit: Gründung

**Träger**

Anteil	TEUR	v.H.
Freistaat Bayern	368.130,15	100,00 %
Gesamt	368.130,15	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Die LfA Förderbank Bayern (LfA) ist das Kreditinstitut des Freistaats Bayern zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft. Sie hat nach dem Gesetz die Aufgabe, im Rahmen der staatlichen Finanz-, Wirtschafts-, Verkehrs-, Umwelt- und Arbeitsmarktpolitik und im Einklang mit den Beihilfevorschriften der Europäischen Union, Vorhaben gewerblicher Unternehmen sowie sonstige Maßnahmen zur Verbesserung und Stärkung der Wirtschafts-, Verkehrs- und Umweltstruktur Bayerns finanziell zu fördern. Dazu gehört insbesondere die Durchführung der staatlichen Förderprogramme. Als Förderinstrumente werden langfristige zinsgünstige Darlehen, Haftungsfreistellungen, Bürgschaften, Garantien und Beteiligungen eingesetzt. Die LfA stellt dort Finanzierungsinstrumente bereit, wo die vom Markt angebotenen Produkte für Erfolg versprechende betriebliche Vorhaben nicht ausreichen. Die Geschäftsbeziehungen zu den Kreditnehmern werden über Geschäftsbanken abgewickelt (Hausbankprinzip).

Die staatliche Aufgabe besteht fort. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht ebenso gut oder besser auf andere Weise als im LfA-Gesetz geregelt erreichen.

Bankenkennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Bilanzsumme	25.048.941	24.385.923	23.569.137
Eigenkapital	1.125.546	1.120.547	1.115.553
Geschäftsvolumen	26.697.161	26.229.736	25.572.631
Verbindlichkeiten	22.474.021	21.798.860	20.946.773
Zinsüberschuss	83.283	89.541	100.318
Provisionsüberschuss	24.451	27.004	27.909
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	44.479	57.616	68.002
Risikovorsorge	5.412	-37.726	-48.109
Jahresüberschuss	19.799	19.794	19.798
Gesamtkapitalquote (in %)	20,39	20,62	21,49
Kernkapitalquote (in %)	19,24	19,48	19,96
Cost-Income-Ratio (in %)	61,70	53,40	47,90
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	408	392	377
- davon Männer	185	175	164
- davon Frauen	223	217	213

Geschäftsverlauf 2023

Die LfA Förderbank sagte im Jahr 2023 Kredite in Höhe von insgesamt rund 2,3 Milliarden Euro zu. Im Programmkreditgeschäft mit zinsverbilligten und zinsgünstigen Krediten lagen die Zusagen bei 1,6 Milliarden Euro. Davon profitierten fast 3.500 kleine und mittlere Unternehmen sowie 79 Kommunen. Hierdurch konnten Investitionen in Höhe von 2,2 Milliarden Euro verwirklicht werden.

Die LfA übernahm 2023 neue Risiken von 188 Millionen Euro. Der Bedarf an Risikoentlastungen ist im abgelaufenen Geschäftsjahr erneut deutlich zurückgegangen, was neben der verhaltenen Investitionsbereitschaft der kleinen und mittleren Unternehmen auch auf das Auslaufen der Corona-Hilfen zum 30. Juni 2022 zurückzuführen ist.

Eigenkapitalfinanzierungen im Mittelstand werden überwiegend von den Beteiligungsunternehmen im LfA-Verbund BayBG Bayerische Beteiligungsgesellschaft mbH und Bayern Kapital GmbH sowie in Einzelfällen LfA Gesellschaft für Vermögensverwaltung bereitgestellt. Die BayBG reichte in ihrem Geschäftsjahr 2022/23 Beteiligungsmittel in Höhe von rund 75 Millionen Euro an 68 Unternehmen aus. Die Bayern Kapital GmbH ist vor allem darauf spezialisiert, innovative Vorhaben junger High-Tech-Unternehmen in der Frühphase und frühen Wachstumsphase zu finanzieren.

Aus den von Bayern Kapital gemanagten Fonds wurden im Jahr 2023 rund 61 Millionen Euro an 40 innovative Technologieunternehmen ausgereicht. Die LfA Gesellschaft für Vermögensverwaltung reichte im Jahr 2023 im Rahmen ihrer Fondsinvestments Beteiligungsmittel in Höhe von zusammen 21 Millionen Euro aus. Zusätzlich wurden über den Transformationsfonds Bayern Mittel in Höhe von 4,1 Millionen Euro an drei Beteiligungen und über den ScaleUp-Dachfonds Bayern 10,8 Millionen Euro an drei Beteiligungen ausgereicht.

Eine weitere Säule im Förderspektrum der Bank stellt das Beratungsangebot dar. Neben kleinen und mittleren Unternehmen werden Kommunen, Firmenkundenbetreuende in Geschäftsbanken und fachkundige Multiplikatoren mit Informationen versorgt.

Laufende Entwicklung

Die Gesamtzusagen im Kreditgeschäft erreichten im 1. Quartal 2024 ein Darlehensvolumen von rund 346 Millionen Euro. Rund 256 Millionen Euro des Zusagevolumens entfielen auf zinsverbilligte und zinsgünstige Programmkredite. Über 700 gewerbliche Unternehmen und Freiberufler wurden gefördert. Die LfA Förderbank übernahm im 1. Quartal 2024 neue Kreditrisiken in Höhe von rund 43 Millionen Euro.

Beteiligungen

Bayerische Filmhallen GmbH	100,00 %
Bayern Innovativ - Bayerische Gesellschaft für Innovation und Wissenstransfer mbH	100,00 %
Bayern Kapital GmbH	100,00 %
Bayern Kapital Innovationsfonds EFRE GmbH & Co. KG	100,00 %
Bayern Kapital Innovationsfonds GmbH & Co. KG	100,00 %
Bayern Kapital Innovationsfonds II GmbH & Co. KG	100,00 %
Bayern Kapital Verwaltungs GmbH	100,00 %
Besitz- und Immobilienverwaltungsgesellschaft Innovationszentrum Medizintechnik und Pharma mbH	100,00 %
Besitz- und Immobilienverwaltungsgesellschaft Kompetenzzentrum Neue Materialien mbH	100,00 %
Besitzgesellschaft Innovations- und Gründerzentrum für Biotechnologie und -medizin/Zentrum für moderne Kommunikationstechnologien mbH	100,00 %
Clusterfonds EFRE Bayern GmbH & Co. KG	100,00 %
Clusterfonds Innovation GmbH & Co. KG	100,00 %
Clusterfonds Seed GmbH & Co. KG	100,00 %
Clusterfonds Start-Up! GmbH & Co. KG	100,00 %

LfA Fondsverwaltungs GmbH	100,00 %
LfA Gesellschaft für Vermögensverwaltung mbH	100,00 %
ScaleUp-Dachfonds Bayern GmbH & Co. KG	100,00 %
ScaleUp-Fonds Bayern GmbH & Co. KG	100,00 %
Technologie Beteiligungsfonds Bayern III GmbH & Co. KG i.L.	100,00 %
Transformationsfonds Bayern GmbH & Co. KG	100,00 %
Wachstumsfonds Bayern GmbH & Co. KG	100,00 %
Technologie Seed-Beteiligungsfonds Bayern GmbH & Co. KG	83,64 %
Technologie Beteiligungsfonds Bayern Verwaltungs GmbH	75,00 %
Wachstumsfonds Bayern 2 GmbH & Co. KG	69,69 %
Technologie Beteiligungsfonds Bayern II GmbH & Co. KG i.L.	48,03 %
Automobiltechnikum Bayern GmbH	40,00 %
EPS Ethylen-Pipeline-Süd Geschäftsführung GmbH	25,20 %
BayBG Bayerische Beteiligungsgesellschaft mbH	23,51 %
Garching Technologie- und Gründerzentrum GmbH	20,00 %
BGG Bayerische Garantiegesellschaft mbH für mittelständische Be- teiligungen	18,73 %
Kreditgarantiegemeinschaft des Hotel- und Gaststättengewerbes in Bayern GmbH	17,26 %
Europäischer Investitionsfonds	0,25 %

Vorstand

Dr. Bernhard Schwab, Vorsitzender
Hans Peter Göttler, stellvertretender Vorsitzender
Stefan Höck seit 01.05.2023
Ruth Nowak seit 15.09.2023
Dr. Josef Bayer bis 28.02.2023

Verwaltungsrat

Die Zusammensetzung des Verwaltungsrats ergibt sich aus Art. 12 Abs. 2 LfA-Gesetz.

Im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2024 gehörten dem Verwaltungsrat an:

Vorsitzender

Hubert Aiwanger, MdL, Staatsminister, Bayerisches Staatsministerium
für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

Weitere Mitglieder

Dr. Manfred Gößl, Hauptgeschäftsführer, Bayerischer Industrie- und Han-
delskammertag

Hermann Krenn, Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands, Sparkasse Dachau

Ulrike Scharf, MdL, Staatsministerin, Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales

Robert Schindler, Bereichsvorstand Firmenkunden Mittelstandsbank Süd, Commerzbank AG

Wolfgang Vökl, Sprecher des Vorstands Volksbank Raiffeisenbank Regensburg-Schwandorf eG (Gastmitglied)

Dr. Alexander Voitl, Ministerialdirektor, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat

**KfW Bankengruppe,
Anstalt des öffentlichen Rechts**



Palmengartenstraße 5-9
60325 Frankfurt am Main
Telefon 069 7431-0
Telefax 069 7431-2944
info@kfw.de
www.kfw.de
Gründungsjahr: 1948
Beteiligung seit: Gründung

Träger

Anteil	TEUR	v.H.
Bundesrepublik Deutschland	3.000.000,00	80,00 %
Nordrhein-Westfalen	156.375,00	4,17 %
Freistaat Bayern	105.750,00	2,82 %
Baden-Württemberg	91.500,00	2,44 %
Niedersachsen	72.750,00	1,94 %
Hessen	60.000,00	1,60 %
Sachsen	40.125,00	1,07 %
Rheinland-Pfalz	36.000,00	0,96 %
Hamburg	30.375,00	0,81 %
Berlin	29.625,00	0,79 %
Schleswig-Holstein	24.000,00	0,64 %
Sachsen-Anhalt	22.500,00	0,60 %
Brandenburg	21.000,00	0,56 %
Thüringen	20.250,00	0,54 %
Mecklenburg-Vorpommern	15.375,00	0,41 %
Bremen	12.375,00	0,33 %
Saarland	12.000,00	0,32 %
Gesamt	3.750.000,00	100,00 %

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Die KfW Bankengruppe (KfW) hat die gesetzliche Aufgabe, im staatlichen Auftrag Fördermaßnahmen, insbesondere Finanzierungen, in bestimmten Förderbereichen durchzuführen. Schwerpunkt ihrer Tätigkeit ist dabei die Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstands. Außerdem bietet die KfW im Zusammenhang mit Ausfuhrgeschäften deutscher Unternehmen Export- und Projektfinanzierungen an. Ferner hat die KfW die Aufgabe, im staatlichen Auftrag Finanzierungen zu übernehmen, die sich auf förderungswürdige Vorhaben im Rahmen der Entwicklungshilfe beziehen. Die Förderung von kommunalen Infrastrukturmaßnahmen, von Maßnahmen zum Schutze der Umwelt sowie von Investitionen zur Modernisierung von

Wohnungen und zum Erwerb von Wohneigentum stellen weitere wichtige Aufgabenfelder der KfW dar.

Diese Aufgaben kann nicht durch Private erfüllt oder übernommen werden. Der Freistaat Bayern hält gemäß der föderativen Verfassung der Bundesrepublik Deutschland einen entsprechenden Anteil am Kapital der KfW.

Bankenkennzahlen, Bilanz- und Erfolgswahlen im Konzern (IFRS)

Angaben in Mio. EUR	2023	2022	2021
Bilanzsumme	560.741	554.628	550.692
Eigenkapital	38.073	36.579	34.207
Geschäftsvolumen	724.400	709.600	686.900
Verbindlichkeiten	510.065	503.980	507.869
Zinsüberschuss	2.456	2.148	2.386
Provisionsüberschuss	593	617	623
Ergebnis aus der Fair-Value Bewertung	-177	64	767
Ergebnis aus Finanzanlagen	0	-1	-4
Ergebnis aus Sicherungsgeschäften (Hedge Accounting)	291	150	-110
Ergebnis aus At-Equity bewerteten Unternehmen	29	43	14
Verwaltungsaufwand	1.561	1.525	1.466
Sonstiges Ergebnis	-76	-8	-53
Konzernergebnis	1.559	1.363	2.216
Gesamtkennziffer (in %)	27,90	25,20	23,90
Kernkapitalquote (in %)	27,90	25,00	23,90
Cost-Income-Ratio (in %)	46,30	49,60	45,90
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	8.391	8.122	7.985
- davon Männer	4.358	4.216	4.120
- davon Frauen	4.033	3.906	3.865

Geschäftsverlauf 2023

Der Konzerngewinn des KfW-Konzerns lag mit 1,56 Milliarden Euro leicht über dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre und deutlich über dem des Vorjahres. Er ist insbesondere auf ein starkes operatives Ergebnis und ein positives Bewertungsergebnis zurückzuführen.

Die aufsichtlichen Eigenkapitalquoten lagen zum Jahresende 2023 mit einer Gesamtkapitalquote sowie einer (harten) Kernkapitalquote von jeweils 27,9 Prozent weiterhin auf einem sehr hohen Niveau.

Das Jahr 2023 war erneut ein sehr starkes Förderjahr mit einem Fördervolumen beziehungsweise Neugeschäft von 111,3 Milliarden Euro (2022: 166,9 Milliarden Euro). Die inländische Förderung normalisierte sich 2023 auf 77,1 Milliarden Euro

(2022: 136,1 Milliarden Euro). Die Ursachen für diesen Rückgang sind stark rückläufige Volumina von Zuweisungsgeschäften des Bundes für Energieunternehmen und deutlich niedrigere Zusagen der Bundesförderung für effiziente Gebäude.

Die Zusagen von KfW Capital für Start-Ups und junge, innovative Technologieunternehmen in Deutschland sind im Jahr 2023 um 69 Prozent auf 2,1 Milliarden Euro gestiegen (2022: 1,3 Milliarden Euro).

Das Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung verzeichnete mit Neuzusagen in Höhe von 24,2 Milliarden Euro (2022: 18,1 Milliarden Euro) einen neuen Rekord. Die Zusagen in der Förderung der Entwicklungs- und Schwellenländer erreichten trotz anhaltender globaler Krisen ein Zusagelevel in Höhe von 10,9 Milliarden Euro (2022: 12,6 Milliarden Euro).

Laufende Entwicklung

Die KfW Bankengruppe hat im ersten Quartal 2024 ein Fördervolumen bzw. Neugeschäft von 17,5 Milliarden Euro verzeichnet, welches auf dem Niveau der Vorkrisenjahre (03/2019: 16,9 Milliarden Euro) lag. Die Jahre 2020-2023 waren stark durch Corona- und Energiehilfen geprägt.

Der KfW-Konzern verzeichnete im ersten Quartal 2024 ein erfreuliches Konzernergebnis in Höhe von 461 Millionen Euro (03/2023: 394 Millionen Euro).

Beteiligungen

DEG - Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH	100,00 %
Interkonnektor GmbH	100,00 %
IPEX Asia Ltd., Singapur	100,00 %
KfW Beteiligungsholding GmbH	100,00 %
KfW Capital GmbH & Co. KG	100,00 %
KfW IPEX-Bank GmbH	100,00 %
DC Nordseekabel GmbH und Co. KG	50,00 %
Microfinance Enhancement Facility S.A.	18,50 %
coparion GmbH & Co. KG	16,40 %
Green for Growth Fund Southeast Europe S.A.	13,30 %

Geschäftsführung

Katharina Herrmann seit 08.04.2023
Melanie Kehr
Christiane Laibach
Bernd Loewen
Dr. Stefan Peiß
Stefan Wintels

Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat überwacht die Geschäftsführung und Vermögensverwaltung der KfW. Er besteht aus 37 Mitgliedern. Der Vorsitz im Verwaltungsrat wechselt zwischen dem Bundesminister der Finanzen und dem Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz.

Im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2024 gehörten dem Verwaltungsrat an:

Vorsitzender

Dr. Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz (seit 01.01.2024, zuvor stv. Vorsitzender)

Stv. Vorsitzender

Christian Lindner, Bundesminister der Finanzen, (seit 01.01.2024, zuvor Vorsitzender)

Weitere Mitglieder

Annalena Baerbock, Bundesministerin des Auswärtigen
Katharina Beck, Mitglied des Deutschen Bundestages
Dr. André Berghegger, Mitglied des Deutschen Bundestages (bis 01.01.2024)
Volker Bouffier, Ministerpräsident des Landes Hessen a.D.
Dr. Andreas Dressel, Finanzsenator der Freien und Hansestadt Hamburg
Yasmin Fahimi, Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (seit 28.06.2023)
Björn Fecker, Bürgermeister sowie Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen (seit 20.10.2023)
Robert Feiger, Bundesvorsitzender der IG Bauen-Agrar-Umwelt
Olav Gutting, Mitglied des Deutschen Bundestages (seit 01.01.2024)
Tanja Gönner, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V. (BDI) (seit 01.01.2023)
Gerald Heere, Finanzminister des Landes Niedersachsen (seit 01.01.2023)
Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistages (DTL)
Dr. Bruno Hollnagel, Mitglied des Deutschen Bundestages
Verena Hubertz, Mitglied des Deutschen Bundestages
Marion Höllinger, Sprecherin der Geschäftsführung, UniCredit Bank GmbH (seit 01.01.2024)
Harald Hübner, Ministerialdirektor, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat (seit 01.01.2023)

- Dr. Dirk Jandura, Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V.
- Andrea Kocsis, Stellvertretende Vorsitzende der ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
- Stefan Körzell, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)
- Ulrich Lange, Mitglied des Deutschen Bundestages (seit 01.01.2023)
- Steffi Lemke, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
- Rainer Neske, Vorsitzender des Vorstandes der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW)
- Dr. Marcus Optendrenk, Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen (seit 01.01.2023)
- Dr. Bettina Orlopp, Stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes der Commerzbank AG (seit 01.01.2023)
- Dr. Hans-Walter Peters, Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken e.V. (BdB) (bis 31.12.2023)
- Achim Post, Mitglied des Deutschen Bundestages (bis 31.03.2024)
- Daniel Quinten, Mitglied des Vorstandes des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR) (seit 01.01.2023)
- Prof. Dr. Ulrich Reuter, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e.V. (seit 01.01.2024)
- Michael Richter, Finanzminister des Landes Sachsen-Anhalt
- Dr. Thorsten Rudolph, Mitglied des Deutschen Bundestages (seit 01.04.2024)
- Joachim Rukwied, Präsident des Deutschen Bauernverbandes e. V.
- Helmut Schleweis, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e.V. (DSGV) (bis 31.12.2023)
- Jan Wenzel Schmidt, Mitglied des Deutschen Bundestages (seit 01.01.2024)
- Svenja Schulze, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- Holger Schwannecke, Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks
- Frank Schäffler, Mitglied des Deutschen Bundestages (bis 31.12.2023)
- Dietmar Strehl, Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen (bis 20.10.2023)
- Dr. Martin Wansleben, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages e. V. (DIHK)
- Dr. Kai H. Warnecke, Hauptgeschäftsführer Haus & Grund Deutschland (seit 01.01.2023)

Volker Wissing, Bundesminister für Digitales und Verkehr
Cem Özdemir, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft

Mittelstandsrat

Der Mittelstandsrat hat die Aufgabe, den staatlichen Auftrag der KfW-Mittelstandsbank zu konkretisieren. Er berät und beschließt außerdem Vorschläge zur Förderung des Mittelstandes unter Berücksichtigung der Gesamtgeschäftsplanung der KfW. Seine Zusammensetzung ist in § 7a KfW-Gesetz geregelt.

GKL – Gemeinsame Klassenlotterie der Länder

Bayerwaldstraße 1
 81737 München
 Telefon 089 67903 53
 Telefax 089 67903 91
 www.gkl.org
 info@gkl.org
 Gründungsjahr: 2012
 Beteiligung seit: Gründung

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Die GKL Gemeinsame Klassenlotterie der Länder ist zum 1. Juli 2012 aus dem Zusammenschluss der Nordwestdeutschen Klassenlotterie und der Süddeutschen Klassenlotterie entstanden. Träger der GKL sind die 16 Länder. Das Stammkapital beläuft sich insgesamt auf 2.000.000,00 Euro. Feste Beteiligungsquoten an dem Unternehmen wurden in dem GKL-Staatsvertrag nicht festgelegt. Bei Ausscheiden eines Trägers oder bei Beendigung der Gesellschaft bemessen sich die Anteile der Träger nach dem Gewinnanteil der letzten drei Jahre.

Gegenstand des Unternehmens ist die Veranstaltung von Klassenlotterien und ähnlichen Spielen. Der Freistaat hat gemäß § 10 Abs. 1 Glücksspielstaatsvertrag 2021 die ordnungsrechtliche Aufgabe, ein ausreichendes Glücksspielangebot sicherzustellen. Dabei ist in besonderem Maße auf Spieler- und Jugendschutz sowie die Suchtprävention zu achten. In § 10 Abs. 3 Glücksspielstaatsvertrag 2021 ist geregelt, dass Klassenlotterien nur von einer von allen Vertragsländern gemeinsam getragenen Anstalt des öffentlichen Rechts veranstaltet werden dürfen.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	70.452	59.386	49.624
Bilanzsumme	132.311	125.886	124.357
Umsatzerlöse	222.724	241.054	265.505
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	11.066	9.763	8.898
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	85	89	89
- davon Männer	41	44	44
- davon Frauen	41	45	45

Geschäftsverlauf 2023

Im Geschäftsjahr 2023 konnten aus dem Verkauf der Lose der NKL-Produktlinie (Hauptspiel, Extra-Joker, Millionen-Joker) und der SKL-Produktlinie (Millionenspiel, Euro-Joker, Traum-Joker) Spieleinsätze von 262,5 Millionen Euro erzielt werden. Das sind im Vergleich zum Vorjahr 7,8 Prozent weniger. Nach wie vor sind das NKL-Hauptspiel und das SKL-Millionenspiel mit einem Anteil von zusammen 75,7 Prozent (Vorjahr: 77,0 Prozent) mit Abstand die umsatzstärksten Produkte der GKL. An die Spielteilnehmenden kamen rund 104 Millionen Euro zur Ausschüttung. Der Jahresüberschuss 2023 ist um 1,3 Millionen Euro beziehungsweise 13,35 Prozent gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Positiv auf das Jahresergebnis 2023 haben sich ein positives Planspielergebnis sowie Kosteneinsparungen und die positive Zinsentwicklung ausgewirkt. Aus den Spieleinsätzen hat Bayern 2023 Lotteriesteuerzahlungen in Höhe von rund 7 Millionen Euro erhalten.

Laufende Entwicklung

Schlechte gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen und ein herausforderndes Geschäfts- beziehungsweise Marktumfeld erschweren die Geschäftsentwicklung der GKL nicht unerheblich. Der zunehmende Wettbewerbsdruck auf dem Glücksspielmarkt wirkt sich negativ auf das Umsatzpotenzial der GKL und ihren Marktanteil aus. Mithilfe einer stetigen Produkt- und Vertriebsentwicklung versucht die GKL hier gegenzusteuern. Um die wachsenden Herausforderungen mittel- und langfristige zu bewältigen, wurden im Geschäftsjahr verschiedene Weichen für die kommenden Jahre gestellt. Die Umsatz- bzw. Absatzentwicklung der laufenden NKL-Lotterie liegt zu Beginn des neuen Geschäftsjahres 2024 unter den Annahmen für die Wirtschaftsplanung 2024, für die SKL-Lotterie darüber. Die weitere Entwicklung im Jahresverlauf bleibt abzuwarten.

Beteiligungen

Keine

Geschäftsführung

Dr. Bettina Rothärmel
Jörg Scheidhammer

Gewährträgersversammlung

Jedes Vertragsland entsendet einen Vertreter oder eine Vertreterin in die Gewährträgersversammlung.

Im Zeitraum vom 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2024 gehörten der Gewährträgerversammlung an:

Vorsitzender

Dr. Dirk Warnecke, Ministerialrat, Ministerium der Finanzen des Landes
Nordrhein-Westfalen

Stv. Vorsitzender

Dirk Günthner, Ministerialrat, Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz

Weitere Mitglieder

Alexandra Binder, Ministerialrätin, Ministerium für Finanzen des Landes Baden-Württemberg

Dr. Katrin Mattern, Ministerialrätin, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat

Marion Holtz, Regierungsdirektorin, Senatsverwaltung für Finanzen Berlin
(bis 31.05.2024)

Renate Hachtmann, Senatsrätin, Senatsverwaltung für Finanzen Berlin (seit
01.06.2024)

Johannes Werner, Ministerialrat, Ministerium der Finanzen und für Europa
des Landes Brandenburg

Matthias Wieneke, Senatsrat, Freie Hansestadt Bremen, Senator für Finanzen

Christian Fischer, Regierungsdirektor, Freie und Hansestadt Hamburg, Finanzbehörde

Elmar Damm, Ministerialdirigent, Hessisches Ministerium der Finanzen (bis
10.11.2023)

Dr. Frank Roland, Ministerialrat, Hessisches Ministerium der Finanzen (seit
10.11.2023)

Maren Wölk, Amtsrätin, Finanzministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Stephan Kirsch, Niedersächsisches Finanzministerium

Andreas Hofmann, Ministerialrat, Ministerium der Finanzen und für Wissenschaft des Landes Saarland,

Thomas Linz, Ministerialrat, Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

Karin Franz, Ministerialrätin, Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt

Frederieke Martens-Azimi, Oberregierungsrätin, Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein

Ralf Theune, Ministerialdirigent, Thüringer Finanzministerium

Sonstige Unternehmen (der Einzelpläne 06 und 13)

Staatsbetriebe



Bayerische Staatsbrauerei Weihenstephan, Freising
Bayerisches Hauptmünzamt, München
Bayerisches Staatsbad Bad Brückenau, Bad Brückenau
Staatliche Lotterie- und Spielbankverwaltung, München
Staatliches Hofbräuhaus in München, München

Bayerische Staatsbrauerei Weihenstephan

Alte Akademie 2
85354 Freising
Telefon 08161 536-0
Telefax 08161 536-200
info@weihenstephaner.de
www.brauerei-weihenstephan.de
Gründungsjahr: 1040
Beteiligung seit: 24.03.1803



Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Unternehmensgegenstand ist die Herstellung und der Vertrieb von Bier, von alkoholfreien Getränken und von sonstigen brauereitypischen Handelswaren im In- und Ausland sowie der Betrieb aller Geschäfte gewöhnlicher Art, die unmittelbar oder mittelbar zur Erfüllung des Geschäftszwecks erforderlich sind. Die Bayerische Staatsbrauerei Weihenstephan ist Bestandteil des Zentralbereichs der TU München und dient - auch hinsichtlich ihrer Führung nach kaufmännischen und wirtschaftlichen Grundsätzen - der Fakultät Wissenschaftszentrum Weihenstephan für Ernährung, Landnutzung und Umwelt als Musterbetrieb zur Lehre und Forschung über Vorgänge und Einrichtungen des praktischen Brauereibetriebs.

Als Staatsbetrieb unterliegt das Unternehmen nicht den Regelungen des Art. 65 Abs. 1 BayHO.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	18.096	18.060	17.308
Bilanzsumme	66.892	64.667	60.468
Eigenkapitalquote (in %)	27,10	28,00	28,60
Umsatzerlöse	46.653	43.884	38.284
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	392	752	1.507
EBITDA	5.322	6.029	6.193
Umsatzrentabilität (in %)	0,84	1,71	3,94
Eigenkapitalrentabilität (in %)	2,17	4,16	8,71
operativer Cash-Flow	4.616	6.842	6.354
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	184	176	173
- davon Männer	136	136	131
- davon Frauen	48	40	42

Geschäftsverlauf 2023

Absatzschwerpunkt der Brauerei Weihenstephan im In- und Ausland ist neben dem Handel vor allem die Gastronomie mit einem Anteil von rund 67 Prozent am Gesamtumsatz (wie Vorjahr).

Der Gesamtumsatz betrug 453.463 Hektoliter (Mehring gegenüber 2022 um 0,8 Prozent). Der Eigenbierumsatz inklusiv Lohnbraugeschäft stieg entgegen dem Branchentrend auf 445.152 Hektoliter (+ 0,5 Prozent). Darin enthalten ist der Lohnbrau mit 56.503 Hektoliter (+ 12,4 Prozent). Der Inlandsbierumsatz ist mit 168.137 Hektoliter um 7,4 Prozent höher und der Export mit 277.015 Hektoliter um 3,2 Prozent niedriger als im Vorjahr. Beim Exportgeschäft ist zu berücksichtigen, dass aufgrund des Angriffs der Hamas auf Israel der Export nach Israel ab Herbst 2023 ins Stocken kam. Die Exportquote betrug 62,2 Prozent (2022: 64,7 Prozent). Das Vertriebsgebiet umfasst das gesamte Bundesgebiet und 61 Exportländer, im Wesentlichen die USA, Italien/Südtirol, Israel, Niederlande, Österreich, Frankreich, Türkei und Australien.

Korrespondierend zur positiven Absatzentwicklung waren die Umsatzerlöse um 6,3 Prozent höher als im Vorjahr. Der Jahresüberschuss in Höhe von 392.218 Euro wurde aus dem operativen Geschäft erwirtschaftet. Der im Vorjahresvergleich niedrigere Gewinn beruht auch im Jahr 2023 auf den Auswirkungen des Ukraine-Krieges (Störungen der Lieferketten und Preissteigerungen, vor allem bei Energie, Rohstoffen und sonstigem Materialaufwand). Die Kostenmehringen konnten durch Preiserhöhungen nicht vollständig kompensiert werden. Weiterhin positive Auswirkungen auf die Kostenentwicklung zeigte die Optimierung der Wertschöpfungskette, vor allem der Bau des eigenen Logistikzentrums mit Verpackungsanlage. Vom Gewinn 2023 werden in 2024 netto 300.000 Euro an den Staatshaushalt abgeführt (zuzüglich 56.400 Euro Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag). Der darüber hinausgehende Jahresüberschuss dient der Finanzierung weiterer Investitionen.

Im Geschäftsjahr 2023 wurde der Bau eines weiteren Gär-, Lager- und Drucktanks fortgesetzt. Ferner wurde die im Jahr 2022 begonnene Installation von drei Photovoltaik-Anlagen größtenteils abgeschlossen (Verzögerung wegen Liefer-schwierigkeiten von Einzelkomponenten), wodurch sich in 2023 erste Einsparungen im Energiebereich ergaben. Die Finanzierung dieser Investitionen erfolgte teilweise durch Investitionsdarlehen aus dem Staatshaushalt.

Laufende Entwicklung

Nach den ersten fünf Monaten liegt der Gesamtabsatz mit 5,8 Prozent über dem Vorjahresniveau. Im Juni wurde die Erweiterung des Gär-, Lager- und Drucktankkellers abgeschlossen. Aufgrund der Auswirkungen des Ukraine-Konflikts erwartet die Brauerei Weihenstephan auch für 2024 negative Auswirkungen auf die stark gestiegenen Einkaufspreise für Energie, Rohstoffe und andere Produktionsfaktoren. Für das Geschäftsjahr 2024 geht die Brauerei Weihenstephan gleichwohl von einem positiven Ergebnis aus.

Beteiligungen

Keine

Geschäftsführung

Prof. Dr. Josef Schrädler

Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat besteht aus sechs Mitgliedern. Eines der Mitglieder wird vom Staatsministerium der Finanzen und für Heimat entsandt; die übrigen Mitglieder werden vom Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst berufen. Drei dieser Mitglieder werden auf Vorschlag der Hochschulleitung der Technischen Universität München berufen; mindestens zwei davon müssen Professoren oder wissenschaftliche Mitarbeiter an der Technischen Universität München sein.

Im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2024 gehörten dem Verwaltungsrat an:

Vorsitzender

Dr. Rolf-Dieter Jungk, Ministerialdirektor, Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst

Stv. Vorsitzender

Dr. Albert Schmid, Ministerialrat, Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst

Weitere Mitglieder

Prof. Dr. Thomas Becker, Universitätsprofessor, Freistaat Bayern

Albert Berger, Kanzler der TU München

Prof. Dr.-Ing. Martina Gastl, Dozentin, Freistaat Bayern

Dr. Katrin Mattern, Ministerialrätin, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat

Oberste Aufsichtsbehörde

Oberste Aufsichtsbehörde ist das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst.

Bayerisches Hauptmünzamt

Zamdorfer Straße 92
 81677 München
 Telefon 089 992690 0
 Telefax 089 992690 200
 poststelle@hma.bayern.de
 www.hauptmuenzamt.bayern
 Gründungsjahr: 1158

**Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung**

Dem Hauptmünzamt obliegt als eine von fünf deutschen Münzprägestätten (Berlin, Hamburg, Karlsruhe, München, Stuttgart) die Aufgabe der Prägung von Bundesmünzen im Auftrag des Bundes nach Maßgabe des Münzgesetzes sowie die Herstellung von bayerischen Dienstsiegeln. Daneben werden Münzen für das Ausland geprägt und Medaillen hergestellt sowie sonstige Lohnaufträge für diese Bereiche ausgeführt.

Das Bayerische Hauptmünzamt kann mit seiner Gründung im Jahr 1158 auf eine lange Historie zurückblicken. Eine Privatisierung ist im Hinblick darauf, dass gemäß § 6 Abs. 1 MünzG nur landeseigene Prägestätten deutsche Euro-Umlaufmünzen prägen dürfen, nicht möglich. Als Staatsbetrieb unterliegt das Unternehmen nicht den Regelungen des Art. 65 Abs. 1 BayHO.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	26.849	25.761	26.540
Bilanzsumme	28.536	27.020	30.273
Eigenkapitalquote (in %)	94,09	95,34	87,67
Umsatzerlöse	12.214	11.092	9.411
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.388	220	1.915
EBITDA	2.953	1.634	3.088
Umsatzrentabilität (in %)	11,37	1,99	20,35
Eigenkapitalrentabilität (in %)	5,17	0,86	7,22
operativer Cash-Flow	3.499	-2.483	3.685
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	53	54	57
- davon Männer	37	36	38
- davon Frauen	16	18	19

Geschäftsverlauf 2023

Bei den Bundesaufträgen ergab sich für das HMA in 2023 erneut eine mengenbezogene deutliche Minderung des Prägebedarfs von 48 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Der Einbruch ergab sich als Nachwirkung auf die Corona-Krise und wurde durch nicht abgerufene Vorratsprägungen für ein neues Euroland weiter verstärkt. Eine moderate Erholung der Bedarfe kann, mit Blick auf die Pragemengen in anderen Europäischen Flächenländern, mittelfristig angenommen werden. Der Bedarf an Umlaufmünzen für die Bundesrepublik Deutschland unterliegt weiterhin einer starken Volatilität.

Bei den Auslandsaktivitäten konnten bei bestehenden Kunden, unter anderem bei der Bank of Israel und der Central Bank of Azerbaijan, erneut Prägeaufträge generiert werden.

Der Gewinn in 2023 beträgt 1,388 Millionen Euro. Damit wurden sowohl die Planzahlen als auch die Vorjahreszahlen deutlich übertroffen. Ein Grund hierfür ist auch, dass sich wesentliche Teile der energetischen Sanierung des Gebäudes, für welche die Kosten vom Bayerische Hauptmünzamt aus eigen erwirtschafteten Mitteln vollständig selbst getragen werden, auf 2024 verschoben haben.

Laufende Entwicklung

Die Deutsche Bundesbank hat für das Jahr 2024 nur noch 72 Millionen Umlaufmünzen bestellt, was im Vergleich zum Vorjahr erneut ein mengenmäßiger Rückgang von 48 Prozent ist. Eine moderate Erholung der Pragemengen ist mittelfristig anzunehmen, ob diese bereits 2025 oder erst 2026 eintritt, ist noch nicht absehbar. Die Akquise im Bereich der Prägungen für ausländische Nationalbanken wird im Jahr 2024 intensiviert. Bisher konnten für das Jahr 2024 Prägeaufträge für ausländische Nationalbanken im Volumen von rund 70 Millionen Stück generiert werden.

Die Nachfrage nach Medaillen geht weiter zurück, unter anderem wegen der weiterhin hohen Edelmetallpreise. Der Trend geht weiterhin in Richtung Anlageprodukte. Die Sammlerprodukte für die Bundesrepublik Deutschland sehen, neben den Standardprodukten wie 20 € in Silber, weitere Produktserien in Polymerausführung (10 €) sowie in kolorierter Ausführung für 5 € und 20 € für 2024 vor. Eine kolorierte 5 € Münze ist für 2025 nicht mehr vorgesehen, bei der 10 € Polymerring Münze ist für 2025 das Motiv THW geplant. Von der Staatliche Münze Baden-Württemberg und dem Bayerischen Hauptmünzamt sind weitere Produktinnovationen für diesen Bereich dem Bundesverwaltungsamt zur Umsetzung vorgeschlagen worden, unter anderem eine Münze mit dreifarbigem Polymerring.

Generell stehen 1 und 2 Eurocent weiterhin stark unter Druck. Europaweit wird mittelfristig über den Verbleib der beiden niedrigsten Nominale im Münzsystem entschieden werden. Ob ersatzweise eine 5 € Umlaufmünze eingeführt wird, ist ebenfalls noch unklar.

Beteiligungen

Keine

Geschäftsführung

Reinhard Riffel seit 01.12.2023

Günther Waadt bis 15.03.2024

Aufsichtsbehörde

Oberste Aufsichtsbehörde ist das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat.

Bayerisches Staatsbad Bad Brückenau

Heinrich-von-Bibra-Straße 25
97769 Bad Brückenau
Telefon 09741/802-0
poststelle@staatsbad.de
www.staatsbad.de
Gründungsjahr: 1816



Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Das Staatsbad Bad Brückenau ist ein Eigenbetrieb des Freistaats Bayern nach Art. 26 BayHO. Das Dienstleistungsunternehmen übernimmt infrastrukturelle Aufgaben im Bereich der Gesundheitspflege, insbesondere den Betrieb und die Pflege der Kuranlagen, die Heilquellenbewirtschaftung, das Anbieten eines Veranstaltungsprogramms mit Kooperationspartnern, die Erhebung der Kurtaxe sowie das Immobilienmanagement der umfangreichen, historischen Liegenschaften des Freistaats Bayern.

Eine Übertragung der Unternehmensaufgaben in die Privatwirtschaft kommt wegen der Aufgabenstellung im Bereich der Daseinsvorsorge und der erbrachten Leistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse nicht in Betracht. Mit den erfolgten Teilprivatisierungen ist die Übertragung geeigneter operativer Aufgaben in privatwirtschaftliche Verantwortung weitgehend abgeschlossen. Als Staatsbetrieb unterliegt das Unternehmen nicht den Regelungen des Art. 65 Abs. 1 BayHO.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	21.250	19.871	22.418
Bilanzsumme	21.708	20.468	22.948
Umsatzerlöse	2.627	2.401	2.106
Ertragszuschüsse	750	1.400	350
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-1.955	-4.705	-2.310
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	33	31	32
- davon Männer	20	18	20
- davon Frauen	13	13	12

Geschäftsverlauf 2023

Alle Betriebsteile des Staatsbetriebes laufen stabil und erfahren eine sehr positive Entwicklung, insbesondere im Bereich des Immobilienmanagements. Mit 41.072 Gästen und 199.362 Übernachtungen kann noch nicht das Niveau der Vorkrisenjahre erreicht werden.

Im Staatsbad Bad Brückenau sind im Unterschied zu den anderen Bayerischen Staatsbädern die Besitzverwaltung und das operative Geschäft in einem Unternehmen zusammengefasst. Die Abschreibungen belaufen sich auf insgesamt 1.422 Tausend Euro, davon entfallen 902 Tausend Euro auf die Besitzverwaltung.

Laufende Entwicklung

Unternehmensziel bleibt unverändert die moderate Expansion durch das Immobilienmanagement mit der Absicht, die Alleinstellungsmerkmale in Bezug auf die Alleinlage als Refugium der Ruhe inmitten des Biosphärenreservats Rhön, ausgezeichnet durch die anerkannten Heilquellen, als Gesundheitsressort zu vermarkten. Die bereits begonnenen Planungen zur regenerativen, wenn möglich weitgehend autarken Energieversorgung des Gesundheitscampus werden weiterverfolgt. Derzeit liegt die Herausforderung darin, Brückenlösungen zu finden und Investoren zu motivieren.

Beteiligungen

Keine

Geschäftsführung

Andrea Schallenkammer

Aufsichtsbehörde

Oberste Aufsichtsbehörde ist das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat.

Staatliche Lotterie- und Spielbankverwaltung

Theresienhöhe 11
 80339 München
 Telefon 089 28655-0
 Telefax 089 28655-596
 info@lotto-bayern.de
 www.lotto-bayern.de
 www.slsv-bayern.de
 www.spielbanken-bayern.de
 Gründungsjahr: 1946



Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Der Freistaat hat gemäß § 10 Abs. 1 Glücksspielstaatsvertrag 2021 die ordnungsrechtliche Aufgabe, ein ausreichendes Glücksspielangebot sicherzustellen. Dabei ist in besonderem Maße auf Spieler- und Jugendschutz sowie die Suchtprävention zu achten. In § 10 Abs. 2 Glücksspielstaatsvertrag 2021 ist geregelt, dass die Länder diese öffentliche Aufgabe selbst, durch eine von allen Vertragsländern gemeinsam geführte öffentliche Anstalt, durch juristische Personen des öffentlichen Rechts oder durch privatrechtliche Gesellschaften, an denen juristische Personen des öffentlichen Rechts unmittelbar oder mittelbar maßgeblich beteiligt sind, erfüllen. In Bayern wird die Aufgabe von der Staatlichen Lotterie- und Spielbankverwaltung (Art. 1 Absatz 3 Gesetz zur Ausführung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland) durchgeführt. Das Glücksspielangebot umfasst:

- LOTTO6aus49
- EUROJACKPOT
- Spiel 77
- Super 6
- Keno
- Plus 5
- GlücksSpirale
- Sieger-Chance
- Fußballtoto
- Sofortlotterien (Aufreiß- und Rubbellose)
- BAYERNMILLIONEN

Ferner obliegt der Staatlichen Lotterie- und Spielbankverwaltung die zentrale Leitung der Bayerischen Spielbanken und damit die Veranstaltung von Glücksspielen wie zum Beispiel Roulette, Black Jack, Poker und Automatenspielen. Die Erlaubnis zum Betrieb von Spielbanken darf in Bayern nach Art. 2 Abs. 2 Spielbankgesetz nur dem Freistaat Bayern für einen Staatsbetrieb erteilt werden. Der Staatsbetrieb

Staatliche Lotterieverwaltung wurde zum 1. Januar 2019 mit den neun Staatsbetrieben Bayerische Spielbanken zu einem einheitlichen Staatsbetrieb "Staatliche Lotterieverwaltung" zusammengefasst und zum 1. März 2021 in "Staatliche Lotterie- und Spielbankverwaltung" umbenannt.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	92.078	76.561	55.792
Bilanzsumme	231.059	216.100	180.293
Eigenkapitalquote (in %)	39,85	35,43	30,95
Lotterieeinsätze (inkl. Bearbeitungsgebühren)	1.294.000	1.270.667	1.255.904
Umsatzerlöse (nach Steuern und Abgaben)*	1.172.022	1.137.671	1.081.743
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	275.977	266.246	233.434
darin enthalten Ergebnis Spielbanken	24.618	18.100	-13.200
Umsatzrentabilität (in %)*	23,55	23,40	21,58
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	1.035	1.062	1.041
- davon Männer	644	668	660
- davon Frauen	391	394	381

* Umschlüsselung der Jahre 2022 und 2021, da Spielbankabgabe ab 2023 als direkt mit dem Umsatz verbundene Steuer erfasst und daher (wie die Lotterie- und Sportwettsteuer) vom Umsatz abgezogen wird; bislang wurde die Spielbankabgabe als umsatzabhängiger Aufwand dargestellt. Hieraus ergeben sich Folgeänderung bei der Höhe der Umsatzrentabilität für die Jahre 2022 und 2021.

Geschäftsverlauf 2023

Im Geschäftsjahr 2023 erzielte die Staatliche Lotterie- und Spielbankverwaltung aus dem Lotteriebereich Spieleinsätze inklusive Bearbeitungsgebühren von 1.294.000.005,70 Euro. Das sind 23,33 Millionen Euro oder 1,84 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Zuwachs ist im Wesentlichen auf die positive Entwicklung bei der Gemeinschaftslotterie EUROJACKPOT sowie bei den Losen zurückzuführen.

Die Spieleinsätze (jeweils ohne Bearbeitungsgebühren) bei LOTTO6aus49 gingen um rund 10 Millionen Euro bzw. 1,7 Prozent auf 559,12 Millionen Euro zurück. Gemessen am Umsatz bleibt LOTTO6aus49 nach wie vor das beliebteste Spiel bei den bayerischen Tippfern. Die Spieleinsätze beim EUROJACKPOT stiegen dagegen erneut gegenüber dem Vorjahr deutlich um rund 28 Millionen Euro bzw. 11,1 Prozent an. Im Geschäftsjahr 2023 stand der Maximal-Jackpot in Höhe von 120 Millionen Euro in der Gewinnklasse 1 lediglich einmal zur Ausspielung bereit.

Bei den Zusatzlotterien (z. B. Spiel77 oder Super 6) entwickelten sich die Einnahmen in 2023 leicht rückläufig. Die Spieleinsätze bei KENO liegen mit 25,98 Millionen Euro fast auf dem Vorjahresniveau (26,14 Millionen Euro). Auch das Zusatzspiel Plus5 konnte das Vorjahresniveau nahezu erreichen. Die zum Jahresende zum fünften Mal veranstaltete Lotterie BAYERNMILLIONEN erzielte einen Umsatz von 5,13 Millionen Euro im Geschäftsjahr 2023. Über den Jahreswechsel 2023/2024 betrachtet konnten hier alle Lose verkauft werden. Die GlücksSpirale, deren Erträge Wohlfahrt, Sport, Denkmalschutz und Naturschutz zugutekommen, verzeichnete einen leichten Umsatzrückgang von 0,5 Prozent auf 39 Millionen Euro, die Zusatzlotterie Siegerchance, deren Erträge an den Sport gehen, um 1,2 Prozent auf 7,03 Millionen Euro. Bei den Sofortlotterien ergab sich insgesamt betrachtet eine Umsatzsteigerung von 6,3 Prozent bzw. 8,37 Millionen Euro auf 140,55 Millionen Euro. Das BayernLos verzeichnete im Jahr 2023 mit einem Anstieg der Verkaufserlöse um 3,69 Millionen Euro auf 82,01 Millionen Euro den höchsten absoluten Anstieg. Beim Fußballtoto gingen die Wetteinsätze um 5,3 Prozent auf 6,55 Millionen Euro zurück. An die Spielteilnehmenden wurde insgesamt eine Gewinnsumme von 614,45 Millionen Euro ausgeschüttet.

Die Bayerischen Spielbanken konnten im Jahr 2023 insgesamt 668.293 Besucher begrüßen. Dies entspricht einem Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von 23,5 Prozent. Der Bruttospielertrag lag bei rund 124 Millionen Euro (davon entfallen 22,19 Millionen Euro auf das Große Spiel und 101,94 Millionen Euro auf das Automaten spiel). Damit liegt der Bruttospielertrag des Jahres 2023 um 17,06 Prozent über dem Vorjahresergebnis. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass das erste Halbjahr 2022 noch von Corona-Maßnahmen geprägt war.

Die Staatliche Lotterie- und Spielbankverwaltung erzielte 2023 einen Jahresüberschuss von insgesamt rund 276 Millionen Euro. Darin ist das Ergebnis der Bayerischen Spielbanken mit rund 24,6 Millionen Euro (2022: 18,1 Millionen Euro) enthalten.

An den Staatshaushalt konnte neben der Lotterie- und Sportwettsteuer in Höhe von rund 215 Millionen Euro und der Spielbankabgabe von 16,5 Millionen Euro der Bilanzgewinn in Höhe von 261 Millionen Euro (inklusive Gewinnvortrag aus dem Vorjahr von 38,3 Millionen Euro) abgeführt werden.

Laufende Entwicklung

Die Spieleinsätze im Lotteriebereich im ersten Halbjahr 2024 in Höhe von 642 Millionen Euro lagen um rund 3 Prozent über dem Vergleichsergebnis des Vorjahres (622,6 Millionen Euro). Die Bayerischen Spielbanken haben im ersten Halbjahr 2024 ein Bruttospielertrag in Höhe von rund 59,9 Millionen Euro erzielt und liegen

damit nur geringfügig unter dem Vorjahreswert (60,3 Millionen Euro). In dem vor-
genannten Zeitraum haben rund 335.000 Besucherinnen und Besucher die Baye-
rischen Spielbanken besucht, was einem leichten Plus von 1,5 Prozent gegenüber
dem Vorjahr entspricht.

Seit April 2024 bietet die Staatliche Lotterie- und Spielbankverwaltung auch Online-
Casinospiele an. Damit kommt die Staatliche Lotterie- und Spielbankverwaltung ih-
rem gesetzlichen Auftrag gem. § 10 Abs. 1 Glücksspielstaatsvertrag 2021 i. V. m.
Art. 1 Abs. 3 Gesetz zur Ausführung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in
Deutschland nach.

ODDSET Sportwetten GmbH

Zum Aufgabenbereich der Staatlichen Lotterie- und Spielbankverwaltung gehört
auch die Verwaltung der Beteiligung des Freistaats Bayern an der ODDSET Sport-
wetten GmbH in Höhe von 25,6 Prozent. Die restlichen Anteile werden von sechs
Lotteriegesellschaften der Länder Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg,
Rheinland-Pfalz, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Saarland gehalten. Die
ODDSET Sportwetten GmbH wurde mit dem Ziel gegründet, staatliche Sportwetten
bundesweit anzubieten.

Das Regierungspräsidium Darmstadt hat der ODDSET Sportwetten GmbH im De-
zember 2022 eine Anchlussurlaubnis zum Veranstellen von Sportwetten (stationär
und online) für den Zeitraum 2023 bis 2027 erteilt. Gestartet ist das ODDSET-On-
line-Wettangebot Anfang April 2023. Der stationäre Vertrieb der ODDSET-Sport-
wetten über Annahmestellen der Staatlichen Lotterie- und Spielbankverwaltung ist
gemäß § 29 Abs. 6 Glücksspielstaatsvertrag 2021 i. V. m. Art. 7a AGGlüStV bis
zum 30. Juni 2024 möglich gewesen. Seit dem 1. Juli 2024 bietet ODDSET sein
Wettangebot nur noch im Internet an.

Ausgewählte Kennzahlen ODDSET Sportwetten GmbH

Die Bilanzsumme der ODDSET Sportwetten GmbH lag 2023 bei rund 19,9 Millionen
Euro (2022: rund 22,5 Millionen Euro), das Eigenkapital bei rund 25.000 Euro
(2022: rund 5,4 Millionen Euro). Im Jahr 2023 erzielte die ODDSET Sportwetten
GmbH Umsatzerlöse von rund 165,2 Millionen Euro (2022: rund 138,3 Millionen
Euro) und einen Jahresfehlbetrag von rund - 5,4 Millionen Euro. (2022: Jahresüber-
schuss von rund 0,9 Millionen Euro). Der Jahresfehlbetrag ist insbesondere auf
Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Start des Online-Vertriebs im April
2023 zurückzuführen und fällt geringer aus als im Plan 2023 (- 6,9 Millionen Euro)
vorgesehen.

Beteiligungen der Staatlichen Lotterie- und Spielbankverwaltung

ODDSET Sportwetten GmbH	25,64 %
-------------------------	---------

Geschäftsführung der Staatlichen Lotterie- und Spielbankverwaltung

Claus Niederalt

Verwaltungsrat Spielbanken

Dem Verwaltungsrat der Spielbanken gehören jeweils zwei Mitglieder des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat und des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration an. Der Vorsitz wechselt jährlich zwischen dem Finanzministerium und dem Innenministerium.

Im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2024 gehörten dem Verwaltungsrat an:

Vorsitzende

Judith Steiner, Ministerialdirigentin, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat (seit 01.01.2024, zuvor Mitglied)

Stv. Vorsitzender

Volkhard Spilarewicz, Ministerialdirigent, Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration (seit 01.01.2024, zuvor Vorsitzender)

Weitere Mitglieder

Alexander Gliwitzky, Ministerialrat, Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration

Dr. Katrin Mattern, Ministerialrätin, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat

Oberste Aufsichtsbehörde

Oberste Aufsichtsbehörde ist das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat.

Staatliches Hofbräuhaus in München

Hofbräuallee 1
 81829 München
 Telefon 089 92105-0
 Telefax 089 906426
 info@hofbraeuhaus.com
 www.hofbraeu-muenchen.de
 Gründungsjahr: 1589

**Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung**

Unternehmensgegenstand ist die Herstellung und der Vertrieb von Bier und alkoholfreien Getränken sowie die im Brauereigewerbe üblichen Nebengeschäfte.

Als Staatsbetrieb unterliegt das Unternehmen nicht den Regelungen des Art. 65 Abs. 1 BayHO.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	59.691	56.513	54.374
Bilanzsumme	79.216	73.690	69.309
Eigenkapitalquote (in %)	75,35	76,68	78,45
Umsatzerlöse	53.118	48.503	35.607
Jahresüberschuss	4.365	4.515	4.300
EBITDA	9.524	10.098	9.121
Umsatzrentabilität (in %)	8,22	9,31	12,08
Eigenkapitalrentabilität (in %)	7,31	7,99	7,91
operativer Cash-Flow	10.268	8.411	7.772
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	140	138	136
- davon Männer	115	110	107
- davon Frauen	25	28	29

Geschäftsverlauf 2023

Absatzschwerpunkt des Staatlichen Hofbräuhauses in München ist national und international die Gastronomie mit einem Anteil am Gesamtumsatz von rund 54 Prozent. Insgesamt ergab sich eine leicht positive Geschäftsentwicklung.

Der Gesamtgetränkeumsatz von 351.494 Hektoliter lag entgegen dem Branchentrend über dem Vorjahr (+ 0,7 Prozent). Der Eigenbierumsatz betrug 329.902 Hektoliter (+ 0,3 Prozent), wobei im Inland um + 5,8 Prozent mehr und im Export - 4,3 Prozent weniger Hektoliter abgesetzt wurden. Gründe dafür waren vor allem witterungsbedingte Einflüsse (starke Regenfälle im Frühjahr in Italien, gutes Wetter während des Oktoberfestes) sowie hohe Inflation und Fachkräftemangel in der

Gastronomie in den USA. Durch den Exportrückgang verringerte sich die Exportquote am Eigenbierabsatz 2023 auf 51,7 Prozent (2022: 54,2 Prozent). Hauptprodukte waren erneut die untergärigen Biersorten (zum Beispiel Original, Hell) mit einem Anteil am Eigenbierabsatz von rund 87 Prozent (2022: 86 Prozent). Das Vertriebsgebiet umfasst das gesamte Bundesgebiet und im Ausland im Wesentlichen Italien und die USA.

Die Netto-Umsatzerlöse stiegen auf insgesamt 53,1 Millionen Euro (+ 9,5 Prozent). Dies beruhte im Wesentlichen auf der Absatzsteigerung, durchgeführten Preiserhöhungen und höheren Pachterträgen. Aufwandserhöhungen (insbesondere bei Rohstoffen und Personal) konnten durch die Umsatzsteigerungen nahezu ausgeglichen werden.

Hofbräu München weist im Geschäftsjahr 2023 einen Gewinn nach Steuern von 4.365.390 Euro aus. Im Staatshaushalt 2024 ist eine Netto-Gewinnabführung in Höhe von 1.800 Tausend Euro für das Geschäftsjahr 2023 veranschlagt (Brutto 2.138.402 € inklusive Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag).

Vom Gewinn 2022 wurde in 2023 eine Netto-Gewinnabführung an den Staatshaushalt in Höhe von 1.000 Tausend Euro abgeführt (Brutto 1.188.001 Euro inklusive Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag). Wie in der Vergangenheit wurden auch 2023 alle Investitionen vollständig aus eigener Liquidität finanziert.

Der Vertrieb in den USA wird über die im Jahr 2006 gegründete Hofbräuhaus of America LLC (HBA) abgewickelt. Der Bierbezug der HBA von Hofbräu München war im Jahr 2023 mit 51.025 Hektolitern um - 4,8 Prozent geringer als 2022. In der Folge sanken auch die Umsatzerlöse der HBA gegenüber dem Vorjahr um - 5,3 Prozent, während sich die Aufwendungen um - 4,0 Prozent verringerten. Die HBA weist für das Geschäftsjahr 2023 einen Gewinn in Höhe von 1.600.694 US-Dollar aus (2022: 2.137.877 US-Dollar). Ein Gewinnverwendungsbeschluss für das Geschäftsjahr 2023 wurde noch nicht gefasst. Der Gewinn 2022 wurde an die Gesellschafter ausgeschüttet. Nach Abzug der vor Ort geleisteten Steuerzahlungen wurden insgesamt 1.370.502 US-Dollar (1.264.184 Euro) an Hofbräu München überwiesen.

Die HBA wurde zum 1. Januar 2023 steuerlich in eine Kapitalgesellschaft umgewandelt. Zum 1. Januar 2023 erfolgte ferner ein Wechsel des Minderheitsgesellschafters (Übernahme von 21 Prozent der HBA-Anteile durch die Full Print Consulting LLC von der Franchise Management Group LLC) sowie des Geschäftsführers (CEO).

Laufende Entwicklung

Kumuliert per Mai 2024 ergibt sich eine Absatzsteigerung beim Eigenbier gegenüber dem Vorjahreszeitraum von rund 7 Prozent. Hofbräu München geht auch für das Geschäftsjahr 2024 von einem positiven Ergebnis aus.

Beteiligungen

Hofbräuhaus of America LLC	79,00 %
Wirtschaftsvereinigung Münchner Brauereien GmbH	16,05 %

Geschäftsführung

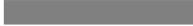
Dr. Michael Möller

Oberste Aufsichtsbehörde

Oberste Aufsichtsbehörde ist das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat.

Sonstige Unternehmen (der Einzelpläne 06 und 13)

Staatsbetriebe (mit Beschränkung auf Besitzverwaltung)



Bayerische Landeshafenverwaltung, Regensburg
Bayerische Landeskraftwerke, Nürnberg
Besitzverwaltung Zentrum Staatsbäder Bayern,
Bad Steben
Besitzverwaltung Staatliche Seenschifffahrt, Bad Steben

Bayerische Landeshafenverwaltung

Linzer Straße 6
 93055 Regensburg
 Telefon 0941 79504-0
 Telefax 0941 79504-20
 holding@bayernhafen.de
 www.bayernhafen.de
 Gründungsjahr: 1953
 Beteiligung seit: 01.04.1953



Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Zum 1. Juni 2005 erfolgte eine Rechtsformprivatisierung der Bayerischen Landeshafenverwaltung (LHV) durch die Ausgliederung auf die zuvor gegründete Bayernhafen GmbH & Co. KG. Im Zuge der Ausgliederung sind alle mit dem Hafenbetrieb zusammenhängenden Vermögensgegenstände und Schulden sowie alle abgeschlossenen Verträge auf die neu gegründete Gesellschaft übergegangen. Bei der LHV verblieb ein Teil der Mitarbeiter, die nunmehr mittels Personalgestellungsvertrag bei der Bayernhafen GmbH & Co. KG beschäftigt werden.

Aufgrund der erfolgenden Personalgestellung an die Bayernhafen GmbH & Co. KG ist der Staatsbetrieb Bayerische Landeshafenverwaltung weiterhin aufrecht zu erhalten. Als Staatsbetrieb unterliegt das Unternehmen nicht den Regelungen des Art. 65 Abs. 1 BayHO.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	206.101	191.256	177.723
Bilanzsumme	208.142	192.513	178.629
Eigenkapitalquote (in %)	99,02	99,35	99,49
Umsatzerlöse	1.716	1.695	2.006
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	14.845	13.533	12.420
EBITDA	11.528	16.488	15.138
Umsatzrentabilität (in %)	864,98	798,38	619,04
Eigenkapitalrentabilität (in %)	7,20	7,08	6,99
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	28	28	33
- davon Männer	21	21	25
- davon Frauen	7	7	8

Geschäftsverlauf 2023

Das Vermögen zum 31. Dezember 2023 besteht nach der Ausgliederung im Wesentlichen aus der Beteiligung an der Bayernhafen GmbH & Co. KG. Der Jahresüberschuss wird durch das Beteiligungsergebnis bestimmt.

Laufende Entwicklung

Die Bayerische Landeshafenverwaltung betreibt seit der Ausgliederung kein operatives Geschäft mehr. Entstehende Aufwendungen, vor allem im Bereich der personalgestellten Mitarbeiter, werden an die Bayernhafen GmbH & Co. KG weiterverrechnet.

Beteiligungen

Bayernhafen GmbH & Co. KG	100,00 %
Bayernhafen Verwaltungs GmbH	100,00 %

Geschäftsführung

Joachim Zimmermann

Oberste Aufsichtsbehörde

Oberste Aufsichtsbehörde ist das Bayerische Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr.

Bayerische Landeskraftwerke

Zeltnerstrasse 3
90443 Nürnberg
Telefon 0911 235639-0
Telefax 0911 235639-29
landeskraftwerke@lakw.de
www.landeskraftwerke.bayern
Gründungsjahr: 1963
Beteiligung seit: Gründung



Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Die Bayerischen Landeskraftwerke (LaKW) sind ein Eigenbetrieb des Freistaats Bayern nach Art. 26 BayHO. Den LaKW oblag bis Ende 2006 der Betrieb, die Wartung, die Unterhaltung sowie die allgemeine kaufmännische Verwaltung der Kraftwerke an staatlichen Wasserspeichern. Diese Tätigkeiten sind im Zuge einer zum 1. Januar 2007 erfolgten Rechtsformprivatisierung auf die zuvor gegründete Bayerische Landeskraftwerke GmbH übergegangen.

Aufgrund der Steuerverhaftung der Beteiligung an der Bayerischen Landeskraftwerke GmbH wird der Staatsbetrieb Bayerische Landeskraftwerke weiterhin als Besitzverwaltung für diese Beteiligung aufrechterhalten. Als Staatsbetrieb unterliegt das Unternehmen nicht den Regelungen des Art. 65 Abs. 1 BayHO.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	10.116	13.043	13.033
Bilanzsumme	10.528	13.342	13.105
Eigenkapitalquote (in %)	96,09	97,76	99,45
Umsatzerlöse	35	35	35
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	73	3.010	3.099
EBITDA	15	16	130
Umsatzrentabilität (in %)	208,53	8.600,49	8.853,20
Eigenkapitalrentabilität (in %)	0,72	23,08	23,78
operativer Cash-Flow	73	92	-737
Zahl der Beschäftigten	0	0	0

Geschäftsverlauf 2023

Der Staatsbetrieb Bayerische Landeskraftwerke betreibt seit der Ausgliederung kein operatives Geschäft mehr. Wesentlicher Vermögenswert des Unternehmens ist die hundertprozentige Beteiligung an der Bayerische Landeskraftwerke GmbH, an die der Staatsbetrieb betriebsnotwendiges Vermögen verpachtet. Hieraus wurden 2023 Umsatzerlöse in Höhe von 35 Tausend Euro erwirtschaftet. Infolge eines im Vorjahr erzielten Ertrages aus einer Gewinnausschüttung der GmbH wurden mit zeitweilig hohen Liquiditätsbeständen Zinserträge erzielt, die maßgeblich für den Jahresüberschuss 2023 verantwortlich sind.

Der erwähnte Beteiligungsertrag aus 2022 (3 Millionen Euro) wurde 2023 planmäßig an den allgemeinen Haushalt abgeführt.

Laufende Entwicklung

Im Geschäftsjahr 2024 wird ein Pächterlös in Höhe von 35 Tausend Euro erwartet. Unter Berücksichtigung eines aus steuerlichen Gründen erforderlichen außerplanmäßigen Beteiligungsertrags von 450 Tausend Euro im Frühjahr 2024 wird bei weiterem planmäßigem Geschäftsverlauf ein Jahresüberschuss 469 Tausend Euro erwartet.

Beteiligungen

Bayerische Landeskraftwerke GmbH	100,00 %
----------------------------------	----------

Geschäftsführung

Jochen Zehender

Oberste Aufsichtsbehörde

Oberste Aufsichtsbehörde ist das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz.

**Zentrum Staatsbäder Bayern
Bad Steben**

Badstr. 31
95138 Bad Steben
Telefon 09288/ 95 76 75 – 0
poststelle.zstb@zstb.bayern.de
Gründungsjahr: 2019



Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Die Betätigung des Staatsbetriebs beschränkt sich auf die Erhebung der Kurtaxe, die Überlassung des betriebsnotwendigen Anlagevermögens an die staatlichen Beteiligungsunternehmen Bayerisches Staatsbad Bad Kissingen GmbH, Bayerisches Staatsbad Bad Reichenhall Kur-GmbH Bad Reichenhall/Bayerisch Gmain und Bayerisches Staatsbad Bad Steben GmbH, der kommunalen Staatsbad und Touristik Bad Bocklet GmbH sowie auf die Vermietung und Verpachtung der übrigen Liegenschaften und Einrichtungen des Freistaats in den Staatsbädern. Das operative Kurgeschäft wird auf Pachtbasis bei Überlassung der Kurtax-Einnahmen von den genannten Kur-Betriebsgesellschaften wahrgenommen. Als Staatsbetrieb unterliegt das Unternehmen nicht den Regelungen des Art. 65 Abs. 1 BayHO.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	164.689	162.418	159.663
Bilanzsumme	169.029	167.437	163.576
Umsatzerlöse	15.839	12.055	9.795
Ertragszuschüsse	3.169	16.150	3.150
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-17.733	-16.845	-16.631
Zahl der Beschäftigten (nach Köpfen)	5	5	5
- davon Männer	3	3	3
- davon Frauen	2	2	2

Geschäftsverlauf 2023

Der Staatsbetrieb erzielt im Wesentlichen nur noch Erlöse aus Vermietung und Verpachtung des Betriebsvermögens sowie aus der Einnahme der Kurtaxe. Den Erlösen standen Aufwendungen für das Personal einschließlich der Versorgungsbezüge des ehemaligen Personals, für die Instandhaltung der Immobilien sowie für die Übernahme des Verlustausgleiches für die Beteiligungsunternehmen und für den Aufwandsersatz für kommunale Marketingleistungen gegenüber.

Die Nachwirkungen der Corona-Pandemie sowie die wirtschaftlichen Auswirkungen des Ukraine-Krieges haben bei den Beteiligungsunternehmen im Geschäftsjahr 2023 erneut zu ausgleichspflichtigen Verlusten geführt. Das Betriebsergebnis wurde ferner durch den inflationsbedingt gestiegenen Instandhaltungsaufwand belastet. Infolge der ungünstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen erhöht sich der Jahresfehlbetrag im Geschäftsjahr 2023 um 5,3 Prozent gegenüber dem Vorjahresergebnis.

Laufende Entwicklung

Grundsätzlich ist bei den Beteiligungsunternehmen eine wirtschaftliche Erholung erkennbar, wenn auch noch nicht das Vor-Corona-Niveau erreicht wird. Trotz hoher Energiepreise und des damit einhergehenden Inflationsgeschehens zeigen die Verlustzuschüsse der Betriebsgesellschaften leicht sinkende Tendenz. Im laufenden Jahr 2024 sind keine großen infrastrukturellen Unterhaltsmaßnahmen geplant. Eine spürbare Verbesserung des Betriebsergebnisses im Geschäftsjahr 2024 gegenüber dem Vorjahr ist nicht zu erwarten.

Um eine Netto-Treibhausgasneutralität zu erreichen, priorisiert der Staatsbetrieb die Fortentwicklung der Versorgung der umfangreichen Immobilien des Staatsbetriebes mit regenerativen Energiearten und Ausstattung mit zukunftsweisenden Betriebslösungen in allen Versorgungssparten.

Beteiligungen

Bayerisches Staatsbad Bad Steben GmbH	100,00 %
Bayerisches Staatsbad Bad Kissingen GmbH	47,00 %
Bayer. Staatsbad Bad Reichenhall/Bayer. Gmain GmbH	45,00 %

Geschäftsführung

Rainer Baldeweg

Oberste Aufsichtsbehörde

Oberste Aufsichtsbehörde ist das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat.

Besitzverwaltung Staatliche Seenschifffahrt

Badstraße 31
95138 Bad Steben
Telefon: 09288 / 95 76 75 - 0
poststelle.zstb@zstb.bayern.de
Gründungsjahr: 2017

Gegenstand des Unternehmens und Zweck der Beteiligung

Die Besitzverwaltung Staatliche Seenschifffahrt verwaltet das nach der zum 1. Januar 1997 erfolgten Betriebsaufspaltung und Umfirmierung verbliebene Betriebsvermögen des Regiebetriebes des Freistaates Bayern, der Staatlichen Seenschifffahrt, und die Anteile an der Bayerischen Seenschifffahrt GmbH. Außerdem verpachtet sie die für den Betrieb der Schifffahrten Königssee, Tegernsee, Ammersee und Starnberger See erforderlichen Grundstücke und Gebäude an die Betriebsgesellschaft Bayerische Seenschifffahrt GmbH. Der Schifffahrtsbetrieb wird von der Bayerischen Seenschifffahrt GmbH wahrgenommen.

Die operative Betreuung der Staatlichen Seenschifffahrt wird seit März 2018 vom Zentrum Staatsbäder Bayern übernommen.

Als Staatsbetrieb unterliegt das Unternehmen nicht den Regelungen des Art. 65 Abs. 1 BayHO.

Ausgewählte Kennzahlen

Angaben in TEUR	2023	2022	2021
Eigenkapital	18.693	18.796	18.682
Bilanzsumme	22.494	22.801	23.143
Eigenkapitalquote (in %)	83,10	82,43	80,72
Umsatzerlöse	398	398	398
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-92	124	-344
Umsatzrentabilität (in %)	-23,05	31,16	-86,56
Eigenkapitalrentabilität (in %)	-0,49	0,66	-1,84
Zahl der Beschäftigten	0	0	0

Geschäftsverlauf 2023

Der Staatsbetrieb erzielte im Wesentlichen nur Einnahmen aus der Vermietung und Verpachtung der Immobilien des Betriebsvermögens sowie aus der Beteiligung an der Bayerischen Seenschifffahrt GmbH. Dem standen Aufwendungen für die Versorgungsbezüge des ehemaligen Personals, für die Instandhaltung der Immobilien sowie für Abschreibungen von Anlagevermögen der Besitzverwaltung gegenüber. Das Ergebnis des Geschäftsverlaufs der Vermietungen zeigte gegenüber den Vorjahren keine Veränderung. Erstmals seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie konnte durch die Bayerische Seenschifffahrt GmbH auf Grund der positiven Entwicklung des Geschäftsbetriebs in 2023 wieder eine Gewinnausschüttung an die

Besitzverwaltung erfolgen. Während im Vorjahr die Auflösung von Rückstellungen für Versorgungsbezüge als Sondereffekt zu Erträgen von 325 Tausend Euro führt, wurden 2023 lediglich Rückstellungen von 45 Tausend Euro aufgelöst. Zudem betragen die Aufwendungen für den Unterhalt der Immobilien 80 Tausend Euro wegen eines Nachholbedarfs aus den Pandemie Jahren. Ein verbleibender Verlust von 92 Tausend Euro konnte im Geschäftsjahr 2023 nicht mehr ausgeglichen werden.

Laufende Entwicklung

Eine Veränderung der grundlegenden Strukturen des Staatsbetriebes sowie der Einnahmen auf der Ertragsseite des Staatsbetriebes ist für das Geschäftsjahr 2024 nicht zu erwarten. Ungeachtet der negativen Folgen des Ukraine-Krieges (hohe Energiepreise, Lieferengpässe und Inflation geschehen) wird auch im Geschäftsjahr 2024 eine Gewinnausschüttung der Betreiber Gesellschaft an die Besitzverwaltung erwartet.

Im laufenden Jahr 2024 wurden umfangreiche Sanierungsmaßnahmen an der Warthalle in St. Bartholomä am Königsee begonnen. Neben einem Ausbau der WC-Anlage (u. a. Schaffung einer barrierefreien WC-Anlage) wird der Kartenverkaufs-, Pausen- und Stegwartraum neugestaltet, das Gebäude durch energetische Ertüchtigung konstruktiv aufgewertet und die beheizten Bereiche erweitert. Die getätigten Investitionen werden zu einer Erhöhung der Abschreibungen in den folgenden Jahren führen.

Aufgrund der konjunkturellen Eintrübung wird im Bauhaupt- und Nebengewerbe eine Stagnation bei den Preisen und eine bessere Auftragsnachfrage sowie Verfügbarkeit von ausführenden Firmen erwartet. Das dennoch hohe Ausgangsniveau der Baupreise wird ebenso wie die Personalkostensteigerungen aufgrund der Tarifabschlüsse im Jahr 2023 das Betriebsergebnis 2024 belasten. Eine signifikante Auswirkung der angestiegenen Energiepreise auf das Betriebsergebnis im Geschäftsjahr 2024 wird nicht erwartet, da die Energiekosten unmittelbar von den Pächtern und Mietern der Immobilien des Staatsbetriebes getragen werden. Eine Verbesserung des Betriebsergebnisses 2024 gegenüber dem Vorjahr ist aufgrund der Rahmenbedingungen nicht zu erwarten.

Beteiligungen

Bayerische Seenschiffahrt GmbH	100,00 %
--------------------------------	----------

Geschäftsführung

Rainer Baldeweg

Aufsichtsbehörde

Oberste Aufsichtsbehörde ist das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat. Die Rechte aus der Beteiligung an der Bayerische Seenschiffahrt GmbH werden unmittelbar vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wahrgenommen.

A B C

Abwicklungsgesellschaft LH AG 78
Bayer. Staatsbad Bad Reichenhall/Bayer. Gmain GmbH 110
Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH 94
Bayerische Finanzagentur GmbH 103
Bayerische Gesellschaft für Internationale Wirtschaftsbeziehungen mbH, Bayern International 132
Bayerische Landeshafenverwaltung 275
Bayerische Landeskraftwerke 277
Bayerische Landeskraftwerke GmbH 105
Bayerische Seenschiffahrt GmbH 34
Bayerische Staatsbrauerei Weihenstephan 257
Bayerisches Filmzentrum Geiseltal Wirtschaftsförderungs-GmbH 181
Bayerisches Hauptmünzamt 260
Bayerisches Staatsbad Bad Brückenau 263
Bayerisches Staatsbad Bad Kissingen GmbH 108
Bayerisches Staatsbad Bad Steben GmbH 112
Bayerngrund Grundstücksbeschaffungs- und Erschließungs Gesellschaft mbH 81
Bayernhafen GmbH & Co. KG 37
Bayernhafen Verwaltungs GmbH 40
BayernHeim GmbH 84
BayernLB 69
BayernLB Holding AG 66
Bayreuther Festspiele GmbH 183
Berufsförderungswerk München gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung 206
Besitzverwaltung Staatliche Seenschiffahrt 281
Betriebsgesellschaft Umweltforschungsstation Schneefernerhaus GmbH 140
bifa Umweltinstitut GmbH 136
Bio^M AG Munich BioTech Development 144
BUGA Besitzgesellschaft des Umwelttechnologischen Gründerzentrums in Augsburg mbH 146
byte - Bayerische Agentur für Digitales GmbH 210

D E F

Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH (DAKKS) 213
Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung GmbH 149
DRM Datenraum Mobilität GmbH 219
E.ON SE 75
FilmFernsehFonds Bayern GmbH 189
Flughafen München GmbH 42
Flughafen Nürnberg GmbH 46
Fördergesellschaft IZB- Innovations- und Gründerzentrum Biotechnologie mbH 152
fortiss GmbH 155
FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht gemeinnützige GmbH 186

G H I J

Gemeinnützige Gesellschaft zur Förderung und Durchführung der Bayerisch-Tschechischen
Freundschaftswochen Selb 2023 mbH i.L. 223
Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) gGmbH 159
Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern mbH (GAB) 226
GKL - Gemeinsame Klassenlotterie der Länder 253
GRB - Sammelstelle Bayern für radioaktive Stoffe GmbH 114
GSB – Sonderabfall-Entsorgung Bayern GmbH 51
Helmholtz Zentrum für Infektionsforschung GmbH 163
Helmholtz Zentrum München Deutsches Forschungszentrum für Gesundheit und Umwelt (GmbH) 167
Internationale Münchner Filmwochen GmbH 193

284 Alphabetisches Verzeichnis der Beteiligungsgesellschaften

K L M N O P Q R

KfW Bankengruppe 247
Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH 197
LfA Förderbank Bayern 242
Messe München GmbH 55
Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH (MVV) 98
Neue Materialien Bayreuth GmbH 171
Neue Materialien Fürth GmbH 174
Nürnberg Messe GmbH 60

S

Sicherheitsgesellschaft am Flughafen München mbH 231
Sicherheitsgesellschaft am Flughafen Nürnberg mbH 234
Siedlungswerk Nürnberg GmbH 87
Staatliche Lotterie- und Spielbankverwaltung 266
Staatliches Hofbräuhaus in München 270
Stadibau Gesellschaft für den Staatsbedienstetenwohnungsbau in Bayern mbH 121
Stiftung Bayerisches Amerikahaus gemeinnützige GmbH – Bavarian Center for Transatlantic Relations
236
Stiftung Haus der Kunst, gemeinnützige Betriebsgesellschaft mbH 201

T U V W X Y Z

U-Bahn Martinsried Projektmanagement GmbH & Co. KG 125
U-Bahn Martinsried Projektmanagement Verwaltungs GmbH 128
Werk1.Bayern GmbH 177
WIGES Wasserbauliche Infrastrukturgesellschaft mbH 117
Wirtschaftsvereinigung der Münchner Brauereien GmbH 91
Zentrum Staatsbäder Bayern Bad Steben 278
ZESAR – Zentrale Stelle zur Abrechnung von Arzneimittelrabatten GmbH 238

Herausgeber: Bayerisches Staatsministerium
der Finanzen und für Heimat
Öffentlichkeitsarbeit
Odeonsplatz 4
80539 München

E-Mail: info@stmfh.bayern.de
Internet: www.stmfh.bayern.de

Stand: August 2024

BAYERN DIREKT

ist Ihr direkter Draht zur Bayerischen Staatsregierung. Unter www.bayern.de/direkt im Internet oder per E-Mail unter der Adresse direkt@bayern.de erhalten Sie Informationsmaterial und Broschüren, Auskunft zu aktuellen Themen und Internetquellen sowie Hinweise zu Behörden, zuständigen Stellen und Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern bei der Bayerischen Staatsregierung.



HINWEISE

Diese Druckschrift wird kostenlos im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerberinnen und Wahlwerbern oder Wahlhelferinnen und Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung bei Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zweck der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden. Bei publizistischer Verwertung Angabe der Quelle und Übersendung eines Belegexemplars erbeten. Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte sind vorbehalten. Die Broschüre wird kostenlos abgegeben; jede entgeltliche Weitergabe ist untersagt.

Diese Broschüre wurde mit großer Sorgfalt zusammengestellt. Eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit kann dennoch nicht übernommen werden.